

LebensRäume - Wohn- und Lebensbedingungen aus Sicht der Bewohnerinnen und Bewohner

Sturm, Gabriele; Böltken, Ferdinand; Göbel, Nicole; Meyer, Katrin;
Waltersbacher, Matthias

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Sturm, G., Böltken, F., Göbel, N., Meyer, K., & Waltersbacher, M. (2006). *LebensRäume - Wohn- und Lebensbedingungen aus Sicht der Bewohnerinnen und Bewohner*. (Berichte des BBR, 24). Bonn: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-59395-3>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

LebensRäume

Wohn- und Lebensbedingungen aus Sicht
der Bewohnerinnen und Bewohner

Projektleitung und wissenschaftliche Redaktion

Gabriele Sturm

Bearbeiterinnen und Bearbeiter

Ferdinand Böltken

Nicole Göbel

Katrin Meyer

Gabriele Sturm

Matthias Waltersbacher



Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung

Berichte

In der Schriftenreihe Berichte veröffentlicht das BBR die ihm gesetzlich aufgetragenen Berichte zur räumlichen und städtebaulichen Entwicklung in Deutschland sowie ausgewählte Ergebnisse seiner empirischen Raumbbeobachtung.

IMPRESSUM

Herausgeber

Bundesamt für
Bauwesen und Raumordnung
Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn
www.bbr.bund.de

Gestaltung, Satz und Druck

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Vertrieb und Verlag

Selbstverlag und Buchhandel
Selbstverlag des Bundesamtes
für Bauwesen und Raumordnung
Deichmanns Aue 31–37, 53179 Bonn
Postfach 21 01 50, 53156 Bonn
Telefon: 0 1888-401-2209
Telefax: 0 1888-401-2292
E-Mail: selbstverlag@bbr.bund.de

Nachdruck und Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten

ISSN 1436 – 0055 (Schriftenreihe)
ISBN 3 – 87994 – 074 – 6

Preis: 22,50 €
Berichte Band 24
Bonn 2006

Inhalt

Verzeichnis der Abbildungen, Karten, Tabellen

1 Einleitung	1
Die Umfrage im Informationssystem des BBR	1
Das Wohngebiet als Gegenstand städtebaulicher Politik – ein spezieller Fokus der BBR-Umfrage des Jahres 2003	4
Die städtebauliche Situation	4
2 Wohnung und Wohnen¹	7
Ausgangssituation	7
Die Wohnfläche als Indikator	8
Beurteilung der Wohnungsgröße	9
Wohnungsgröße und Umzugsabsichten	12
Haushalte nach vollzogenem Umzug	14
Die Kosten des Wohnens	17
Zwischenfazit	19
3 Der siedlungsstrukturelle Kontext der Wohnung und dessen Bewertung	20
Baulicher Zustand der Wohngebiete im Urteil der dort Wohnenden	21
Zufriedenheit mit der unmittelbaren Wohnumgebung	21
Zufriedenheit mit den Umweltbedingungen im Wohngebiet	23
Fokus auf die Umweltsituation im Wohngebiet	24
Soziale Probleme im Wohngebiet	26
Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen	27
Sozialräumliche Lebensbedingungen am Wohnort	29
Zufriedenheit mit dem Wohnort	34
4 Der sozialstrukturelle Kontext des Wohnens und dessen Bewertung	37
Nachbarverhältnisse	37
Soziale Differenzierung im Wohngebiet	39
Ethnische Differenzierung im Wohngebiet	42
Ethnische siedlungsstrukturelle Verteilung	43
Integrationsbereitschaft	46
Nachbarverhältnis von Deutschen und Ausländern im Wohngebiet	50
<i>Exkurs:</i> Die Einstellung von Ausländern	55
5 Die wirtschaftliche Grundlage der Lebenswelt	56
Die persönliche wirtschaftliche Lage	57
Einschätzungen der Arbeitsplatzsicherheit	65
Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit	67

6	Mobilität oder – Die räumliche Vernetzung der Lebenswelt	70
	Der Weg zur Arbeitsstelle	70
	Beabsichtigte Wohnungswechsel	75
	Räumliche Orientierungen und Präferenzen	78
	Wohnvergangenheiten	79
	Wohngebietsbezogene Umzugsmotive	86
	Wohnstandortwünsche und lokale Bindungen	89
7	Veränderungen im Wohngebiet – Auswirkungen auf seine Bewohner	95
	Wahrnehmung städtebaulicher Maßnahmen	95
	Soziale Kontexte wahrgenommener Umgestaltungen	102
	Zur Wirkung von städtebaulichen Maßnahmen	103
	Anmerkungen	107
	Literaturverzeichnis	114
	Anhang	
	Fragenprogramm und Erhebungsjahre	121
	Zeitreihen-Tabellen	141

Abbildungen, Karten, Tabellen

1 Einleitung

Abbildungen

Das räumliche Informationssystem des BBR	2
Vorherrschende Bebauung des Wohngebiets der Befragten nach Gemeindetyp – 2003	5
Entstehungszeit des Wohngebiets der Befragten nach Gemeindetyp – 2003	5

2 Wohnung und Wohnen

Abbildungen

Pro-Kopf-Wohnfläche von Einpersonenhaushalten nach Alters-/Generationsgruppen – Westdeutschland 1978 bis 2002	8
Beurteilung der Wohnungsgröße nach regionalem Wohnungsmarkttyp – 2004	9
Pro-Kopf-Wohnfläche und Beurteilung der Wohnungsgröße als „könnte größer sein“ nach Wohndauer allgemein / in Mieter-Haushalten / in Eigentümer-Haushalten und nach Gebäudetyp / regionalem Wohnungsmarkttyp – 2004	10
Beurteilung der Wohnungsgröße nach Anzahl der Kinder im Haushalt – 2004	12
Beurteilung der Wohnung als „könnte größer sein“ nach Anzahl und Alter der Kinder im Haushalt – 2004	12
Beurteilung der Wohnungsgröße nach beabsichtigtem Wohnungswechsel in den nächsten zwei Jahren – 2004	13
Hauptgründe für einen beabsichtigten Wohnungswechsel – 2004	13
Bei Umzugsabsichten angestrebte neue Wohnlage: allgemein und bei Beurteilung der Wohnungsgröße als „könnte größer sein“ – 2004	13
Fluktuation im Miet-/Eigentums-Status bei Wohnungswechsel innerhalb der letzten fünf Jahre – 2004	14
Nach Wohnungswechsel: Durchschnittliche Haushaltsgröße / Wohnungsgröße / Pro-Kopf-Wohnfläche nach Wohnstatus – 2004	15
Nach Wohnungswechsel: Haushaltsgröße nach Wohnstatus – 2004	16
Nach Wohnungswechsel: Beurteilung der Wohnungsgröße nach Wohnstatus – 2004	16
Nach Wohnungswechsel: Zufriedenheit mit der Wohnung nach Wohnstatus – 2004	16

Tabellen

Zahl der Haushalte, Wohneigentumsquote und Pro-Kopf-Wohnfläche in Deutschland nach Wohnstatus – 1998 und 2002	7
Pro-Kopf-Wohnfläche in Mieter- und Eigentümer-Haushalten nach regionalem Wohnungsmarkttyp – 2004	9

3 Der siedlungsstrukturelle Kontext

Abbildungen

Zufriedenheit mit Wohnung, Wohngebiet und Wohnort nach Gemeindetyp – 2004	20
Zufriedenheit mit der Wohnumgebung – 1990 bis 2004	21
Zufriedenheit mit der Wohnumgebung nach Gemeindetyp – 1990 bis 2004	22
Zufriedenheit mit der Wohnumgebung nach innerstädtischer Wohnlage – 1991 bis 2004	22
Zufriedenheit mit der Wohnumgebung nach Wohngebietstyp – Vergleich 1990 mit 2004	22
Zufriedenheit mit den Umweltbedingungen in der unmittelbaren Wohnumgebung – 1990 bis 2004	24
Zufriedenheit mit Umweltbedingungen nach Gemeindetyp – 1990 bis 2004	24
Zufriedenheit mit Umweltbedingungen nach innerstädtischer Wohnlage – 1991 bis 2004	24
In zehn Minuten zu Fuß erreichbare Infrastrukturausstattung – 2003	27
In zehn Minuten zu Fuß erreichbare Infrastrukturausstattung – Vergleich 1990, 1997, 2003	27
In zehn Minuten zu Fuß erreichbare Infrastrukturausstattung nach Wohngebietstyp – 2003	28
Wichtigkeit von Lebensbedingungen am Wohnort – 2004	30
Zufriedenheiten mit Lebensbedingungen am Wohnort – 2004	31
Subjektive Defizite im Hinblick auf Lebensbedingungen am Wohnort – 2004	32

Veränderungen subjektiver Defizite im Hinblick auf Lebensbedingungen am Wohnort – Vergleich 1998 mit 2004	33
Die deutlichsten subjektiven Defizite im Hinblick auf Lebensbedingungen am Wohnort nach Gemeindetyp – 2004	33
Zufriedenheit mit dem Wohnort – 1990 bis 2004	34
Zufriedenheit mit dem Wohnort nach Gemeindetyp – 1990 bis 2004	34
Zufriedenheit mit dem Wohnort nach innerstädtischer Wohnlage – 1990 bis 2004	35
Zufriedenheit mit dem Wohnort in wachsenden und schrumpfenden Gemeinden – Durchschnitt 2002 bis 2004	35

Tabellen

Beurteilung des baulichen Zustands des bewohnten Hauses nach Gemeindetyp – 2004	21
Zusammenhänge von Wohnumgebungs- und Umwelt-Zufriedenheiten mit Straßenverkehrslärm und Luftverschmutzung – 2003	25
Wohnlagen an Straßen, Verkehrslärm, Luftverschmutzung nach Gemeindetyp – 2003	25
Zusammenhänge von Kriminalität im Wohngebiet mit Wohngebietszufriedenheit bzw. Wegzugsabsichten – 2003	26

4 Der sozialstrukturelle Kontext

Abbildungen

Beurteilung des Nachbarverhältnisses – Zeitreihe 1991 bis 2003	37
Beurteilung des Nachbarverhältnisses nach der eigenen Wohndauer – 2003	38
Beurteilung des Nachbarverhältnisses als „normal“ nach Gemeindetyp und innerstädtischer Wohnlage – 2003	38
Beurteilung des Nachbarverhältnisses nach vorherrschender Bebauung im Wohngebiet und Gemeindetyp – 2003	39
Beurteilung der sozialstrukturellen Veränderung im Wohngebiet – 1997 bis 2004	41
Beurteilung der sozialstrukturellen Veränderung im Wohngebiet nach vorherrschender Bebauung und Gemeindetyp – 2003	42
Ausländerperzeption im Wohngebiet nach Gemeindetyp – 1990 bis 2004	43
Ausländerperzeption in Kernstädten nach innerstädtischer Wohnlage – 2003	43
Ausländerperzeption nach vorherrschender Bebauung und nach Ruf des Wohngebiets – 2003	44
Ausländerperzeption nach äußerem Erscheinungsbild des Wohngebiets – 2003	44
Allgemeine Integrationsbereitschaft gegenüber Ausländern – 1990 bis 2004	46
Allgemeine Integrationsbereitschaft gegenüber Ausländern nach genereller Ausländerperzeption im Wohngebiet sowie nach Nachbarkontakten zu Ausländern – 2004	46
Kontaktformen zu Ausländern – Durchschnitt 1999 und 2003	47
Allgemeine Integrationsbereitschaft der Befragten gegenüber Ausländern nach Gemeindetyp – 1990 bis 2004	48
Allgemeine Integrationsbereitschaft gegenüber Ausländern nach Alter der Befragten – 2004	49
Beurteilung des Verhältnisses von Deutschen und Ausländern im Wohngebiet – 1993 bis 2004	50
Beurteilung des Verhältnisses von Deutschen und Ausländern im Wohngebiet nach Alter – 2004	50
Integrationsbereitschaft und Segregationswunsch – (West-)Deutsche und Ausländer 1990 bis 2004	55
Beurteilung des Nachbarverhältnisses zwischen Ausländern und Deutschen im Wohngebiet – (West-)Deutsche und Ausländer 1991 bis 2004	55

Karte

Ausländeranteil und allgemeine Integrationsbereitschaft gegenüber Ausländern in den Ländern – Durchschnitt 2002 bis 2004	48
--	----

Tabellen

Wahrnehmung sozialer Unterschiede im Wohngebiet nach Gemeindetyp und jeweilige Anteile Distanzierter bzw. Zufriedener – 2003	40
Nachbarschaftliche Beziehungen im Wohngebiet nach Gemeindetyp – 2003	40
Ausländerperzeption nach Schichtperzeption im Wohngebiet – 2003	45
Kontakte zu Ausländern sowie Integrationsbereitschaft bei unterschiedlich ausgeprägter Ausländerperzeption – 2003	47
Integrations-/Segregationswunsch nach Beurteilung des Nachbarverhältnisses von Deutschen und Ausländern im Wohngebiet – 2003	51
Segregationswunsch nach Art der im Wohngebiet wahrgenommenen Reibereien mit ausländischen Nachbarn – 2003	51
Verhältnis zu Ausländern im Wohngebiet nach Art der persönlichen Erfahrungen mit ausländischen Nachbarn – 2003	52
Integrations-/Segregationswunsch nach Art der persönlichen Erfahrungen mit ausländischen Nachbarn – 2003	52
Art der persönlichen Erfahrung mit ausländischen Nachbarn sowie Beurteilung des Verhältnisses von Deutschen und Ausländern im Wohngebiet nach Wohndauer der ausländischen Nachbarn – 2003	53
Art der persönlichen Erfahrung mit ausländischen Nachbarn sowie Verhältnis von Deutschen und Ausländern im Wohngebiet nach Herkunft neu zugezogener Ausländer – 2003	53

5 Die wirtschaftliche Grundlage der Lebenswelt

Abbildungen

Beurteilung der persönlichen wirtschaftlichen Lage – 1990 bis 2004	57
Erwerbsstatus der Befragten – Durchschnitt der Umfragestichproben 2002 bis 2004	58
Beurteilung der persönlichen wirtschaftlichen Lage als gut nach Erwerbstätigkeit – 1990 bis 2004	58
Beurteilung der persönlichen wirtschaftlichen Lage als gut nach Erwerbsstatus – Durchschnitt 2002 bis 2004	59
Zum Haushaltseinkommen beitragende Personen – 1990 bis 2004	60
Retrospektion: Vergleich der persönlichen wirtschaftlichen Lage 2003 mit 1998	61
Prospektion: Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Lage 2008 mit 2003	61
Beurteilung der persönlichen wirtschaftlichen Lage als gut nach Ländern – Vergleich der Durchschnitte 1990 bis 1992 mit 2002 bis 2004	63
Beurteilung der persönlichen wirtschaftlichen Lage als gut nach Alter, Geschlecht und Schulbildung – 1990 und 2004	64
Einschätzung der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes – 1990 bis 2004	65
Einschätzung des eigenen Arbeitsplatzes als sicher nach Alter, Geschlecht und Schulbildung – 1990 und 2004	65
Beurteilung der persönlichen wirtschaftlichen Lage und Einschätzung der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes in wachsenden und schrumpfenden Gemeinden – Durchschnitt 2002 bis 2004	66
Anteile der Befragten in wachsenden und schrumpfenden Gemeinden in West- und Ostdeutschland	67
Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie nach Familienform, Erwerbsstatus und Gemeindetyp – Durchschnitt 1997, 1998, 2003, 2004	69

Tabellen

Zusammenhang von Anzahl der Personen, die zum Haushaltseinkommen beitragen, mit Haushaltsgröße – 2004	61
Zusammenhang von Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Lage mit diesbezüglicher Retrospektion – 2003	62
Zusammenhang von Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Lage mit diesbezüglicher Prospektion – 2003	62

6 Mobilität oder – Die räumliche Vernetzung der Lebenswelt

Abbildungen

Für den täglichen Weg zur Arbeit überwiegend genutztes Verkehrsmittel – 2003	70
Veränderung der für den täglichen Weg zur Arbeit überwiegend genutzten Verkehrsmittel – 1999 und 2003	71
Für den täglichen Weg zur Arbeit überwiegend genutzter Verkehrsmitteltyp nach Gemeindetyp – 2003	71
Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsplatz nach Gemeindetyp – 2003	72
Aufgewendete Zeit für den Weg zwischen Wohnung und Arbeitsplatz nach Gemeindetyp – 2003	72
Innerhalb der nächsten beiden Jahre beabsichtigter Wohnungswechsel – 1990 bis 2004	76
Hauptgründe für einen beabsichtigten Wohnungswechsel – 1990 bis 2004	76
Hauptgründe für einen beabsichtigten Wohnungswechsel nach Alters-/Lebenszyklusgruppen – 2004	77
Hauptgründe für einen beabsichtigten Wohnungswechsel nach Städten und eher ländlich geprägten Gemeinden – 2004	77
Ziel eines beabsichtigten Wohnungswechsels – Vergleich 1990 bis 1994 mit 2000 bis 2004	78
Ziel eines beabsichtigten Wohnungswechsels nach hauptsächlichem Umzugsgrund sowie aktuellem Wohnstandort – 2004	78
Wohndauer in der derzeitigen Wohnung nach Gemeindetyp – 2003	80
Gewünschter Gemeindetyp nach derzeitigem Gemeindetyp – 2004	90
Gewünschte innerstädtische Wohnlage nach der aktuellen innerstädtischen Wohnlage bei Großstadt als Wohnstandortwunsch – 2004	90
Baualter der Wunschwohnung nach Baualter der aktuellen Wohnung – 2004	90
Gewünschter Gemeindetyp nach Haushaltstyp – 2004	91
Gewünschte innerstädtische Wohnlage nach Haushaltstyp bei Großstadt als Wunschstandort – 2004	91
Baualter der Wunschwohnung nach Haushaltstyp – 2004	91
Rangfolge lokaler Bindungen an den gegenwärtigen Wohnort – 1990, 1996, 2003	93

Tabellen

Zusammenhang von Verkehrsmittelwahl und Entfernung/Wegezeit zwischen Wohnung und Arbeitsort – 2003	73
Zusammenhang von Haushaltsgröße und Pkw-Besitz – 2003	74
Zusammenhang von Geschlechtszugehörigkeit und Verkehrsmittelwahl/Entfernung zum Arbeitsplatz – 2003	74
Bei Umzug zwischen 1998 und 2003: Umzugsdistanz nach Gemeindetyp – 2003	81
Bei Umzug zwischen 1998 und 2003: Wegzugsgrund aus alter Wohnung nach Umzugsdistanz – 2003	82
Bei Umzug zwischen 1998 und 2003: Zusammenhang zwischen neuer und alter innerstädtischer Wohnlage – 2003	82
Bei Umzug zwischen 1998 und 2003: Zusammenhang zwischen neuer und alter innerstädtischer Wohnlage der unter 30-Jährigen – 2003	83
Bei Umzug zwischen 1998 und 2003: Zusammenhang zwischen neuer und alter innerstädtischer Wohnlage der über 30-Jährigen – 2003	83
Bei Umzug zwischen 1998 und 2003: Zusammenhang von Bauperiode bzw. -struktur der neuen mit der der alten Wohnung – 2003	85
Bei Umzug zwischen 1998 und 2003: Berichtete Leerstände in der direkten Wohnumgebung jeweils vor und nach Umzug – 2003	85
Bei Umzug zwischen 1998 und 2003: Wohngebietsbezogene Wegzugsgründe aus der früheren bzw. der aktuellen Wohngegend – 2003	86
Wegzugsgründe aus der früheren bzw. der aktuellen Wohngegend nach Gemeindetyp und innerstädtischer Wohnlage – 2003	87
Bei Umzug zwischen 1998 und 2003: Beurteilung des Rufs des ehemaligen und des aktuellen Wohngebiets im Vergleich zu allen Befragten – 2003	88

7 Veränderungen und Auswirkungen

Abbildungen

In den letzten Jahren erfolgte Umgestaltungsmaßnahmen im Wohngebiet nach Gemeindetyp – 2003	96
Dominante Bebauungsstruktur und berichtete Umgestaltungsmaßnahmen nach Gemeindetyp – 2003	99
Dominante Bebauungsstruktur in städtischen Wohngebieten und berichtete Umgestaltungsmaßnahmen nach innerstädtischer Lage – 2003	100

Tabellen

Anteil der Wohnungen nach Wohngebietstyp und Wahrnehmung erfolgter Umgestaltungsmaßnahmen – 2003	97
Anteil dominanter Bebauungsstruktur in Wohngebieten und Wahrnehmung erfolgter Umgestaltungsmaßnahmen – 2003	98
Genannte Umgestaltungsmaßnahmen sowie deren Anteil an allen erfolgten Umgestaltungsmaßnahmen nach Gemeindetyp – 2003	101
Wahrnehmung geplanter Umgestaltungsmaßnahmen sowie deren Anteil an allen geplanten Umgestaltungsmaßnahmen nach Gemeindetyp – 2003	101
Zusammenhang der Wahrnehmungen von erfolgten mit geplanten Umgestaltungsmaßnahmen im Wohngebiet – 2003	102
Wahrnehmung erfolgter Umgestaltungsmaßnahmen im Wohngebiet bei berichteter Dominanz verschiedener Gruppen – 2003	102
Wahrnehmung erfolgter Umgestaltungsmaßnahmen in benachteiligten und nicht benachteiligten Wohngebieten – 2003	104
Zufriedenheit und Umzugsabsichten in benachteiligten und nicht benachteiligten Wohngebieten nach erfolgten bzw. nicht erfolgten Umgestaltungsmaßnahmen – 2003	104

1

Einleitung

Die Umfrage im Informationssystem des BBR

Mit diesem Bericht setzt das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) seine Information über die Ergebnisse der „Laufenden BBR-Umfrage“ fort. Diese Umfrage wird seit 1985 in der alten Bundesrepublik und seit 1990 auch in den neuen Ländern jährlich durchgeführt. Sie bildet einen Baustein im komplexen Räumlichen Informationssystem des BBR.

Aufmerksamen Leserinnen und Lesern des vorangegangenen Berichts (BBR 2003) werden manche der jetzt berichteten Ergebnisse vertraut erscheinen, denn die fortgeschriebenen Zeitreihen zeigen häufig eher konstante Entwicklungstendenzen als einen dramatischen Wandel. Aber gerade solche unspektakulären Hintergrundinformationen erweisen sich als nützlich für die interpretierende Einordnung aktueller Befunde. Diese beziehen sich im vorliegenden Bericht insbesondere auf die Wahrnehmung der Lebensbedingungen im Wohngebiet. Über den engeren Bericht hinaus erlauben es die Tabellen im Anhang, eigene Forschungsfragestellungen zu entwickeln und gegebenenfalls auch anhand der im Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung (ZA)² hinterlegten Daten weiterzuverfolgen.

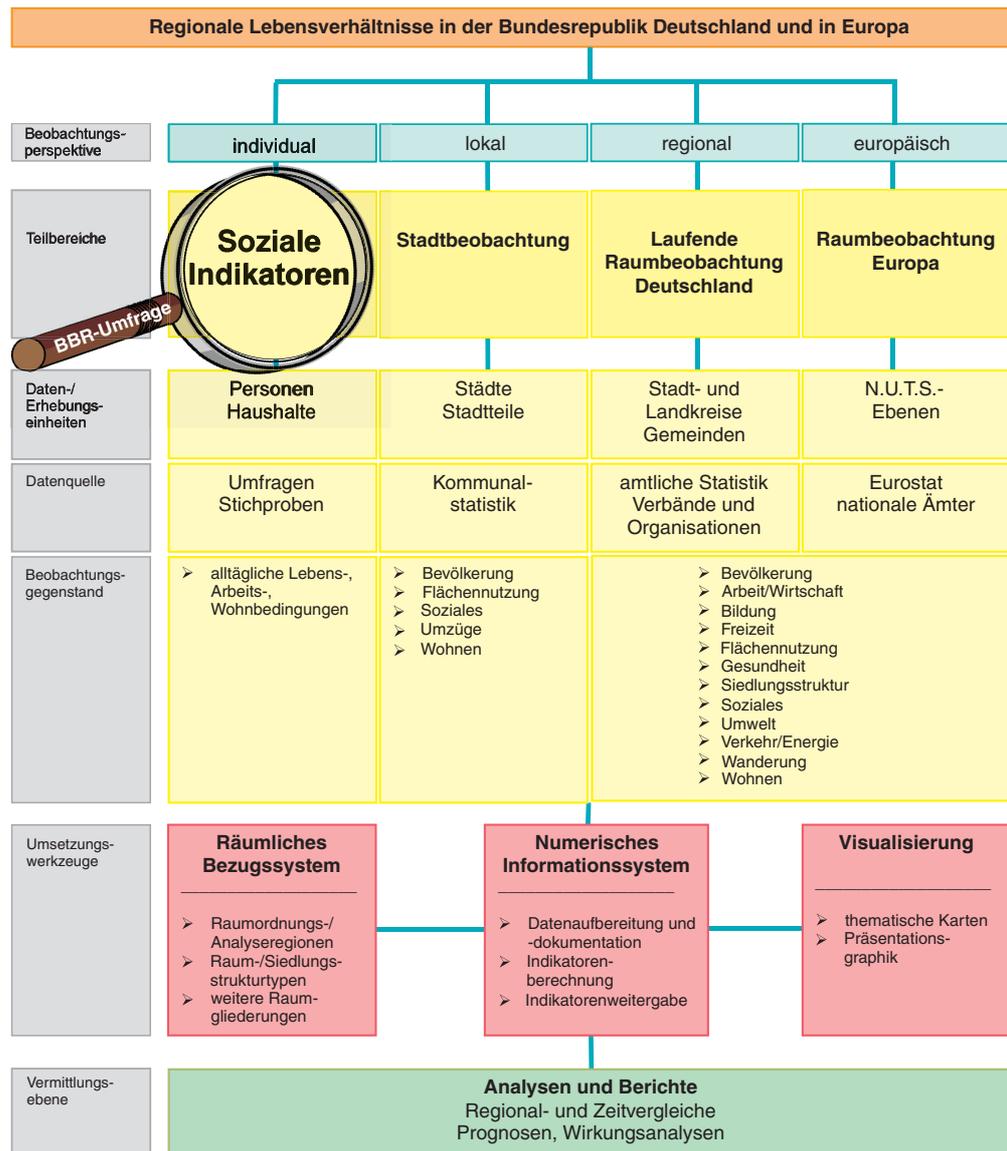
Das *Räumliche Informationssystem des BBR* umfasst vier Teilbereiche, die den im Raumordnungsgesetz formulierten Berichtsanforderungen entsprechen bzw. empirische Grundlagen zur Analyse der dort skizzierten Probleme bilden: Der Berichterstattung über den Stand und die Richtung der räumlichen Entwicklung dienen die Laufende Raumbbeobachtung für Deutschland³, für Europa und die Innerstädtische Raumbbeobachtung für deutsche Großstädte (vgl. BBR 2006 b). Diese Teile des Informationssystems bieten regional- und kommunalstatistische Daten bzw. Indikatoren auf der Basis dieser Daten an. Die Individualdaten

der Laufenden BBR-Umfrage werden darüber hinaus zur Darstellung und Analyse alltäglicher raumrelevanter Zusammenhänge genutzt.

Die verschiedenen Bausteine des räumlichen Informationssystems mit ihren Analysen und Bewertungen der räumlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland ergänzen sich. Dabei ist die Einbindung in europäische Entwicklungsdynamiken ein wichtiger Referenzrahmen. Aber vor allem soll durch Vergleiche zwischen Raumordnungsregionen, Kreisen und Gemeinden der Blick auf regionale Disparitäten gerichtet werden – als Informationsgrundlage für den Auftrag der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Während die *Laufende Raumbbeobachtung* darauf angewiesen ist, ihre Analysen auf Indikatoren zu stützen, die ausschließlich in Form von Aggregatdaten vorliegen, liefert die *Umfrage* Ergebnisse auf der Subjektebene. Die als Aggregatdaten vorliegenden Informationen werden häufig auch als *objektive Indikatoren* bzw. Lebensbedingungen bezeichnet. Dagegen fokussiert die Befragung also insbesondere *subjektive Indikatoren* in Form von alltäglich wahrgenommenen Lebensbedingungen, Bewertungen und Verhaltensweisen bzw. -absichten. Damit wird es möglich, die aggregatstatistischen Zusammenhänge auf ihre internen Prozesse und Strukturen zu untersuchen. Insofern „erklären“ die subjektiven Einsichten die objektiven regionalstatistischen Zusammenhänge und öffnen sie auch für politisches Handeln. Zudem sollen auf induktivem Wege Hypothesen für die prozesshafte Entwicklung regional spezifischer Sozialräume abgeleitet werden. So können nicht nur die Folgen des räumlichen Verhaltens der deutschen Bevölkerung anhand der zugehörigen Statistiken betrachtet und verglichen werden, sondern die Bürgerinnen und Bürger kommen mit ihren Aussagen zu den Lebensbedingungen in ihrer Region direkt zu Wort. Werden die

Abbildung 1.1
Das räumliche Informationssystem des BBR



© BBR Bonn 2006

berichteten Erfahrungen und Bewertungen mit den örtlichen Gegebenheiten sowie auch miteinander verknüpft, sind Aussagen über Zusammenhänge auf der Subjektebene möglich. Die so dokumentierte Sicht der örtlichen Bevölkerung ist für eine empirisch gestützte Analyse der Entwicklung und Veränderung raumrelevanter Entscheidungsmuster unverzichtbar.

Mit dem vorliegenden Bericht werden zwei Ziele verfolgt: Zum einen wollen wir die laufende Berichterstattung fortführen. Dazu

gehört die Fortschreibung der als Zeitreihe erhobenen Befragungsthemen samt kleinen Exkursen zu sich daran anschließenden Fragestellungen. Zum anderen soll ein spezieller Fokus betont werden, der sich aus der im Raumordnungsgesetz formulierten Gewährleistung „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ ergibt. Hierzu gilt es, Problemfelder und Benachteiligungsstrukturen zu erkennen und in ihrer räumlichen Verfasstheit zu untersuchen. Ein wichtiger Fokus liegt dabei auf dem Wohngebiet, so auch in den meisten (Teil-)Kapiteln dieses Berichts.

Neben den Standardfragen zu dieser besonders alltagsrelevanten räumlichen Umwelt werden dabei die Sondererhebungen des Jahres 2003 genutzt.

Wenn die Benachteiligungen in und durch Quartiere im Fokus stehen, stellen sich für eine empirische Studie mehrere methodologische Fragen: Wie ist Benachteiligung von Quartieren zu messen? Wie wird sie von den dort Wohnenden wahrgenommen? Welche Konsequenzen haben unterschiedliche Aspekte von (wahrgenommener) Benachteiligung? Gibt es typische Bündelungen von Benachteiligungen sachlicher und/oder sozialer Art? Wie wirken sie sich auf die Akzeptanz des Wohngebiets aus? Welche räumlichen Schwerpunkte bestehen bzw. sind identifizierbar? Wie ist die Wirkung von städtebaulichen Maßnahmen zu messen? Können daraus Kriterien für entsprechende Programme abgeleitet werden? Und so weiter.

Die Anlage der BBR-Umfrage als induktiv erschließende Trenduntersuchung setzt für die Operationalisierung solcher spezifischen Fragen enge Grenzen. Um die Vergleichbarkeit der Datensätze in vertretbarem Rahmen zu gewährleisten, sollten sich die Fragen mit ihren Antwortvorgaben nicht nur über die jährlichen Erhebungswellen der eigenen Umfrage sinnvoll ergänzen (bzw. konstant gehalten werden, was das Eingehen auf aktuelle Spezifika erschwert), sondern auch Vergleiche mit den Fragestellungen und den Ergebnissen anderer Surveys in Deutschland gestatten – insbesondere mit denen der Längsschnittuntersuchung des Sozioökonomischen Panels (SOEP), da Längsschnittergebnisse typische Artefakte eines Trenddesigns relativieren können (wie auch umgekehrt). Diese Rahmenbedingungen ergeben eine eingeschränkte Flexibilität des Standard-Fragenprogramms. Zugleich aber liefern die inzwischen 15 Erhebungswellen der eigenen Zeitreihe, die gleichermaßen in West- und Ostdeutschland von 1990 bis 2004 durchgeführt wurden, einen Grundstock an Befunden, mit dem sich empirisch gut begründet argumentieren lässt.

Rahmenkonzeption der Laufenden BBR-Umfrage

Datenerhebungsstrategien:

- Trenddesign mit jährlichen Erhebungen seit 1985; seit 1990 mit zwei voneinander unabhängigen Einzelstichproben etwa gleicher Größe in den alten und neuen Bundesländern
- Stichprobengrößen: durchschnittlich jeweils 2 000 Haushalte (Ost, West)
- Stichprobenziehung als mehrfach geschichtete Zufallsauswahl.

Durchgängige Themenbereiche:

- Wohnung/Gebäude
- Wohnumgebung
- Nachbarschaft/Integration/Partizipation
- räumliche Mobilität
- wirtschaftliche Lage/Arbeit/Beruf

Für die BBR-Umfrage werden im Jahresrhythmus in den ostdeutschen wie in den westdeutschen Ländern jeweils etwa 2 000 Haushalte befragt, die durch eine mehrfach geschichtete Zufallsauswahl gewonnen werden.⁴ Die Schichtung erfolgt nach regionalen Kriterien auf der Ebene von Ländern und von Kreisen sowie nach Gemeindegrößenklassen. Die Fragen beziehen sich standardmäßig auf *fünf Themenbereiche*: Wohnung/Gebäude, Wohnumgebung, Nachbarschaft/Integration/Partizipation, räumliche Mobilität sowie wirtschaftliche Lage/Arbeit/Beruf. Nicht über alle standardmäßig abgefragten Merkmale legt dieser Bericht detaillierte Auswertungen vor. Daher empfehlen wir den Leserinnen und Lesern dieses Berichts, sich auch über die in diesem Hauptteil nicht weiter ausgeführten Entwicklungen anhand der Tabellen im Anhang zu informieren oder den Vorgänger-Bericht aus dem Jahr 2003 zu Rate zu ziehen. Dort sind die zentralen Zeitreihen beschrieben.

Der vorliegende Bericht setzt einen etwas anderen Schwerpunkt: Er geht insbesondere auf die ergänzenden Fragen der Umfrage 2003 ein. Denn zusätzlich zum Standardprogramm werden in manchen Jahren wechselnde Sonderthemen abgefragt, so auch 2003, wo diese sich auf die *Lebensbedingungen im Wohngebiet* richteten.

Deshalb zunächst dazu noch einige Gedanken:

Das Wohngebiet als Gegenstand städtebaulicher Politik – ein spezieller Fokus der BBR-Umfrage 2003

Die Wohnumwelt als physischer und sozialer Kontext prägt die alltägliche Lebenssituation nahezu aller Menschen und beeinflusst ihre Lebensperspektiven, insbesondere die der heranwachsenden Generation. An dieser zentralen Bedeutung des Wohngebiets setzten städtebauliche Programme wie „Soziale Stadt“ an, um die Situation speziell in „benachteiligten Vierteln“ zu verbessern.⁵ Für solche Viertel muss befürchtet werden, dass sie eine sich selbst verstärkende negative Entwicklungsdynamik aufweisen: Bewohnerinnen und Bewohner, die noch über Chancen verfügen, werden diese Viertel verlassen und nicht durch entsprechend „bessergestellte“ Zuwandernde ersetzt werden, sondern – wenn überhaupt – durch Zuziehende mit niedrigem Status, der dem der „Hängengebliebenen“ entspricht oder ihn gar unterschreitet. Dies führt dann zu weiteren selektiven Wegzügen und einer sozialen Abwärtsspirale solcher Gebiete, meist mit der Folge des Abbaus der Angebote für „Handel und Wandel“, der Dequalifikation der Arbeitsplätze und sich verschlechternder Aussichten für die Erwerbsbiographien. Negativer Tiefpunkt ist dann ein Quartier von Chancenlosigkeit und Chancenlosen.

Dieser Dynamik versucht Städtebauförderung (Soziale Stadt, Aufbau Ost, Stadumbau Ost/West)⁶ durch den Einsatz vielfältiger Instrumente entgegenzusteuern. Die Frage ist, wie diese greifen und auf welchen Ebenen am ehesten Ansatzpunkte bestehen. Zu dieser Problematik werden im Folgenden einige Befunde zusätzlich zu den üblichen Zeitreihenanalysen dargestellt, die durch eine Ausweitung des Erhebungsprogramms im Jahr 2003⁷ möglich sind. Dabei wurde zum einen auf die Erfassung der städtebaulichen und sozialen Situation in den Wohnquartieren und zum anderen auf den Vergleich der Quartiere bei Wohnstandortwechsel Gewicht gelegt. Also: Welche Eigenschaften von Quartieren werden zur Begründung von Wohnungswechseln genannt? Und: Welche Unterschiede zwischen alter und neuer Wohnumgebung ergeben sich als Ergebnis der entsprechenden „Abstimmung mit den Füßen“? Schließlich wid-

met sich die Umfrage von 2003 in besonderem Maße der Frage, ob, wo und in welcher Weise städtebauliche Eingriffe wahrgenommen werden und welche Wirkungen auf die individuelle Lebenssituation mit ihnen verbunden sind. Insofern erscheint es uns angebracht, hier kurz auf die vorgefundene städtebauliche Situation einzugehen, die quasi die objektive Hintergrundfolie für die Einstellungen und Handlungsentscheidungen der befragten Bewohnerinnen und Bewohner darstellt.

Die städtebauliche Situation

Die *Siedlungsstruktur* im Westen Deutschlands wird eher von großen Kernstädten⁸ und sonstigen städtischen Ober- und Mittelzentren geprägt, im Osten von kleineren Orten und Dörfern. In diesen Rahmen ordnen sich die Wohngebiete ein. Dabei zeigt sich zunächst trotz der unterschiedlichen siedlungsstrukturellen Voraussetzungen eine Gemeinsamkeit: In Ost und West leben die Menschen zu etwa gleichen Teilen (82 % bzw. 83 %) in Gebieten, die sie selbst als reine Wohngebiete einstufen.

Die *bauliche Struktur* dieser Wohngebiete ist im Westen stärker (52 %) durch Ein- und Zweifamilienhausbebauung charakterisiert als im Osten (44 %). Deutlicher als dieser generelle Unterschied ist seine städtebauliche Einordnung: Ein- und Zweifamilienhausgebiete konzentrieren sich im Osten vor allem auf Dörfer und Kleinstädte, wo sie mit 69 % in vergleichbarer Stärke vertreten sind wie im Westen (76 %). Dagegen sind sie in ostdeutschen Ober- und Mittelzentren mit 35 % (West: 60 %) und in Kernstädten mit 14 % (West: 33 %) im Vergleich zum Westen stark unterrepräsentiert.

In ostdeutschen Städten sind Quartiere mit überwiegender Wohnblock-Bebauung weit stärker vertreten als im Westen. In Kernstädten wohnt fast die Hälfte der Befragten in derartigen Quartieren, zu denen auch die Plattenbaugebiete zählen. Auch in den sonstigen Städten ist der Quartierstyp „Wohnblock“ mit 28 % noch stärker vertreten als in den großen Kernstädten des Westens (24 %). Selbst in ostdeutschen Kleinstädten und Dörfern lebt man in nicht

unerheblichem Ausmaß (9 %) in solchen Quartieren.

Wohnen in „Mischgebieten“ beschreibt im Jahr 2003 in Ost und West vor allem die Situation in Großstädten: In Kernstädten wohnt etwa ein Viertel der Befragten in Gebieten mit gewerblicher und/oder industrieller Nutzung. Aber auch in sonstigen Städten gilt dies für ca. 20 %. Hingegen liegt in Kleinstädten und Dörfern der Anteil bei etwa 10 % (wobei hier auch eine typisch „dörfliche“ Struktur zu den Mischgebieten gezählt wird).

Ins Auge fällt im Jahr 2003 nur eine Gemeinsamkeit beim Vergleich der Bausubstanz, also bei Betrachtung des Alters bzw. des städtebaulichen Entstehungszusammenhangs der Wohngebiete. Die nach der Wende entstandenen Quartiere sind in Ost und West zu etwa gleichen Anteilen vertreten – mit vergleichbarer siedlungsstruktureller Einordnung. Dabei sind sie im Westen noch stärker als im Osten in eher kleinstädtischen/ländlichen Orten angesiedelt.

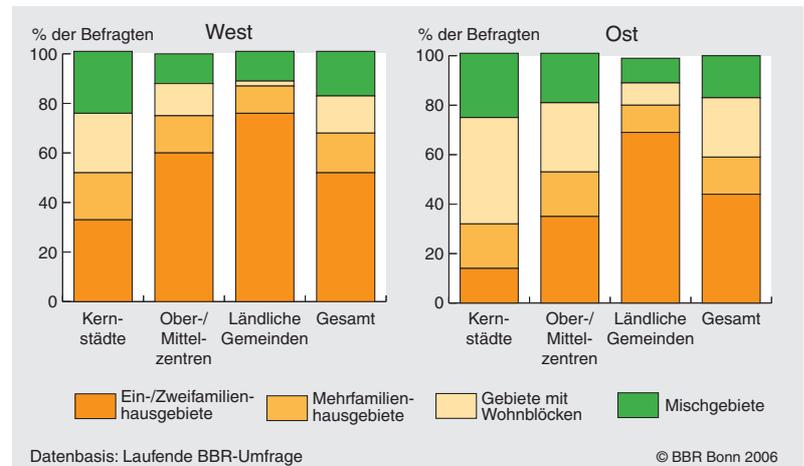
Ansonsten aber zeigen sich klare Ost-West-Unterschiede:

Die Wohnsituation im Osten ist stärker als im Westen von Vorkriegsstrukturen geprägt. Mehr als ein Drittel der Befragten (36 %) gibt an, dass das aktuelle Wohngebiet aus der Vorkriegszeit stammt. Insbesondere in kleineren Orten wohnt fast die Hälfte der Befragten (45 %) in Wohngebieten, die bis 1948 entstanden sind (in ländlich geprägten Regionen sind dies vor allem Ein- und Zweifamilienhausgebiete). Auch in den Mittelstädten (32 %) und Kernstädten (27 %) stellen Altbauquartiere die vergleichsweise größte Gruppe.

Im Westen wohnen dagegen nur 14 % der Befragten in Altbaugebieten aus der Vorkriegszeit. Solche Quartiere sind vor allem in kleineren Städten und in Kleinstädten/Dörfern (mit jeweils 10 %) eher die Ausnahme, ganz im Gegenteil zu den ostdeutschen Strukturen, wo mit abnehmender Gemeindegröße Altbauquartiere zunehmen.

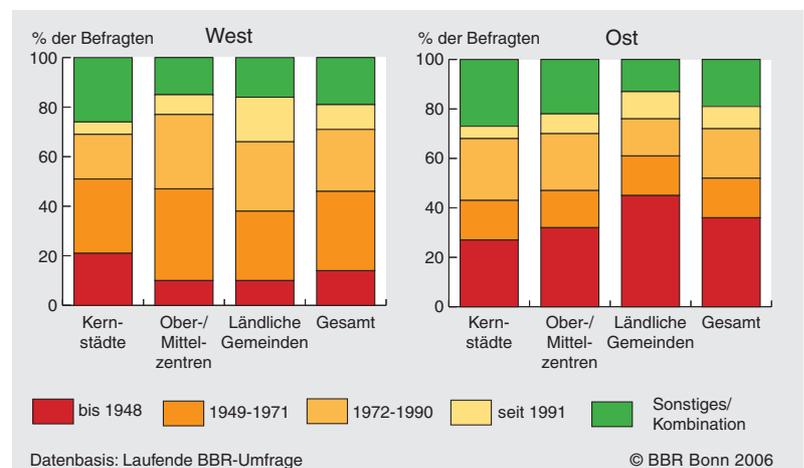
Lediglich in den großen Kernstädten des Westens lebt ein mit dem Osten vergleichbar hoher Anteil (21 %) in Altbauquartieren. Die in Westdeutschland dominanten Quartiere

Abbildung 1.2
Vorherrschende Bebauung des Wohngebiets der Befragten nach Gemeindetyp – 2003⁹



stammen zu knapp einem Drittel (32 %) aus der „Aufbauzeit“ der 1950er und 60er Jahre. Westdeutsche Stadtplanung richtete sich in den „Wirtschaftswunderjahren“ schwerpunktmäßig auf den Neu- und Wiederaufbau der Stadtmitten sowie innerstädtischer Wohngebiete. Dazu kamen vor allem in Klein- und Mittelstädten Erweiterungen mit Ein- und Zweifamilienhausgebieten (häufig Reihenhäusern). Das vorherrschende Leitbild für diesen Wiederaufbau war das der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“, also im weiteren Sinne einer Stadtlandschaft. Derartige Wohnlagen zeigen sich bevorzugt auch an der Wohnungsverteilung in der BBR-Umfrage. Im Osten dagegen ist

Abbildung 1.3
Entstehungszeit des Wohngebiets der Befragten nach Gemeindetyp – 2003



diese Bauperiode sehr viel schwächer vertreten (16 %). Zu jener Zeit hatte zudem die Blockbebauung ein ähnliches Gewicht wie kleinere Mehrfamilienhäuser und Ein-/Zweifamilienhäuser zusammen. Der „sozialistische Wohnkomplex“ als städtebauliches Leitbild realisierte sich in jener Phase hauptsächlich als zeilenförmige Bebauung und eine Erschließung durch Stichstraßen.¹⁰ Zum Wohnkomplex gehörten regelmäßig Wohnfolgeeinrichtungen wie Kindergarten, Schule, ÖPNV-Haltestelle und Einkaufshalle einschließlich der zugehörigen Arbeitsplätze, jedoch keine darüber hinausgehenden Einrichtungen oder Betriebe.

Die westdeutsche Schwerpunktsetzung auf kleinteiligere Baustrukturen setzt sich auch in den Gebieten fort, die in den 1970er und 80er Jahren errichtet wurden. Mehr als die Hälfte der Befragten, deren Wohngebiet aus dieser Zeit stammt (insgesamt 25 %), charakterisiert dies als Einfamilienhausgebiet. Dagegen sind die aus dieser Bauperiode stammenden Wohngebiete im Osten, mit 20 % etwa vergleichbar häufig wie im Westen, zu ca. einem Drittel durch Wohnblocks gekennzeichnet.

Dieses Fünftel aller ostdeutschen Wohnungen aus den 1970er und 80er Jahren steht für die dominante Bauperiode der DDR. In diesen beiden Jahrzehnten wurden die Wohnblöcke in industrieller Bauweise mittels vorgefertigter Platten/Großtafeln erstellt – 1985 machte dies 83 % des DDR-Wohnungsbaus aus. 25 % der Wohngebiete in den ostdeutschen Kernstädten sind – nach Einschätzung der Befragten – in dieser Epoche erstanden, und sie hat dazu beigetragen, dass dort 43 % der Befragten in Wohnblock-Quartieren leben. Umfassten die zuvor erstellten Wohnkomplexe, die sich am Einzugsbereich einer 8-Klassen-Schule orientierten, jeweils etwa 4 000 bis 5 000 Einwohner, existierten zur Wende in der DDR und Ostberlin 151 Großwohnsiedlungen mit insgesamt etwa 1 205 400 Wohnungen. Lediglich ostdeutsche Kleinstädte mit bis zu 20 000 Einwohnern weisen diesen Siedlungstyp kaum auf (vgl. Hannemann 1998). Zum Vergleich ist festzustellen, dass „im Osten fast jeder vierte Bewohner bzw. jede vierte Bewohnerin in einer Großsiedlung mit 2 500 und mehr Wohnungen lebt, (während) es im Westen nur knapp jeder

bzw. jede sechzigste“ (Bundesregierung 1994, S. 29) ist – in insgesamt 95 westdeutschen Großsiedlungen, die vor allem in den 1960er und 70er Jahren errichtet wurden. Letztere sollten dem Leitbild „Urbanität durch Dichte“ folgen – hatten in ihrer Realisierung dann jedoch eher weniger mit den proklamierten Vorstellungen von moderner Urbanität gemein.

Die nun folgenden Analysekapitel sind so angeordnet, wie sich in den meisten Fällen der Erfahrungsraum von Bürgerinnen und Bürgern mit ihrem Wohnstandort gliedern dürfte: Zunächst stellen wir im 2. Kapitel einige Betrachtungen über den aktuellen Wohnungsmarkt, über Wohnungsgrößen und Wohnkosten im Jahr 2004 an. Das 3. Kapitel widmet sich den Ergebnissen, die sich auf die siedlungsstrukturellen Gegebenheiten beziehen – dabei werden die Beurteilungen dieses Lebensbereichs wie in konzentrischen Kreisen von der direkten Wohnumgebung bis zum Wohnort als Ganzem ausgedehnt. Das 4. Kapitel widmet sich dann den die dazugehörigen Sozialräume kennzeichnenden Einstellungen und Meinungen der Befragten – es geht um Nachbarschaften und wahrgenommene Differenzierungsmuster im Wohngebiet, wobei ein Fokus auf dem Verhältnis von Deutschen und Ausländern liegt. Da zahlreiche Beurteilungen des alltäglich erlebten Wohnstandorts von den Bedingungen des persönlichen Haushalts abhängen, widmet sich das 5. Kapitel der wirtschaftlichen Lage und den Arbeitsbedingungen der Befragten. Diese sind wiederum zu einem großen Teil mitverantwortlich für das alltägliche Mobilitätsverhalten sowie für Umzugs- und Wanderungsentscheidungen, womit sich das 6. Kapitel befasst. Im abschließenden Resümee (7. Kapitel) versuchen wir, die feststellbaren Wirkungen bisheriger städtebaulicher Programme einzuschätzen.

2

Wohnung und Wohnen

Ausgangssituation

Die regionalen Wohnungsmärkte befinden sich im Wandel. Waren dort lange Zeit Engpässe die „normale“ Konstellation, sind mittlerweile vielerorts Situationen der Marktentspannung und des Wohnungsüberschusses eingetreten. In Ostdeutschland ist der Wohnungsüberschuss bereits seit einigen Jahren die Normalität, und zunehmend gewinnt er auch in einigen westdeutschen Städten eine größere Bedeutung.

Das Ende des „ewigen Booms“ des Wohnungsbaus liegt zumeist in der nachlassenden Nachfrage nach Wohnraum begründet. Dieses ist durch eine in manchen Regionen bereits abnehmende, in anderen Regionen nur noch leicht zunehmende Bevölkerung zu erklären. Hinzu kommt die bundesweit negativ auf die Nachfrage wirkende wirtschaftliche Situation mit Einkommens- und / oder Arbeitsplatzverlusten in der Bevölkerung.

Die Anbieter von Wohnraum müssen sich auf die veränderte Situation einstellen. Die Bilanz der Neubautätigkeit der letzten Jahre zeigt, dass die Wohnungsbauinvestoren immer weniger werden und insgesamt eine sehr pessimistische Lagebeurteilung dominiert. Auch können die Vermieter von Mietwohnungen nicht mehr jede Mieterhöhung durchsetzen – nicht nur, weil ein örtlicher Mietspiegel dies nicht zulässt, sondern auch, weil der Markt dies nicht mehr hergibt. Die Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten) sind in den letzten Jahren bundesweit nur noch mit Steigerungsraten unterhalb der Inflation gestiegen. Zwar haben die Preissprünge bei den warmen Nebenkosten (Heizöl- und Gaspreise) sowie bei manchen Gebühren die Bruttomieten weiterhin ansteigen lassen, dennoch ist erkennbar, dass die Kosten für das Wohnen nicht mehr überdurchschnittlich steigen.

Dies zeigt sich auch darin, dass die Nachfrager die in den 1990er Jahren offenbarte Zurückhaltung bei der Wahl der Wohnungs-

größen und -typen abgelegt haben. Die Zeitvergleiche zeigen, dass die Pro-Kopf-Wohnfläche, aber auch die Eigentumsbildung in den letzten Jahren auch bei den jüngeren Haushalten deutlich angestiegen ist. Dies bestätigen sowohl lange Zeitreihenvergleiche über die letzten 25 Jahre hinweg als auch ein Vergleich der beiden letzten amtlichen Mikrozensushebungen 1998 und 2002. Die Wohneigentumsquote ist zwischen 1998 und 2002 insgesamt um knapp zwei Prozentpunkte gestiegen. Die neuen Länder zeigen hierbei mit einem Zuwachs von knapp drei Prozentpunkten eine höhere Dynamik als die alten Länder. Im gleichen Zeitraum sind die Pro-Kopf-Wohnflächen bei den Eigentümern um ca. 5 %, bei den Mieterhaushalten um knapp 7 % gestiegen. Auch bei den Wohnflächen weisen die Haushalte in den neuen Ländern höhere Zuwächse auf als in den alten Ländern.

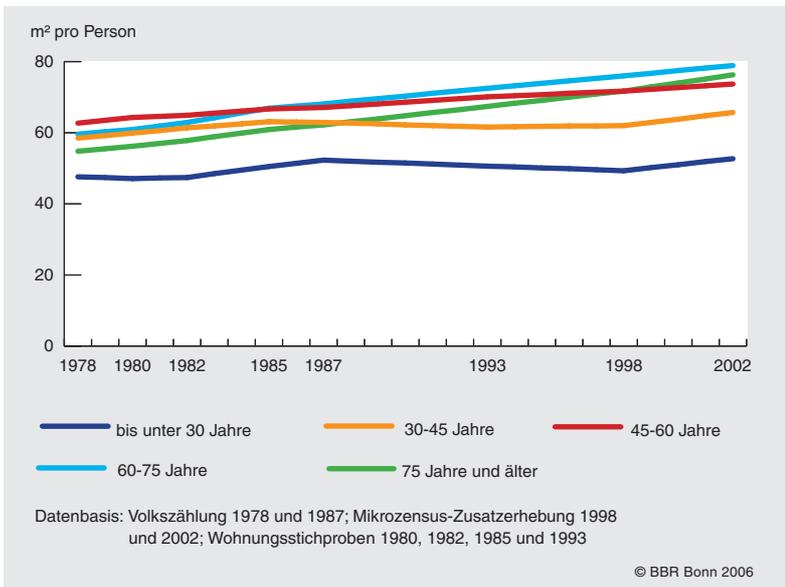
Tabelle 2.1

Zahl der Haushalte, Wohneigentumsquote und Pro-Kopf-Wohnfläche in Deutschland nach Wohnstatus – 1998 und 2002

	1998	2002	Veränderung in %
Haushalte insgesamt			
Westdeutschland	27 325	28 133	3,0
Ostdeutschland incl. Berlin	7 541	7 739	2,6
Deutschland	34 865	35 873	2,9
Eigentumsquote in %			
Westdeutschland	44,9	46,3	3,1
Ostdeutschland incl. Berlin	28,9	31,8	10,0
Deutschland	41,4	43,2	4,3
Pro-Kopf-Wohnfläche Eigentümer in m²			
Westdeutschland	46,1	48,3	4,7
Ostdeutschland incl. Berlin	37,9	40,9	7,7
Deutschland	44,8	47,1	5,1
Pro-Kopf-Wohnfläche Mieter in m²			
Westdeutschland	35,7	37,5	5,2
Ostdeutschland incl. Berlin	31,1	34,3	10,2
Deutschland	34,4	36,7	6,5

Quelle: Mikrozensus-Zusatzerhebungen 1998 und 2002

Abbildung 2.1
Pro-Kopf-Wohnfläche von Einpersonenhaushalten nach Alters-/Generationsgruppen – Westdeutschland 1978 bis 2002



Langfristig – d.h. innerhalb der letzten 25 Jahre – sind die Pro-Kopf-Wohnflächen aller Haushalte deutlich gestiegen. Diese Entwicklung verläuft jedoch nicht stetig, sondern in einem Wechsel von Phasen stärker ansteigender und zurückgehender Werte. In den letzten Jahren hat die Entwicklung der Pro-Kopf-Wohnfläche wieder an Fahrt gewonnen (Abb. 2.1) und die allgemeine Marktentspannung kommt nunmehr allen Altersklassen zugute.

Allerdings herrschen deswegen auf den regionalen Wohnungsmärkten noch lange keine „paradiesischen Zustände“. Dort wo die Preise deutlich nachgeben, liegt möglicherweise auch die Kaufkraft im Argen, und dort wo die Preise nach wie vor sehr hoch liegen, können die Nachfrager durch hohe regionale Einkommensniveaus ohne größere Probleme mithalten. So nähmen in Ostdeutschland wahrscheinlich viele Haushalte mit geringen Mieten gern eine angespanntere Wohnungsmarktsituation mit hohem Mietniveau in Kauf, wenn sich im Gegenzug ihre Erwerbs- und Einkommensmöglichkeiten deutlich verbesserten. Nicht umsonst wird immer wieder München als Deutschlands beliebteste Stadt benannt, obwohl dort die Mieten bekanntermaßen am höchsten liegen.

Mit dem Nachlassen des jahrelangen deutlichen Drucks auf die Wohnungssuchenden

stellt sich die Frage, inwiefern die Angebots-Nachfrage-Struktur der Wohnungsmärkte die Wohnbedingungen der Haushalte beeinflusst. Von hohem Interesse ist auch die Frage, ob signifikant unterschiedliche Wohnbedingungen in unterschiedlich strukturierten Wohnungsmärkten existieren. Aus bundesweiter Sicht stellte sich diese Frage bisher vor allem im Kontext der Unterschiede zwischen den alten und den neuen Ländern. Der Angleichungsprozess ist mittlerweile jedoch weit fortgeschritten und vor allem jüngere Haushalte unterscheiden sich immer weniger in ihren Versorgungskennziffern. Der Ost-West-Vergleich stellt somit nicht mehr die ausschließlich interessante Untersuchungsperspektive dar. Vielmehr treten wieder weitere regionale und sektorale Unterscheidungsmöglichkeiten in den Vordergrund und zeigen, wie heterogen die regionalen Wohnungsmärkte in Deutschland sind (vgl. BBR 2004).

Die Wohnfläche als Indikator

Die Wohnflächenversorgung ist ein wichtiger Indikator der allgemeinen Wohnungsmarktsituation. In angespannten Wohnungsmarktlagen stagnieren die Pro-Kopf-Wohnflächen eher, in entspannten Marktsituationen nehmen sie deutlich zu. Im Zeichen des demographischen Wandels kann die Entwicklung der Pro-Kopf-Wohnflächen jedoch nicht allzu einseitig durch die herrschende Wohnungsmarktlage erklärt werden. Alterung und Vereinzelung tragen dazu bei, dass die Pro-Kopf-Wohnflächen seit Jahrzehnten stetig steigen, ohne dass der individuelle Haushalt automatisch von diesem Zuwachs erfährt. Die Durchschnittswerte können auch nicht die Entwicklung bei einzelnen Haushaltstypen offen legen, so z. B. die der großen Haushalte, deren Pro-Kopf-Wohnflächenentwicklung seit Jahren eher stagniert denn dynamisch verläuft.

Der Wohnflächenentwicklung liegt ein stabiler Trend zu höheren Wohnflächen zugrunde, der sich einerseits aus realisierten Umzügen und Haushaltsgründungen, zum anderen aus passiven Haushaltsverkleinerungen (ältere kleine Haushalte in großen Wohnungen) speist.

Eine Wohnung in Westdeutschland ist mit knapp 100 m² im Durchschnitt etwa 10 %

größer als eine Wohnung in Ostdeutschland mit knapp 90 m². 2004 betrug die Pro-Kopf-Wohnfläche in Westdeutschland personengewichtet 42 m² gegenüber 38 m² in Ostdeutschland. In den vier Wohnungsmarktregionen Westdeutschlands¹¹ streut die Pro-Kopf-Wohnfläche von 38 m² in den altindustrialisierten schrumpfenden Regionen bis zu 43 m² in den Wachstumsregionen. Die Höhe der Pro-Kopf-Wohnfläche ist durch das Verhältnis von Mieter- zu Eigentümerhaushalten beeinflusst. Bei höheren Eigentümerquoten steigt die Pro-Kopf-Wohnfläche, da Eigentümerhaushalte in der Regel über höhere Wohnflächen verfügen.

Tabelle 2.2 zeigt, dass die Pro-Kopf-Wohnflächen der Mieterhaushalte in den vier Wohnungsmarktregionen zwischen 33 m² und knapp 37 m² streuen. In den stagnierenden und schrumpfenden Regionen ist der Wert geringer als in den strukturstarke Regionen. Bei den Eigentümerhaushalten ist dieser Zusammenhang weniger stark ausgeprägt. Hier liegen die höchsten Werte bei den stagnierenden Regionen mit ca. 50 m², während die strukturstarke Regionen einen nur geringfügig höheren Wert als die schrumpfenden Regionen aufweisen (knapp 47 m² zu knapp 46 m²).

Beurteilung der Wohnungsgröße

Die Haushalte sind zum größten Teil mit der Größe der Wohnung zufrieden: Etwa drei Viertel der Haushalte in West wie Ost geben an, dass die Größe der Wohnung ausreicht. Für nur knapp 15 % (West) bzw. 14 % (Ost) ist die Wohnung zu klein, für 11 % bzw. 9 % eigentlich zu groß. Auch nach regionalen Wohnungsmarkttypen differenziert ist bei allen vier Typen eine ähnliche Beurteilung der Wohnungsgröße vorzufinden. Allenfalls in den Typen mit einer vergleichsweise höheren Mieterdichte und in solchen mit umfangreicherem Geschosswohnungsbau sind die Wohnungsgrößen weniger passend, während Wohnungsmarkttypen mit hohen Anteilen an Ein- und Zweifamilienhäusern laut Beurteilung der bewohnten Wohnungsgröße im größeren Umfang das genau richtige Angebot bereithalten.

Zwischen West und Ost unterscheidet sich die Beurteilung der Wohnungsgröße dann, wenn die Wohndauer als Unterscheidungs-

Tabelle 2.2
Pro-Kopf-Wohnfläche in Mieter- und Eigentümerhaushalten nach regionalem Wohnungsmarkttyp – 2004

Wohnungsmarkttyp	Pro-Kopf-Wohnfläche in m ²		
	insgesamt	Mieter	Eigentümer
1 – Strukturstarke Regionen mit geringer Wachstumsdynamik	41,8	36,6	46,6
2 – Wachstumsregionen	43,1	34,7	49,0
3 – Stagnierende und schrumpfende Regionen mit ländlichem/verdichtetem Umland	43,0	33,3	50,0
4 – Schrumpfende, meist altindustrialisierte Regionen Westdeutsche Regionen insgesamt	38,3	33,2	45,5
5 – Ostdeutsche Regionen	37,9	32,4	43,2

Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

merkmal hinzugefügt wird. Haushalte mit einer Wohndauer von mehr als zehn Jahren sind in Ost und West ähnlich zufrieden mit der Wohnungsgröße, obwohl bei zunehmender Wohndauer die zur Verfügung stehenden Pro-Kopf-Wohnflächen divergieren. Bei Wohndauern bis zu zehn Jahren sind hingegen die Pro-Kopf-Wohnflächen der Haushalte bei Mietern mit 38 m² in Ost und West völlig identisch und bei Eigentümerhaushalten mit 44 m² (Ost) bzw. 46 m² (West) kaum unterschiedlich – jedoch wird im Westen wesentlich häufiger als im Osten darüber geklagt, dass die Wohnung größer sein könnte.

Dies liegt vor allem daran, dass im Westen über 30 % der Mieterhaushalte ihre Woh-

Abbildung 2.2
Beurteilung der Wohnungsgröße nach regionalem Wohnungsmarkttyp – 2004

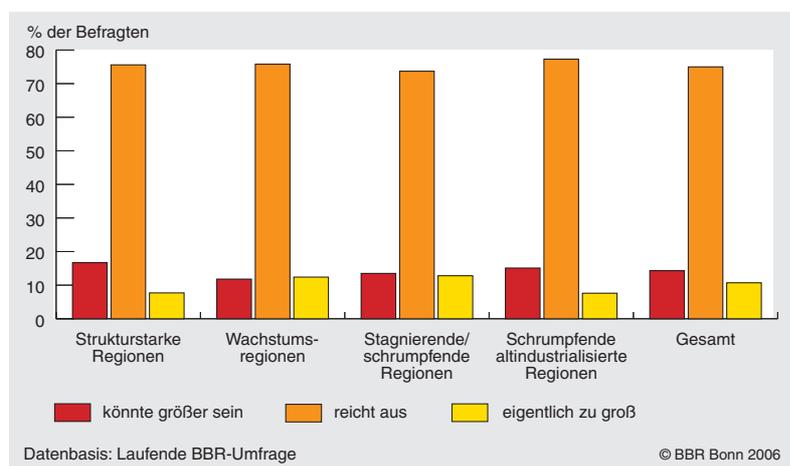
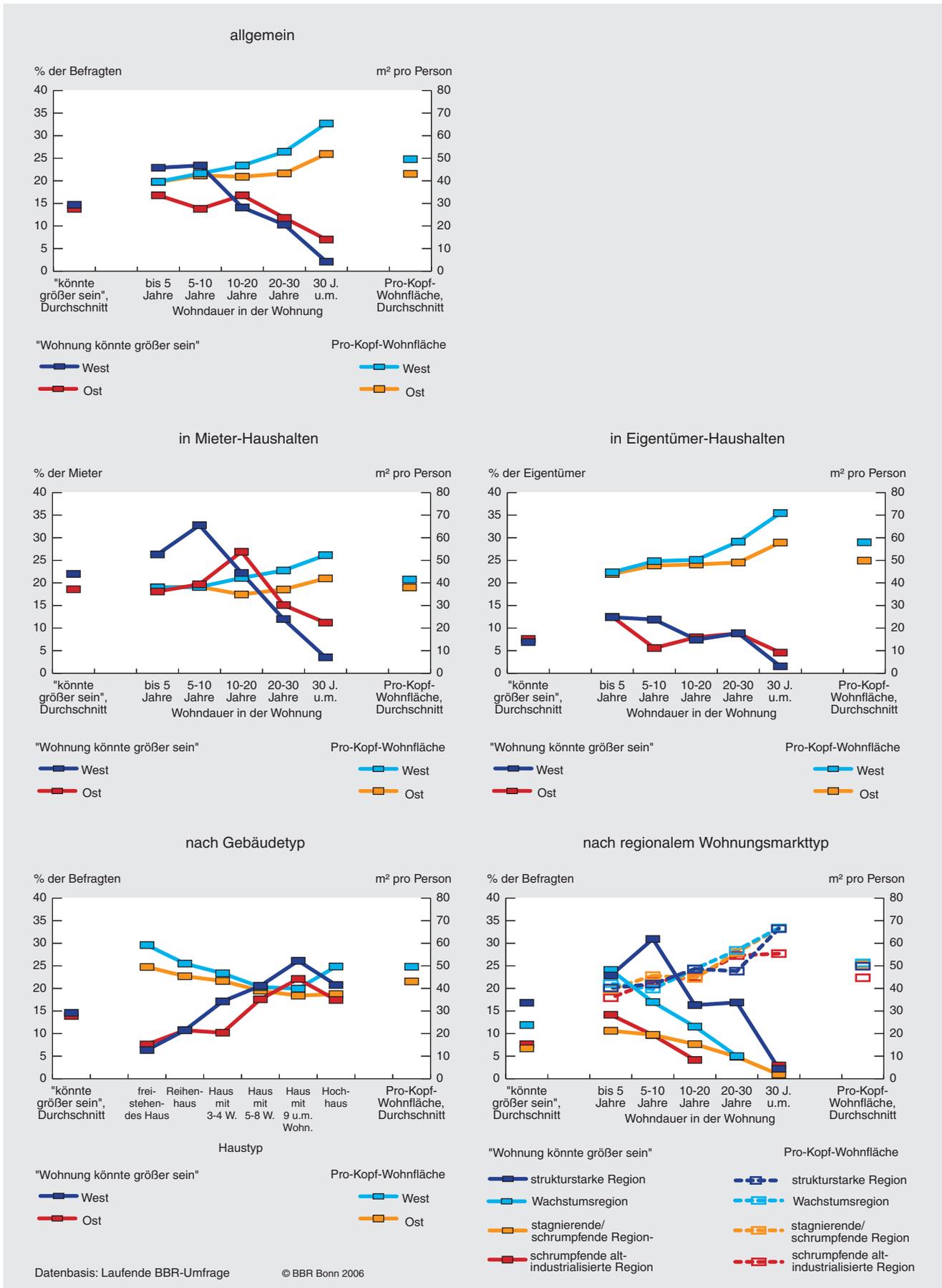


Abbildung 2.3 Pro-Kopf-Wohnfläche und Beurteilung der Wohnungsgröße als „könnte größer sein“ nach Wohndauer allgemein/in Mieterhaushalten/ in Eigentümerhaushalten und nach Gebäudetyp/regionalem Wohnungstyp – 2004



nung als zu klein beurteilen, während dies im Osten nur 20 % sind. Objektiv ist jedoch die Pro-Kopf-Wohnfläche mit 38 m² zwischen den Teilgebieten völlig identisch und auch zur Gruppe der Haushalte mit geringerer Wohndauer nicht unterschiedlich. Entweder ist also von unterschiedlichen Anspruchsniveaus auszugehen oder der unterschiedliche Grad an Unzufriedenheit liegt darin begründet, dass die westdeutschen Haushalte keine Chance für einen Umzug sehen, der ihnen Verbesserung schaffen könnte, oder dass sie planen, von Miete zu Eigentum zu wechseln, um ihren Wohnstatus zu verbessern. Aufgrund des hohen Preisniveaus in vielen westdeutschen Ballungsräumen ist der Umzugswunsch jedoch häufig kaum zu realisieren, so dass die Haushalte in ihren als zu klein empfundenen Wohnungen verbleiben (müssen).

Bei den Eigentümerhaushalten entsprechen die Beurteilungen im Durchschnitt den Erwartungen insofern, dass wesentlich weniger Befragte in Ost und West zu geringe Wohnungsgröße angeben. Mit einer Wohndauer von fünf bis zehn Jahren ist die Beurteilung ostdeutscher Haushalte hinsichtlich der Größe ihres Domizils allerdings deutlich besser als in Westdeutschland – obwohl die Haushalte über etwa gleich große Wohnflächen verfügen. Dies liegt möglicherweise daran, dass in Westdeutschland in den 1990er Jahren im Zusammenhang mit den engeren Wohnungsmärkten und dem Bauboom bestimmte Angebote wie Reihenhäuser deutlich häufiger nachgefragt wurden, die nun bei einer Tendenz zu entspannteren Wohnungsmärkten von den Haushalten kritischer gesehen werden, da Angebote wie freistehende Häuser etc. durchaus als realistische Alternative betrachtet werden. So geben über 20 % der westdeutschen Haushalte, die in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre in ein Reihenhaus gezogen sind, an, dass die Wohnung eigentlich größer sein könnte (im Osten 11 %). Tatsächlich ist die Pro-Kopf-Wohnfläche der Haushalte in Reihenhäusern im Westen mit 41 m² gegenüber 46 m² im Osten deutlich niedriger. Beim freistehenden Haus beträgt die Pro-Kopf-Wohnfläche dagegen in beiden Teilgebieten knapp über 50 m².

Die Zufriedenheit mit der Wohnungsgröße nimmt vom Haustyp „freistehendes Haus“ über das Reihenhaus zu den Geschosswoh-

nungshäusern ab. Im Westen ist diese Abnahme deutlicher; im freistehenden Haus kann man hier seine Vorstellungen von der Wohnungsgröße offenbar deutlich besser realisieren als im Reihenhaus oder in größeren Wohngebäuden. Im Osten ist diese Abnahme nicht so stark und die Beurteilung der Wohnungsgröße in den Geschosswohnungen leicht besser als im Westen, obwohl die Pro-Kopf-Wohnfläche geringfügig niedriger ausfällt. Auffällig ist, dass die Wohnungsgrößen im „Hochhaus“ angemessener beurteilt werden als in anderen großen Mehrfamilienhäusern.

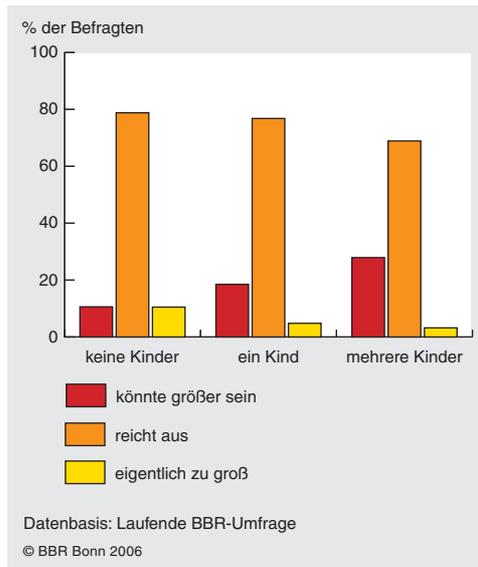
Nach Wohnungsmarktregionen unterschieden zeigt sich, dass die Beurteilung der Wohnungsgröße nur geringfügig schwankt. Sowohl in angespannteren als auch in entspannteren Wohnungsmarktregionen sind die Anteile der Haushalte, die in einer ausreichend großen Wohnung wohnen, mit 74 % bis 77 % annähernd gleich hoch. Dies ist auch der Fall, wenn Mieter und Eigentümer unterschieden werden.

Zwar ist die Zufriedenheit mit der Wohnungsgröße insbesondere bei länger ansässigen Haushalte in strukturstarken Regionen wie München, Frankfurt, Köln etc. zum Teil etwas niedriger als vor allem in den Wachstumsregionen, dies liegt jedoch zum größten Teil an der höheren Geschosswohnungsdichte in den größeren Verdichtungsräumen und den fehlenden Möglichkeiten zur Bildung von Wohneigentum.

Insgesamt deutet einiges darauf hin, dass die in angespannteren Wohnungsmarktregionen vorherrschende hochpreisige Angebotsstruktur insbesondere in den Wachstumsregionen durch höhere Wohnkaufkraft ausgeglichen werden kann. Das heißt allerdings keineswegs, dass in allen Regionen oder Lagen ein dem Einkommen entsprechendes Wohnungsangebot vorzufinden ist. Ein Teil der Haushalte kann sich nur sehr schwer aus eigener Kraft am Wohnungsmarkt versorgen.

Eine besondere Problematik ergibt sich für Haushalte, in denen minderjährige Kinder leben, da diese andere Raumansprüche stellen als Erwachsene. Insofern ist auch für Laien zu erwarten, dass mit der Zahl der Kinder die Unzufriedenheit mit der Wohnungsgröße ansteigt, insbesondere die Tatsache zu kleiner Wohnungen. Während kinderlose Haushalte nur zu 9 % ihre Woh-

Abbildung 2.4
Beurteilung der Wohnungsgröße nach Anzahl der Kinder im Haushalt – 2004



nung als zu klein einstufen, sind dies bei Haushalten mit einem Kind bereits 21 %, bei mehreren Kindern 30 %. Eine nach eigenen Angaben eigentlich zu große Wohnung bewohnen 12 % der Haushalte, in denen aktuell keine Kinder (mehr) leben gegenüber 4 % der Haushalte mit einem Kind bzw. 3 % der Haushalte mit mehreren Kindern.

Nach Ost und West differenziert zeigt sich, dass im Westen Haushalte mit Kindern eine etwas geringere Zufriedenheit mit der Wohnungsgröße äußern als in Ostdeutschland. Dies hängt in erster Linie mit dem höheren Anteil von verdichteten, großstädtischen Wohnungsmarktlagen im Westen zusammen.

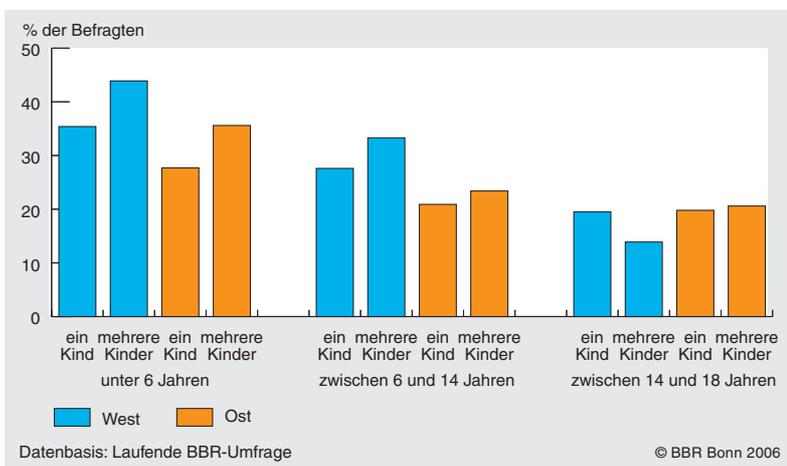
Bei der Haushaltssituation ist zu beachten, in welchem Familienstadium sich der Haushalt befindet. Bei der Existenz von kleinen Kindern unter sechs Jahren ist in Ost wie in West die Beurteilung der Wohnungsgröße am ungünstigsten. Im Westen stufen 35 % (bei einem Kind unter sechs Jahren) bzw. knapp 45 % (bei mehreren Kindern unter sechs Jahren) ihre Wohnung als zu klein ein. Im Osten sind die Angaben insgesamt etwas niedriger (28 % bzw. 36 %). Mit zunehmendem Alter der Kinder wird diese Unzufriedenheit geringer, da in der Regel der Haushalt nach einem Suchprozess eine passendere Wohnung gefunden und/oder womöglich Wohneigentum gebildet hat. Aber auch mit älteren Kindern sind die Haushalte mit Kindern deutlich unzufriedener mit der Wohnungsgröße als kinderlose Haushalte. Auffällig ist auch, dass im Westen eine insgesamt schlechtere Beurteilung der Wohnungsgröße bei den verschiedenen Familienkonstellationen zu beobachten ist.

Wohnungsgröße und Umzugsabsichten

In Westdeutschland sind während der vergangenen zehn Jahre 45 % der befragten Haushalte umgezogen, im Osten 52 %. Entsprechend stellen sich die Umzugsabsichten dar: Im Westen planen etwa 5 % der Haushalte einen Umzug, im Osten über 11 %. Vage Umzugspläne sind dagegen im Westen mit knapp 11 % häufiger als im Osten (8 %). Die Ergebnisse bestätigen die in den letzten Jahren zu beobachtende Tatsache, dass die Haushalte in Ostdeutschland deutlich häufiger umziehen als diejenigen in Westdeutschland. In beiden Teilen gilt gleichermaßen, dass die Haushalte, die eine konkrete Umzugsabsicht äußern, i. d. R. deutlich unzufriedener mit der jetzigen Wohnungsgröße sind als die Haushalte ohne Umzugsabsichten.

Haushalte mit konkreten Umzugsabsichten (Antwort „ja“ auf die Frage „Haben Sie vor, innerhalb der nächsten zwei Jahre aus Ihrer Wohnung auszuziehen?“) empfinden im Westen zu 47 %, im Osten zu 31 % ihre Wohnung als zu klein. Eine nicht zu große bzw. nicht zu kleine Wohnungsgröße liegt im Westen bei 45 % der umzugsbereiten Haushalten vor (Osten 63 %). Es zeigt sich, dass im Westen die Wohnungsgröße als

Abbildung 2.5
Beurteilung der Wohnung als „könnte größer sein“ nach Anzahl und Alter der Kinder im Haushalt – 2004



Anzahl der Haushalte mit minderjährigen Kindern insgesamt: $n_{west} = 543 / n_{ost} = 559$

Kriterium für einen Umzug stärker im Vordergrund steht als im Osten. Knapp 35 % der Haushalte nennen wohnungsbezogene Gründe (in der Regel: Größe) als Hauptwegzugsgrund aus der jetzigen Wohnung (im Osten knapp 25 %). Danach folgen berufliche und private Gründe. Im Osten ist der berufliche Aspekt der wichtigste Grund für einen Auszug, gefolgt von privaten und wohnungsbezogenen Gründen.

Bei Umzugsabsichten wird im Westen mehrheitlich derselbe Stadtteil als Zielort genannt (40 %). Danach folgen etwa gleichrangig ein anderer Stadtteil bzw. ein Zielort außerhalb der Region. Im Osten ist die Rangfolge abweichend. Mit fast 40 % ist eine andere Region Zielort der Umzugsabsicht, gefolgt vom selben Stadtteil (30 %). Ein anderer Stadtteil bzw. die nähere Umgebung werden mit 16 % bzw. 14 % seltener genannt (vgl. auch Kap. 6).

Ist die eigene Wohnung zu klein, nennen westdeutsche Haushalte zu 53 % denselben Stadtteil als Zielgebiet für die Wohnungssuche, während die anderen Zielgebiete deutlich seltener genannt werden (Osten: 46 %). Es wird deutlich, dass die Haushalte bei zu kleiner Wohnung in der Regel das angestammte Wohngebiet nicht verlassen möchten, es jedoch fraglich ist, ob die Umzugspräferenz so auch realisiert werden kann.

Abbildung 2.6 Beurteilung der Wohnungsgröße nach beabsichtigtem Wohnungswechsel in den nächsten zwei Jahren – 2004

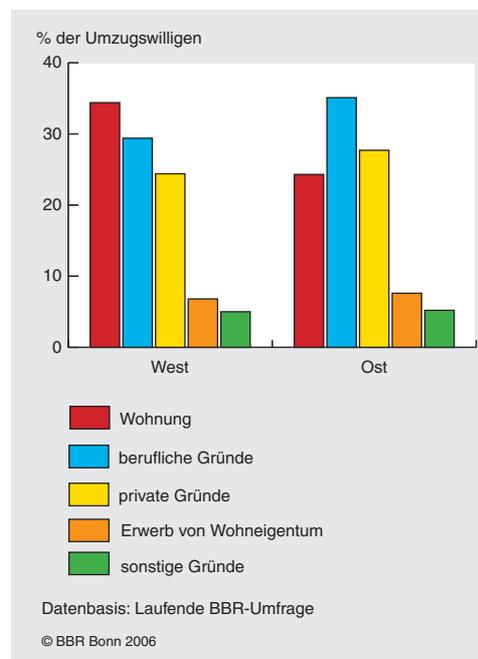
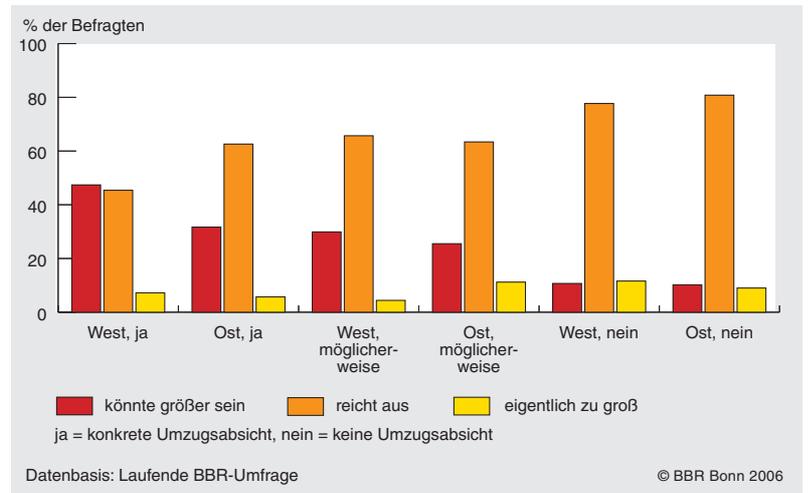
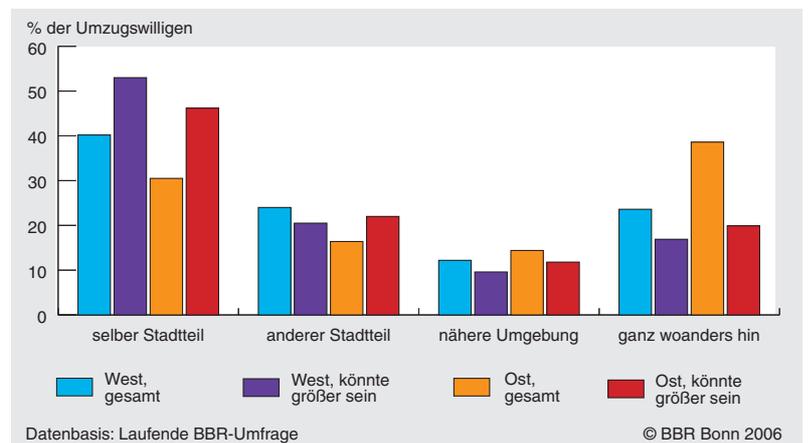


Abbildung 2.7 Hauptgründe für einen beabsichtigten Wohnungswechsel – 2004

Abbildung 2.8 Bei Umzugsabsichten angestrebte neue Wohnlage: allgemein und bei Beurteilung der Wohnungsgröße als „könnte größer sein“ – 2004



Haushalte nach vollzogenem Umzug

Haushalte verändern sich durch vielfältige Prozesse wie Zusammenzug, Geburt von Kindern, Auszug der Kinder bzw. Auszug oder Tod des Partners. Zumeist reagieren sie auf Veränderungen durch den Wechsel der Wohnung. In jüngeren Jahren geschieht dies häufiger, in älteren Jahren überwiegt der Verbleib in der angestammten Wohnung (Remananzeffekt).

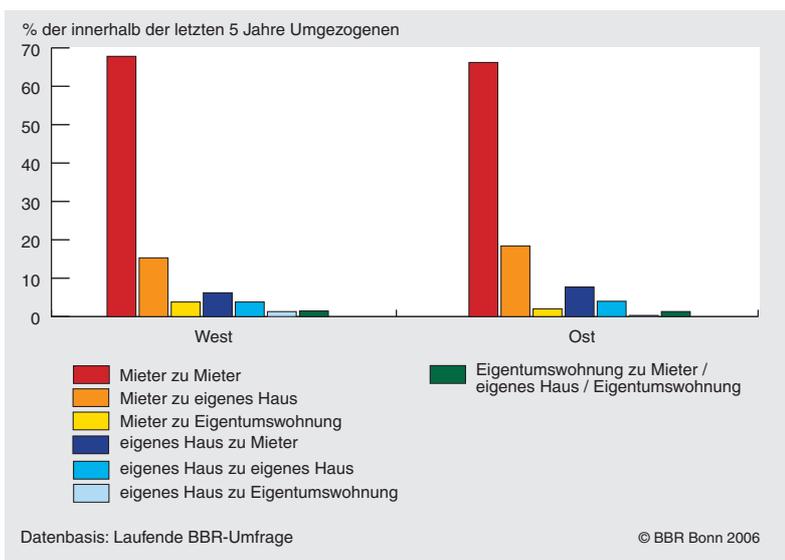
Haushalte mit aktuell vollzogenem Umzug müssten sich auf Wohnungsmärkten, die seit geraumer Zeit im Großen und Ganzen entspannt sind, in ihrer Wohnsituation deutlich verbessern. Im Folgenden werden typische Wohnmerkmale aktueller umgezogener Haushalte – insbesondere die Wohneigentumsbildung – näher analysiert.

Umzüge sind sehr stark von Umzugsvorgängen im Mietwohnungsbestand bestimmt. Etwa zwei Drittel der für die vergangenen fünf Jahre berichteten Umzüge betreffen Mieterhaushalte, die im Mietwohnungsbestand umgezogen sind. Es wird deutlich, dass sich Fluktuationsprozesse wesentlich häufiger im Mietwohnungs- als im Eigentumssektor abspielen. Dies liegt daran, dass zum einen die jüngeren Haushalte, die im

Durchschnitt wesentlich mobiler sind, sehr häufig in Mietwohnungen leben. Zum anderen überwiegt in Deutschland bei Eigentumsbildung der einmalige Erwerb im Leben; ein Wechsel innerhalb des Eigentumssektors (Lebenszykluswohnen im Eigentum) findet nach wie vor eher selten statt.

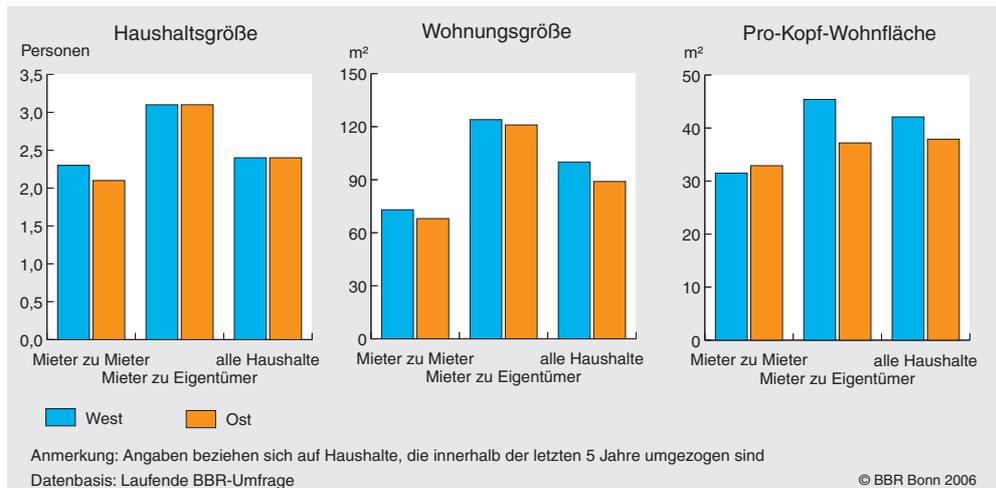
Die Dominanz der Mieterfluktuation liegt sicherlich auch darin begründet, dass die Haushalte in Deutschland mehrheitlich zur Miete wohnen. Der Anteil der Mieterhaushalte an allen Haushalten betrug laut Mikrozensus 2002 in Deutschland 58 %. In Westdeutschland ist diese Quote mit 56 % etwas niedriger, in Ostdeutschland vor dem Hintergrund der Entwicklung vor 1990 deutlich höher (66 %). Ein wichtiger Grund für eine im internationalen Vergleich niedrige Wohneigentumsquote ist die hohe Verstädterungsrate. Der größte Teil der Haushalte wohnt in Deutschland in Agglomerationsräumen bzw. in verstäderten Räumen. Aufgrund der dichten Bebauung mit größeren Geschosswohnungsgebäuden ist der Anteil der Mieterhaushalte hoch. Dies zeigt sich auch in den Zahlen der BBR-Umfrage 2004. Der Mieteranteil steigt von ländlichen Räumen (gut 40 %) über verstäderte Räume (knapp 50 %) auf über 60 % in Agglomerationsräumen (BBR-Regionstyp). Umzugsvorgänge sind in den Agglomerationsräumen entsprechend zu 70 % und damit überproportional von Mieterumzügen dominiert.

Abbildung 2.9
Fluktuation im Miet-/Eigentumsstatus bei Wohnungswechsel innerhalb der letzten fünf Jahre – 2004



15 bis 18 % der 2004 erfragten Fluktuationsprozesse stellen sich als ein Wechsel von Mieterhaushalten in ein eigenes Haus dar. Dagegen wechseln Mieterhaushalte bei Wohneigentumsbildung nur zu 2 bis 4 % in eine Eigentumswohnung. Dies bestätigt die derzeit eher unbedeutende Rolle des Stockwerkeigentums in Deutschland, wird sich aber vor dem Hintergrund der Privatisierungsprozesse im Mietwohnungsbestand und des Bedeutungsgewinns der Immobilie für die Altersvorsorge möglicherweise zukünftig ändern. Vor allem in Ostdeutschland führt der Wunsch nach einem Eigenheim zusammen mit der leicht erhöhten Eigentumsbildung (Osten: 20 %, Westen: 19 %) zu häufigerem Wechsel ins eigene Haus statt in die eigene Wohnung – siedlungsstrukturell durch den geringeren Grad der Verstädterung gefördert.

Abbildung 2.10
Nach Wohnungswechsel: Durchschnittliche Haushaltsgröße/Wohnungsgröße/
Pro-Kopf-Wohnfläche nach Wohnstatus – 2004



M zu M insgesamt: n = 918 / M zu E insgesamt: n = 272 / alle insgesamt: n = 3.978

Der umgekehrte Weg vom Eigentum zur Mietwohnung wird in 7 bis 8 % der befragten umgezogenen Haushalte beschriftet. Dies kann zum einen mit schwierigen ökonomischen Rahmenbedingungen zusammenhängen, zum anderen aber auch mit anderen Faktoren wie veränderten familiären Strukturen, Brüchen im Lebensablauf, veränderten Wohnbedingungen im höheren Alter etc. Die regionale Arbeitsmarktlage bedingt möglicherweise bei den Erwerbspersonen eine größere Notwendigkeit zu Mobilität (vgl. Kap. 5). Mietwohnungen mit einfach kündbaren Mietverträgen bieten hier im Gegensatz zu Eigentum eine deutlich bessere Voraussetzung für flexiblere Wohnstandorte.

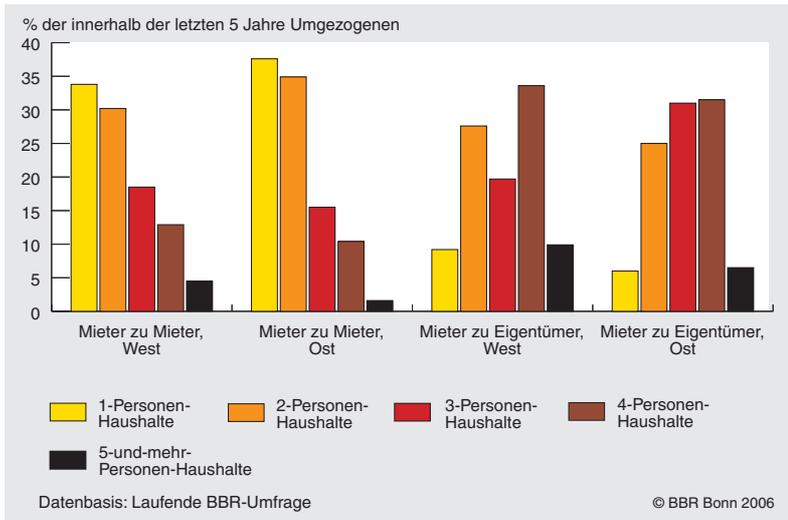
Die in den letzten fünf Jahren umgezogenen Haushalte unterscheiden sich von der Gesamtheit der befragten Haushalte dadurch, dass sie eine abweichende Haushaltsgröße, veränderten Wohnflächenkonsum und unterschiedliche Wohnungsgrößen aufweisen:

Die von Mietwohnung zu Mietwohnung umgezogenen Haushalte weisen im Westen eine durchschnittliche Haushaltsgröße von 2,3 Personen, im Osten von 2,1 Personen auf. Dies ist geringfügig niedriger als die aller befragten Haushalte, jedoch deutlich niedriger als die der von einer Mietwohnung in selbst genutztes Eigentum umgezogenen Haushalte (3,1 Personen).

Die durchschnittlich kleineren Haushalte, die von Mietwohnung zu Mietwohnung gezogen sind, beziehen im Durchschnitt eine 73 m² (West) bzw. 68 m² (Ost) große Wohnung, also eine kleinere Wohnung, als es der durchschnittlichen Wohnungsgröße aller Haushalte entspricht (Westen: 100 m², Osten: 89 m²). Der Unterschied zum Umzug in selbst genutztes Wohneigentum ist noch größer. Dort wird im Durchschnitt ein/e 124 m² bzw. eine 121 m² große/s Wohnung/Haus (West bzw. Ost) bezogen. Handelt es sich beim Wohneigentum um ein Haus (Westen: 80 %; Osten: 90 %), ist dieses im Schnitt 134 m² (West) bzw. 127 m² (Ost) groß. Wird von einem ehemaligen Mieterhaushalt eine Eigentumswohnung bezogen, ist diese im Schnitt 87 m² groß.

Aus den Größen Haushalts- bzw. Wohnungsgröße ergeben sich durchschnittliche Pro-Kopf-Wohnflächen, die bei einem Umzug von einer Mietwohnung in eine Mietwohnung am niedrigsten sind. Erstaunlicherweise erreicht ein Haushalt im Osten bei einem solchen Umzug eine etwas höhere Pro-Kopf-Wohnfläche als ein entsprechender Haushalt im Westen (33 m² zu 31,5 m²). Grund dafür ist vor allem das im Osten ausreichend große und preisgünstige Angebot an Mietwohnungen, während in vielen Räumen Westdeutschlands weiterhin Knappheiten bestehen. Die Pro-Kopf-Wohnflächen der von einer Mietwohnung

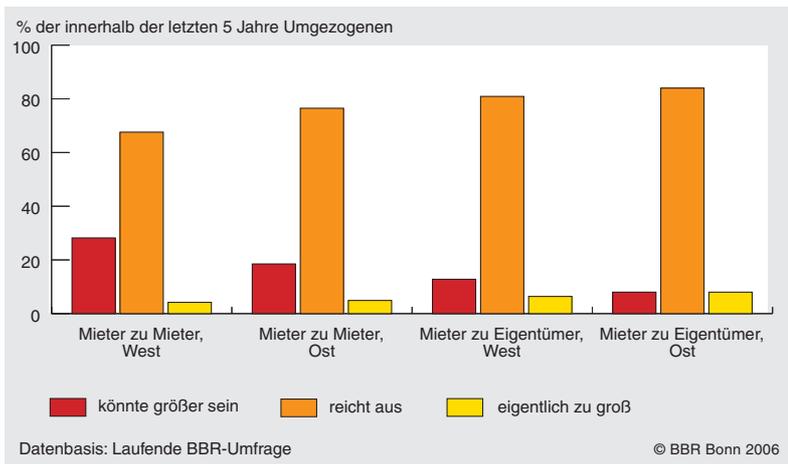
Abbildungen 2.11 bis 2.13
Nach Wohnungswechsel:



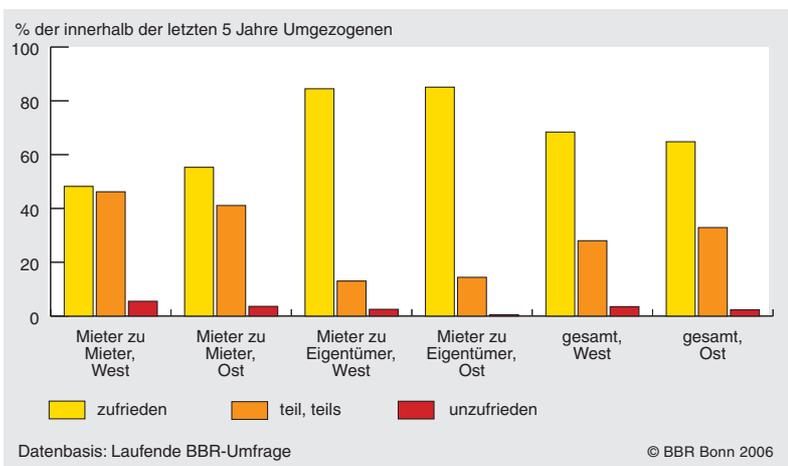
in Wohneigentum umgezogenen Haushalte sind deutlich höher. Mit 45 m² leisten sich zudem Haushalte im Westen deutlich höhere Wohnflächen als Haushalte im Osten (37 m²).

Dies liegt in erster Linie daran, dass bei etwa gleicher durchschnittlicher Haushaltsgröße die Wohnungsgrößen der Eigentumsbildner im Westen etwas höher sind als im Osten. Die Haushaltsstruktur der Wohneigentumsbildner unterscheidet sich zwischen Ost und West erheblich. Im Westen bestehen die von Miete zu Wohneigentum gewechselten Haushalte zu fast 45 % aus Familien mit mindestens zwei Kindern. Knapp 37 % sind Ein- oder Zwei-Personenhaushalte, also i. d. R. kinderlos. Dagegen sind im Osten gut 31 % der Eigentum bildenden Haushalte Familien mit einem Kind (Vergleichswert West 19 %) und nur 38 % Mehrkinderfamilien. Ein- und Zwei-Personenhaushalte sind mit 31 % deutlich weniger häufig anzutreffen als im Westen. Die unterschiedliche Struktur liegt im Wesentlichen in der Ausgangssituation begründet: Im Osten sind die 1-Kind-Familien die dominante Form der Familienbildung, während im Westen Familien mit zwei oder mehr Kindern höhere Anteile zukommen. Im Westen ermöglicht das höhere Vermögen kinderlosen Single- und Paarhaushalten eine häufigere Wohneigentumsbildung als im Osten, wo der Vermögensaufbau erst in den letzten Jahren erfolgen konnte. Des Weiteren lässt der ausgeglichene Wohnungsmarkt im Osten es zu, gute Wohnverhältnisse auch zur Miete zu realisieren, was möglicherweise im Westen aus vielerlei Gründen nicht in diesem Maße der Fall ist.

Haushaltsgröße nach Wohnstatus – 2004



Beurteilung der Wohnungsgröße nach Wohnstatus – 2004



Zufriedenheit mit der Wohnung nach Wohnstatus – 2004

Dass die Wohnform der Kinderlosen im Osten die Mietwohnung ist, zeigt sich auch an der Tatsache, dass die in den letzten Jahren in eine Mietwohnung umgezogenen Mieterhaushalte zu knapp 73 % aus Ein- und Zwei-Personenhaushalten bestehen. Im Westen beträgt deren Anteil mit 64 % deutlich weniger. Umgekehrt sind im Westen mit 36 % Familien (mit Kind/ern) in einer Mietwohnung verblieben, gegenüber 27 % im Osten.

Bei umgezogenen Haushalten sollte man in der Regel von einer höheren Wohnzufriedenheit ausgehen, da das Wohnsuchverhal-

ten und eine entsprechende Realisierung unter der Prämisse der optimalen Wohnverhältnisse geschehen. Zwänge von außen, wie ein angespannter Wohnungsmarkt, vermögen diese Optimierung einzuschränken, so dass möglicherweise eine maximale Zufriedenheit nicht erreicht wird. Hinsichtlich der realisierten Wohnungsgröße scheinen Mieter- und Eigentümerhaushalte deutlich abweichende Zufriedenheiten an den Tag zu legen. Im Westen sind 68 % mit der Wohnungsgröße der neuen Mietwohnung einverstanden, dagegen sind im Osten deutlich mehr Haushalte, die als Mieter umgezogen sind, mit der Wohnungsgröße zufrieden (77 %). 28 % der umgezogenen Mieterhaushalte im Westen sind der Meinung, dass ihre neue Wohnung größer sein könnte. Dieser Anteilswert beträgt im Osten nur 19 %.

Bei den Haushalten, die von einer Mietwohnung in Wohneigentum gewechselt sind, empfinden 80 % (West) bzw. 84 % (Ost) ihre Wohnungsgröße als passend. Nur 13 % der neuen Eigentümerhaushalte im Westen deklarieren ihre Wohnung als zu klein, im Osten sogar nur 8 %.

Die Auswertungen zeigen, dass durch eine Wohneigentumsbildung eine deutliche Verbesserung der Wohnsituation hinsichtlich der Größe der Wohnung erreicht werden kann. Bei Mieterhaushalten, die bei Umzug den Mieterstatus behalten haben, ist die Passung der neuen Wohnung deutlich schlechter.

Die *allgemeine Zufriedenheit mit der neuen Wohnung* – also bezüglich Aspekten, die über die Wohnungsgröße hinausgehen, wie Ausstattung, Lage, Zustand – ist bei neuen Eigentümerhaushalten generell deutlich höher als bei umgezogenen Mieterhaushalten.

Richtig unzufrieden ist zwar nur jeder Zwanzigste der in eine Mietwohnung gezogenen Haushalte (im Westen). Die Gruppe der Haushalte, die teilweise zufrieden, teilweise unzufrieden ist, ist im Westen bei Mieterhaushalten mit 46 % fast so hoch wie die Zufriedenen (48 %). Im Osten ist diese Konstellation zugunsten der zufriedeneren Mieterhaushalte verschoben. Hier sind 41 % teils zufrieden, teils unzufrieden, während 55 % zufrieden mit ihrer neuen Wohnung sind.

Bei den Neueigentümern ist dieses Bild deutlich positiver. Im Westen wie im Osten ist der Anteil der Haushalte, die mit ihrer Wohnung zufrieden sind, mit 85 % sehr ausgeprägt. Mit der Wohnung unzufrieden sind im Westen nicht einmal 3 % der in Wohneigentum umgezogenen Haushalte. Im Osten ist dieser Wert mit unter 1 % verschwindend gering.

Die Kosten des Wohnens

Mieterhaushalte in den alten Ländern bezahlen ca. 5,70 € je m² Wohnfläche Miete (Bruttokalt). Bei einer Wohndauer von höchstens fünf Jahren sind es ca. 5,60 €, überraschenderweise also weniger als der allgemeine Durchschnitt. Dies deutet darauf hin, dass die Neuvermietungsmieten derzeit eher nachgeben und das hohe Niveau der Bestandsmieten gegenwärtig nicht erreicht wird. Insgesamt zahlen die Mieterhaushalte in den alten Ländern eine Miete von ca. 410 € je Monat und Wohnung. Die Kaltmieten stagnieren somit in den letzten Jahren tendenziell, steigen also nur wenig oder gar nicht – anders als in den 1990er Jahren.

In Ostdeutschland zahlen die Mieterhaushalte eine Miete von ca. 5,10 €/m² Wohnfläche monatlich, was einem Anpassungsniveau gegenüber Westdeutschland von knapp 90 % entspricht. Bei einer Wohndauer von höchstens fünf Jahren betragen die Monatsmieten durchschnittlich 5,20 €/m² und liegen damit geringfügig höher als der allgemeine Durchschnitt. Dies zeigt, dass die Bestandsmieten z.T. noch niedriger sind als die aktuell am Markt erzielten.

Die Miete je Wohnung beläuft sich in Ostdeutschland auf ca. 350 € und liegt damit auf einem Niveau von ca. 84 % der Miete in Westdeutschland. Diese Differenz hält nunmehr bereits etliche Jahre an und weist darauf hin, dass sich die nach wie vor unterschiedlich ausgeprägte Wohnkaufkraft in Ost und West zu einem abgestuften Mietniveau verfestigt. Die niedrigere Wohnkaufkraft im Osten führt dazu, dass die erzielbaren Mieten niedriger liegen als in Westen.

Ein Teil des Niveauunterschieds ist zudem auf die im Osten kleineren Wohnungsgrößen zurückzuführen. In bestimmten Teilmärkten ist der Unterschied im Mietenniveau jedoch nur noch sehr gering ausgeprägt. So liegt die Bruttokaltmiete bei Standardwohnungen (Heizung, Warmwasser, Bad/Dusche) in Großstädten Ostdeutschlands mit 5,00 €/m² mittlerweile bei knapp 95 % des entsprechenden Werts in Westdeutschland. In sanierten Altbauten in den Großstädten Ostdeutschlands kann die Miete z.T. auf dem Niveau vergleichbarer Wohnungen in Westdeutschland liegen.

Insgesamt zeigt die moderate und relativ stabile Entwicklung der Mieten zum einen, dass die Wohnkaufkraft vieler Haushalte in den letzten Jahren eher stagniert bzw. z.T. negativ verläuft. Zum anderen zeigt sie, dass die Haushalte trotz dieser Entwicklung in den letzten Jahren durchaus bereit waren, für das Wohnen einen noch wachsenden Anteil ihrer Einkommen zu verwenden.

Das Wohnen zur Miete wird meist als Gegensatz zum Wohnen im Eigentum gesehen. Dabei wird oftmals übersehen, dass Haushalte vielfältige Lebensabschnitte und Wohnkarrieren durchlaufen, die jeweils besser für das Wohnen zur Miete bzw. für das selbst genutzte Wohneigentum geeignet sind. In den letzten Jahren ist vor dem Hintergrund des demographischen Wandels die Diskussion um die Sicherstellung des Versorgungsniveaus im Rentenalter intensiviert worden. Dem selbst genutzten Wohneigentum kommt in der Frage der privaten Altersvorsorge eine immer wichtigere Rolle zu. Vor diesem Hintergrund ist eine stärkere Tendenz der Haushalte zur Bildung von Wohneigentum plausibel. Hemmnisse zur Wohneigentumsbildung liegen in der Regel in den hohen Kauf- bzw. Erstellungskosten und im fehlenden Eigenkapital der Haushalte. In den letzten Jahren konnten einige Erfolge beispielsweise bei der Verringerung der Baukosten erzielt werden. Des Weiteren bietet der Kapitalmarkt derzeit günstige Finanzierungsbedingungen – mit einem niedrigen Zinsniveau und immer weiter ausdifferenzierten Produktpaletten der Finanzdienstleister. Allein die schwierige ökonomische Situation durch Einkommensverluste bzw. fehlende Arbeitsplatzsicherheit erscheint gegenwärtig als schwerwiegendes Hemmnis.

Die *Kosten für das Wohnen im Eigentum* sind weitaus schwieriger zu erfassen als bei Mietwohnungen. Neben den Bewirtschaftungskosten (Kosten für den laufenden Betrieb, Unterhaltung, Instandhaltung) fallen bei nicht lastenfremden Immobilien Aufwendungen für Zins und Tilgung an. Daraus ergeben sich die Kosten des Wohnens im Eigentum, die jedoch nicht vergleichbar sind mit den Mietkosten eines Mieterhaushalts, da dieser nicht am Wert der Immobilie partizipiert. Bei Wohneigentümern entsteht dagegen ein Vermögenswert, der möglicherweise durch die Wertentwicklung noch zunimmt.

Dennoch vergleichen viele Haushalte die Mietkosten einer Mietwohnung mit den Belastungen, die durch den Kauf einer Immobilie entstehen, und wägen ab, welche Belastung mit dem laufenden Einkommen besser zu bewältigen ist.

Die Kosten des Wohnens im Eigentum liegen 2004 bei Haushalten, die in den letzten fünf Jahren Eigentum gebildet haben, in den alten Ländern bei ca. 1 000 € im Monat. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus den Bewirtschaftungskosten von ca. 230 € und den Aufwendungen für Tilgung und Zins von ca. 770 €. Selbstnutzende Eigentümer eines freistehenden Hauses haben Wohnkosten von ca. 1 060 € zu tragen, während diese bei Stockwerkseigentum (Eigentumswohnung) ca. 800 € betragen. Dieser Unterschied ist im Wesentlichen auf die unterschiedlichen Wohnungsgrößen zurückzuführen, aber auch auf die deutlich unterschiedliche Beschaffenheit von Eigentumswohnungen und Eigenheimen.

In den neuen Ländern sind die Wohnkosten eines Haushalts, der in den letzten fünf Jahren in die Immobilie eingezogen ist, mit 910 € insgesamt knapp 10 % niedriger als in den alten Ländern. Im Unterschied zu den alten Ländern ist hierbei der Anteil der Bewirtschaftungskosten mit ca. 270 € höher, der Kapitaldienst mit 640 € jedoch niedriger. Höhere Bewirtschaftungskosten sind im Wesentlichen auf höhere kommunale Gebühren in den neuen Ländern zurückzuführen.

Die Wohnkosten der selbst nutzenden Eigentümer eines freistehenden Hauses liegen in den neuen Ländern bei ca. 930 €, während bei Stockwerkseigentum Kosten von ca. 730 € anfallen. Alle Angaben beziehen sich auf nicht lastenfreie Immobilien, die in den letzten fünf Jahren bezogen wurden.

Vergleicht man die Kosten des Wohnens für Mieter- und für Eigentümerhaushalte, so wird deutlich, dass bei nicht lastenfreien Immobilien das Wohnen im Eigentum deutlich kostenintensiver ist als das Wohnen zur Miete. Diese Gegenüberstellung ist jedoch nur eine Momentaufnahme und berücksichtigt nicht die Vermögensbildung, die mit der Bildung von Wohneigentum einhergeht. Bei lastenfreien Immobilien entstehen dem selbst nutzenden Eigentümer letztendlich nur die Bewirtschaftungskosten und diese sind deutlich niedriger als die Mietkosten, die letztendlich die Bewirtschaftungskosten ebenfalls enthalten.

Bei der Gegenüberstellung von Miete und Wohneigentum muss auch berücksichtigt werden, dass das Wohnen im Eigentum i. d. R. mit einem höheren Wohnwert und Wohnflächenkonsum einhergeht. Bei der Kostengegenüberstellung ist deswegen zu beachten, dass hierbei durchaus unterschiedliche Wohnobjekte miteinander verglichen werden.

Zwischenfazit

Die Wohnungsmärkte in Ost und West haben sich in den letzten Jahren deutlich gewandelt. Waren in der alten Bundesrepublik Wohnungspolitik und Wohnungsversorgung nach dem Gesichtspunkt des Mangels bzw. von Knappheiten ausgerichtet, so verschiebt sich die Angebots-Nachfrage-Relation immer deutlicher hin zu Angebotsüberhängen. Dies bedeutet eine erhebliche Erleichterung für die Haushalte, die am Wohnungsmarkt aktiv suchen. Im Fall einer entsprechend hohen Wohnkaufkraft ist der Aspekt der Wohnungsversorgung mittlerweile deutlich unkritisch. Wohneigentum verspricht in dieser Situation neben der deutlichen Verbesserung der Wohnsituation eine bessere Absicherung im Alter und die Möglichkeit zur Vermögensbildung. Allerdings kann eine sich zukünftig noch verstärkende Konstellation des Angebotsüberhangs dazu führen, dass die Vermögensbildung geschwächt wird, da sich die Wertentwicklung der Immobilien dem schwindenden Nachfragedruck anpasst. Die Immobilienpreise werden nach aller Voraussicht nachgeben.

Ob die Wohneigentumsbildung für die Haushalte immer der Königsweg ist, erscheint fraglich, zumal für viele Mieterhaushalte die finanziellen Voraussetzungen zur Bildung von Wohneigentum nicht gegeben sind. Am Mietwohnungsmarkt scheint die Spaltung in schrumpfende und expandierende Wohnungsmärkte besonders deutlich. Die Wohnsituation und die Wohnzufriedenheit der Mieter erscheinen insbesondere im Westen zum Teil fragil. Dies zeigt sich auch in den Äußerungen der im Mietstatus verbliebenen Umzügler, die zu einem gewissen Teil nicht zufrieden mit der Wohnung, insbesondere mit der Wohnungsgröße sind. In angespannten Wohnungsmarktlagen gilt nach wie vor, dass die Preise (Mieten oder Kaufpreise) letztendlich die Knappheiten anzeigen, zum Teil zu Lasten der Nachfrager am Wohnungsmarkt.

3

Der siedlungsstrukturelle Kontext der Wohnung und dessen Bewertung

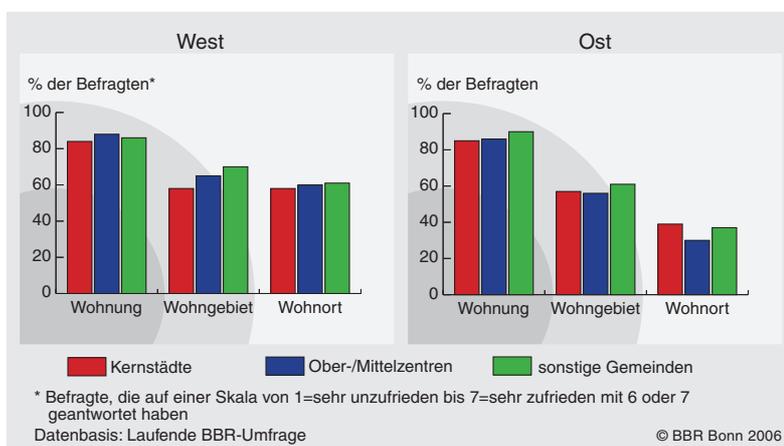
Nach den Ergebnissen der Umfrage hinsichtlich Wohnfläche und Wohnkosten wenden wir uns nun dem näheren Wohngebiet zu, also dem „Kiez“ der Berliner bzw. dem „Veedel“ der Rheinländer. Dabei interessieren hier in erster Linie die Wahrnehmungen der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf den Zustand ihres Wohngebiets und die darin stattfindenden Veränderungen, deren Beurteilungen der allgemeinen wie speziellen Situation sowie in geringerem Ausmaß auch deren Wünsche. Entsprechend wurden über alle Jahre der Zeitreihe Zufriedenheiten in Bezug auf unterschiedliche Lebenszusammenhänge abgefragt.

In Abbildung 3.1 fällt auf, dass 2004 sowohl in Westen wie im Osten Deutschlands die Zufriedenheit mit der Wohnung am höchsten ist, die Zufriedenheit mit dem Wohngebiet demgegenüber deutlich abfällt und die Wohnortzufriedenheit nochmals dahinter zurückbleibt. Letzteres ist für Ostdeutschland eindeutiger zu konstatieren als für Westdeutschland. Insgesamt urteilen die Befragten also umso positiver, je mehr es um ihre eigene „Zuständigkeit“ und ihren unmittelbaren Lebenskontext geht. Den geringsten Anteil von mit dem Wohnort Zu-

friedenen findet man in den ostdeutschen Ober- und Mittelzentren.

War mit den oben erörterten Fragen zur *Wohnung* ein klar abgegrenzter Raum Gegenstand der Untersuchung, wird mit der *unmittelbaren Wohnumgebung* ein weniger klar umrissener Raum angesprochen. Was man darunter versteht, wird je nach Lebenswelt verschieden sein. Aber wir hoffen, gerade durch die unscharfe Formulierung die subjektiv relevante Umwelt angemessen erfassen zu können. Erst mit dem *Wohnort* sind die Grenzen wieder genauer vorgegeben. Allerdings existieren gewaltige Unterschiede hinsichtlich die Größe der Wohnorte der Befragten: Von der Millionenstadt bis zur kleinen Landgemeinde mit wenigen hundert Einwohnern sind in der BBR-Umfrage alle Gemeindegrößen vertreten. Es erscheint uns sinnvoll, beide Aktionshorizonte – das Wohngebiet und den Wohnort – genauer zu betrachten. Bei der Beurteilung des Wohngebiets versuchen wir, durch die Fragestellung nach der „unmittelbaren Wohnumgebung“ zu erreichen, dass alle Befragten Räume von vergleichbarer Bedeutung vor Augen haben: Das Gebiet, das ihnen in etwa fußläufig vertraut ist, in dem sie zahlreiche Einrichtungen und Gegebenheiten für das tägliche Leben vorfinden, wo sie die Verhältnisse und die Leute kennen. Bei der Beurteilung des Wohnorts dürften dann – je nach Größe des Orts – die Antworten unschärfer ausfallen: Der Wohnort setzt sich aus einer Summe von Wohngebieten und zumeist noch zusätzlichen weiteren Gebietsformen wie Gewerbegebieten, Geschäftsgebieten u.ä. zusammen; seine Funktionen gehen über die der Wohngebiete hinaus. Es ist zu vermuten, dass die Befragten hinsichtlich des Wohnorts sowohl ihre persönlichen Erfahrungen mit dem Ort jenseits ihres direkten Wohnumfelds als auch allgemein verbreitete Erfahrungen anderer in ihre Bewertung einfließen lassen, also auch solche Aspekte wie Image und Ruf des Orts.

Abbildung 3.1
Zufriedenheit mit Wohnung, Wohngebiet und Wohnort nach Gemeindetyp – 2004



Baulicher Zustand der Wohngebiete im Urteil der dort Wohnenden

Wenn wir davon ausgehen, dass Bürgerinnen und Bürger i. d. R. in der Lage sind, ihre Lebensbedingungen angemessen zu beurteilen, ist es sinnvoll, die objektiven Rahmenbedingungen solcher Urteile zumindest in etwa zu kennen. Unser hier immer wieder zugespitzter Blick auf das Wohngebiet sollte also zumindest vage Informationen über die Materialität der Wohnumgebungen berücksichtigen, die den Wohnalltag der Befragten prägt. In einer Umfrage ist dies am besten dadurch zu gewährleisten, dass die Befragten diese Beschreibung selbst abgeben. Zu bedenken ist dabei, dass es sich hierbei nicht um Meinungen von Bau- oder Stadtplanungsexperten handelt – wohl aber um die von Expertinnen und Experten der eigenen Wohnumgebung.

Angesichts der Dominanz von Altbausubstanz und Wohnblockbebauung in den Ortsbildern Ostdeutschlands könnte man dort eine negative Bewertung des baulichen Zustands der Wohnquartiere erwarten. Dies bestätigt sich jedoch nicht durchgängig. Vielmehr wird der bauliche Zustand der Wohnumgebungen in Ost und West i. d. R. positiv bewertet, dabei die Bestnote im Osten tendenziell häufiger vergeben als im Westen.

Vor allem gilt dies für die Bewohner von Kern- und sonstigen größeren Städten im Osten. Sie bewerten den baulichen Zustand weit positiver als die entsprechende Vergleichsgruppe im Westen (freilich auch in sehr hohem Ausmaß als „ganz gemischt“). Dagegen wird die Bausubstanz in Kleinstädten und Dörfern im Westen weit positiver beurteilt als im Osten, wo sich die entsprechenden Quartiere durch besonders hohe Anteile alter Bausubstanz auszeichnen.

Da im Osten mehr Menschen in diesem eher ländlichen Kontext leben, prägen ihre zurückhaltenden Bewertungen das ostdeutsche Gesamtbild stärker als die positiven Stadt-Urteile. Umgekehrt wirkt sich das günstigere Bild kleinerer Orte im Westen wegen der Dominanz städtisch geprägter Wohnkontexte schwächer aus.

Diese Befunde der 2004 erfolgten Umfrage zur Materialität der Wohngebiete, deren

Tabelle 3.1
Beurteilung des baulichen Zustandes des bewohnten Hauses nach Gemeindetyp – 2004¹²

Westdeutschland					Ostdeutschland			
KSt	OMZ	L	Φ		Φ	KSt	OMZ	L
6	16	25	14	sehr gut	16	14	18	15
78	75	70	75	eher gut	62	64	58	65
6	5	2	5	gemischt	17	18	17	15
10	1	3	6	eher/sehr schlecht	6	5	7	6
35	39	27	100	Φ	100	26	32	43

Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

Bewohnerinnen und Bewohner im Folgenden vor allem mit ihren Einstellungen und Meinungen zu Worte kommen, geben einen ersten Eindruck hinsichtlich der objektiven städtebaulichen Rahmenbedingungen, in denen sich das Leben der Befragten abspielt.

Zufriedenheit mit der unmittelbaren Wohnumgebung

1990 waren im allgemeinen 57 % der Befragten im Westen mit ihrer unmittelbaren Wohnumgebung zufrieden, im Osten lediglich 36 % (Abb. 3.2). Im Jahr 2004 beträgt der Anteil der Zufriedenen im Westen 64 %, der Osten hat spürbar aufgeholt und liegt jetzt bei 58 % Zufriedener. Entsprechend ist der Anteil der deutlich Unzufriedenen im Osten von 15 % auf 3 % gefallen, während er im

Abbildung 3.2
Zufriedenheit mit der Wohnumgebung – 1990 bis 2004

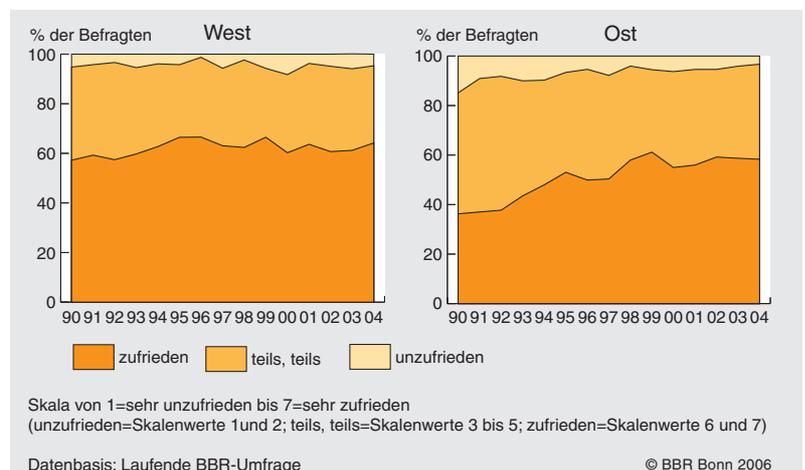
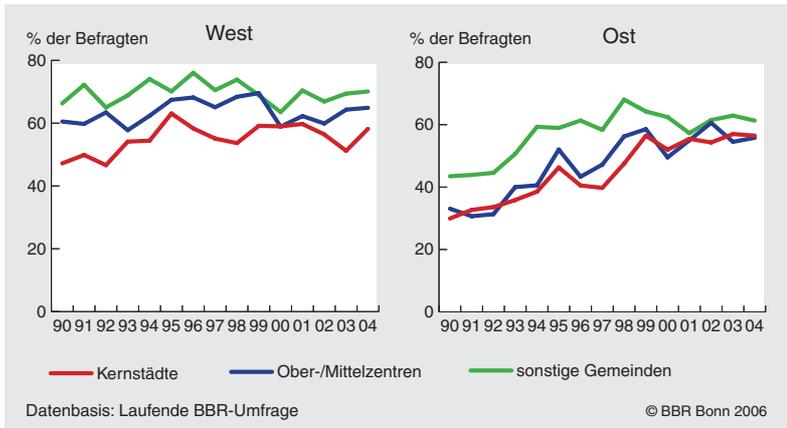


Abbildung 3.3
Zufriedenheit mit der Wohnumgebung nach Gemeindetyp – 1990 bis 2004



Westen unverändert bei 5 % lag. Auf jeden Fall ist zu konstatieren, dass die massiven Investitionen in die Bausubstanz ostdeutscher Gemeinden sich im Zufriedenheitsurteil der Haushalte abzubilden scheinen, wobei die deutlichste Zunahme der Wohngebietszufriedenheit während der ersten Hälfte der 1990er Jahre festzustellen ist.

In Abbildung 3.3 wird diese Wohngebietszufriedenheit nach *Gemeindetypen* differenziert. Im Westen wie Osten werden in all den Jahren die höchsten Zufriedenheitsanteile in den sonstigen, meist ländlichen Gemeinden erreicht, wenn auch auf unterschiedlichem Niveau. In Westdeutschland erhalten die Wohnumgebungen in den Kernstädten ebenso durchgängig die vergleichsweise niedrigsten Zufriedenheitsurteile, während sich die Ober- und Mittelzentren – also die Städte mittlerer Größenordnung – auch in Bezug auf die Beurteilung ihrer Wohngebiete mit einem mittleren Platz zufrieden geben müssen. Im Osten zeigen sich die Entwicklungslinien der Wohngebietszufriedenheiten der Kernstädte und der Ober- und Mittelzentren kaum voneinander getrennt und haben im Befragungsjahr 2004 das exakt gleiche Niveau bei 56 % – sie sind statistisch während der vergangenen vier Jahre allerdings auch nicht mehr deutlich von der Zufriedenheit in ländlich geprägten Orten zu unterscheiden. Hingegen bleiben im Westen die siedlungsstrukturellen Unterschiede weitgehend bestehen. Abgesehen von den mehr oder weniger tendenziellen Niveauunterschieden der Wohngebietszufriedenheiten je nach Gemeindetyp unterscheiden sich die Verlaufskurven nicht vom Muster der durchschnittlich verzeichneten Zufriedenheiten in Abbildung 3.2 – es gibt also bezüglich der hier vorgenommenen Differenzierung keinen sich im Zufriedenheitsurteil gegenläufig entwickelnden Gemeindetypus.

Abbildung 3.4
Zufriedenheit mit der Wohnumgebung nach innerstädtischer Wohnlage – 1991 bis 2004

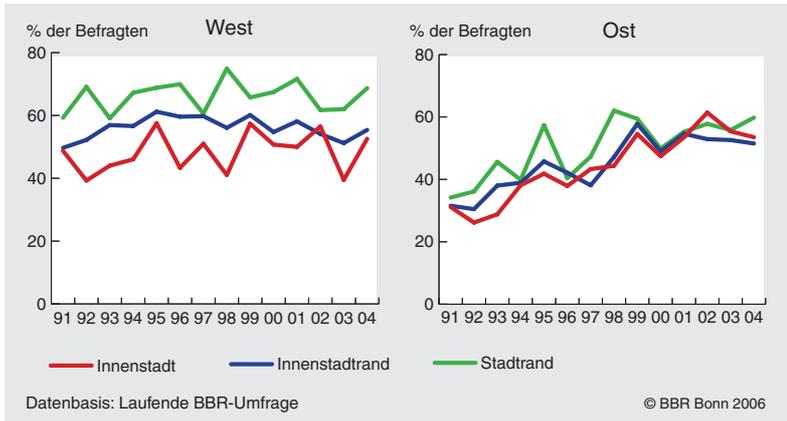
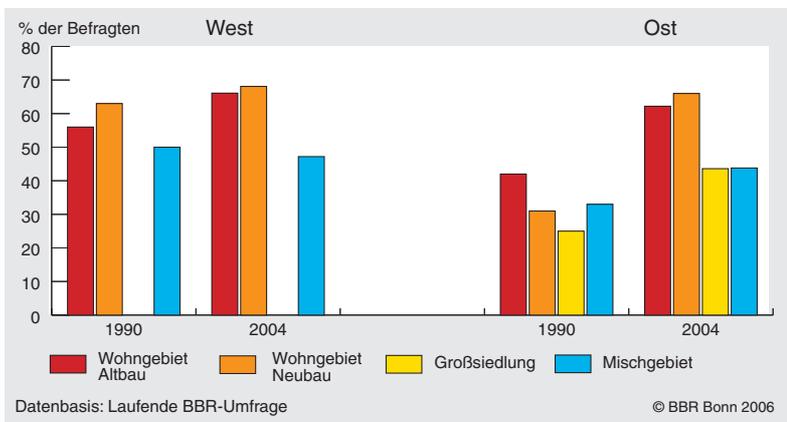


Abbildung 3.5
Zufriedenheit mit der Wohnumgebung nach Wohngebietstyp – Vergleich 1990 mit 2004



Die im Westen deutlicher ausgeprägten Niveauunterschiede der Wohngebietszufriedenheit zwischen städtischen, stärker verdichteten und ländlichen, weniger verdichteten Gemeinden zeigen sich auch innerhalb der Kernstädte (Abb. 3.4). Die Wohngebiete westdeutscher Innenstädte

weisen offensichtlich mehr Defizite auf als die Wohngebiete am Stadtrand – bzw. diese weniger „urbanen“ Gebiete erweisen sich als attraktiver. Die Entwicklungslinien im Osten sind dagegen wie schon bei der Darstellung nach Gemeindetypen stärker „verknötet“ bzw. weisen eine geringere siedlungsstrukturelle Differenzierung auf: Zwar hat sich dort der Anteil der mit dem Wohngebiet Zufriedenen in den letzten 15 Jahren in allen städtischen Lagen deutlich erhöht, eine eindeutig am besten bewertete Lage ist jedoch nicht auszumachen. Die zahlreichen Verbesserungen des Wohnumfelds, seien sie aus privater Initiative entstanden oder Folge der umfangreichen städtebaulichen Maßnahmen in den neuen Ländern, wirken sich also offensichtlich in allen ostdeutschen Wohngebietslagen positiv aus.

Nach der Differenzierung der Bewohnerzufriedenheiten in Abhängigkeit vom Gemeindetyp und der innerstädtischen Wohnlage gilt die Betrachtung der Gebäudestruktur. Die verschiedenen *Wohnquartierstypen* zeigen deutliche Unterschiede im Zufriedenheitsurteil der dort Wohnenden (Abb. 3.5) – sowohl 1990 als auch 2004. Im aktuellen Befragungsjahr werden Neubaugebiete am positivsten bewertet, mit 68 % Zufriedenen in Westdeutschland und 66 % in Ostdeutschland. Dieser Anteil hat sich im Osten gegenüber der Wendezeit mehr als verdoppelt und ist – neben der Verbesserung des Bestands – Ausdruck einer gegenüber Vorwendezeiten veränderten Struktur von Neubaugebieten, die nun zunehmend aus Ein- und Zweifamilienhäusern bestehen. Hinzu kommt, dass Wohneigentum im Osten früher hauptsächlich in den Altbaugebieten zu finden war; heute trifft man Wohneigentum und damit verbundene positive Bewertungen zunehmend in Neubaugebieten an.

Auch die anderen Wohngebietstypen wurden in den ostdeutschen Ländern in den vergangenen 15 Jahren aufgewertet, selbst die Großsiedlungen (als größter Teil der ehemaligen DDR-Neubaugebiete) erreichen heute Zufriedenheitsanteile von 44 % gegenüber anfänglichen 25 %. Allerdings kann hier nicht analysiert werden, inwieweit dies

einem Sich-schön-Reden der Dortgebliebenen entspricht. Auch in den Plattenbauten wurden erhebliche Sanierungsmaßnahmen getätigt – ob allein diese eine Steigerung der Wohnumgebungszufriedenheit in dem berichteten Ausmaß rechtfertigen, ist nur mit den Umfragedaten schwer zu beantworten. Zumindest lässt ein höherer Anteil Zufriedener hoffen, dass sich der Anteil an Fluktuation in diesen Gebieten rückläufig entwickeln wird. Auf diesen Themenkomplex ist im Zusammenhang mit Umzugs- und Wanderungswünschen (Kap. 6) weiter einzugehen.

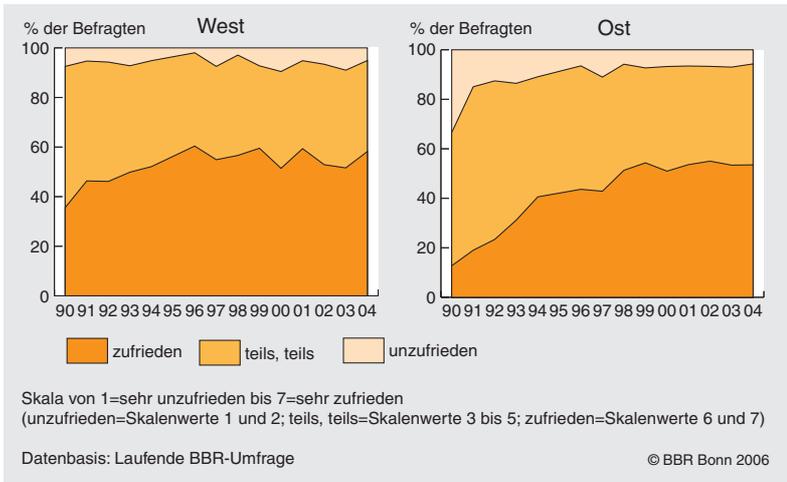
Die Bemühungen zur Aufwertung der Wohngebiete zeigen sich auch in Westdeutschland in einer Erhöhung des Anteils Zufriedener in den Alt- und Neubaugebieten. Lediglich in den – insbesondere städtisches Leben kennzeichnenden – Mischgebieten stagniert dieser Anteil und liegt bei ca. 50 %.

Zufriedenheit mit den Umweltbedingungen im Wohngebiet

Wohn- und Lebensqualität hängt des Weiteren davon ab, welche Umweltbedingungen man vorfindet. Deshalb gehört auch die Frage nach der Zufriedenheit mit den Umweltbedingungen zum Standardprogramm der BBR-Umfrage.

Diesbezüglich hat sich in den vergangenen 15 Jahren in Ost- wie in Westdeutschland einiges getan. Im Westen stieg der Anteil der mit den Umweltbedingungen Zufriedenen im Betrachtungszeitraum von 36 % auf 58 %, im Osten von 13 % auf 54 % (Abb. 3.6). Dieses mittlerweile gleich bleibende Niveau wurde im Westen ab 1996 erreicht, im Osten ab 1999. War nach der Wende jede und jeder dritte ostdeutsche Befragte mit den Umweltbedingungen in der näheren Wohnumgebung eindeutig unzufrieden, so ist es heute nur noch jede und jeder Zwanzigste, ähnlich wie im Westen.

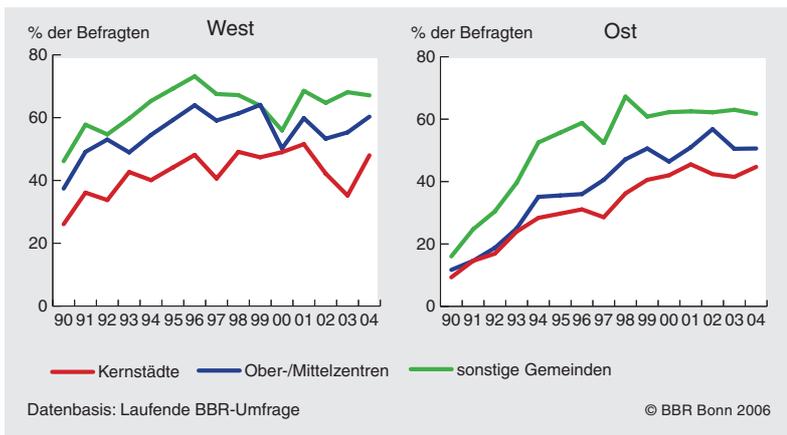
Abbildung 3.6
Zufriedenheit mit den Umweltbedingungen in der unmittelbaren Wohnumgebung – 1990 bis 2004



Bei der Betrachtung nach *Gemeindetypen* (Abb. 3.7) zeigt sich sodann ein Land- Stadt-Gefälle, das sich im Osten – entgegen der ansonsten zu beobachtenden abnehmenden siedlungsstrukturellen Differenzierung – erst im Laufe der Jahre seit der Wende ausgeprägt hat. Heute beträgt die Umweltzufriedenheit in den Kernstädten 48 % (West) bzw. 45 % (Ost), in den Ober- und Mittelzentren 60 % bzw. 51 % und in den sonstigen Gemeinden 67 % bzw. 62 %.

Das Absinken des Anteils der mit der Umwelt Zufriedenen mit zunehmender städtebaulicher Dichte setzt sich innerhalb der Kernstädte fort – im Westen deutlicher ausgeprägt als im Osten (Abb. 3.8). Die Innenstädte Westdeutschlands erreichen hier mit 27 % Zufriedenen den niedrigsten Anteil, dagegen bewerten mit 35 % ostdeutsche Innenstadtbewohnerinnen und -bewohner ihre Stadtkerne deutlich besser.

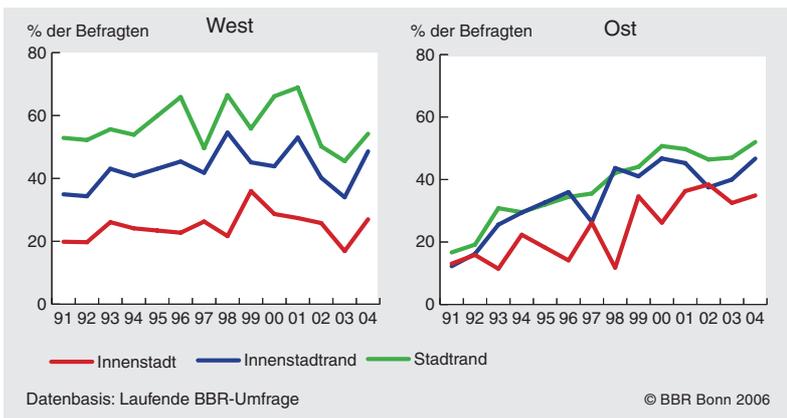
Abbildung 3.7
Zufriedenheit mit Umweltbedingungen nach Gemeindetyp – 1990 bis 2004



Fokus auf die Umweltsituation im Wohngebiet

Für die Bewertung der lokalen Lebenssituation spielt eine wesentliche Rolle, welche Umweltbelastungen in welchem Ausmaß von den Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen und als störend empfunden werden. In periodischen Abständen wird diese Frage mit Hilfe der BBR-Umfrage zu beantworten versucht – gefragt wurde jeweils nach Eisenbahnlärm, Straßenverkehrslärm, Fluglärm, Industrielärm und nach Abgasen/Staub. Bereits der Vorgängerbericht über die laufende BBR-Umfrage (BBR 2003) zeigte im Vergleich der beiden Erhebungsjahre 1994 und 1999 allgemein sinkende Umweltbelastungen in den beiden am meisten beklagten Bereichen Straßenverkehrslärm sowie Abgasen/Staub. Vor allem im Osten hat sich die Zufriedenheit mit der Umweltsituation seit der Wende sehr deutlich verbessert. Dennoch verbleiben erhebliche Defizite. Dabei beeinträchtigen nach wie vor insbesondere der Straßenverkehrslärm sowie Luftbelastung und Verschmutzung die Umweltqualität. Dies zeigt sich deutlich am Zusammenhang, der zwischen den für das eigene Wohngebiet konstatierten Belastungen und der Umweltzufriedenheit festzustellen ist. Insofern liegt es nahe, von einem durch die Wahrnehmung faktischer Missstände

Abbildung 3.8
Zufriedenheit mit Umweltbedingungen nach innerstädtischer Wohnlage – 1991 bis 2004



begründeten Zufriedenheitsurteil auszugehen. Die geringeren Zusammenhangsmaße zwischen Belastungen und der allgemeineren Zufriedenheit mit dem Wohngebiet belegen darüber hinaus, dass Letztere von sehr viel mehr Faktoren abhängt.

Die berichteten Umweltbeeinträchtigungen werden vor allem in großen Städten wahrgenommen, spielen aber auch in kleineren Orten – insbesondere im Osten – eine Rolle. Die Wohngebiete im Osten sind in der Wahrnehmung der Betroffenen stärker von Verkehr tangiert als im Westen. Deutlich mehr Menschen wohnen an Hauptverkehrsstraßen, und zwar in allen Siedlungsstrukturkategorien. Sie klagen so auch stärker über „ständigen Verkehrslärm“. Im Westen wird dagegen häufiger „gelegentlicher Verkehrslärm“ angegeben.

Neben dem Verkehrslärm ist die Luftbelastung durch Abgase und Schmutz

Tabelle 3.2

Zusammenhänge von Wohnumgebungs- und Umweltzufriedenheiten mit Straßenverkehrslärm und Luftverschmutzung – 2003

Westdeutschland			Ostdeutschland	
Verkehrslärm	Luft		Verkehrslärm	Luft
.38	.30	Zufriedenheit mit Wohnumgebung	.16	.22
.61	.56	Zufriedenheit mit Umweltbedingungen	.59	.50

Angegeben ist γ als Maß ordinaler Assoziation

Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

die herausragende Umweltbelastung im Wohngebiet. Sie ist in westdeutschen Kernstädten besonders ausgeprägt. Mehr als ein Drittel klagen dort darüber, während in kleineren Orten „nur“ 17 % und dann meist gelegentliche Luftbelastungen angegeben.

Tabelle 3.3

Wohnlagen an Straßen, Verkehrslärm, Luftverschmutzung nach Gemeindetyp – 2003

Westdeutschland					Ostdeutschland				
KSt	OMZ	L	Φ	Straßensituation	Φ	KSt	OMZ	L	
13	10	9	11	Hauptverkehrsstraße	20	23	21	17	
35	33	29	32	Straße mittlerer Ordnung	33	33	32	35	
52	58	63	57	Wohnstraße	47	45	47	48	
				100		100			
Straßenverkehrslärm									
18	15	8	14	ständig	16	21	18	12	
36	26	23	29	gelegentlich	25	29	23	25	
46	59	69	57	keine Belastung	58	50	59	63	
				100		100			
Gerüche, Abgase, Staub									
10	5	2	6	ständig	6	7	6	4	
26	31	15	21	gelegentlich	22	21	21	23	
64	74	82	73	keine Belastung	73	72	73	77	
35	40	26	100	Φ	100	26	32	42	

Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

Soziale Probleme im Wohngebiet

Einen sehr deutlichen Einfluss nicht nur auf Wegzugsabsichten, sondern auch auf die Zufriedenheit mit dem Wohngebiet hat die Wahrnehmung von Kriminalität bzw. Übergriffen oder Belästigungen im Wohnquartier. Die polizeiliche Kriminalstatistik für 2004¹³ zeigt auf, dass die Gemeindegröße und der Anteil registrierter Straftaten gleichgerichtet zusammenhängen – „Großstädte ab 500 000 Einwohner heben sich durch deutlich höhere, Gemeinden unter 20 000 durch relativ niedrige Häufigkeitszahlen ab“ (BMI 2005, S. 47).

In der Umfrage 2003 wurden auch Fragen zu im Wohngebiet wahrgenommenen kriminellen Handlungen gestellt. Vor allem Einbrüche werden sehr häufig als Problem genannt (von einem Drittel aller Befragten in Ost und West, wobei keine persönliche Betroffenheit vorzuliegen braucht), haben aber einen vergleichsweise geringen

Einfluss auf die Wohnzufriedenheit und Wegzugsneigung. Ein möglicher Zusammenhang mit Eigentumsverhältnissen oder Wohnquartierstyp könnte zu einem späteren Zeitpunkt weiterverfolgt werden. Andere Formen krimineller Handlungen werden seltener genannt, weisen aber vermutlich einen höheren Grad unmittelbarer Betroffenheit oder zumindest entsprechende Befürchtungen auf:

Über mehr oder weniger kriminelle Übergriffe wird im Osten mehr berichtet als im Westen. Verhaltenskonsequenzen in der Form von Wegzugsabsichten werden vor allem von den relativ seltener genannten schwer wiegenden Übergriffen (Gewalt, Belästigungen) ausgelöst, die eine Bedrohung im öffentlichen Raum des Wohngebiets bedeuten. Quantitativ bedeutsamer sind aber die häufig genannten „Schmierereien“, die ebenfalls sehr deutliche Unzufriedenheit und Wegzugsgedanken auslösen, vor allem im Osten.

Tabelle 3.4
Zusammenhänge von
Kriminalität im Wohngebiet
mit Wohngebiets-
zufriedenheit bzw.
Wegzugsabsichten – 2003

Berichtete Auftretenshäufigkeit in West/Ost in%	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	ja	nein	γ	ja	nein	γ
<i>Einbrüche</i> 33/34						
Wohngebietszufriedenheit	54	67	.26	51	63	.23
Wegzugsabsicht	19	16	.09	26	15	.32
<i>Schmierereien</i> 21/39			γ			γ
Wohngebietszufriedenheit	46	66	.38	49	65	.32
Wegzugsabsicht	24	16	.25	28	13	.47
<i>Belästigung</i> 11/16			γ			γ
Wohngebietszufriedenheit	35	65	.55	42	62	.39
Wegzugsabsicht	33	16	.43	35	16	.49
<i>Gewalt</i> 7/12			γ			γ
Wohngebietszufriedenheit	32	64	.59	44	61	.40
Wegzugsabsicht	31	17	.37	35	16	.47

Angegeben sind links die Befragtenanteile, die von Übergriffen berichten, und rechts die Anteile der mit der Wohnungszufriedenen in Abhängigkeit von berichteten bzw. nicht berichteten Übergriffen – dazu das je zugehörige Maß der ordinalen Assoziation γ

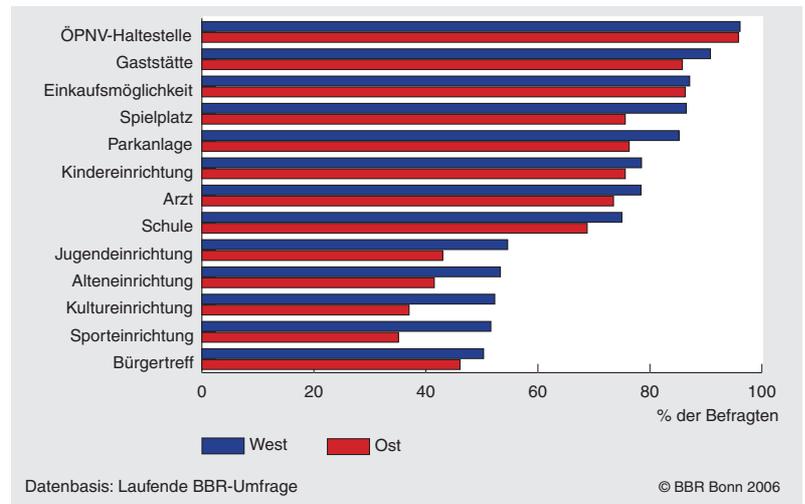
Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen

Bei jeglicher räumlichen Planung sind die am jeweiligen Ort zu verrichtenden Lebensvollzüge mit einzubeziehen und mit entsprechenden Einrichtungen zu berücksichtigen. Für die Analyse der Wohngebiete wird im Rahmen der BBR-Umfrage von Zeit zu Zeit – so 1990, 1994, 1996, 1997 und 2003 – ein Blick auf die Infrastruktureinrichtungen geworfen. Gefragt wurde, welche der auf einer Liste vorgegebenen Einrichtungen in ca. zehn Minuten fußläufig zu erreichen sind. Dabei zeigt sich in verschiedenen Infrastrukturbereichen eine defizitäre Versorgungslage.

Die Antworthäufigkeiten der Befragten in West und Ost im Jahr 2003 sind in Abbildung 3.9 gegenübergestellt. Mit Ausnahme der Bürgertreffs/Stadtteilbüros folgt die Rangfolge der in zehn Minuten zu Fuß erreichbaren Infrastruktureinrichtungen in West und Ost demselben Muster: Zuallererst sind dies ÖPNV-Haltestellen, Gaststätten und Einkaufsmöglichkeiten. Schlusslicht bilden im Westen die Bürgertreffs, im Osten die Sporteinrichtungen. Je zielgruppenspezifischer die Einrichtungen sind, desto längere Wege müssen die sie Aufsuchenden auf sich nehmen. Das betrifft Einrichtungen für Jugendliche, Alte, Kultur- und Sportinteressierte. Auch die Bürgertreffs als relativ neues Angebot für den Interessenaustausch der Anwohnerinnen und Anwohner sind noch – im Durchschnitt – schlecht erreichbar. Bei allen Einrichtungen erscheint die Erreichbarkeit im Osten mehr oder weniger un-

Abbildung 3.9
In zehn Minuten zu Fuß erreichbare Infrastrukturausstattung – 2003



günstiger zu sein als im Westen – statistisch bedeutsam sind allerdings lediglich die West-Ost-Unterschiede bei den zielgruppenspezifischen Angeboten ausgeprägt.

Ein Blick auf die Entwicklung im Zeitverlauf (Abb. 3.10) zeigt zudem, dass sich die Erreichbarkeiten im Westen in der Wahrnehmung der Befragten zwischen 1990 und 1997 bei allen Einrichtungsarten tendenziell verbessert haben, sich seitdem aber fast nichts mehr verändert hat. Im Osten zeigen sich die Entwicklungen uneinheitlicher. Einige Erreichbarkeiten haben sich verbessert, z.B. die von Parkanlagen, Spielplätzen, Ärzten und Alteinrichtungen. Schlechter als zur Wendezeit kann man jedoch Einkaufsmöglichkeiten und Kindereinrichtungen erreichen. Letzteres

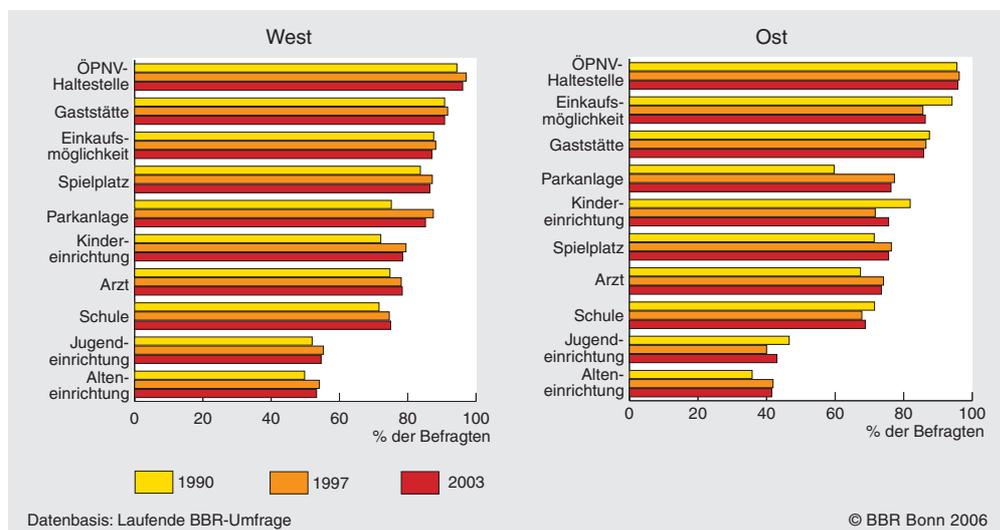
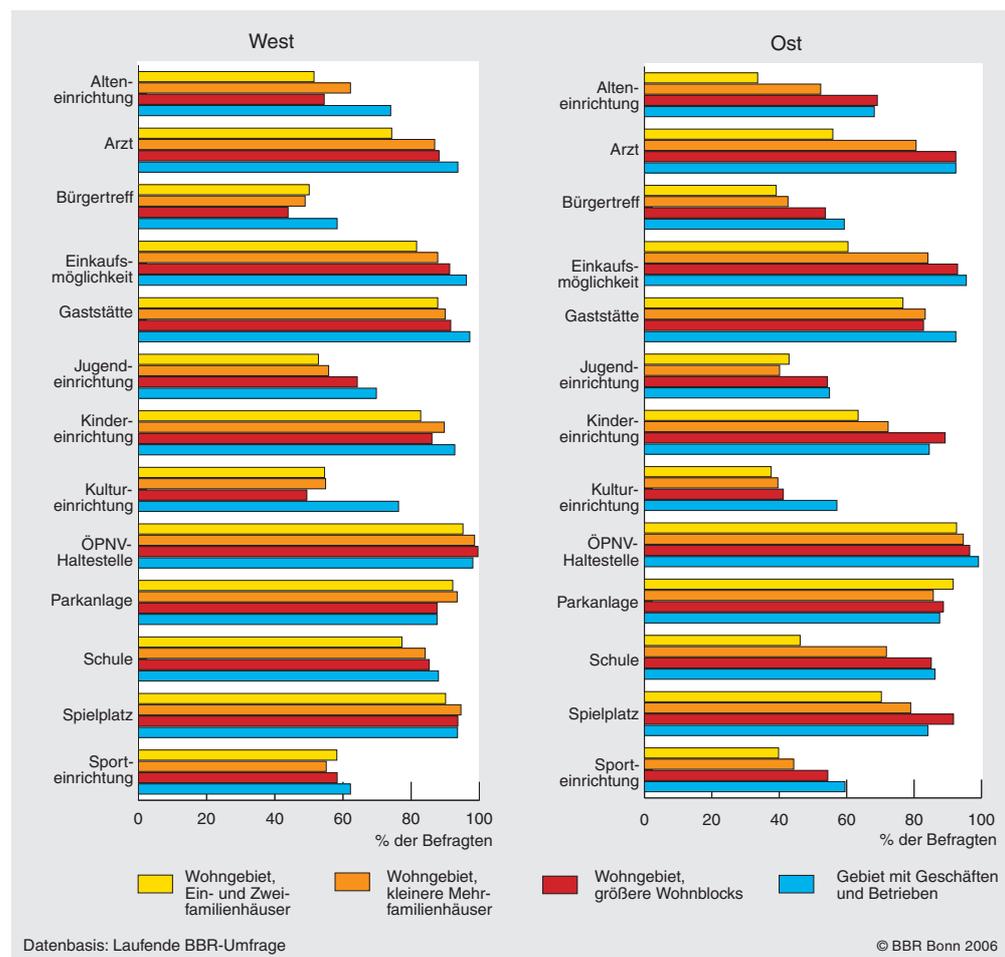


Abbildung 3.10
In zehn Minuten zu Fuß erreichbare Infrastrukturausstattung – Vergleich 1990, 1997, 2003

kann aus einer Überlagerung verschiedener raumstrukturierender Faktoren resultieren: Hauptsächlich aufgrund der Ausbildungs- und Arbeitsmarktprobleme verloren die ost-deutschen Länder allein zwischen 1989 und 2000 mehr als 2,6 Mio. Menschen. Wer von den Verbliebenen und neu Zugezogenen es sich leisten konnte und wollte, folgte dem zu DDR-Zeiten selten realisierbaren Ideal des Wohnens im Grünen und zog in die neu entstehenden Eigenheime am Ortsrand. Damit handelten sich viele jedoch zusammen mit den angestrebten Verbesserungen auch eine Reihe zuvor kaum bedachter Defizite ein (zu dem Aspekt selbst gewählter Defizite vgl. Böltken 2001). Ebenfalls jenseits der vorherigen Besiedlungsgrenze entstanden große Einkaufsmalls, die meist nur mit dem PKW erreichbar sind – zugleich haben die Einkaufsmöglichkeiten in den Innenstädten seit Mitte der 1990er Jahre abgenommen oder ihren Angebots- wie Qualitätsstandard geändert.

Sollten die Befragten bei der Beantwortung dieser Fragen ihr Wohnquartier als begrenzte Einheit mit eindeutigem Charakter vor Augen gehabt haben, dann lohnt ein Blick auf die Analyse der Antworten nach den entsprechend städtebaulich differenzierten Räumen. Abbildung 3.11 veranschaulicht die Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen in unterschiedlich strukturierten Wohn- und Mischgebieten. Auf den ersten Blick bestätigt sich die Erwartung, dass sich mit zunehmender Dichte der Wohngebiete auch die infrastrukturellen Netze verdichten. Ausnahmen zeigen sich jedoch in Westdeutschland bei den Wohngebieten mit größeren Wohnblocks (u. a. Großsiedlungen), von wo aus Einrichtungen für Ältere, Kinder oder für kulturelle Zwecke weniger gut erreichbar sind. Dies legt nahe, dass für diese i. d. R. eher von sozial schwächer gestellten Menschen bewohnten Gebiete mit einem hohen Anteil an Sozialwohnungen bestimmte Versorgungsleistungen entweder nicht vor-

Abbildung 3.11
In zehn Minuten zu Fuß
erreichbare Infrastrukturausstattung nach Wohngebietstyp – 2003



gesehen sind oder sich dort nicht dauerhaft halten konnten. In den ostdeutschen eher weniger dicht bebauten Gebieten, also in den Ein- und Zweifamilienhaussiedlungen, ist die Erreichbarkeit einiger Infrastruktureinrichtungen mit weniger als 40 % Nennungen überhaupt am geringsten (Alten-, Kultur-, Sporteinrichtungen, Bürgertreffs) und liegt teilweise deutlich unter der dichter bebauter Gebiete (z. B. Alteneinrichtungen). Typisch erscheint dies vor allem für die nach der Wende neu erschlossenen Wohnviertel, die meist jenseits bisheriger Ortsgrenzen „auf der grünen Wiese“ geplant wurden.

Am besten erreichen lassen sich dagegen die meisten der vielfältigen Infrastruktureinrichtungen in den Mischgebieten, überwiegend innerstädtische Gebiete. Besonders kulturelle Einrichtungen, aber auch Einkaufsmöglichkeiten und Gaststätten liegen hier näher als in den reinen Wohngebieten und tragen somit zu einer eigenen Qualität dieser Gebiete bei. Trotzdem stehen diesen Pluspunkten der Mischgebiete auch negative Faktoren gegenüber – die Umweltbelastungen, wie z. B. durch Staub und Verkehrslärm, sind deutlich höher als in reinen Wohngebieten. Dies schlägt sich letztlich in einer gegenüber den reinen Wohngebieten geringeren Zufriedenheit mit der unmittelbaren Wohnumgebung nieder (s. o.).

Sozialräumliche Lebensbedingungen am Wohnort

Nach dem Wohngebiet, der unmittelbaren Wohnumgebung, soll nun der Fokus auf den Wohnort gelegt werden.

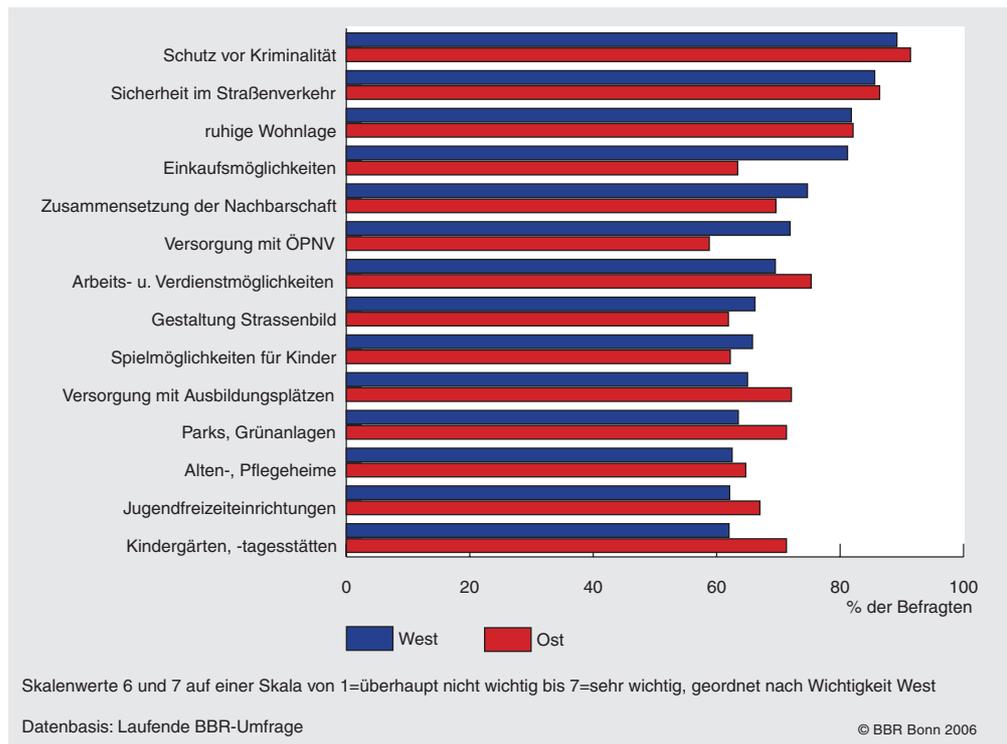
Ziel der Raumordnungspolitik des Bundes ist die Beseitigung regionaler Disparitäten, die die Lebensqualität und die Lebenschancen beeinträchtigen, also die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen. Lebensqualität kann nun grundsätzlich auf zwei Wegen beurteilt werden: Zum einen versuchen natur- und sozialwissenschaftliche Expertisen die Qualität des Lebens auf Grundlage ihrer Wissensbestände und mittels ihrer Messtechniken zu definieren und zu bewerten. Zum anderen können die betroffenen Bür-

gerinnen und Bürger selbst ihre Lebensumstände und deren Qualitäten bewerten – wobei es allerdings zu Verzerrungen oder unzureichenden Urteilen kommen kann, insbesondere in Bereichen, die sich der unmittelbaren Wahrnehmung leicht entziehen (wie bestimmte Arten der Umweltverschmutzung), von aktuellen Imagekampagnen betroffen oder auf eine gewisse Art sensibel bzw. tabuisiert sind. Insofern sind auch Beurteilungen des Wohnorts risikobehaftet. Er ist für die Befragten nicht nur sehr unterschiedlich groß, sondern auch weniger überschaubar als das Wohngebiet und zudem anfälliger für die Übernahme medialer Darstellungen. Gleichwohl nützt eine faktische qualitative Angleichung regionaler Lebensbedingungen wenig, wenn die Betroffenen diese nicht wahrnehmen. Deshalb wird diesem Themenfeld in der BBR-Umfrage in periodischen Abständen ein größerer Fragenkomplex gewidmet, der sich allerdings weniger auf baulich-räumliche Erscheinungsformen, sondern im weiteren Sinn auf *sozialräumliche Aspekte des Wohnorts* ausrichtet (zum Sozialraum vgl. Riege/Schubert 2005; Kessl et al. 2005).

Um die Wertvorstellungen der Bürgerinnen und Bürger zu räumlichen Gegebenheiten ihres Wohnorts und die etwaige Veränderung dieser Vorstellungen zu beschreiben, ist es sinnvoll, diesbezügliche Zufriedenheitsurteile mit bestimmten Bedeutsamkeitsfaktoren zu kombinieren. Deshalb fragen wir (1992, 1998, 2001 und 2004) danach, welche Lebensbedingungen aus einer vorgegebenen Liste im eigenen Wohnort für *wichtig* gehalten werden. Die Antwort kann auf einer Skala von 1 („überhaupt nicht wichtig“) bis 7 („sehr wichtig“) abgestuft werden. Danach sollen die Befragten anhand derselben Liste einschätzen, wie zufrieden sie mit diesen Lebensbedingungen sind. Auch dazu kann die Antwort wiederum von 1 („überhaupt nicht zufrieden“) bis 7 („sehr zufrieden“) variieren.

Welche Lebensbedingungen am Wohnort Bürgerinnen und Bürger 2004 für wichtig bzw. sehr wichtig halten, zeigt Abbildung 3.12. Die Bedeutsamkeitsanteile liegen zwischen 59 % der ostdeutschen Befragten, die ÖPNV-Versorgung, und 91 % der ostdeutschen Befragten, die einen Schutz vor Kriminalität für besonders wichtig empfinden.

Abbildung 3.12
Wichtigkeit von Lebens-
bedingungen am Wohnort
– 2004



Ganz oben auf der Wunschliste rangieren in West und Ost der Schutz vor Kriminalität, Sicherheit im Straßenverkehr und eine ruhige Wohnlage – alles Aspekte, die mehr oder weniger mit *Sicherheit* zu tun haben. Bei diesem mit höchster Priorität eingestuftem Set von Lebensumständen existieren keine West-Ost-Unterschiede. Größere Abweichungen gibt es bei der Bedeutsamkeit von Einkaufsmöglichkeiten, der Anbindung an den ÖPNV sowie der Zusammensetzung der Nachbarschaft, die in Westdeutschland als wichtiger angesehen werden, sowie bei Parks und Grünanlagen, Ausbildungsplätzen, Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten, Kindertagesstätten und Jugendfreizeiteinrichtungen, die für die Menschen in Ostdeutschland im Durchschnitt wichtiger sind als für Westdeutsche. Die *in ihrer Bedeutsamkeit unterschiedlich eingestuften Lebensbedingungen* legen die Vermutung nahe, dass die Einschätzung entsprechender Bedarfe mit historisch gewachsenen, gewohnten Lebensvollzügen und aktuell erfahrenen Mängeln in Zusammenhang steht. Ein Wandel diesbezüglicher lokaler Ausstattungen hat bzw. hätte direkte Auswirkung auf die raumzeitliche Alltagsorganisation der Betroffenen und könnte Reaktionen auslösen, die von einer innerfamiliär neu auszuhandelnden Arbeitsteilung bis hin zum Wohnortwechsel reichen.

Vor diesem Hintergrund können die zugehörigen Zufriedenheiten in ihrer Relevanz anders eingeschätzt werden: Zunächst fällt auf, dass sich die *Zufriedenheiten mit den aufgeführten Lebensbedingungen* (Abb. 3.13) auf wesentlich niedrigerem Niveau bewegen: Nur 4 % der Befragten in Ostdeutschland sind mit der Ausbildungsplatzversorgung am Wohnort und maximal 64 % der Befragten in Westdeutschland sind mit der Zusammensetzung ihrer Nachbarschaft zufrieden. Die Rangfolge der höchsten Zufriedenheiten umfasst für Ost und West gleichermaßen die Zusammensetzung der Nachbarschaft, die ruhige Wohnlage der eigenen Wohnung, die lokalen Einkaufsmöglichkeiten, die ÖPNV-Versorgung, Sicherheit im Straßenverkehr und die Erreichbarkeit von Parks und Grünanlagen – mithin alles Bereiche, die noch relativ viel mit der städtebaulichen Ausgestaltung des Wohngebietes zu tun haben. Am unzufriedensten sind die Befragten in West wie in Ost mit der Versorgung von Ausbildungsplätzen, Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten sowie mit den Jugendfreizeiteinrichtungen. Offensichtlich werden ausgerechnet die sozialräumlichen Bereiche, die als besonders wichtig für die Zukunft der Gesellschaft gelten können, sehr schlecht beurteilt.

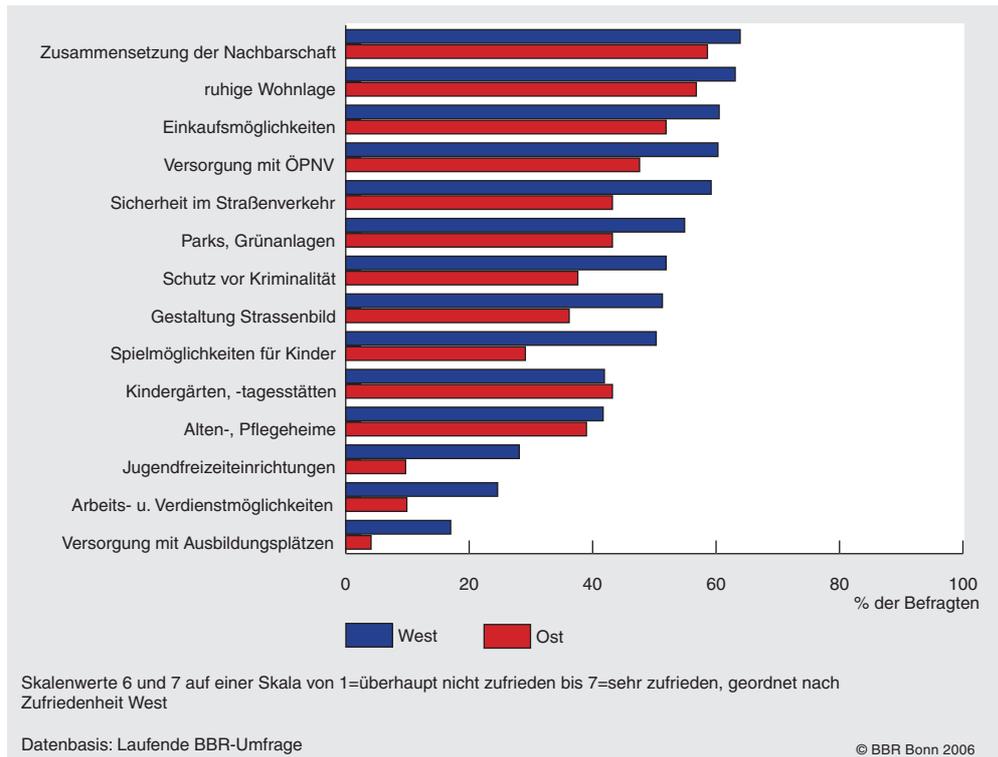


Abbildung 3.13
Zufriedenheiten mit den
Lebensbedingungen am
Wohnort – 2004

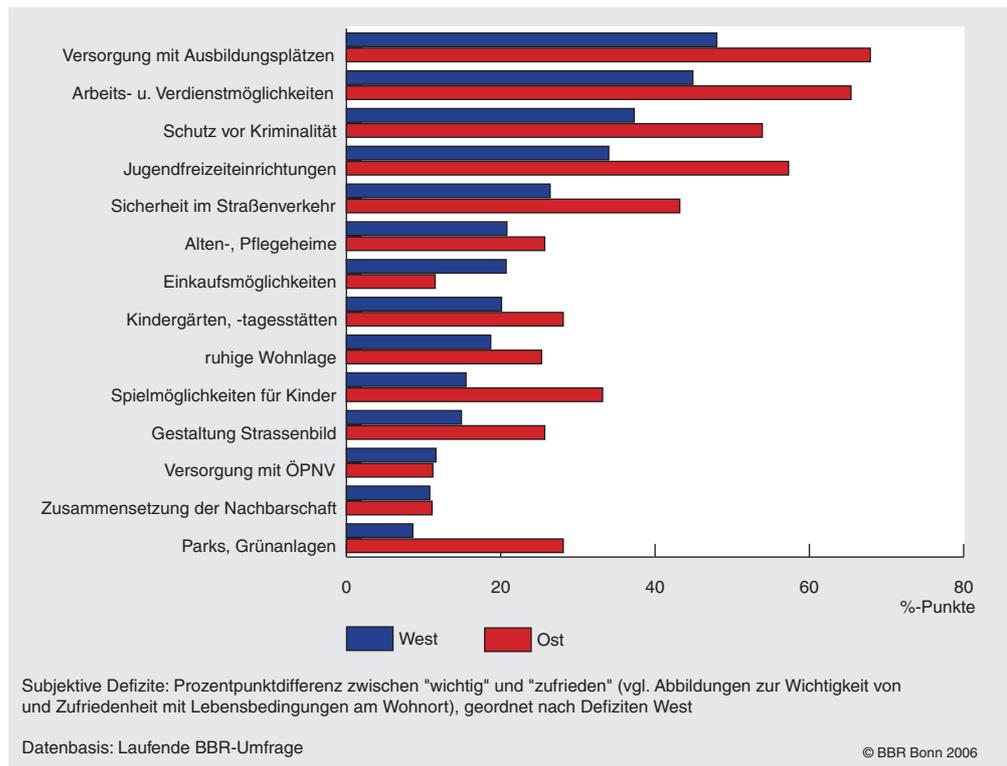
Auffällig ist, dass die Mehrheit der Zufriedenheitsurteile im Osten deutlich niedriger ausfällt als im Westen. Die höchsten Abweichungen zwischen Westdeutschen und Ostdeutschen finden sich bei den Spielmöglichkeiten für Kinder (18 Prozentpunkte) und den Freizeiteinrichtungen für Jugendliche (23 Prozentpunkte).

Setzt man nun die Bedeutsamkeitsurteile mit den Zufriedenheitsurteilen für die abgefragten sozialräumlichen Lebensbedingungen durch Bildung der Prozentpunktdifferenzen für die beiden Teilpopulationen in Beziehung, erhalten wir eine Liste mehr oder weniger stark ausgeprägter Differenzen, die als *subjektive Defizite* bezeichnet werden können (Abb. 3.14). Die wesentlich geringeren Zufriedenheiten in Ostdeutschland bei etwa vergleichbaren Wichtigkeiten ergeben bei elf der 14 Versorgungsbereiche sehr deutliche Unterschiede zu den Defizitempfindungen Westdeutscher. Diese Unterschiede zeigen, *wie wenig die ostdeutschen Lebensumstände aktuell den Bedarfen der Befragten entsprechen*. Lediglich bei den Nachbarschaften, beim ÖPNV und bei den Einkaufsmöglichkeiten entsprechen sich die subjektive Wichtigkeit und die Zufriedenheit mit diesem Bereich in etwa. In Westdeutschland gilt dies ebenfalls bei den Nachbarschaften und beim ÖPNV sowie bei

der Versorgung mit Parks und Grünanlagen. Die größten Einstellungsdiskrepanzen sind in Ost und West hinsichtlich der Versorgung mit Ausbildungsplätzen sowie der Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten zu verzeichnen – was beides im Fall persönlicher Nichtversorgung die ökonomische Basis der befragten Haushalte und die erwünschte Gestaltung des eigenen Lebens gefährden könnte. Für die gleichermaßen als am wichtigsten beurteilten Sicherheitsbereiche ergeben sich bei der Defizitanalyse die Rangplätze 3/4, 5 und 9/11, was zumindest hinsichtlich Schutz vor Kriminalität und Sicherheit im Straßenverkehr auf nicht unerhebliche persönlich empfundene Unsicherheiten hinweist – die allerdings immer auf einem hochkomplexen Gemisch an Wahrnehmungen beruhen (zum städtischen Sicherheitsdiskurs vgl. Gestring et al. 2003). Bei den – in Ost und West unterschiedlich – als wichtig eingestuften Lebensbedingungen gehören die in Ostdeutschland als wichtiger bewerteten auch zu denen, die größere Zufriedenheitsdefizite zu verzeichnen haben.

Die Rangfolge der subjektiv empfundenen Defizite am Wohnort kann dazu dienen, Handlungsbedarfe für die Regional- und für die Raumordnungspolitik abzuleiten. Wie deren Bemühungen in der Vergangenheit möglicherweise schon gegriffen haben oder

Abbildung 3.14
Subjektive Defizite im Hinblick auf Lebensbedingungen am Wohnort – 2004



wo diese verstärkt werden sollten, zeigt sich bei einem Blick auf die *Veränderungen seit 1998*.

Die Entwicklung, also die Zunahme bzw. den Abbau subjektiv erfahrener Defizite in Prozentpunktdifferenzen zeigt Abbildung 3.15. Die Erfolgsmeldungen kommen hier aus dem Osten: Dort wurden bei acht der 14 vorgegebenen sozialräumlichen Lebensbedingungen die wahrgenommenen Defizite geringer (statistisch bedeutsam für die Bereiche Einkaufsmöglichkeiten, Straßengestaltung, ruhiges Wohnen. Parks/Grünanlagen) – im Westen trifft dies nur auf vier Bereiche zu (statistisch bedeutsam nur für Parks/Grünanlagen). Die von den Befragten in Ostdeutschland konstatierten Verbesserungen der Lebensbedingungen am Wohnort können alle als Folge der massiven Investitionen der staatlichen Förderprogramme für die neuen Länder gesehen werden. Als verschlechtert wird in West und Ost die Lage bei den Einrichtungen für Kinder, Jugendliche und alte Menschen wahrgenommen, auch die Beurteilung der Nachbarschaften – im Westen darüber hinaus die Beurteilung der Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten. All dies sind Bereiche, für die in Ostdeutschland – gemessen an den Wichtigkeiten dieser Lebensbereiche –

ein höheres Problembewusstsein bzw. ein höherer Problemdruck vorliegt. Gleichwohl könnte dies als Unterstützung der Forderung verstanden werden, bei der Verteilung von Fördermitteln von den ost- bzw. westgebundenen Förderprogrammen abzukommen und zu einer problemorientierten Förderung überzugehen.

Zur Abrundung der Analyse der subjektiv wahrgenommenen Defizite des Jahres 2004 werden die Aussagen im Folgenden auch *nach siedlungsstrukturellen Gemeindetypen ausdifferenziert*. In Abbildung 3.16 sind die jeweils sieben am stärksten ausgeprägten Defizite dargestellt, immer nach West und Ost ermittelt. Auf den beiden ersten Rangplätzen – mit einer Ausnahme bei den Kernstädten West – sind die ökonomisch elementaren Bedarfe „Angebot an Ausbildungsplätzen“ und „Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten“, wobei die empfunden Defizite jeweils in den Ober- und Mittelzentren am größten sind. Es folgen der vor allem in den Städten vermisste ausreichende „Schutz vor Kriminalität“ und die „Jugendfreizeiteinrichtungen“, die ihre Plätze bei zunehmend ländlicher Siedlungsstruktur tauschen. Auf Rang 5 liegt in fast allen betrachteten Teilräumen die „Sicherheit im Straßenverkehr“. Die im

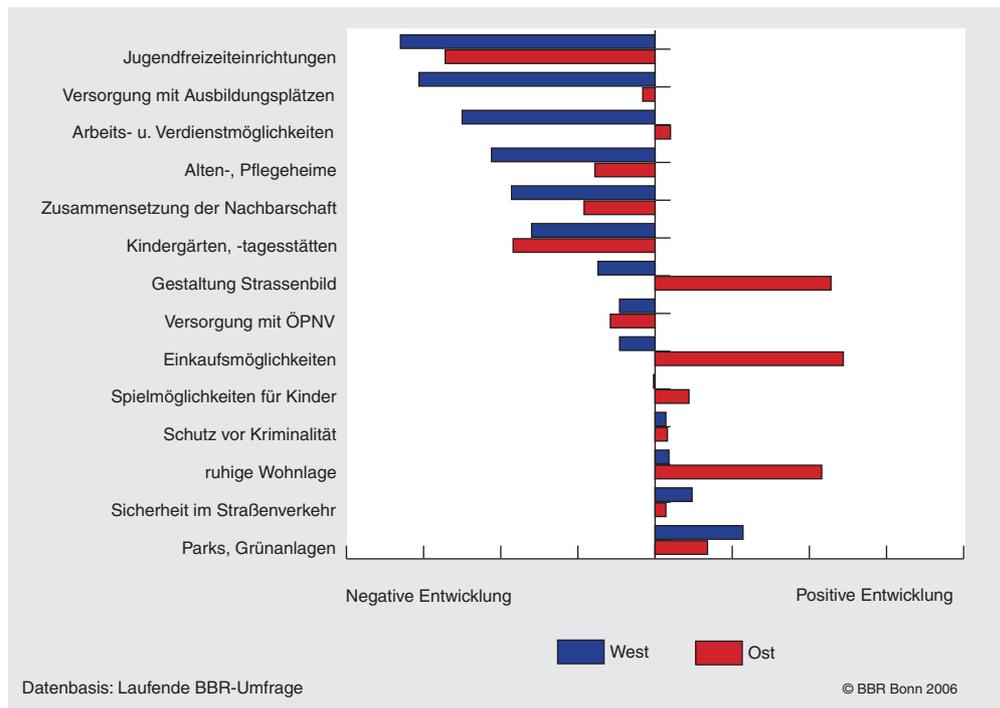


Abbildung 3.15
Veränderungen subjektiver Defizite im Hinblick auf Lebensbedingungen am Wohnort – Vergleich 1998 mit 2004

Westen folgenden Defizite bezüglich der Lebensbedingungen „Alteneinrichtungen“ und „Einkaufsmöglichkeiten“ werden mit zunehmender Ländlichkeit ebenfalls größer. Im Osten liegen auf den Plätzen 6 und 7 „Kinderspielplätze“ und „Grünanlagen“.

Insgesamt fällt für den Osten auf, dass die subjektiven Defizite bei allen Lebensbedingungen in den Ober- und Mittelzentren am stärksten ausgeprägt sind. Diese konkreten Unzufriedenheiten schlagen sich auch in einer allgemein schlechten Wohnortzufriedenheit der Befragten in Ober- und Mittelzentren nieder (s. u.).

	Rang	Kernstädte	Ober-, Mittelzentren	sonstige Gemeinden
West	1.	Angebot Ausbildungsplätze 46	Angebot Ausbildungsplätze 52	Angebot Ausbildungsplätze 46
	2.	Schutz vor Kriminalität 45	Arbeitsmöglichkeiten 49	Arbeitsmöglichkeiten 45
	3.	Arbeitsmöglichkeiten 40	Schutz vor Kriminalität 36	Jugendfreizeiteinrichtungen 33
	4.	Jugendfreizeiteinrichtungen 34	Jugendfreizeiteinrichtungen 35	Schutz vor Kriminalität 31
	5.	Sicherheit im Straßenverkehr 29	Sicherheit im Straßenverkehr 26	Einkaufsmöglichkeiten 26
	6.	Alteneinrichtungen 20	Einkaufsmöglichkeiten 22	Sicherheit im Straßenverkehr 24
	7.	Einkaufsmöglichkeiten 14	Alteneinrichtungen 20	Alteneinrichtungen 23
Ost	1.	Arbeitsmöglichkeiten 52	Angebot Ausbildungsplätze 77	Angebot Ausbildungsplätze 72
	2.	Angebot Ausbildungsplätze 51	Arbeitsmöglichkeiten 73	Arbeitsmöglichkeiten 69
	3.	Schutz vor Kriminalität 50	Jugendfreizeiteinrichtungen 64	Jugendfreizeiteinrichtungen 58
	4.	Jugendfreizeiteinrichtungen 47	Schutz vor Kriminalität 62	Schutz vor Kriminalität 51
	5.	Sicherheit im Straßenverkehr 37	Sicherheit im Straßenverkehr 47	Sicherheit im Straßenverkehr 45
	6.	Parks, Grünanlagen 27	Kinderspielplätze 40	Kinderspielplätze 34
	7.	Kinderspielplätze 25	Parks, Grünanlagen 37	Parks, Grünanlagen 22

Angaben in %-Punkten
Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage © BBR Bonn 2006

Abbildung 3.16
Die deutlichsten subjektiven Defizite im Hinblick auf Lebensbedingungen am Wohnort nach Gemeindetyp – 2004

Zufriedenheit mit dem Wohnort

Im Durchschnitt der Jahre 1990 bis 2004 lag der Anteil der mit dem Wohnort Zufriedenen im Westen bei 60 %, mit einer Schwankungsbreite zwischen 56 % und 66 % (Abb. 3.17). Im Osten lag der Durchschnitt der Zufriedenen über alle Jahre bei 41 % und schwankte mit großen Bewegungen zwischen 25 % und 56 %. 2004 liegen die Werte in beiden Teilräumen knapp unter dem Durchschnittswert. Es fällt auf, dass die höchsten Werte im Osten in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre erreicht wurden, die Entwicklungskurve aber seitdem stetig abgefallen ist.

Gibt es einen bestimmten Typus von Orten, für den diese Entwicklung besonders ausgeprägt ist? Für Ost wie West ist zunächst festzustellen, dass sich die Zufriedenheit

mit dem Wohnort für keinen Gemeindetyp deutlich von der durchschnittlichen Bewertung unterscheidet.

Abbildung 3.18 zeigt, dass die Entwicklungslinien nach *Gemeindetypen* im Osten seit 2000 fast parallel verlaufen, auf leicht unterschiedlichem Niveau. Dort haben die Kernstädte seitdem die Nase vorn und insgesamt im Urteil ihrer Bewohnerinnen und Bewohner seit der Wende die positivste Entwicklung genommen. Die ostdeutschen Ober- und Mittelzentren verbuchen derzeit die geringste Zufriedenheit im Urteil ihrer Bürgerinnen und Bürger und liegen um acht Prozentpunkte hinter den Kernstädten und sonstigen Gemeinden zurück.

Für Westdeutschland fällt auf, dass sich die Zufriedenheitswerte aller drei Gemeindetypen aktuell egalisiert haben. Das dürfte u. a. auf die relativ konstanten Bewertungen der Kernstädte zurückzuführen sein, während die anderen Gemeindetypen tendenziell weniger positive Bewertungen erhalten. Raumordnerisch von Bedeutung ist die Tatsache, dass auch in Ostdeutschland die Kernstädte relativ an Zustimmung gewonnen haben. Dies legt den Gedanken nahe, dass sich in den nach siedlungsstrukturellen Gemeindetypen differenzierten Zufriedenheitsurteilen mit dem Wohnort bereits ein „Zurück in die Stadt“ andeutet. Zugleich ist aber im Allgemeinen noch kein Ende der Suburbanisierungsprozesse zu beobachten (vgl. als Überblick: Brake 2001; speziell zu Berlin: Matthiesen 2002). Daher ist an dieser Stelle von Interesse, bei der Wohnortzufriedenheit der befragten Kernstadtbewohner auch noch nach deren Wohnstandort innerhalb der Stadt zu unterscheiden.

Abbildung 3.17
Zufriedenheit mit dem Wohnort – 1990 bis 2004

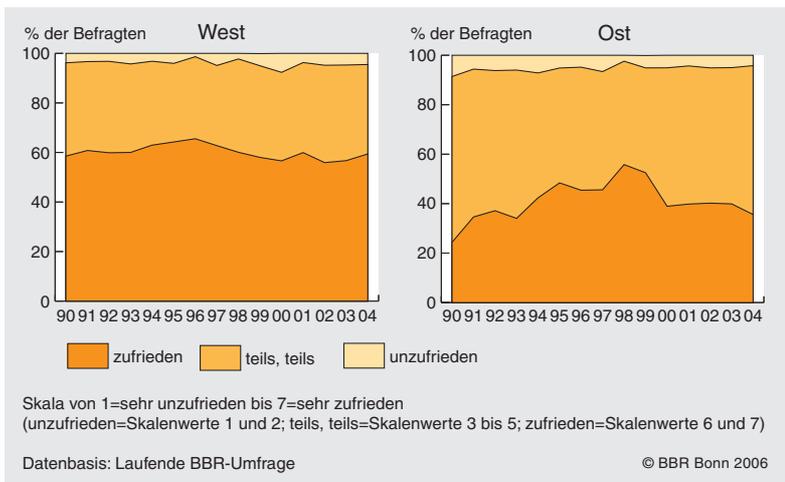
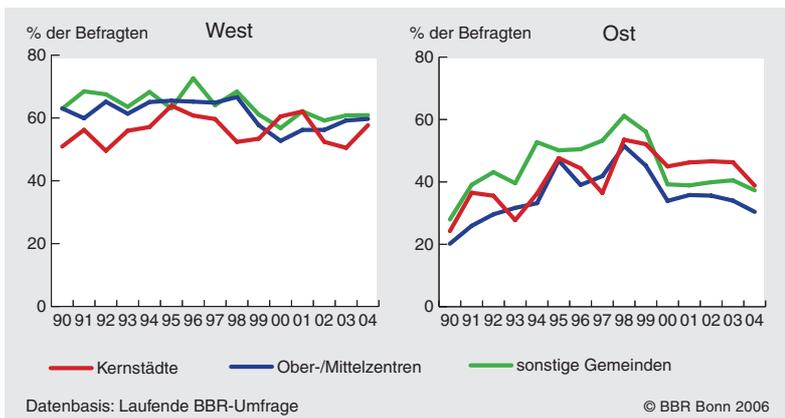


Abbildung 3.18
Zufriedenheit mit dem Wohnort nach Gemeindetyp – 1990 bis 2004



Für ostdeutsche Städte ist dabei festzustellen, dass sich die Wohnortzufriedenheiten innerhalb des Stadtgebiets statistisch nicht unterscheiden – und dieser Befund seit etwa 1999 zutrifft. In westdeutschen Städten lag während der 1990er Jahre die Wohnortzufriedenheit in den Innenstädten deutlich unter der in Innenstadtrand- und Stadtrandbezirken. 1999 hatten sich die Zufriedenheitsurteile über das gesamte Stadtgebiet hinweg egalisiert, um inzwischen jedoch wieder auseinanderzudriften: Die Befragten mit Wohnstandorten am Stadtrand westdeutscher Kernstädte schätzen ihren Wohnort wieder mehr als die im Zentrum Wohnenden. Dies lässt – zumindest

im Westen – noch nicht auf ein Ende der Suburbanisierungsprozesse hoffen. Soweit dies aus Wohnortzufriedenheiten abgeleitet werden kann, sind also weitere Anstrengungen nötig, die Städte auch in ihren Innenstadtbereichen nicht nur für Freizeit und Konsum, sondern auch für das alltägliche Wohnen attraktiv zu gestalten.

Abschließend wird in diesem Kapitel noch ein kurzer Blick auf die Wohnortzufriedenheit in *wachsenden und schrumpfenden Gemeinden* Deutschlands geworfen.¹⁴ Dieser Exkurs soll auch verdeutlichen, dass die Daten der Laufenden Raumbewertung des BBR als Kontextdaten mit den Umfragedaten verknüpft werden können (vgl. auch Kap. 5). Dazu eignen sich sowohl alle Daten, die auf der Ebene der Gemeinden oder einem Aggregat der Gemeinden zur Verfügung stehen¹⁵ – sei es der amtlichen Statistik oder anderer Anbieter – als auch Kategorisierungen, wie sie etwa in diesem Bericht verwendet werden (siedlungsstruktureller Gemeindetyp, wachsende/schrumpfende Gemeinde).

Zu Beginn dieses Kapitels war behauptet worden, dass sich die Befragten bei der Zufriedenheit mit dem Wohnort nicht nur von ihren Wohnerfahrungen im engeren Sinne leiten lassen, sondern dabei auch bewerten, wie er seine Funktionen erfüllt (vgl. auch Kap. 6, Mobilität). Die entwicklungsstrukturelle Klassifizierung der Gemeinden Deutschlands erfolgte in erheblichem Maße über wirtschaftliche Indikatoren. Abbildung 3.20 zeigt nun, dass die Wohnortzufriedenheit mit dieser Klassifizierung ausgeprägt korrespondiert: Entwickelt sich die Wohngemeinde positiv, steigt auch die Zufriedenheit der Einwohner mit ihrem Ort (zum Einfluss ökonomischer Aspekte vgl. Rosenfeld/Kronthaler/Kawka 2005).

Beträgt die Wohnortzufriedenheit von Befragten in stark schrumpfenden Gemeinden in den vergangenen drei Jahren durchschnittlich nur 33 %, so liegt sie in den stark wachsenden Gemeinden mit 69 % gut doppelt so hoch. Dem steht in stark schrumpfenden Gemeinden ein Anteil von 6 % und in stark wachsenden Gemeinden von 2 % Unzufriedenen gegenüber – hier also ein Unterschied von dreifacher Größe. Trotzdem erhebt sich angesichts des absolut gesehen niedrigen Anteils Unzufriedener die Frage, warum die Menschen trotz der all-

Abbildung 3.19 Zufriedenheit mit dem Wohnort nach innerstädtischer Wohnlage – 1990 bis 2004

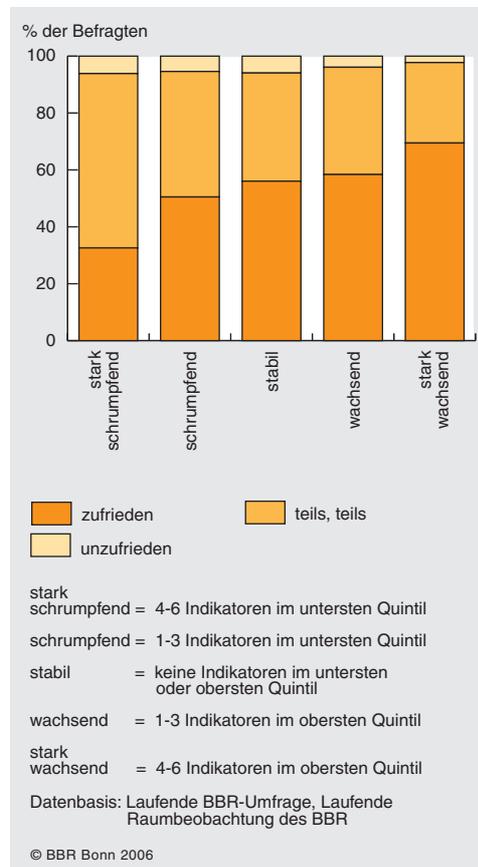
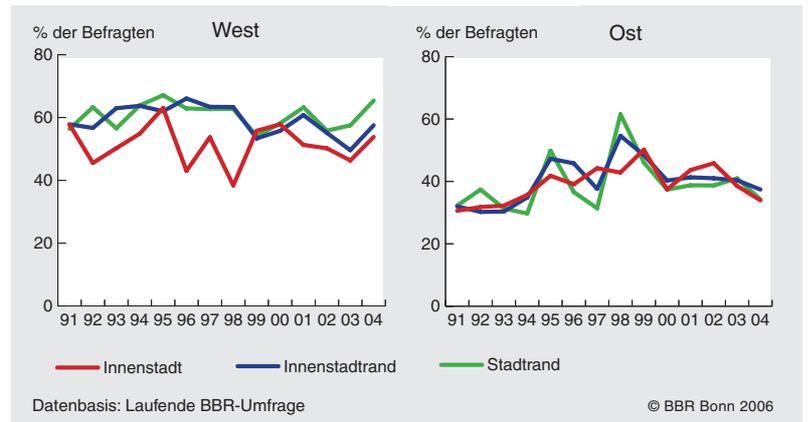


Abbildung 3.20 Zufriedenheit mit dem Wohnort in wachsenden und schrumpfenden Gemeinden – Durchschnitt 2002 bis 2004

gemein gesehen eher widrigen Lebensumstände mit ihrem Wohnort noch relativ zufrieden sind bzw. wie sich überhaupt die unterschiedlichen Anteile der Zufriedenen und Indifferenten mit den Entwicklungschancen der Gemeinden vereinbaren lassen. Dazu sind verschiedene Interpretationen möglich:

Eine *pragmatische* Lesart könnte lauten: Auch bei eher schlechten wirtschaftlichen

Aussichten für den Wohnort kann man zunächst einmal mit der eigenen Situation und mit dem über Jahre gewohnten Angebot und den sozialen Netzwerken am Ort zufrieden sein und keinen Grund zur Teilnahme an der Schrumpfung haben. Selbst bei eigener Betroffenheit – gar Arbeitslosigkeit – können positive lokale und soziale Gesichtspunkte Gründe bieten, so lange wie möglich am angestammten Wohnort zu bleiben – zumindest solange sich keine Alternative anbietet. Schließlich erfordert jeder Wechsel finanzielle, zeitliche und soziale Kosten, die es gegen die aktuellen Vor- und Nachteile abzuwägen gilt. Dabei werden die baulich-räumlichen Qualitäten – gerade auch in Ostdeutschland die infolge massiver finanzieller Investitionen stattgefundenen Verbesserungen – wertgeschätzt, können aber die wirtschaftlichen Unsicherheiten nicht kompensieren (vgl. Kawka/Sturm 2006). Wer die Wohnung nicht mehr bezahlen kann bzw. sie aufgrund der Regelungen zum Arbeitslosengeld verlassen muss, dem nützt allerdings deren gute Ausstattung und das schöne Wohnumfeld wenig¹⁶ – möglicherweise wird der Wohnort aufgrund der fehlenden ökonomischen Möglichkeiten erst dann als ungastlich wahrgenommen, was aber an anderer Stelle zu prüfen wäre.

Letzteres wird eventuell verstärkt durch ein antizipiertes Fremdbild, das schrumpfende Gemeinden mit dem Raumbild (Ipsen 1997) der Verliererregion oder dem eines Nicht-Ortes (Augé 1994) verbindet. Solches könnte zu einer eher *kulturpsychologischen* Lesart beitragen, die eine Wechselwirkung von fehlender Anerkennung und Resignation betont. In einer in den Jahren 2001 bis 2003 durchgeführten Fallstudie zur schrumpfenden Industriestadt Weißwasser (Kabisch/Bernt/Peter 2004) empfinden die Einwohnerinnen und Einwohner ihre Welt als unordentlich, kaputt und zerstört – ihr Leben bedeutet ihnen Unbehagen, Angst und Stress. Darüber hinaus wird der ökonomische und soziale Abstieg als eine Art kollektiv erlittene Ungerechtigkeit empfunden (ebd., S. 138 f.). So verbleibt besonders deutlich in Ostdeutschland ein breites Feld von Indifferenz, von „komfortablem Elend in herrlichen Kulissen“ (Bisky 2005), von ruhig gestellten Bürgerinnen und Bürgern, die einst die Revolution wagten und nun real keine Handlungsperspektiven mehr sehen – was sich wiederum speziell in Ost-

deutschland in der seit 1998 sinkenden Wohnortzufriedenheit und besonders deutlich in der ebenfalls deutlich sinkenden allgemeinen Lebenszufriedenheit niederschlagen scheint (vgl. BBR 2005, S. 9–11).

Auch eine auf *sozialräumliche Aneignung* fokussierende Lesart erscheint nur auf den ersten Blick zukunftsoptimistischer. Der durchgängig niedrige Anteil derer, die sich selbst als unzufrieden mit ihrem Wohnort bezeichnen, könnte darauf hinweisen, dass auch unter problematischen Konstellationen die „eigene Scholle“, die vertraute Nachbarschaft bzw. die bislang verlässlichen familiären und Freundschafts-Netzwerke oder auch ein traditionelles Heimatgefühl stabilisierend wirken. Zugleich ist jedoch festzustellen, dass infolge der gesellschaftlichen Umbrüche und der aufgrund bisheriger Lebenserfahrung nicht erwartbaren Entwicklungen die einstmalen erlernten sozialen Handlungsräume nicht erst mit höherem Alter eingeschränkt werden (vgl. Deinet/Reutlinger 2005). Solches erzeugt zusätzliche Unsicherheit, die zu Handlungslähmungen, zu Rückzug in verklärte Vergangenheitsvorstellungen oder zu sozialer Abkapselung führen kann. Dies könnte den großen Anteil der Indifferenten erklären.

Wahrscheinlich treffen alle diese Interpretationsmöglichkeiten sowie noch weitere, hier nicht entwickelte in gewissem Maße auf das beobachtete Phänomen zu. Insofern sollten zukünftige Befragungen und Analysen noch mehr Augenmerk auf die Unentschiedenen, Schwankenden und deren Lebenskontexte legen. Auch mit den Daten der Umfrage wären weitere Auswertungen zu diesem Themenkomplex möglich, die hier jedoch nicht weiterverfolgt werden sollen.

4

Der sozialstrukturelle Kontext des Wohnens und dessen Bewertung

Neben den bislang schwerpunktmäßig betrachteten materiellen Bedingungen am Wohnort sind die sozialen Verhältnisse in der engeren Wohnumgebung ein wichtiger Aspekt des alltäglichen Lebens. Deshalb wird in der BBR-Umfrage außer nach den räumlich-materiellen Gegebenheiten auch nach dem im Wohngebiet vorherrschenden Nachbarverhältnis gefragt, um das soziale Klima abschätzen zu können. Dabei wird Nachbarschaft unter zumindest zwei Aspekten verstanden: zum einen als nah-räumliche Umgebung am eigenen Wohnstandort, zum anderen als „soziale Gruppe, die primär wegen der Gemeinsamkeit des Wohnens interagiert“ (Hamm 1998, S. 173). Da Deutschland nach dem 2. Weltkrieg zu einem der wichtigsten Einwanderungsländer geworden ist¹⁷, wird zudem regelmäßig die für ein Wohngebiet und seinen sozialen Zusammenhalt äußerst wichtige Dimension der Integration von Deutschen und Ausländern angesprochen.

Nachbarverhältnisse

In den Jahren 1991 bis 1993, 1996 bis 1998 und 2003 wurde die Frage nach der Einschätzung des Verhältnisses zu den Nachbarn gestellt. Als mögliche Kennzeichnungen wurden vier Ausprägungen vorgegeben: „Ich kenne meine Nachbarn kaum“, „Ich kenne meine Nachbarn nur flüchtig, wir sprechen mal miteinander, haben aber sonst wenig miteinander zu tun“, „Ich kenne meine Nachbarn näher, wir helfen uns gelegentlich aus“ und „Ich bin mit meinen Nachbarn befreundet, wir besuchen uns öfter“¹⁸ 1998 wurde die vierte Merkmalsausprägung weggelassen, so dass bei den Zeitreihendarstellungen in diesem Bericht die beiden letzten Antwortmöglichkeiten unter der Bezeichnung „relativ enger Zusammenhalt“ zusammengefasst sind.

In den Grundauszählungen für West- und Ostdeutschland ergeben sich sehr ähnliche

Zeitreihen (Abb. 4.1): 1991 sprechen in West und Ost gleichermaßen 65 % der Befragten von einem relativ engen Zusammenhalt. Bis Mitte der 1990er Jahre rutscht dieser Anteil auf weniger als 60 %; 2003 liegt er dann bei 70 % im Westen und 77 % im Osten. Zählt man jedoch die Gruppe derjenigen hinzu, die zumindest gelegentliche Kontakte zu ihren Nachbarn haben, und spricht diese beiden Teilgruppen insgesamt ein „normales“ Nachbarverhältnis zu (man könnte auch von „reduzierter Distanz“ sprechen), dann erscheinen auch diese Schwankungen ausgeglichen. Eine solche Zusammenfassung entspricht bisherigen empirischen Untersuchungen über konstitutive Dimensionen von Nachbarschaft: Dort gilt u. a. die „Distanznorm“ (Bernd Hamm) als ein Schlüssel für das Funktionieren und die Reichweite von Nachbarschaftsbeziehungen. Folglich dürfen „gute“ Nachbarschaften nicht mit Freundschaften verwechselt werden. Im Durchschnitt aller Befragungsjahre geben nur 8 % im Westen und 7 % im Osten an, dass man die Leute in der Nachbarschaft kaum kenne.

Betrachtet man die Einschätzung des Nachbarverhältnisses in Abhängigkeit vom *Alter* der Befragten (siehe Tabellenteil im Anhang), dann zeigt sich, dass der Anteil der Befragten mit „normalem“ Verhältnis mit

Abbildung 4.1
Beurteilung des Nachbarverhältnisses – Zeitreihe 1991 bis 2003

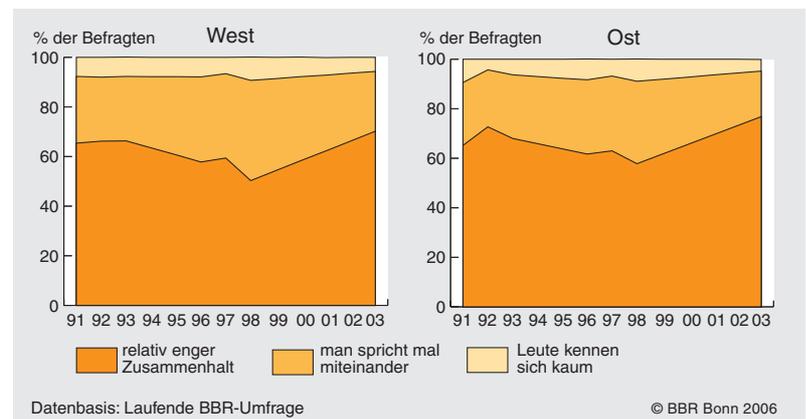
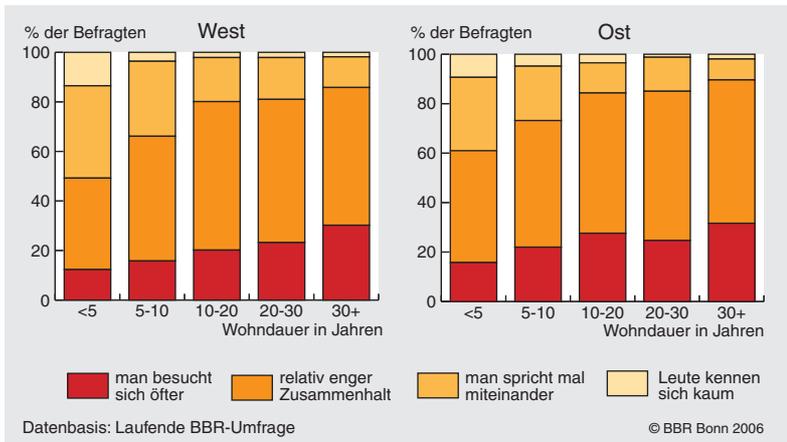


Abbildung 4.2
Beurteilung des Nachbarverhältnisses nach der eigenen Wohndauer – 2003



zunehmendem Alter steigt. Ursache dürfte wohl hauptsächlich die mit dem Alter meist zunehmende Wohndauer in derselben Wohnung sein. Diese Vermutung wird zumindest durch die Daten gestützt, die in Abbildung 4.2 die Einschätzung des Nachbarverhältnisses mit der *Wohndauer* verknüpfen. Vor allem der dann von mehr als 80% angegebene relativ enge Zusammenhalt der Nachbarschaft scheint erst nach zehn Jahren Wohndauer erreicht zu sein. Wie später noch berichtet wird, lebt etwa ein Drittel der Befragten noch keine fünf Jahre in der derzeitigen Wohnung (vgl. Kap. 6).

Welche regionalen Unterschiede in der Einschätzung des Nachbarverhältnisses können nun aufgrund unserer Umfrage ermittelt werden? Zunächst zeigt Abbildung 4.3, dass 2003 der Anteil der Befragten mit „normalem“ Nachbarverhältnis kaum zwischen

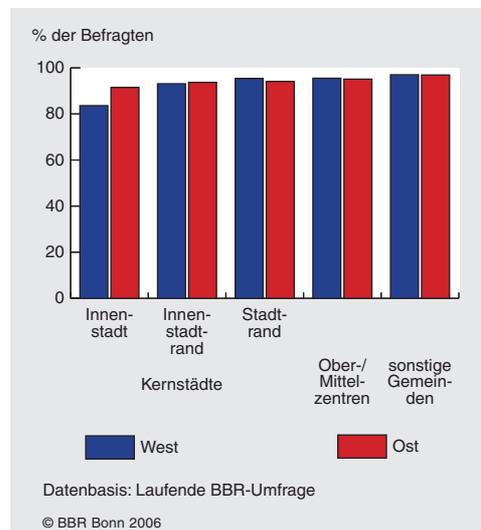
den *Gemeindetypen* differiert. Lediglich in den westdeutschen Innenstädten ist dieser Anteil geringer (West 84 %, Ost 92 %). Dies erinnert zum einen an Georg Simmels Charakterisierung der Großstädter als intellektualisiert, blasiert und reserviert, die er bereits Anfang des 20. Jahrhunderts vornahm, zum anderen auch an Alexander Mitscherlichs in den 1960er Jahren verfasste Schrift über die Unwirtlichkeit unserer Städte. Die Tatsache, dass in großstädtischen Situationen miteinander Agierende einander in der Regel unbekannt sind, wird von den Stadtsoziologen Georg Simmel, Hans-Paul Bahrdt oder Max Weber aber auch als funktional für derartige Gemeinwesen dargestellt.

Bei einem Blick auf die Befragten mit relativ engem Nachbarverhältnis zeigen sich im Zeitverlauf gewisse Unterschiede zwischen den *Gemeindetypen*: 2003 betragen deren Anteile in den Kernstädten 63 % im Westen und 67 % im Osten, in den eher ländlich geprägten, kleineren Gemeinden dagegen 81 % im Westen und 84 % im Osten (auch im Zusammenhang mit der durchschnittlich längeren Wohndauer in kleineren Orten). Anfang der 1990er Jahre lagen diese Anteile weit darunter (Kernstädte: West 55 %, Ost 63 %; sonstige Gemeinden: West 77 %, Ost 71%); ihre Tiefpunkte erreichten sie Ende der 1990er Jahre (vgl. Tabelle Nachbarverhältnis im Anhang).

Demgegenüber war der Anteil der Befragten, die ihre Nachbarn kaum kennen, nur geringen Schwankungen unterworfen. Der große Anteil von Befragten mit einem normalen Nachbarverhältnis (also Befragte mit relativ häufigen Kontakten sowie nur gelegentlichen Nachbarschaftskontakten) lässt eher auf ein – oben bereits angesprochenes – von freundlicher Distanz geprägtes Verhältnis insgesamt schließen, das vor allem in relativ neuen Wohngebieten mit kurzer Wohndauer oder in Gebieten mit stärkerer Umzugstätigkeit funktional ausgerichtet ist.

Das Nachbarverhältnis ist abhängig von der *Bebauungsform* bzw. von den durch sie geprägten Bedingungen. In Abbildung 4.4 zeigen sich je nach Typ des Wohnhauses große Unterschiede: Weitgehend unabhängig vom Gemeindetyp findet sich ein relativ enges Nachbarverhältnis in Ein- und Zweifamilienhausgebieten deutlich öfter als in Gebieten mit Mehrfamilienhäusern. In Letzteren schaffen die hohe Dichte, höhere

Abbildung 4.3
Beurteilung des Nachbarverhältnisses als „normal“ nach Gemeindetyp und innerstädtischer Wohnlage – 2003



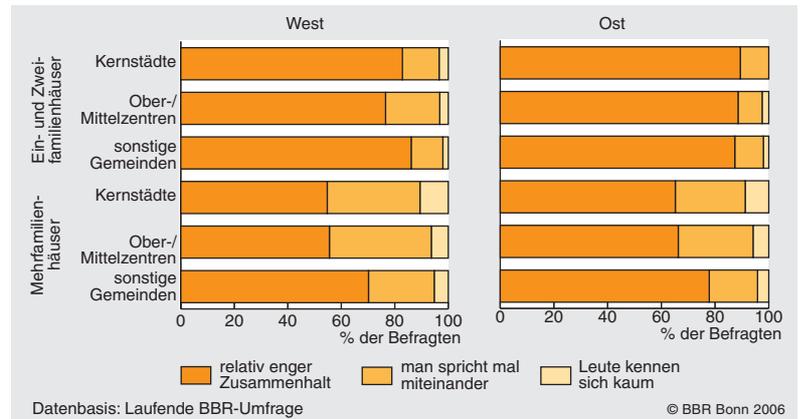
Fluktuation und größere Heterogenität der Bewohnerschaft offensichtlich eine größere Distanz bzw. lassen eine solche Distanz angemessen und funktional erscheinen.

Im Vergleich zu den Haustypen bzw. Bebauungsformen sind die nachbarschaftsbezogenen Unterschiede zwischen den Gemeindetypen gering. Allerdings wird bei den Mehrfamilienhäusern deutlich, dass mit zunehmender Ländlichkeit der Anteil der Befragten mit einem relativ engen Nachbarschaftszusammenhalt ansteigt, während der Anteil der Bewohnerinnen und Bewohner, die ihre Nachbarn kaum kennen, sinkt. Dies ist neben der Wohndauer auch zurückzuführen auf die weniger kompakte und anonymisierende Form der Mehrfamilienhäuser in ländlichen Gebieten – der Anteil der Befragten in Mehrfamilienhäusern mit fünf und mehr Wohnungen ist hier deutlich geringer als in den großen Städten (vgl. Abb. 1.2 oben). Und vermutlich spielt auch eine Rolle, dass sich dort die Bewohner solcher Häuser häufig von früher und anderen Gelegenheiten her kennen. Entsprechend fällt dann in den großen Mehrfamilienhäusern in den Städten der geringere Zusammenhalt der Nachbarschaft ins Gewicht. Schließlich ist noch das relativ schlechte bzw. kontaktarme Nachbarschaftsklima in den Ober- und Mittelzentren anzumerken. In diesen Klein- und Mittelstädten hat sich offenbar eine großstädtische Distanz durchgesetzt – es steht allerdings dahin, ob diese auch einhergeht mit den als positiv erachteten Seiten urbaner Lebensweise.

Nicht zuletzt spiegeln sich in der Nachbarschaftsqualität auch die materiellen *Eigentumsverhältnisse* wider – sofern unterstellt wird, dass Ein- und Zweifamilienhäuser hauptsächlich von den Eigentümern selbst und Mehrfamilienhäuser von Mietern bewohnt werden. 91 % der zur Miete Wohnenden im Westen und 94 % im Osten sprechen 2003 von einem normalen Verhältnis der Nachbarn, bei den Eigentümerinnen und Eigentümern sind es in West wie Ost 98 %.

Abbildung 4.4

Beurteilung des Nachbarverhältnisses nach vorherrschender Bebauung im Wohngebiet und Gemeindetyp – 2003



Soziale Differenzierung im Wohngebiet

In Osten Deutschlands werden deutlichere soziale Unterschiede im Wohngebiet wahrgenommen als im Westen – zumindest was die Einschätzung „großer“ Unterschiede betrifft (neben „ziemlichen“ Unterschieden). Darin mag sich zum einen noch die geringe Segregationserfahrung unter den Wohnbedingungen der DDR ausdrücken, zum anderen könnten – bedingt durch vielfältigen gesellschaftlichen Wandel – Einschätzungsunterschiede vorliegen. Daneben verwundert, dass die Feststellung „geringer“ Unterschiede in West und Ost relativ gleich stark ist. Dennoch verbleibt eine ausgeprägtere Wahrnehmung sozialer Unterschiede im Osten. Das gilt für alle Gemeindetypen, auch und gerade in kleinstädtischen/dörflichen Gemeinden (Tab. 4.1).

Diese stärker wahrgenommene Heterogenität schlägt sich aber nicht in größerer Distanz nieder. Tatsächlich zeigt sich der erwartete Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung sozialer Ungleichheit und einem eher distanzierten Nachbarverhältnis nur im Westen eindeutig. Im Osten dagegen ist die Distanz auch dann gering, wenn von relativ großer Heterogenität berichtet wird.

Betrachtet man daraufhin ergänzend zur Zeitreihe in Abbildung 4.1 noch einmal genauer, wie sich die Beurteilung des Nachbarverhältnisses für die verschiedenen Siedlungstypen im Jahr 2003 ausdifferenziert, ist Folgendes festzustellen: Bei allen Vergleichsgruppen liegt im Osten jeweils

Tabelle 4.1
Wahrnehmung sozialer Unterschiede im Wohngebiet nach Gemeindetyp und jeweilige Anteile Distanzierter bzw. Zufriedener – 2003

Unterschiede	Westdeutschland						Ostdeutschland													
	KSt	OM	L	Φ	Dis	Zuf	KSt	OM	L	Φ	Dis	Zuf								
groß	10	6	5	7	44	43	20	18	13	17	28	53								
ziemlich	27	26	19	25	40	53	20	18	17	18	24	61								
gering	63	69	77	68	22	67	60	63	70	65	20	67								
ordinale Assoziation γ													.39							.15

Dis = % der die Nachbarschaft eher distanziert Beurteilenden („ich kenne meine Nachbarn kaum“ und „ich kenne meine Nachbar flüchtig ...“)

Zuf = % der mit Nachbarverhältnis Zufriedener (Werte 6 und 7 auf 7-stelliger Skala)

eine geringer ausgeprägte Distanz bzw. eine größere Nähe vor. Da in diesem Erhebungsjahr auch die Antwortkategorie des nachbarschaftlichen Zusammenhalts wieder in zwei Antwortvorgaben („relativ enger Zusammenhalt“ und „freundschaftlich enger Zusammenhalt“) ausdifferenziert wurde, zeigt sich, dass die Unterschiede im Nachbarverhältnis insbesondere auf den Beurteilungen der reduzierten Distanz und der reduzierten Enge beruhen.

Dabei zeichnen sich insbesondere die großen Städte des Ostens im Vergleich zu denen des Westens durch ein „relativ enges“ Nachbarverhältnis aus. Dies spiegelt sich auch im alltäglichen Verhalten: Man prakti-

ziert deutlich mehr „praktische Solidarität“ und Vertrauen als im Westen, sofern sich das in „Schlüsselübergabe“ abbildet. Dagegen ist in Kleinstädten und Dörfern eine solche Überwindung nachbarlicher Distanz im Westen häufiger als im Osten.

Das nachbarliche Verhalten in den ostdeutschen Städten könnte darauf zurückgeführt werden, dass es im Osten stärkere traditionell verankerte soziale Bindungen gibt als im Westen. Tatsächlich verfügt man dort mehr als im Westen über Verwandte im Wohngebiet. Das gilt vor allem in kleineren Orten, aber auch in großen Kernstädten, während in den Mittelstädten die Ost-West-Unterschiede gering sind.

Tabelle 4.2
Nachbarschaftliche Beziehungen im Wohngebiet nach Gemeindetyp – 2003

	Westdeutschland				Ostdeutschland									
	KSt	OMZ	L	Φ	KSt	OMZ	L	Φ						
<i>Beschreibung als</i>														
Distanz	9	5	3	6	7	5	3	5						
relative Distanz	28	26	16	24	25	20	13	18						
relative Enge	48	53	51	51	54	53	53	53						
freundschaftliche Enge	15	17	30	20	14	22	31	24						
γ									0.24					0.28
<i>Schlüsselübergabe</i>														
ja	48	46	54	49	58	56	50	54						
<i>Verwandte im Wohngebiet</i>														
ja, mehrere	23	37	48	35	29	35	37	39						
ja	13	15	10	13	13	16	15	15						
nein	64	48	54	52	58	50	38	47						
<i>Freunde im Wohngebiet</i>														
ja, mehrere	59	68	74	66	65	72	76	72						
ja	13	13	12	13	8	10	9	9						
nein	28	19	14	21	27	18	15	19						
<i>Zufriedenheit mit Nachbarschaft</i>														
ja	23	28	36		32	37	38							

Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

Neben den verwandtschaftlichen Beziehungen stehen in Ost und West ausgeprägte freundschaftliche Beziehungen. Auch diese sind im Osten verbreiteter als im Westen, und auch hier vor allem in den großen Städten. Freilich unterscheiden sich hier die Angaben nicht mehr, wenn allgemein nach Freunden im Wohngebiet gefragt wird.

Die ostdeutschen Befragten stellen also einerseits größere soziale Unterschiede im Wohngebiet fest, haben dort aber andererseits mehr verwandtschaftliche und freundschaftliche Bezüge – und ein eher engeres Verhältnis zu den Nachbarn als im Westen. All dies schlägt sich in einer größeren Zufriedenheit mit der Nachbarschaft nieder. Das gilt insbesondere für die Städte, während sie in kleineren Orten, wo die sozialen Kontakte im Westen eher stärker sind, in Ost und West vergleichbar hoch ist. Diese größere Kontaktdichte trägt möglicherweise auch zu der größeren lokalen Bindung an den Wohnort bei (vgl. Kap. 6).

Soziale Differenzierung ist ein Ergebnis von sozialer wie räumlicher Mobilität. Insofern interessiert auch, wie sich das Wohngebiet diesbezüglich im Urteil der Bewohnerinnen und Bewohner verändert. Jährlich tragen sich ungefähr 15 % der Befragten mit mehr oder weniger konkreten Umzugsplänen (vgl. Kap. 6), wobei anzunehmen ist, dass ein Teil davon die Pläne auch realisiert. Die Zu- und Fortzüge führen zu einem allmählichen (Teil-)Austausch der Bevölkerung im Wohnviertel, und je nachdem, wer zu- oder fortzieht, kann dies eine Verbesserung oder Verschlechterung der *Nachbarschaftszusammensetzung* zur Folge haben – oder sich auch gar nicht auf diese auswirken.

In den Jahren 1997 bis 2000 und dann wieder 2003 wurde deshalb im Rahmen der BBR-Umfrage die Frage gestellt: „Hat sich die soziale Zusammensetzung in Ihrer unmittelbaren Wohnumgebung in den letzten Jahren durch Zu- oder Fortzüge Ihrer Ansicht nach eher verbessert, eher verschlechtert, oder ist sie eher gleich geblieben?“ (vgl. Abb. 4.5). Die Antwortenverteilungen bleiben dabei über die Jahre relativ konstant: Im Westen sprechen im Durchschnitt 10 % von Verbesserungen in der Zusammensetzung der Nachbarschaft, 15 % von Verschlechterungen, die übrigen 75 % meinen, die Zusammensetzung sei gleich geblieben. Im Osten sprechen im Schnitt 15 % von Ver-

besserungen, 20 % von Verschlechterungen und 65 % von Konstanz. Da die Umzugswilligkeit im Osten die im Westen kaum übersteigt und dort somit nur geringfügig größere Bevölkerungsanteile ausgetauscht werden, müssen sich die gemessenen Einstellungsunterschiede im Osten stärker durch die Art der zu- oder fortgezogenen Bevölkerung ergeben. Möglicherweise laufen hier in noch größerem Maße als im Westen – nachholende(?) – Segregationsprozesse ab.

Analog zur Beurteilung der Nachbarverhältnisse (Abb. 4.4) gilt ein weiterer Blick der Wahrnehmung der sozialen Veränderung im Wohngebiet in Abhängigkeit von *Gemeinde- und Haustypen* (Abb. 4.6). Für Westdeutschland zeigt sich, dass sich die Anteile der wahrgenommenen Verbesserungen und Verschlechterungen in den Ein- und Zweifamilienhausquartieren annähernd ausgleichen – bei den Mehrfamilienhausgebieten überwiegen jedoch die wahrgenommenen Verschlechterungen, die vom Land zur Stadt hin ansteigen. Im Osten werden vor allem in den Ein- und Zweifamilienhausgebieten Verbesserungen des sozialen Umfelds gespürt, und zwar unabhängig vom Gemeindetyp – allerdings zeigt sich in den eher ländlich geprägten sonstigen Gemeinden auch ein nicht unerheblicher Anteil von wahrgenommener Verschlechterung. Bei den Mehrfamilienhäusern nehmen die Verbesserungsurteile ab, je ländlicher eine Gemeinde ist. Die Verschlechterungen werden vor allem von den Mehrfamilienhausbewohnern in den ostdeutschen Ober- und Mittelzentren erfahren, dort berichtet ein Drittel der Befragten davon.

Abbildung 4.5
Beurteilung der sozialstrukturellen Veränderung im Wohngebiet – 1997 bis 2004

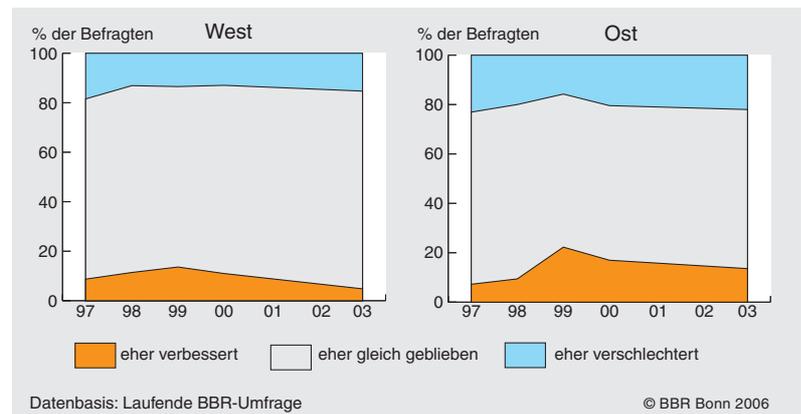
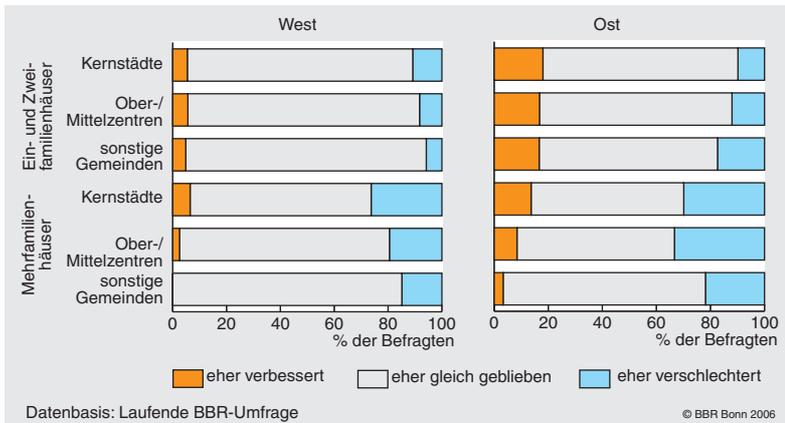


Abbildung 4.6
Beurteilung der sozialstrukturellen Veränderung im Wohngebiet nach vorherrschender Bebauung und Gemeindetyp – 2003



Hier setzt sich möglicherweise der Trend fort, der bereits im vorherigen Kapitel zum siedlungsstrukturellen Kontext deutlich wurde: nämlich dass speziell ostdeutsche Ober- und Mittelzentren aus Sicht ihrer Bewohner und Bewohnerinnen aktuell mit den vergleichsweise größten Problemen zu kämpfen haben. Unabhängig von dieser Interpretationsmöglichkeit können die etwas häufiger genannten Verbesserungen wie auch die Verschlechterungen auf eine soziale Dynamik verweisen: Sie ist im Westen wie im Osten in den Mehrfamilienhausgebieten der Kernstädte am größten und betrifft die ostdeutschen Länder insgesamt immer noch stärker als die westdeutschen, und sie zeigt sich in den (teilweise neu entstandenen) Ein- und Zweifamilienhausgebieten Ostdeutschlands.

Ethnische Differenzierung im Wohngebiet

Einleitend wurde in diesem Kapitel bereits darauf verwiesen, dass mindestens ein Sechstel der Bevölkerung Deutschlands über einen (familiären) Migrationshintergrund verfügt. Unabhängig von den Problemen, die mit der begrifflichen Unterscheidung zwischen Migranten, Flüchtlingen, Asylanten und Ausländern verknüpft sind, wird im Folgenden von Ausländern gesprochen, da dies weitgehend der wenig differenzierenden Beurteilungsfolie der Medien und ansässigen Wohnbevölkerung entspricht.

Die starken Wanderungsbewegungen in und nach Europa machen die Integration von Ausländerinnen und Ausländern in die bundesrepublikanische Gesellschaft zu einer bedeutenden Aufgabe gegenwärtiger und zukünftiger Politik. Dabei geht es insbesondere darum, für die hier aufwachsende zweite Generation die Chance zu einem gleichwertigen Lebenszuschnitt – im Sinne der gleichberechtigten Teilhabe an den Strukturen dieser Gesellschaft – zu gewährleisten. Die Voraussetzungen dafür sind in Ost und West noch sehr unterschiedlich: Im Westen zählen „Ausländer“ seit langem zum normalen Alltag. Sie sind in hohem Ausmaß Teil des beruflichen Lebens, der Nachbarschaft und des Freundes- und Bekanntenkreises – und bereits so integriert, dass damit verbundene Fragestellungen statistisch schwer zu fassen sind.¹⁹ In erheblichem Ausmaß handelt es sich dabei um Deutsche mit Migrationshintergrund, sei es, dass sie bereits eingebürgert wurden oder aber schon in der zweiten Generation hier leben, oder dass sie zwar mit deutschem Pass, aber dennoch als Fremde in die Bundesrepublik übersiedelt sind. Und schließlich leben in vielen Haushalten Deutsche und Ausländer zusammen. Diese Differenzierung lässt sich jedoch an den Daten der BBR-Umfrage nicht vornehmen, da deren Fragen bislang nur auf die Alltagskategorie „Ausländer“ und nicht auf die gleich lautende rechtliche Bestimmung abgezielt haben. Auch wurde im bisherigen Befragungsdesign bei Deutschen nicht nach einem möglichen eigenen Migrationshintergrund gefragt, so dass hier für einige Fragestellungen eine wichtige Variable fehlt.

In Ostdeutschland sind Ausländer sehr viel seltener²⁰ und zudem überwiegend erst relativ kurz ansässig und insofern unerfahren im Umgang mit Deutschen und den Regeln der deutschen Gesellschaft. Entsprechend geringer sind auch auf beiden Seiten die Erfahrungen im Umgang miteinander. Zudem zieht es die Ausländerinnen und Ausländer im Osten eher in die Städte, wo sich für sie Erwerbsmöglichkeiten und soziale Netzwerke bieten, kaum dagegen in die ländlich geprägten Regionen.

Ethnische siedlungsstrukturelle Verteilung

Im Folgenden wird das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern im Wohngebiet beleuchtet. Hier entscheidet sich mit, ob ausländische Mitbürger und Mitbürgerinnen in den deutschen Alltag integriert werden und ob sich denen, die auf Dauer in Deutschland leben, eine Lebensperspektive für sich und ihre Familien bietet.

Das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern ist auch 15 Jahre nach der Wende eine in Ost und West sehr unterschiedliche Erfahrung. Oft wird dabei die Einschätzung der Befragten eher nach äußerem Anschein erfolgen, also aufgrund von Aussehen, Hautfarbe und sprachlichen Akzenten.

Die Einschätzungen differieren über den Betrachtungszeitraum recht stark, erkennbar ist jedoch ein deutlicher Anstieg des Anteils der Befragten, die über Ausländer im Wohngebiet berichten: So wuchs die *Wahrnehmung* ausländischer Mitbewohner im Westen von knapp 50 % zu Beginn der 1990er Jahre auf etwa 80 % nach 2000, im Osten erhöhte sie sich von rund 15 % auf annähernd 48 %. Ob diese gestiegene Perzeption eine Reaktion auf den in dieser Zeit gestiegenen Anteil der im Ausländerzentralregister erfassten Ausländer ist (Quote 1991: 7,3 %, 2004: 8,1 %) oder auf einer gesteigerten Sensibilität gegenüber einer wie auch immer gearteter Migrationsproblematik beruht, muss hier offen bleiben. Im Westen berichten 2003²¹ insgesamt drei Viertel der Befragten über ausländische Mitbewohnerinnen und -bewohner im Wohngebiet, mit Schwerpunkt in den großen Städten (85 %). Im Osten sind dies nur 38 % der Befragten, wengleich auch hier in den großen Städten eine erheblich gestiegene Wahrnehmung vorliegt, die mit 63 % jedoch gerade mal das selbst für kleinere Orte im Westen übliche Maß erreicht. In ostdeutschen Kleinstädten und Dörfern dagegen sind Ausländer im Wohngebiet mit 19 % eine immer noch seltene Erscheinung (vgl. Abb. 4.7).

Innerhalb von Städten zeigt sich in Ost und West ein klares Innenstadt-Rand-Gefälle. Dabei sind in westdeutschen Innenstadtgebieten kaum noch Befragte ohne ausländische Mitbewohner anzutreffen und auch am Stadtrand übertrifft der Grad der entsprechenden Wahrnehmung die ostdeut-

schen Spitzenwerte in der Innenstadt. Relativ hoch ist vergleichsweise der Wert, der am Stadtrand ostdeutscher Städte erreicht wird (vgl. Abb. 4.8).

Ausländer wohnen in Ost und West – der Lage entsprechend – vor allem in Gebieten mit Blockbebauung und in Mischgebieten. Wie Abbildung 4.9 zeigt, sind sie in Ein- und Zweifamilienhausgebieten ostdeutscher Städte nur für eine Minderheit der Befragten (15 %) eine alltägliche Erfahrung (ordinale Assoziation für Bebauungstypen im Osten: .62). Auch im Westen sind dies die Gebiete mit den geringsten Ausländererfahrungen, dennoch gilt dies hier für mehr als die Hälfte der Befragten (ordinale Assoziation für Bebauungstypen im Westen: .69). In Gebieten mit besonders hohem Ansehen wie Einfamilienhausgebieten sind Ausländer seltener vertreten als in Gebieten mit eher durchschnittlichem oder gar

Abbildung 4.7
Ausländerperzeption im Wohngebiet nach Gemeindetyp – 1990 bis 2004

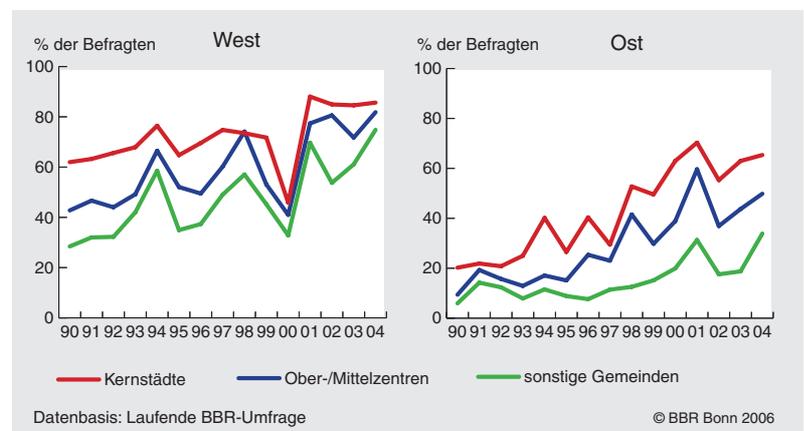


Abbildung 4.8
Ausländerperzeption in Kernstädten nach innerstädtischer Wohnlage – 2003

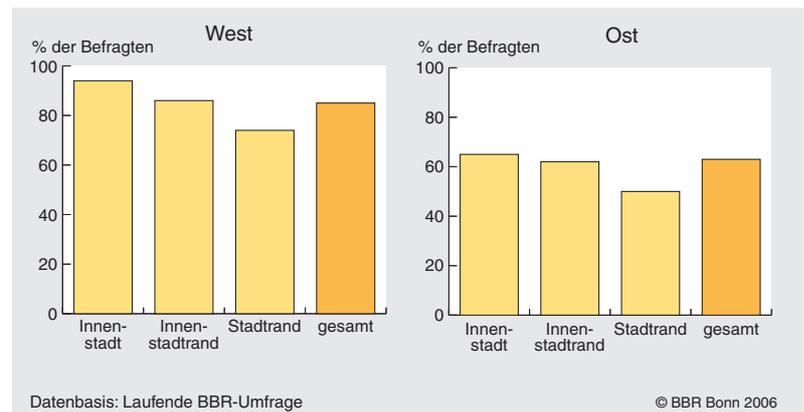
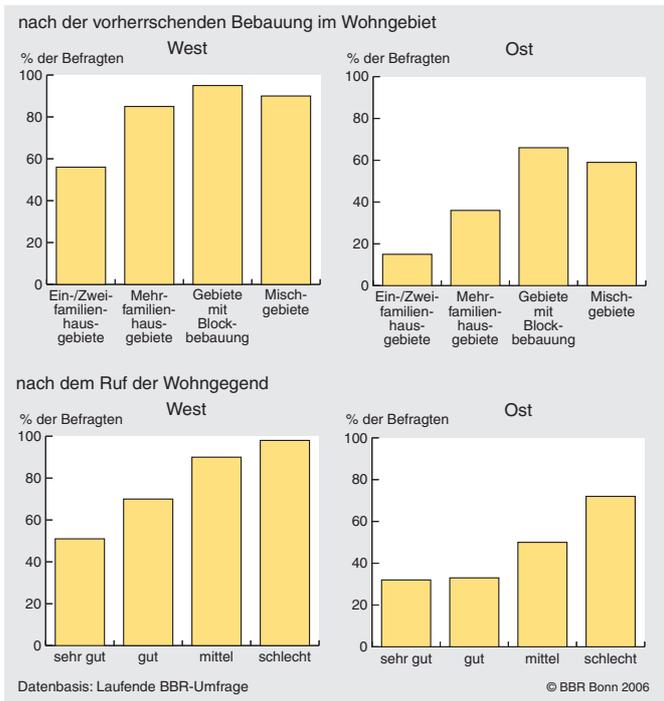


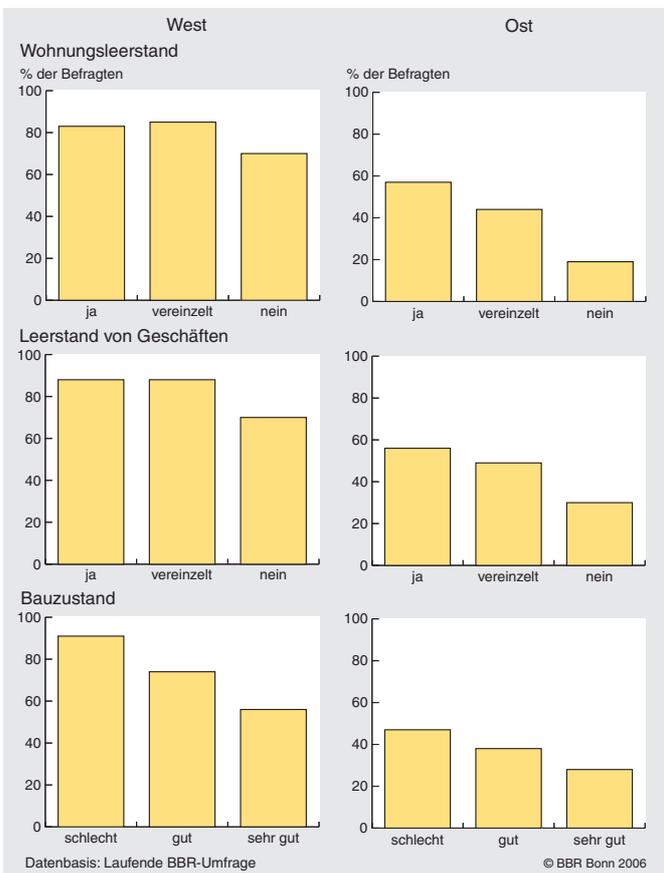
Abbildung 4.9
Ausländerperzeption nach vorherrschender Bebauung und Ruf des Wohngebiets – 2003



negativem Ruf. Allerdings zeigt sich dieser Zusammenhang nur für Westdeutschland besonders ausgeprägt (ordinale Assoziation für Quartiersruf im Westen: .57, im Osten: .29).

Ihrer stärkeren Präsenz in solchen Gebieten entsprechend ist die Perzeption von Ausländern in Gebieten mit leer stehenden Wohnungen und Geschäften – also in von Lagegunst, Baustruktur und ökonomischer Situation eher benachteiligten Gebieten – besonders ausgeprägt (vgl. Abb. 4.10). Bei guter Bausubstanz (bzw. in Gebieten, in denen die Befragten die Bausubstanz positiv bewerten) sind Ausländer als Mitbewohnerinnen und Mitbewohner sehr viel seltener als bei durchschnittlich oder gar negativ bewerteter Bausubstanz. Bei schlechtem Bauzustand dagegen finden sich im Westen kaum Gebiete ohne ausländische Bewohnerinnen und Bewohner, auch im Osten werden in etwa der Hälfte dieser Gebiete bereits Ausländer in der Nachbarschaft wahrgenommen – womit sie aber immer noch hinter den positiv bewerteten westdeutschen Gebieten zurückbleiben.

Abbildung 4.10
Ausländerperzeption nach äußerem Erscheinungsbild des Wohngebiets – 2003



In Ost wie in West konzentriert sich also die Ausländerperzeption auf die baulich benachteiligten, wenig renommierten Gebiete. Während sie im Osten fast auf solche Gebiete beschränkt ist, findet sie sich im Westen auch in besser gestellten und angesehenen Gebieten.

Auf die entsprechende Bevölkerungsstruktur kann anhand der Antworten auf eine andere Frage geschlossen werden, die sich auf die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Nachbarschaft bezieht (auf 5-stelliger Skala): In Gebieten mit nennenswertem Ausländeranteil („sehr stark“, „eher stark“ vertreten) überwiegen Bewohnerinnen und Bewohner mit niedrigem sozioökonomischem Status (geringes Einkommen, einfache Arbeiter/Angestellte), während höhere Schichten weniger vertreten sind. Dies gilt für Ost und West, für Westdeutschland jedoch in klarerer Akzentuierung als für Ostdeutschland. Aber auch für Wohngebiete im Osten wird sehr deutlich, dass dort dann Bewohner mit relativ niedrigem sozialem Status stark vertreten sind, wenn dort auch Ausländer leben. Das mag auch daran liegen, dass die Operationalisierung („Leute mit geringem Einkommen, wie einfache Arbeiter und Angestellte“) im Osten eher

Akzeptanz findet als im Westen. Während im Westen nur 24 % der Befragten angibt, in ihrem Wohngebiet seien „einfache Leute“ stark vertreten, geben dies im Osten 38 % an. Umgekehrt sagt im Westen nur etwa die Hälfte (53 %), Leute mit hohem Einkommen (wie höhere Berufsgruppen, Akademiker) seien in ihrem Wohngebiet selten, im Osten sind es dagegen 75 %.

Möglicherweise ist also die westdeutsche Einstufung einer stark vorhandenen Unterschicht „radikaler“ als die gleiche Einstufung im Osten, wo eventuell auch die Habitualisierung des ehemaligen Arbeiter- und Bauernstaates nachwirkt oder bereits die zahlreichen Wegzüge jüngerer, gut ausgebildeter Bürger sichtbar werden.²² Im Westen jedenfalls wird in nur einem Drittel solcher Quartiere ein geringer Anteil von Ausländern festgestellt, dagegen zu ebenfalls einem Drittel eine starke Ausländerpräsenz. Im Osten hingegen werden auch bei starker Vertretung „einfacher“ Bewohnerinnen und Bewohner in vier von fünf Wohngebieten nur wenige Ausländer wahrgenommen (vgl. Tab. 4.3).

Sind höhere Schichten im Wohngebiet vertreten, zeigt sich im Osten allgemein kein Zusammenhang mit dem Ausländeranteil, während er im Westen zwar schwach, aber

eindeutig vorliegt: Ist das Wohngebiet durch einen hohen Anteil statushoher Personen gekennzeichnet, werden auch weniger Ausländer wahrgenommen. Im Osten gilt diese Beziehung nur in Kernstädten, nicht aber in kleineren Städten und Dörfern. Innerhalb der Kernstädte gilt sie dann wiederum nur in den Quartieren an den Rändern der Innenstadt, nicht in der Innenstadt und nicht am Stadtrand. Zudem ist festzuhalten, dass für die Wohngebiete in Ostdeutschland laut Einschätzung der Befragten die Nachbarkennzeichnung nach Generation („junge Leute“) und Lebensform („Familien mit Kindern“) sowohl mit Status („höhere Berufsgruppen und Akademiker“) als auch mit Ethnie („Ausländer und ausländische Familien“) positiv zusammenhängen. Sowohl Angehörige höherer Bildungsschichten als auch Ausländer wohnen demnach in Gegenden mit jungen Leuten und Familien – aber offenbar nicht in denselben Gebieten, denn für diese liegt (s.o.) eine Null-Beziehung vor. Insofern könnte (später) noch geprüft werden, ob dies Kennzeichen unterschiedlich fortgeschrittener Gentrifizierungs- oder Segregationsprozesse sind – oder was diese verschiedenen städtischen Wohnquartiere in ostdeutschen Städten darüber hinaus noch kennzeichnet.

Westdeutschland							Ostdeutschland		
wenig	mittel	stark		Unter- /untere Mittel-		wenig	mittel	stark	
				schicht					
			Φ	Ausländer	Φ				
83	58	32	59	wenig	86	95	87	79	
13	33	33	28	mittel	8	2	9	10	
4	8	35	13	stark	6	3	4	11	
26	51	24	100	Φ	100	17	45	38	
$\gamma = .59$						$\gamma = .41$			
wenig	mittel	stark		Ober- /obere Mittel-		wenig	mittel	stark	
				schicht					
			Φ	Ausländer	Φ				
50	66	78	59	wenig	86	85	85	90	
32	29	13	28	mittel	8	7	12	4	
19	5	9	13	stark	6	7	3	6	
53	33	14	100	Φ	100	75	18	7	
$\gamma = -.37$						$\gamma = -.05$			

Tabelle 4.3
Ausländerperzeption nach
Schichtperzeption im Wohn-
gebiet – 2003

Datenbasis:
Laufende BBR-Umfrage

Integrationsbereitschaft

Zentral im Themenkomplex „Deutsche und Ausländer im Wohngebiet“ ist die ganz allgemeine Frage, ob es aus persönlicher Sicht gut wäre, wenn in einer Nachbarschaft Ausländer und Deutsche zusammenleben (interpretiert als *Integration* bzw. *Integrationsbereitschaft*), ob Ausländer und Deutsche besser getrennt leben sollten (interpretiert als *Segregation* bzw. *Segregationsneigung*) oder ob dies egal sei (interpretiert als *Indifferenz*). Bei dieser Frage nach verschiedenen „Modellen“ des Zusammenlebens ist selbstverständlich zu berücksichtigen, dass vermutlich zu einem hohen Grad auch sozial erwünschte Antworten gegeben werden.²³ Denn trotz unterschiedlicher Darstellungen in den Medien gilt doch „offiziell“ Integrationsbereitschaft als politisch korrekt, und dies seit einigen Jahren zunehmend. Weiterhin ist zu bedenken, dass eine solche sensible Einstellungsfrage für sich genommen noch keine Rückschlüsse auf faktisches Verhalten und Handeln erlaubt. Gleichwohl sind regionale Unterschiede und Veränderungen im Zeitverlauf interpretierbar, da sich ihr Referenzrahmen wenig ändert.

1990 zeigten sich noch nur 39 % der Westdeutschen und 22 % der Ostdeutschen integrationsbereit (Abb. 4.11). In den beobachteten 15 Jahren bis 2004 ist dieser Anteil in West und Ost gewachsen – im Westen auf 63 % und damit noch stärker als im Osten (siehe Trendlinien), wo 2004 40 % der Befragten Integrationsbereitschaft signalisier-

ten. Jedoch gab es erhebliche Schwankungen mit Tiefpunkten um 1997 und 2002.

Die Integrationsbereitschaft ist stark abhängig von den *persönlichen Erfahrungen* mit Ausländern in der direkten Wohnumgebung; auf die diesbezüglichen Zusammenhänge wurde bereits eingegangen. Nun wird verfolgt, wie hoch der Anteil derjenigen Befragten ist, die *persönliche Kontakte* zu ihren „ausländischen“ Nachbarn haben. Im Westen waren dies im Zeitraum 1991 bis 2004 durchschnittlich 36%, wobei es nur wenige Schwankungen gab. Im Osten liegt der Durchschnitt im gleichen Zeitraum bei 11 % – nach anfänglichen 12 % lag er 2004 bei 20 %. Möglicherweise haben sich hier nach anfänglichen Vorbehalten gegenüber den „neuen“, fremdländischen Nachbarn Verhaltensweisen geändert, wurden Vorurteile abgebaut. Das müsste sich dann auch in den Einstellungen zum Zusammenleben mit Ausländern zeigen.

Tatsächlich zeigt sich dies in Abbildung 4.12: Insgesamt sprechen sich 2004 63 % der Westdeutschen und 40 % der Ostdeutschen positiv für ein Zusammenleben von Deutschen und Ausländern im Wohngebiet aus. Nimmt man Ausländer in der Nachbarschaft wahr, erhöhen sich diese Anteile auf

Abbildung 4.11
Allgemeine Integrationsbereitschaft gegenüber Ausländern – 1990 bis 2004

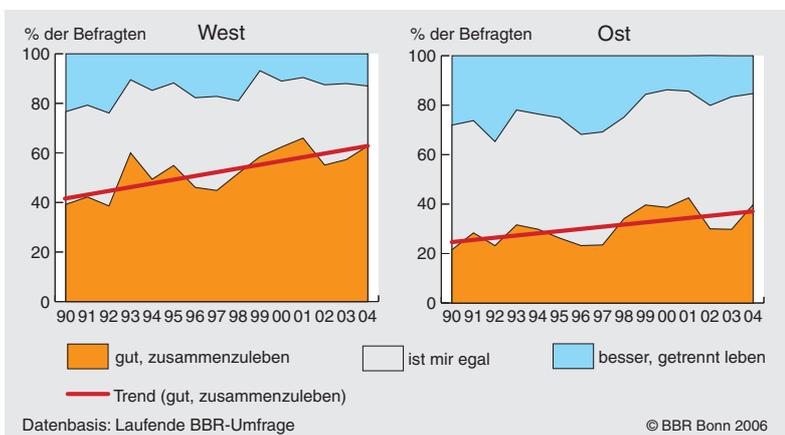
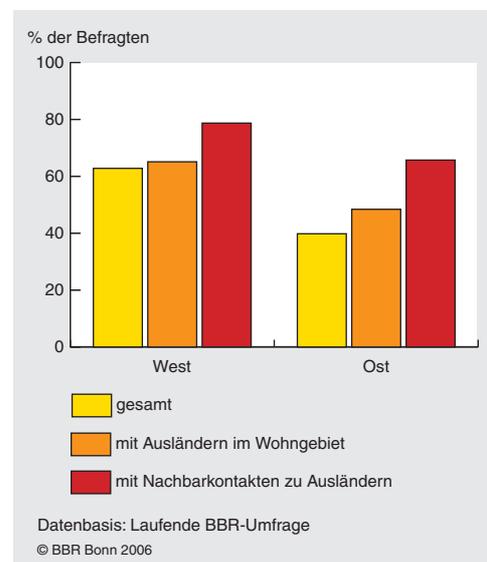


Abbildung 4.12
Allgemeine Integrationsbereitschaft gegenüber Ausländern nach genereller Ausländerperzeption im Wohngebiet sowie nach Nachbarkontakten zu Ausländern – 2004



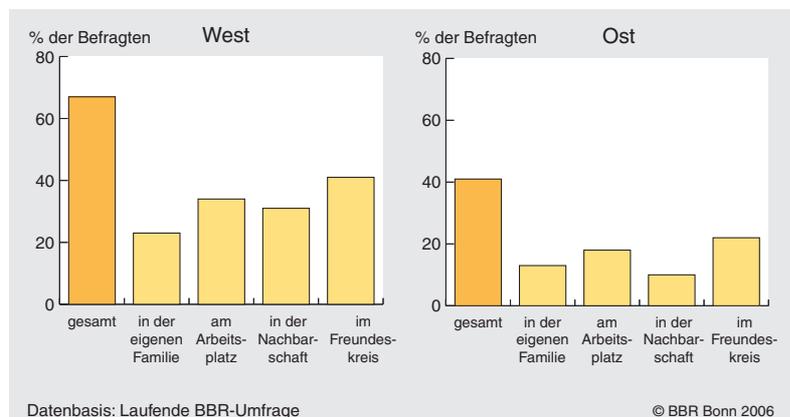
65 % bzw. 48 %. Hat man nun noch persönliche Kontakte zu ausländischen Nachbarn, dann erreichen die Anteile der Integrationsbereiten 79 % bzw. 66 %.

Angemerkt sei hier noch, dass es neben den bisher analysierten Nachbarkontakten durchaus weitere, zum Teil auch häufiger auftretende Möglichkeiten gibt, mit Ausländern in Kontakt zu treten. So wurde zuletzt in den Jahren 1999 und 2003 zusätzlich gefragt, ob man Kontakte zu Ausländern in der Familie, am Arbeitsplatz oder im Freundeskreis habe (Abb. 4.13). Es zeigt sich, dass im Durchschnitt dieser beiden Jahre 67 % der Westdeutschen, aber auch 41 % der Ostdeutschen in irgendeiner Form mit Ausländern enger in Berührung gekommen sind.

Da erst mit dauerhafter Präsenz von Ausländern mehr oder weniger ausgeprägte persönliche Kontakte möglich sind, sei noch ein kurzer Blick auf die diesbezüglich berichteten Fakten geworfen:

Wie bereits mehrfach erwähnt, sind im Osten generell weniger Kontakte zu erwarten. Das bestätigt sich an den aktuellen Daten – wenn auch nicht (mehr) in dramatischer Weise. Vielmehr haben sich im Osten auf allen Ebenen Kontakte zwischen Deutschen und Ausländern entwickelt, die denen im Westen recht nahe kommen. Das gilt für die eher expressiven Kontakte im Familien- und Freundeskreis und für die funktional vorgegeben Kontakte am Arbeitsplatz. Dagegen sind nachbarliche Kontakte sehr selten und stehen in klarem Gegensatz zu den Angaben der westdeutschen Befragten. Das liegt daran, dass im Osten nur eine – allerdings in den letzten Jahren stark gewachsene – Minderheit der Befragten (2003: 38 %) überhaupt Ausländer im Wohngebiet als Nachbarn wahrnimmt, während das im Westen für drei Viertel der Befragten

Abbildung 4.13
Kontaktformen zu Ausländern – Durchschnitt 1999 und 2003



(73 %) gilt (zusammengefasste Klassen in Tab. 4.4). Aber selbst wenn Ausländer im Wohngebiet leben, liegt im Osten mit 16 % nur etwa die Hälfte der Kontaktfülle in der Nachbarschaft vor, die im Westen angegeben wird (35 %). Dies liegt wiederum auch an der Anzahl der Ausländer und der damit gegebenen Kontaktchancen. Hierzu liegen freilich nur die subjektiven Einschätzungen der Befragten vor. Sie zeigen, dass mit steigender Ausländerperzeption auch die Nachbarkontakte zunehmen – aber auch, dass in Westdeutschland in allen Klassen nachbarliche Kontakte häufiger sind als in Ostdeutschland. Dabei ist allerdings anzunehmen, dass hinter den subjektiven Einschätzungen sehr unterschiedliche Quantitäten stehen.

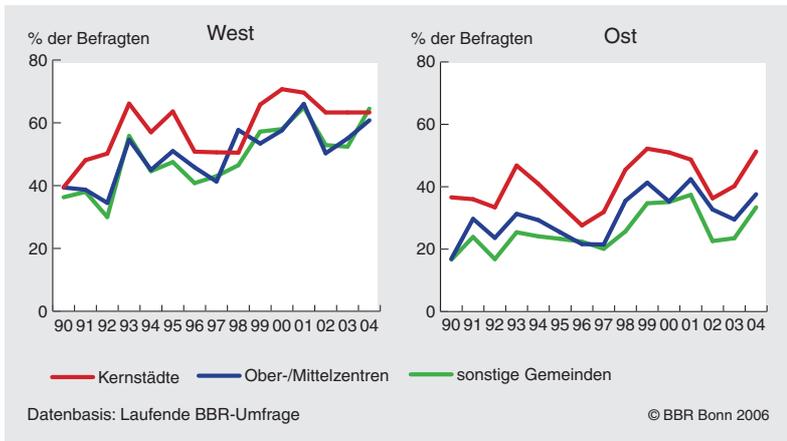
Das könnte auch erklären, dass in all diesen subjektiv gebildeten Klassen das Plädoyer für Integration zwar mit ca. 40 % sehr viel höher ist als ohne nennenswerte Ausländeranteile im Wohngebiet (23 % für Integration), aber doch deutlich niedriger als in den westdeutschen Wohngebieten mit subjektiv erheblichen Ausländeranteilen (über

Westdeutschland				Ostdeutschland		
Kontakt	Integration	Anteil Ausländer im Wohngebiet		Integration	Kontakt	
4	43	25	praktisch gar keine	62	23	2
28	61	34	eher wenig vertreten	25	40	15
41	64	41	mittel + eher stark	14	42	19
27	57	100	Φ	100	30	7

Tabelle 4.4
Kontakte zu Ausländern sowie Integrationsbereitschaft bei unterschiedlich ausgeprägter Ausländerperzeption – 2003

in % der Befragten je Wahrnehmungsintensität
Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

Abbildung 4.14
Allgemeine Integrationsbereitschaft gegenüber Ausländern nach Gemeindetyp
– 1990 bis 2004



60 %). Aber auch in Gebieten ohne nennenswerte Ausländeranteile im Westen liegt die Integrationsbereitschaft mit 43 % fast doppelt so hoch wie im Osten (23 %).

Da die Ausländerpräsenz stark mit der Siedlungsstruktur zusammenhängt, sind entsprechende Unterschiede bezüglich der Integrationsbereitschaft zwischen (groß-)städtischen und eher ländlichen Gemeinden zu erwarten. Abbildung 4.14 zeigt die Entwicklung der Integrationsbereitschaft in

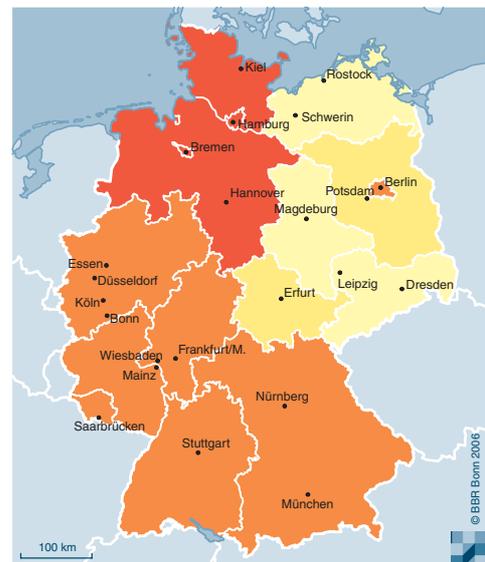
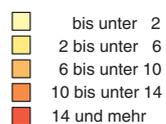
Abhängigkeit von den *Gemeindetypen* seit 1990. Die Kurven folgen alle weitgehend dem allgemeinen Entwicklungstrend. Im Westen Deutschlands sind deren Abstände geringer ausgeprägt als im Osten, ein Zeichen dafür, dass Ausländer dort im Prinzip überall vorhanden sind und ein Zusammenleben mit ihnen gut vorstellbar erscheint – in den Kernstädten etwas stärker als in den übrigen Regionen. Auch im Osten heben sich die Kernstädte entsprechend dem dort lebenden Ausländeranteil etwas deutlicher auch in der dort geäußerten Integrationsbereitschaft ab. So liegen 2004 im Westen die Anteile der integrationsbereiten Bürgerinnen und Bürger je nach Gemeindetyp zwischen 61 % und 65 %. Im Osten unterscheidet sich die Integrationsbereitschaft hingegen deutlich: Die Spannweite reicht von 33 % im ländlichen Bereich bis zu 51 % in den Kernstädten.

Dass ein höherer Ausländeranteil auf insgesamt mehr Menschen mit Migrationshintergrund und in der Folge auch auf mehr sich zwangsläufig ergebende Kontakte von Deutschen mit „Ausländern“ und eine sich daraus ergebende höhere Integrationsbereitschaft schließen lässt, könnte aus Karte 1 gefolgert werden. Nochmals sei aber darauf verwiesen, dass die hier als Integrationsbe-

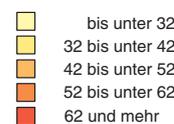
Karte 1
Ausländeranteil und allgemeine Integrationsbereitschaft gegenüber Ausländern in den Ländern – Durchschnitt 2002 bis 2004



Anteil der Ausländer an der Bevölkerung 2004 in %



Bereitschaft der Deutschen zur Integration 2002 bis 2004 in %



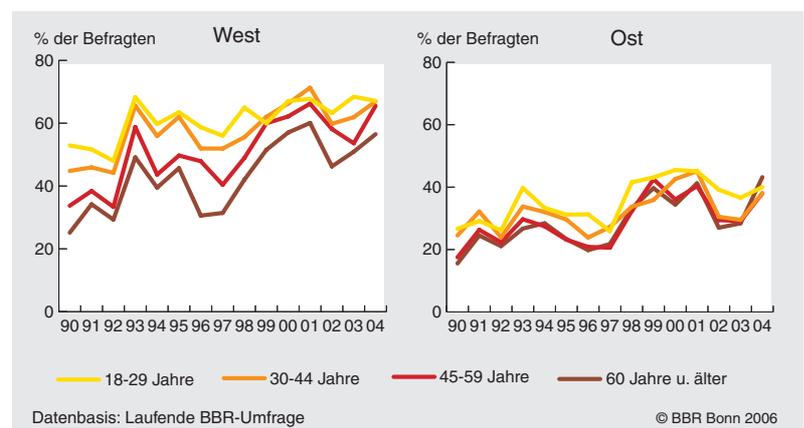
Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBR, Laufende BBR-Umfrage

reitschaft interpretierte Meinung, ein Zusammenleben von Ausländern und Deutschen in einer Nachbarschaft sei gut, auf einer niedrigschwelligen Operationalisierung beruht. Entsprechend könnte die im Laufe der Jahre gestiegene Integrationsbereitschaft u. a. bedeuten, dass die so gemessene Integrationswilligkeit nur wenig über alltägliche Verhaltenspraxen aussagt, oder dass die öffentlichen Diskussionen um dieses Themenfeld zumindest im Einstellungsbe- reich Wirkung zeigen, oder dass die objektiv steigende Erfahrung im Zusammenleben mit Zugewanderten/Ausländern nachhaltig die entsprechenden Einstellungen ändert, usw.

Zwar kann eine niedrige Ausprägung der hier gemessenen Integrationsbereitschaft nicht ohne weiteres als mehr oder weniger ausgeprägte Ausländerfeindlichkeit interpretiert werden. Dennoch sind Zusammenhänge zu erwarten. Insofern interessiert hier insbesondere ein Blick auf die Einstellungen der verschiedenen *Altersgruppen*. In Auseinandersetzungen mit Ausländern sind meist junge Erwachsene unter 25 Jahren verwickelt – im Osten laut Statistik des Bundesinnenministeriums²⁴ in wesentlich größerem Umfang als im Westen. Die Ergebnisse der BBR-Umfrage lösen diesbezüglich gewisse Irritationen aus, denn gerade die jüngeren Befragten im Alter zwischen 18 und 30 Jahren zeichnen sich in West und Ost durch die jeweils höchste Integrationsbereitschaft aus (Abb. 4.15). Zu bedenken ist dabei, dass „Auseinandersetzungen“ selbst dann, wenn sie bei jungen Leuten häufiger vorkommen, auch dort ein sehr seltenes Ereignis sind und sich dies durchaus mit einer offeneren Einstellung der Mehrheit von Jugendlichen verbinden kann. Allerdings fällt die Integrationsbereitschaft ostdeutscher Jugendlicher noch deutlich geringer aus als die der am wenigsten integrationsbereiten westdeutschen Altersgruppe der über 60-Jährigen. Die Trendkurven aller Altersgruppen folgen im Großen und Ganzen der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung. Während

sich in Ostdeutschland die Altersgruppenverläufe jedoch statistisch so gut wie nicht unterscheiden, ist für Westdeutschland eine relativ deutliche Differenzierung festzustellen, die da lautet: Je älter, desto geringer ist die Integrationsbereitschaft. Ein solcher Befund würde für die Interpretation sprechen, dass eine alltägliche Erfahrung mit Ausländern die Einstellung zu diesen verbessert: Während im Osten generationsübergreifend Unerfahrenheit vorliegt, sind im Westen die einstellungsprägenden Erfahrungen generationsabhängig. Allerdings sind seit 1999 die verschiedenen Altersgruppen der unter 60-Jährigen statistisch nicht mehr voneinander zu unterscheiden. Bleibt man bei der Lesart, dass häufigere Kontakte einstellungsändernd wirken, dann folgt daraus, dass zumindest die westdeutschen Nachkriegsgenerationen in der internationalen Welt angekommen sind. Jedoch, darauf sei noch einmal verwiesen, sind die aufgeführten Daten Durchschnittswerte und lassen so keine Aussagen über Einzelne zu. Vielmehr erlauben sie nur Erwartungen mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit, die jederzeit das Gegenteil belegende Erfahrungen zulassen.

Abbildung 4.15
Allgemeine Integrationsbereitschaft gegenüber Ausländern nach Alter der Befragten – 2004



Nachbarverhältnis von Deutschen und Ausländern im Wohngebiet

Gerade angesichts der vermuteten Verzerrungen bei der Integrationsfrage in Richtung „political correctness“ ist es wichtig, weiter nach dem konkreten, persönlich erlebten Verhältnis zu ausländischen Nachbarn zu fragen, weil dieses Themenfeld sich nur durch zusätzliche Facetten für stimmige Interpretationen erschließt. Die Befragten sollten also im Befragungsablauf vorher – außer sie hatten angegeben, dass praktisch gar keine Ausländer in ihrem Wohngebiet leben – für ihr Wohngebiet einschätzen, ob Deutsche und Ausländer sehr gut miteinander auskommen, ob sie ein normales Verhältnis haben oder ob es

zu Reibereien kommt. 1993, als diese Frage erstmals gestellt wurde, sprachen 50 % der Westdeutschen und 33 % der Ostdeutschen von einem sehr guten Verhältnis, 2004 lagen diese Anteile bei 37 % und 18 % (Abb. 4.16). Die Trendlinie verdeutlicht die Abnahme der sehr guten Bewertung im Befragungszeitraum – obwohl die zuvor dargestellte Folgefrage einen steigenden Trend für die Meinung „Es ist gut, wenn Ausländer und Deutsche zusammenleben“ gezeigt hatte. Allerdings ist auch zu konstatieren, dass sich der Anteil der wahrgenommenen Reibereien nicht erhöht hat. Er liegt im Westen bei nahezu konstanten 6 %, im Osten bei durchschnittlich 12 % und damit doppelt so hoch wie im Westen. Insgesamt hat sich also das „normale“ Nachbarverhältnis stärker entwickelt. Das entspricht der zunehmenden Einstellung, dass ein „Zusammenleben“ in der Nachbarschaft das angemessene Verhaltensmodell ist, obwohl dort ja – unabhängig von der ethnischen Komponente – Distanz als Muster dominiert.

Abbildung 4.16
Beurteilung des Verhältnisses von Deutschen und Ausländern im Wohngebiet – 1993 bis 2004

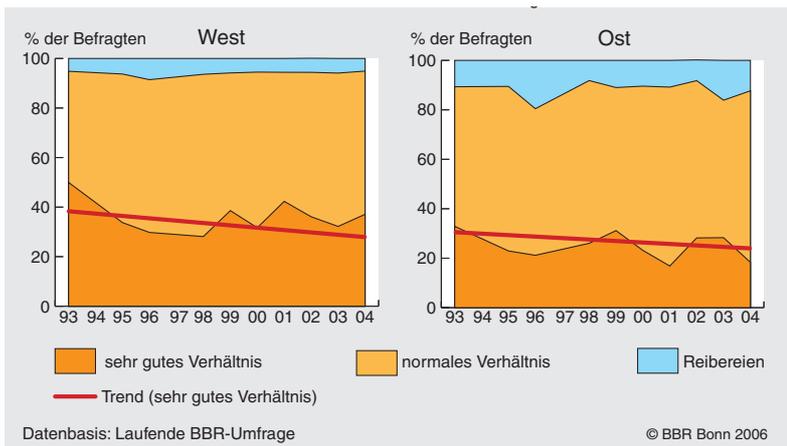
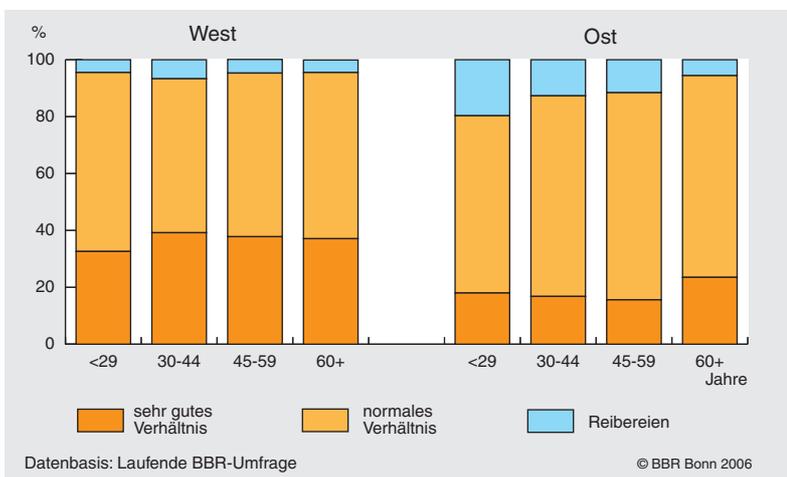


Abbildung 4.17
Beurteilung des Verhältnisses von Deutschen und Ausländern im Wohngebiet nach Alter – 2004



Der Anteil der im Wohngebiet wahrgenommenen Reibereien zwischen Deutschen und Ausländern differiert im Osten zudem noch zwischen den Altersgruppen. 2004 berichteten 20 % der jungen Leute unter 30 Jahren von solchen Auseinandersetzungen im Wohngebiet, hingegen nur 6 % Ältere ab 60 Jahren (Abb. 4.17). Damit wird der Trend der Vorjahre weiter fortgeschrieben (siehe Anhang). Angemerkt sei, dass es hier nicht darum geht, inwieweit man persönlich in solche Reibereien verwickelt ist – es geht um eine Einschätzung des Verhaltens im Wohngebiet allgemein.

Dass im Westen so viel mehr Befragte von einem „sehr guten“ oder „normalen“ Nachbarverhältnis und so viel weniger von Reibereien sprechen als im Osten, lässt weiter differenzierende Betrachtungen notwendig erscheinen, wie sie der erweiterte Datensatz des Erhebungsjahrs 2003 erlaubt. Denn diese Einschätzungen beeinflussen deutlich die Einstellungen zum Zusammenleben. Erinnerung sei daran, dass 2003 nur durchschnittlich 38% der Ostdeutschen und 73 % der Westdeutschen angaben, dass überhaupt Ausländer in ihrem Wohngebiet leben. Die folgenden Befunde beziehen sich also nur auf diese Teilgesamtheiten. Wenn man ein gutes oder normales Nachbarverhältnis konstatiert, dann plädiert in Ost wie West nur ein geringer Anteil für Segregation.

Westdeutschland			generelles Nachbarverhältnis Deutsche – Ausländer			Ostdeutschland		
sehr gut	normal	Reibereien	Φ	Form des erwünschten Zusammenlebens	Φ	sehr gut	normal	Reibereien
78	63	44	67	Integration	43	52	42	31
18	30	22	26	Indifferenz	43	42	47	34
4	7	33	8	Segregation	13	6	11	36
32	62	6	100	Φ	100	29	56	16
			.38	ordinale Assoz. γ	.31			

Tabelle 4.5
Integrations-/Segregationswunsch nach Beurteilung des Nachbarverhältnisses von Deutschen und Ausländern im Wohngebiet – 2003

in % der Befragten je beurteilten Nachbarschaftsqualität, falls Ausländer im Wohngebiet wahrgenommen werden (West n = 1.233 / Ost n = 685)

Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

Stellt man dagegen Reibereien fest, dann spricht sich in Ost wie West ca. ein Drittel für segregiertes Wohnen aus (Tab. 4.5).

Worum geht es bei „Reibereien“ (vgl. Tab. 4.6)? Im Westen werden zu 30 %, also zu einem erheblichen Teil „normale Nachbarschaftsprobleme“ genannt (Ost: 19 %). Dazu könnten auch berichtete Belästigungen durch Lärm und/oder Gerüche zählen (West: 53 %; Ost: 39 %), freilich lassen sich die auch als Ausdruck eines anderen Lebensstils deuten. Diese andere, fremde Lebensweise liegt in West (86 %) und auch in Ost (74 %) mit den Angaben „anderer Lebensstil“ und „passen nicht zusammen“ ganz überwiegend den Reibereien zugrunde. Sowohl dieser eher undifferenzierte Hinweis auf „Fremdheit“ als auch die konkreten Probleme vor Ort (Lärm, Gerüche) sind mit einem relativ eindeutigen Plädoyer für Segregation verbunden. Bemerkenswert ist, dass im Westen bei „normalen Nachbarschaftsproblemen“ kaum für Segregation plädiert wird – im Osten jedoch sehr ausgeprägt, was bei den sich so Äußernden auf zumindest latent stärker ausgeprägte soziale Vorurteile schließen lässt. (Zu bedenken: Angesichts der relativ seltenen „Reibereien“ handelt sich hier um sehr kleine Fallzahlen, die eher ein Schlaglicht aufzeigen, als dass sie einen stabilen Zusammenhang belegen.)

Die Wahrnehmung von „Reibereien“ hat also vor allem mit „Fremdheit“ zu tun, was sich wiederum in einem verstärkten Plädoyer für Segregation ausdrückt. Diese Beziehungen sind allerdings nicht sehr eindeutig. Deutlicher werden die Zusammenhänge, wenn die Befragten nicht nur nach ihrer Einschätzung des im Wohngebiet vor-

Tabelle 4.6
Segregationswunsch nach Art der im Wohngebiet wahrgenommenen Reibereien mit ausländischen Nachbarn – 2003

	Reiberei West	davon Segregation	Reiberei Ost	davon Segregation
normale Nachbarschaftsprobleme	30	9	19	56
anderer Lebensstil	86	33	74	40
Lärm, Gerüche	53	40	39	43

In % der Befragten, die Reibereien zwischen Deutschen und Ausländern im Wohngebiet angeben (West n = 74, Ost n = 110)

Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

liegenden Nachbarverhältnisses, sondern nach den persönlichen Erfahrungen gefragt werden (Tab. 4.7). Dabei berichtet man in West wie Ost überwiegend von positiven Erfahrungen mit ausländischen Nachbarn, aber auch „gemischte“ Erfahrungen werden von etwa einem Drittel genannt. Eindeutig negative Erfahrungen sind dagegen in Ost wie West sehr selten.

Diese persönlichen Erfahrungen sind zwar hoch mit der Einschätzung des Nachbarverhältnisses korreliert, aber keineswegs damit gleich zu setzen. So berichten im Osten 7 % von Reibereien, auch wenn sie selbst ein sehr gutes Verhältnis aufweisen. Und umgekehrt wird bei persönlich gemischten oder gar negativen Erfahrungen durchaus ein sehr gutes oder zumindest normales Nachbarschaftsklima festgestellt. Dabei liegt im Osten bei nicht eindeutig positiven Erfahrungen eher eine Tendenz vor, auch das allgemeine Nachbarverhältnis zu Ausländern als durch Reibereien gekennzeichnet zu sehen.

Tabelle 4.7
Verhältnis zu Ausländern im
Wohngebiet nach Art der
persönlichen Erfahrungen
mit ausländischen Nachbarn
– 2003

Westdeutschland				persönliche Erfahrungen		Ostdeutschland		
positiv	ge- mischt	negativ	Φ	Nachbarverhältnis zu Ausländern	Φ	positiv	ge- mischt	negativ
45	17	10	34	sehr gut	29	38	15	13
53	75	40	60	normal	53	55	56	26
2	8	50	6	Reiberein	17	7	30	61
59	38	4	100	Φ	100	63	31	6
				.62	ordinale Assoz. γ	.59		

in % der Befragten je persönlicher Erfahrung, falls Ausländer im Wohngebiet wahrgenommen werden
Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

Die persönliche Erfahrung mit ausländischen Nachbarn schlägt sich deutlicher als die Einschätzung des Nachbarverhältnisses in der Einstellung zum Zusammenleben von Deutschen und Ausländern nieder. Bei eindeutig negativen Erfahrungen plädieren – bei allerdings geringer Fallzahl von weniger als 60 Personen – im Westen die Hälfte, im Osten sogar über zwei Drittel für Segregation.

Fasst man die ambivalenten („ganz gemischt“) und die eindeutig negativen Erfahrungen zusammen, dann plädiert im Westen etwa ein Fünftel, im Osten mehr als ein Viertel der Befragten aus Wohngebieten mit Ausländern in der Nachbarschaft und mit nicht eindeutig positiven Erfahrungen für segregierte Lebensweisen (Tab. 4.8). Wovon hängen negative Erfahrungen ab? Handelt es sich um nachvollziehbare und steuerbare Probleme, oder muss von einer vorurteilshaften Grundeinstellung ausgegangen werden?

Persönliche Erfahrungen und auch die Einschätzung des Nachbarverhältnisses sind umso positiver, je länger die im Wohngebiet lebenden Ausländer dort ansässig sind (Tab. 4.9). Dabei zeigt sich, dass bei kurzer

Wohndauer jeweils die Charakterisierung des Nachbarverhältnisses als von „Reibereien“ belastet eindeutiger ausfällt als die persönlich negative Erfahrung. Das gilt besonders für den Osten. Das könnte ein Indiz für einen persönlichen Rückzug in „political correctness“ sein. Wesentlicher als diese Vermutung ist jedoch, dass die eindeutig mit mehr Problemen verbundene kurze Ansässigkeit im Osten sehr viel stärker ausgeprägt ist als im Westen: Im Westen geben drei Viertel der Befragten mit Ausländern im Wohngebiet an, dass diese bereits länger ansässig seien, im Osten dagegen wenig mehr als ein Drittel.

Diese kurzansässigen „Ausländer“ sind den Befragten zufolge im Osten zu einem höheren Anteil (55 %) „Aussiedler mit deutscher Herkunft“ als im Westen (39 %). Auch der Anteil von „Flüchtlings“ ist in Ost etwas höher (17 %) als in West (15 %). Niedriger ist dagegen im Osten der Anteil der ins Wohngebiet neu zugezogenen Ausländern, die schon länger in Deutschland leben (Ost: 29 %; West: 46 %). Mit dieser Gruppe, bei der man eine geringer ausgeprägte Fremdheit unterstellen kann, verbindet sich in Ost und West die im Vergleich zu anderen Neuzugezogenen geringste Nennung negativer

Tabelle 4.8
Integrations-/Segregations-
wunsch nach Art der persön-
lichen Erfahrung mit ausländischen
Nachbarn – 2003

Westdeutschland				persönliche Erfahrungen		Ostdeutschland		
positiv	ge- mischt	negativ	Φ	Form des erwünschten Zusammenlebens	Φ	positiv	ge- mischt	negativ
78	54	28	67	Integration	44	53	34	8
20	33	22	25	Indifferenz	42	42	43	22
2	14	50	9	Segregation	13	5	19	69
57	39	4	100	Φ	100	63	31	6
				.56	ordinale Assoz. γ	.52		

in % der Befragten je persönlichen Erfahrungen, falls Ausländer im Wohngebiet wahrgenommen werden
Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

Erfahrungen (West: 8 %, in Ost nur 4 %) und die niedrigste Wahrnehmung von „Reibereien“ (West: 7 %, Ost 17 %).

Tabelle 4.10 gibt weiterhin darüber Auskunft, dass die Einstellung gegenüber Aussiedlern mit deutscher Herkunft in Ost und West sehr zurückhaltend ist. Im Westen stellt man in dieser Situation zum geringsten Anteil positive Erfahrungen und zum größten Anteil Reibereien im Wohngebiet fest, und auch im Osten sind persönliche Erfahrungen und die Einschätzung des Nachbarverhältnisses bei Aussiedlern negativer als bei neu in Wohngebiet zugezogenen Ausländern, die ansonsten schon länger in Deutschland leben. Diese relative Akzeptanz von „erfahrenen“ Ausländern gegenüber fremdartigen „Deutschen“ spricht dafür, dass die Einstellung der Deutschen nicht in erster Linie von ethnischen Vorurteilen geprägt ist, sondern von Unbehagen gegenüber Fremdem bzw. von wechselseitigen alltäglichen Anpassungsproblemen (s. o.: „passen nicht zusammen“). Möglicherweise spielt auch der Gesichtspunkt von vermuteter oder tatsächlicher Unterstützungsabhängigkeit eine Rolle. Dafür könnte die im Osten sehr deutliche negative Einstellung gegenüber „Flüchtlingen“ sprechen. Ohne eine Kenntnis von Art und Herkunft von Flüchtlingen – so ließen sich möglicherweise auch rassistische Vorurteile vermuten – bleiben solche Deutungen allerdings Spekulation. Festzuhalten bleibt dann, dass

Tabelle 4.9

Art der persönlichen Erfahrung mit ausländischen Nachbarn sowie Verhältnis von Deutschen und Ausländern im Wohngebiet nach Wohndauer der ausländischen Nachbarn – 2003

Westdeutschland		Wohndauer	Ostdeutschland	
lang	kurz	Erfahrung	lang	kurz
66	43	positiv	75	56
31	49	gemischt	23	35
3	8	negativ	3	9
.42		ordinale Assoziation γ	.39	
<i>generelles Nachbarverhältnis</i>				
37	21	sehr gut	33	25
58	68	normal	57	53
5	12	Reibereien	10	22
.38		ordinale Assoziation γ	.25	
74	26	Φ	37	63

in % der angegebenen Wohndauer
Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

man in Ost und West sehr klar nach Art der ausländischen Mitbewohner, nach deren Wohndauer, nach konkreten Problemen vor Ort unterscheidet. Dabei wird u. a. deutlich, dass im Osten Bedingungen vorliegen, die nachbarliche Probleme wahrscheinlicher machen und die Bereitschaft zur Integration sinken lassen. Das gilt insbesondere für die Dauer einschlägiger Erfahrungen.

Westdeutschland			Herkunft kurzansässiger Ausländer	Ostdeutschland		
Aussiedler	Flüchtlinge	Immigranten	Erfahrung	Aussiedler	Flüchtlinge	Immigranten
38	46	49	positiv	54	46	64
52	46	44	gemischt	39	37	31
10	8	8	negativ	7	17	4
-.16			ordinale Assoziation γ	-.11		
<i>generelles Nachbarverhältnis</i>						
20	17	22	sehr gut	24	23	31
62	73	71	normal	56	44	51
18	10	7	Reibereien	21	33	17
-.19			ordinale Assoziation γ	-.08		
39	15	46	Φ	55	17	29

in % der Herkunft
Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

Tabelle 4.10

Art der persönlichen Erfahrung mit ausländischen Nachbarn sowie Verhältnis von Deutschen und Ausländern im Wohngebiet nach Herkunft neu zugezogener Ausländer – 2003

Die hier vorgestellten Daten vertragen sich im Großen und Ganzen mit bisherigen *sozialpsychologischen Konfliktansätzen* – insbesondere mit denen zum sog. Ausländerhass.²⁵ Ein *Erklärungsmodell* der „Forschungsgruppe: Konflikte zwischen Gruppen“ an der Universität Münster formuliert es folgendermaßen:²⁶

„Die Bereitschaft zu aggressivem Verhalten einzelner Personen oder Gruppen hängt vor allem von subjektiven Wahrnehmungen, Bewertungen und Entscheidungen ab, die vor dem Hintergrund gegebener sozialer Überzeugungen (z. B. Vorurteile), objektiver Lebensbedingungen (z. B. Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot) und persönlicher Merkmale (z. B. Aggressivität, Impulsivität) erfolgen. Diese drei Faktoren existieren zunächst unabhängig von Anfeindungen und Aggression; sie beeinflussen jedoch allesamt die subjektiven Einschätzungen, die jeder Gewaltanwendung vorausgehen. Dieses Erklärungsmodell geht somit weder davon aus, dass die Hintergrundfaktoren zwingend zu Ausländerfeindlichkeit führen, noch davon, dass sämtliche Einflussgrößen gegeben sein müssen, um aggressives Verhalten auszulösen.“

Hinsichtlich der beiden Hintergrundfaktoren wird weiterhin ausgeführt:

„*Vorurteile* stellen Auffassungen über Personengruppen dar, die in jeder Gesellschaft als geteilte Wissensbestände existieren und ihren Mitgliedern argumentativ zur Verfügung stehen. Vorurteile sind Werkzeuge, die das Denken und Handeln der einzelnen anleiten. Sie erleichtern die Wahrnehmung und die Orientierung in der sozialen Umwelt. Auf sie kann auch rechtfertigend Bezug genommen werden. Vor allem aber vermitteln Vorurteile ein meist negativ gefärbtes Bild von einer Gruppe. Sie signalisieren einen gerichteten Handlungsbedarf, der insbesondere in Phasen der Destabilisierung und in Konfliktsituationen akut wird. Vorurteile gegenüber Ausländern sind also nicht Ausdruck krankhaften oder defekten Denkens und sind nicht an tatsächliche Erfahrungen mit dieser Personengruppe gebunden. Sie bestehen vielmehr weitgehend unabhängig von den individuellen Erfahrungen des konkreten einzelnen, seien sie nun positiv oder negativ.²⁷ In Vorurteilen sind tradierte, negativ gefärbte Vorstellungen und Normen zum Umgang mit Fremden verdichtet, die nun auch auf konkrete Personen in der Gegenwart angewendet werden können. Für die einzelne Person implizieren Vorurteile ein selektives Wissen über eine Personengruppe, eine gefühlsmäßige Ablehnung dieser Gruppe und die Bereitschaft zu solchen Handlungen, die diese Ablehnung gegenüber der gesamten Gruppe oder einzelnen Mitglieder zum Ausdruck bringen.“

Und weiter heißt es zum Hintergrundfaktor der *sozioökonomischen Lage*:

„Vorurteile sind nicht zwingend an einen besonderen sozioökonomischen Status von Personen oder Gruppen gebunden. Die jüngste Vergangenheit zeigt jedoch, dass offene Feindseligkeit und Gewalt vielfach von solchen Personen verübt wird, die sich in ungünstigen sozialen Verhältnissen befinden. Ihre finanzielle Lage ist häufig schlecht, ihr Bildungsniveau meist gering, ihre berufliche Perspektive wenig entwickelt und ihr gesellschaftlicher Status niedrig. Von daher sind ihre Chancen im Streit mit anderen Gruppen um die Teilhabe an den knappen Ressourcen unserer Gesellschaft schlecht. Daraus resultiert Unzufriedenheit und die generelle Bereitschaft, gegen gültige Normen und Wertvorstellungen zu verstoßen.“ Daraus ergibt sich, dass „Vorurteile und sozioökonomische Lage zwar die Bereitschaft zu und die Richtung von Feindseligkeit nahe(legen), aber nicht automatisch zu offen aggressivem Verhalten (führen). Feindseliges und gewalttätiges Handeln beruht letztlich vielmehr auf subjektiven Wahrnehmungen, Bewertungen und Entscheidungen, die allerdings wiederum durch Vorurteile und objektive Lebensbedingungen beeinflusst werden. *Ziel feindseliger Handlungen sind vornehmlich Gruppen mit vergleichbar schlechtem oder schlechterem Status, die als Konkurrenten wahrgenommen werden.*“

Insofern bietet die gesellschaftliche Situation in Ostdeutschland mancherorts trotz massiver Investitionen in die baulich-räumliche Ausstattung genügend Räume für den Aufstau von Konfliktpotenzial – mit der Folge einer vergleichsweise hohen Zahl an fremdenfeindlichen Übergriffen. Ursache können ökonomische Unsicherheit (vgl. auch Kap. 5), fehlende Anerkennung, aufgelöste Wertvorstellungen und/oder fehlende Handlungsperspektiven sein. Betrachtet man die verschiedenen bereits dargelegten Zufriedenheitsniveaus, könnte dieses Gefährdungspotenzial regional insbesondere in den ostdeutschen Klein- und Mittelstädten wachsen, die bei der bisherigen siedlungsstrukturellen Analyse im jeweiligen Vergleich immer die schlechtesten Werte aufwiesen. Angesichts der verhältnismäßig kleinen Stichprobengröße verbieten sich allerdings weitere diesbezügliche Überlegungen. Gegenmaßnahmen können drei schon traditionellen Bedingungskomplexen zugeordnet werden: (1) *Soziale Vorurteile* sind wesentlich durch Kennenlernen abzubauen, was für durchmischte Wohngebiete und Hausgemeinschaften und gegen eine Ghettoisierung spricht, wie sie immer mal wieder von verschiedenen Seiten her angedacht wird. (2) *Objektiver Deprivation* kann nur mit einer Änderung der ökonomischen Verhältnisse begegnet werden, die bewirkt,

dass Jugendlichen²⁸ (wie allen anderen gesunden und arbeitswilligen Menschen) nicht nur Freizeiteinrichtungen, sondern auch Orte für Ausbildung und Erwerbsarbeit zur Verfügung stehen. Und drittens: *Subjektiven Einschätzungen*, die eine Vertreibung von Ausländern aus deutschen Städten und Gemeinden befürworten, kann nur mit deutlichen Gegenstellungnahmen begegnet werden – die deutsche Gesellschaft ist ohne Migration nicht mehr denkbar, wäre kulturell ärmer und insgesamt weniger überlebensfähig.

Exkurs: Die Einstellung von Ausländern

Welche Aussagen machen nun aber Ausländerinnen und Ausländer selbst zu Fragen der Integrationsbereitschaft und des Verhältnisses zu ihren deutschen Nachbarn? Einige Antworten liefert die Umfrage des Instituts MARPLAN in Westdeutschland²⁹, an der das BBR beteiligt ist. Im Auftrag des BBR werden von MARPLAN die entsprechenden Fragen zur Integrationsbereitschaft und zum Nachbarverhältnis gestellt.

Im Zeitverlauf zeigt sich, dass die Integrationsbereitschaft der Ausländer konstant leicht über der der Deutschen liegt (hier nur Westdeutsche mit Ausländern im Wohngebiet) – mit sich verringernden Abständen. Für Segregation sprechen sich Deutsche und Ausländer in gleichem, und zwar geringem Ausmaß aus. Das heißt ferner auch, dass die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger als unmittelbar Betroffene seltener die Meinung vertreten, dass es ihnen egal ist, wie Deutsche und Ausländer zusammenleben (Abb. 4.18).

Durchschnittlich 82 % der in Westdeutschland lebenden Ausländer bezeichnen im Betrachtungszeitraum ihr Verhältnis zu den Deutschen im Wohngebiet als normal bis sehr gut. Damit liegen sie zwölf Prozentpunkte unter der durchschnittlichen Bewertung der Westdeutschen, die in ihrer Beurteilung des Nachbarverhältnisses jedoch stärker schwanken. Dem entsprechend werden von Ausländern auch etwas mehr Konflikte mit deutschen Nachbarn wahrgenommen (Abb. 4.19). Eventuell verweist ein solcher Befund darauf, dass die deutschen Befragten stärker im Sinne der „political correctness“ geantwortet haben

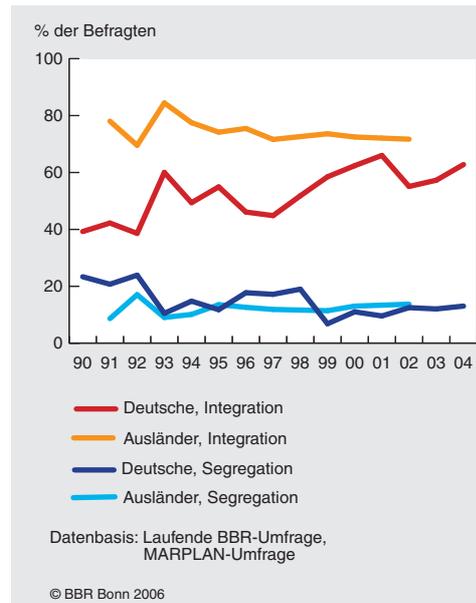


Abbildung 4.18
Integrationsbereitschaft und
Segregationswunsch –
(West-)Deutsche und
Ausländer 1990 bis 2004

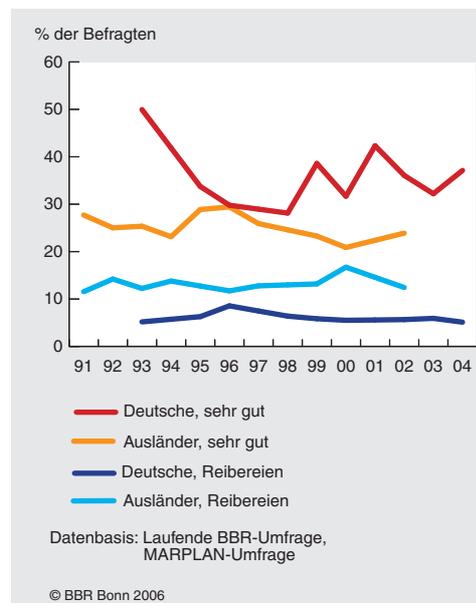


Abbildung 4.19
Beurteilung des Nachbar-
verhältnisses zwischen
Ausländern und Deutschen
im Wohngebiet –
(West-)Deutsche und
Ausländer 1991 bis 2004

– oder der Diskrepanz liegen unterschiedliche Wahrnehmungsperspektiven, Sensibilitäten, kulturelle Praxen o. ä. zugrunde. Bei all dem zeigt sich – wie umgekehrt auch aus der Perspektive der Deutschen gesehen – dass die Wahrnehmung von Reibereien im Wohngebiet mit steigender Aufenthaltsdauer der Ausländer in Deutschland sinkt: Von den Ausländerinnen und Ausländern, die weniger als fünf Jahre in Deutschland leben, sprachen ab dem Jahr 2000 durchschnittlich 18 % von Konflikten mit Deutschen, bei den länger Ansässigen waren es nur 14 %. Auch dieser Befund unterstützt somit die These, dass soziale Vorurteile zumindest begrenzt durch Kennenlernen abgebaut werden können.

5

Die wirtschaftliche Grundlage der Lebenswelt

Die Daten der Laufenden Raumbearbeitung des BBR, die vor allem aus der amtlichen Statistik stammen, vermitteln einen umfassenden Überblick über die allgemeine wirtschaftliche Lage in Deutschland, über deren Entwicklung im Zeitverlauf, über diesbezügliche räumliche Disparitäten auf den Ebenen von Städten, Kreisen und Gemeinden (vgl. BBR 2006). Die Bandbreite der Themen ist sehr vielfältig: Zur Verfügung stehen Beschäftigten- und Arbeitslosenstatistiken, Indikatoren zur Wirtschaftskraft, zur Einkommensentwicklung und vieles anderes mehr.

Wie werden diese regionalen Zustände und Entwicklungen jedoch von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern selbst wahrgenommen, wie sehen sie ihre persönliche wirtschaftliche Lage oder die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes? Die BBR-Umfrage versucht diese Thematik regelmäßig mit einigen Fragen zu erfassen – zum einen, um den aggregatstatistischen Durchschnittswerten die breite Streuung der individuellen Umstände gegenüberzustellen, und zum anderen, um die Einschätzung dieser Lage der reinen Zustandsbeschreibung hinzuzufügen. Denn die subjektive Wahrnehmung bildet gesellschaftliche Wirklichkeit äußerst differenziert ab. Bisherige Untersuchungen haben u.a. gezeigt, dass die Einschätzung

der eigenen und die der allgemeinen wirtschaftlichen Lage mitunter stark voneinander abweichen. Im Zeitverlauf liegt die Einschätzung der eigenen Lage im Durchschnitt auf eher hohem positiven Niveau und war in den vergangenen Jahrzehnten nur geringen Schwankungen unterworfen (von 1982 bis 1996 lagen bei anderer Fragestellung wie in der BBR-Umfrage die positiven Beurteilungen in der alten BRD etwa zwischen 80 % und 90 % – Abbildungswerte aus Glatzer 1998, S. 432). Dagegen variiert die Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage relativ stark und folgt in etwa konjunkturellen Verlaufsmustern (etwa zwischen 25 % und 95 % – ebd.). Im Anschluss an frühere BBR-Unterscheidungen hebt auch Ralf Mielke (1997) hervor, dass für die Beurteilung individueller und kollektiver wirtschaftlicher Lagen unterschiedliche Wahrnehmungsquellen ausschlaggebend sind: Für die *Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage* sind Faktoren wie das Haushaltseinkommen im Zusammenhang mit individuell möglichen Vergleichsprozessen bedeutsam – die der *allgemeinen wirtschaftlichen Lage* beruht hingegen eher auf den massenmedial vermittelten Informationen über den ökonomischen Konjunkturverlauf.

Mit dem Lebenswelt-Begriff soll an das von dem Philosophen Edmund Husserl zu Anfang des 20. Jahrhunderts geprägte Konzept erinnert werden. Er hat damit die „natürliche Umwelt“ der Bürger betont, die sich in Abgrenzung von den „idealen Umwelten“ der Wissenschaften durch ihre fraglose und ständige Gegenwart auszeichnet. Verstanden als Welt der Sachen, Werte und Güter sowie als soziale und intersubjektive Umwelt entspricht sie dem, was wir mit dem Mittel der Befragung erkunden können. Der Sozialphilosoph Jürgen Habermas verortet seine Erklärungen sozialer Strukturen und Prozesse in dem gesellschaftlichen Verhältnis von System und Lebenswelt, worin das System die allgemeinen Beziehungen und Zusammenhänge in einer Gesellschaft auf soziokultureller, ökonomisch/ökologischer und politischer Ebene (die entsprechend in der Lebenswelt wiederzufinden sind) enthält. Unsere Versuche, aus den Befragungsergebnissen Interpretationen für gesellschaftliche Entwicklungen und möglicherweise Empfehlungen für politisches Handeln abzuleiten, gründen auf einer ähnlichen Vorstellung.

Die persönliche wirtschaftliche Lage

Die Zufriedenheit mit den lokalen Lebensbedingungen sowie die allgemeine Lebenszufriedenheit werden in erheblichem Maße von den beruflichen Möglichkeiten und Aussichten bestimmt. Jedes Jahr werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Umfrage aufgefordert, ihre eigene wirtschaftliche Lage einzuschätzen und in fünf Kategorien von „sehr gut“ bis „sehr schlecht“ einzuordnen. Für die hier referierte Auswertung werden die beiden Randkategorien jeweils zusammengefasst zu den Beurteilungen „gut“ und „schlecht“.

Ein Vergleich von West und Ost zeigt seit 1990 zwei Entwicklungsabschnitte (Abb. 5.1): Von 1990 bis 1995 sank im Westen die positive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage von dem relativ hohen Niveau von 63 % auf 57 % stetig, ebenso stetig nahm dieser Anteil im Osten im gleichen Zeitraum zu (von 33 % auf 53 %). Von da ab verliefen die Entwicklungskurven in West und Ost fast parallel. Einer kurzen Phase des Verschlechterung der Beurteilung folgten ein erneuter Anstieg (Höhepunkt 1999: West 66 %, Ost 58 %), dann ein erneuter Tiefpunkt im Jahr 2003 (West 47 %, Ost 42 %).

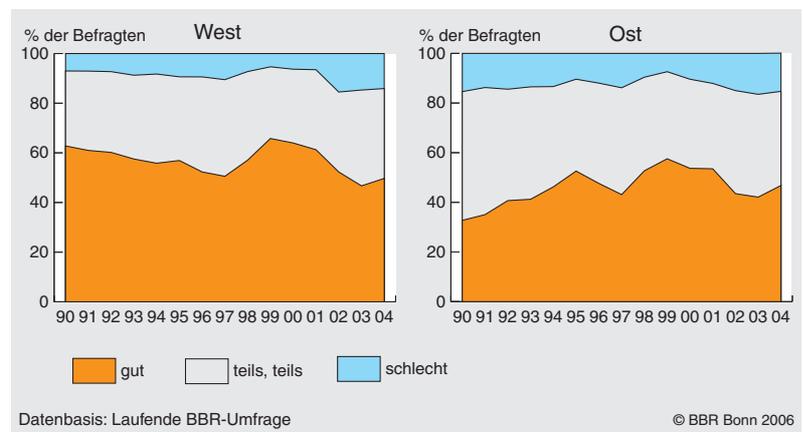
Diese Schwankungen der Beurteilung der persönlichen Lage korrespondieren mit den allgemeinen wirtschaftsstatistischen Befunden, wie sich am Beispiel des *durchschnittlichen nominalen Nettoeinkommens der Privathaushalte* in Abhängigkeit vom Erwerbsstatus für Gesamtdeutschland zeigen lässt:

- Von 1993 auf 1994 sank das Nettoeinkommen bei Arbeiter- und Arbeitslosenhaushalten und stagnierte bei Sozialhilfeempfängerhaushalten.
- Von 1994 auf 1995 stieg es für alle Haushaltstypen.
- Von 1995 auf 1996 sank es bei Rentnerhaushalten und stagnierte bei Sozialhilfeempfängerhaushalten.
- Von 1996 auf 1997 sank es bei Angestellten-, Arbeiter- und Sozialhilfeempfängerhaushalten und stagnierte bei Rentnerhaushalten.

- Von 1997 auf 1998 sank es bei Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfängerhaushalten.
- Von 1998 auf 1999 stieg es bei allen Haushaltstypen.
- Von 1999 auf 2000 sank es bei Selbstständigenhaushalten.
- Von 2000 auf 2001 stieg es bei allen Haushaltstypen.
- Von 2001 auf 2002 sank es bei Selbstständigen- und Arbeitslosenhaushalten und stagnierte bei Rentnerhaushalten (Quelle: Statistisches Bundesamt 11.2004 auf <http://www.bpb.de/wissen/>).

In der aktuellen Umfrage 2004 wurde schließlich die persönliche wirtschaftliche Lage in den alten wie in den neuen Ländern wieder positiver eingeschätzt: Der Unterschied zwischen West und Ost beträgt hier nur drei Prozentpunkte (West 50 %, Ost 47 %). Die Beurteilungen der persönlichen wirtschaftlichen Lage haben sich also über den Betrachtungszeitraum hinweg aufeinander zubewegt und sich inzwischen nahezu angeglichen. Dies ist umso bemerkenswerter, als die statistischen Angaben zu Einkommen und Vermögen nach wie vor eine erhebliche Ost-West-Disparität aufweisen.³⁰ Offenbar messen sich die Befragten im Osten nicht vornehmlich an der Vergleichskategorie West, sondern an der Entwicklung der eigenen Situation und an den eigenen Erwartungen und Notwendigkeiten.

Abbildung 5.1
Beurteilung der persönlichen wirtschaftlichen Lage – 1990 bis 2004



Erfahrungsgemäß hängt in einer modernen Arbeitsgesellschaft die Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Lage stark von der *Erwerbstätigkeit* ab, ob man also ein Arbeitseinkommen erzielt oder nicht. Deshalb zeigt Abbildung 5.2 zunächst die differenziertere Zusammensetzung der Umfragestichproben nach Erwerbsstatus – gemittelt über die Jahre 2002 bis 2004, bevor in Abbildung 5.3 dargestellt wird, wie sich die Einschätzungen der Erwerbstätigen und der Nichterwerbstätigen voneinander unterscheiden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die allgemeine Erwerbsquote

– also der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung – in Deutschland unter 50% liegt. Wird nur die erwerbsfähige Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 65 Jahren in Betracht gezogen, beläuft sich die bereinigte Erwerbsquote – also der Anteil der Erwerbspersonen dieser Altersgruppe an der erwerbsfähigen Bevölkerung – im Jahr 2002 auf 72 % in Westdeutschland und 76 % in Ostdeutschland. Dem entspricht der Befund, dass von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der BBR-Umfrage, die älter als 18 Jahre sein sollten, in den vergangenen drei Jahren kaum 45 % erwerbstätig sind. Im Durchschnitt ist ein gutes Drittel der Befragten über 60 Jahre alt und damit mehrheitlich nicht mehr erwerbstätig.

Abbildung 5.2
Erwerbsstatus der Befragten
– Durchschnitt der Umfrage-
stichproben 2002 bis 2004

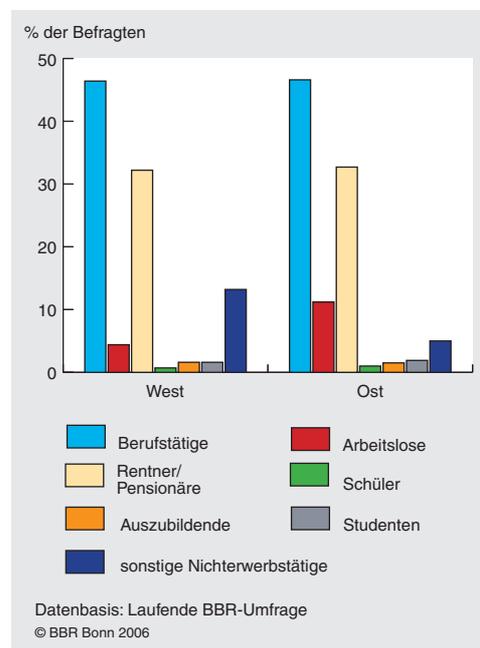
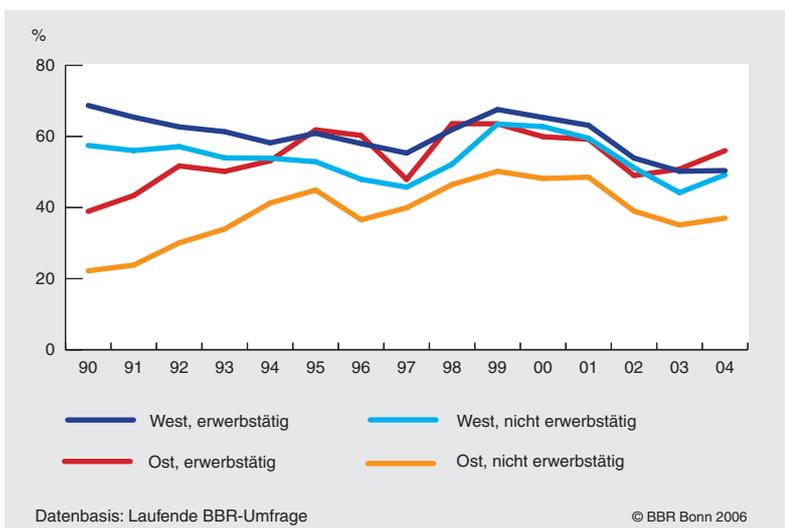


Abbildung 5.3
Beurteilung der persönlichen wirtschaftlichen Lage als gut nach Erwerbstätigkeit
– 1990 bis 2004



In den gesplitteten Verlaufsformen in Abbildung 5.3 lassen sich zunächst die oben aufgezeigten West- bzw. Ost-Entwicklungstrends wiedererkennen. Seit Mitte der 1990er Jahre sind die Erwerbstätigen im Osten ähnlich zufrieden mit ihrer persönlichen Lage wie die Erwerbstätigen im Westen. Größer sind die Ost-West-Differenzen bei den Nichterwerbstätigen. Allgemein bestätigt wird zunächst die Erwartung, dass der Anteil der ihre wirtschaftliche Lage positiv Einschätzenden bei den Erwerbstätigen höher ist als bei den Nichterwerbstätigen. Deutlich fällt dieser Unterschied allerdings durchgängig nur im Osten aus. In Westdeutschland hingegen sehen auch die Nichterwerbstätigen im Durchschnitt ihre persönliche wirtschaftliche Situation kaum weniger gut als die Erwerbstätigen. Daher sei noch ein kurzer Blick auf die positiven Einschätzungen in Abhängigkeit vom „Erwerbsstatus“ der Nichterwerbstätigen geworfen (Abb. 5.4):

Mit dieser Differenzierung unterscheiden sich die Muster in West und Ost kaum mehr voneinander. Ist man berufstätig, hat man hier wie dort ein gleichermaßen positiv bewertetes Ein- und Auskommen – der Anteil der positiv Antwortenden liegt im Durchschnitt der Jahre 2002 bis 2004 bei 57 % im Westen und 55 % im Osten. Auch für die Arbeitslosen ist das Ausmaß der „Zufriedenheit“ mit nur 14 % Positivantworten im Westen und 13 % im Osten vergleichbar. Die aus der Berufstätigkeit wegen Erreichens des Renten- oder Pensionsalters Ausgeschiedenen konnten im Verlauf ihrer Berufsjahre in unterschiedlichen Rahmen für ihr Alter vorsorgen, was bei der aktuellen

Generation der über 60-Jährigen zu einem hohen Anteil positiv Antwortender führt. Dieser Wert ist im Westen (nur) leicht höher, da im Osten zwar kein Privatvermögen angesammelt werden konnte, dort die Renten jedoch im Durchschnitt höher ausfallen, weil in der Regel mehr Berufsjahre vorliegen als im Westen. Bei Schülern, Auszubildenden und Studierenden scheint sich in West und Ost die Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Lage mit zunehmendem Alter zu verschlechtern – entsprechend den i. d. R. zunehmenden Ansprüchen und abnehmenden familiären Unterstützungsmöglichkeiten. Unterschiedlich ist die Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage bei den sonstigen Nichterwerbstätigen: Im Westen schätzen 50 % von ihnen ihre wirtschaftliche Lage als gut ein, im Osten sind es lediglich 31 %.

Wenn sich also die Einschätzungen der einzelnen Erwerbsstatusgruppen in West und Ost – mit Ausnahme der sonstigen Nichterwerbstätigen – so wenig voneinander unterscheiden: Wie kommt es dann, dass die gesamte Gruppe der Nichterwerbstätigen im Osten mit ihrer Einschätzung der wirtschaftlichen Lage so weit hinter der Vergleichsgruppe West zurückliegt? Um dieser Frage nachzugehen, soll nochmals die Zusammensetzungen der Nichterwerbstätigen betrachtet werden, die in Abbildung 5.2 dargestellt wurde. Die Befragtenanteile der Berufstätigen, der Rentner/Pensionäre und der in Ausbildung Befindlichen unterscheiden sich in West und Ost kaum voneinander, wohl aber die *Anteile der Arbeitslosen* (2002 bis 2004: West 4 %, Ost 11 % – was etwa den realen Verhältnissen entspricht)³¹ und der sonstigen Nichterwerbstätigen (West: 13 %, Ost 5 %). Der hohe Anteil Arbeitsloser im Osten mit schlechter Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage und der hohe Anteil sonstiger Nichterwerbstätiger im Westen mit vergleichsweise hohem Zufriedenheitswert drücken dann die Entwicklungskurven der Nichterwerbstätigen insgesamt entsprechend auseinander (vgl. Abb. 5.3). Leider gibt die BBR-Umfrage keine weiteren Antworten auf die *Zusammensetzung der sonstigen Nichterwerbstätigen*, worunter im Durchschnitt der vergangenen drei hier berichteten Jahre im Westen immerhin 837 von 5 654 und im Osten 298 von 6 059 Befragten fallen. Den Gründen bzw. Motiven für Nichterwerbs-

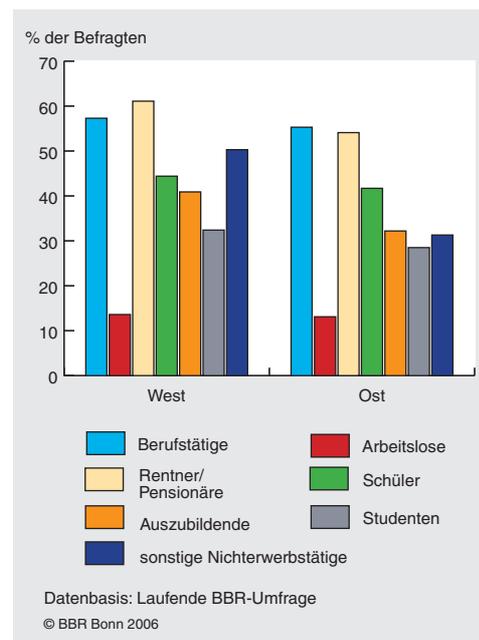
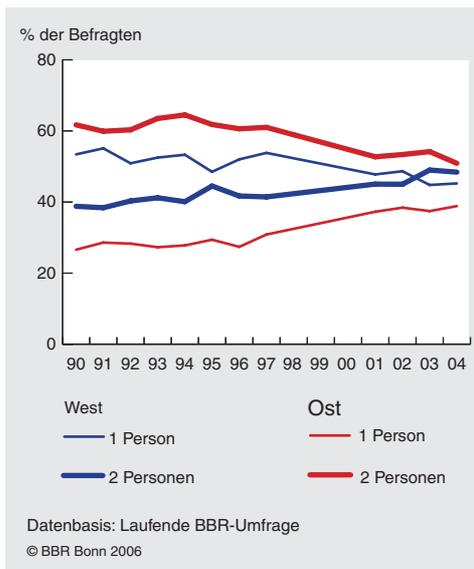


Abbildung 5.4
Beurteilung der persönlichen wirtschaftlichen Lage als gut nach Erwerbsstatus – Durchschnitt 2002 bis 2004

tätigkeit wird jedoch im „Sozio-ökonomischen Panel“ nachgegangen. Dabei zeigen sich die größten West-Ost-Unterschiede bei den Frauen mittleren Alters, die offensichtlich in sehr unterschiedlichem Ausmaß nach Erwerbstätigkeit und damit nach Einkommen aus Erwerbstätigkeit suchen. Während der Anteil arbeitsmarktferner Frauen im mittleren Erwerbsalter 2002 im Osten nur 5 % betrug, waren es im Westen 13 %.³² Neben diesen nichterwerbstätigen Familienangehörigen, die in der Einwohnermeldestatistik i. d. R. als Hausfrau und Hausmann aufgeführt werden, dürften auch noch Privatiers oder Freischaffende, die sich selbst nicht zu den Berufstätigen zählen, diese Gruppe sonstiger Nichterwerbstätiger bereichern. Dieser Befund unterstreicht ein in vielen Beobachtungsbereichen feststellbares Muster: Die Ost-West-Unterschiede kommen nicht in erster Linie wegen unterschiedlicher Bewertungen bei ansonsten gleichen Strukturbedingungen zustande, sondern wegen der unterschiedlichen quantitativen Ausprägung der in Ost und West negativ bewerteten Strukturbedingungen (vgl. Böltken 2001).

Hinsichtlich der *Einkommensentwicklung* können anhand der BBR-Umfrage nur sehr eingeschränkte Aussagen getroffen werden. Dies liegt hauptsächlich daran, dass die Antwortbereitschaft gerade auf eine so persönliche Frage wie die nach dem eigenen Geldbeutel ziemlich gering ist. Selbst

Abbildung 5.5
Zum Haushaltseinkommen
beitragende Personen –
1990 bis 2004



bei vorhandener Bereitschaft sind dann die Antworten, die ohne große Vorbereitung (im Osten zumeist telefonisch) gegeben werden, mit Vorsicht zu bewerten, da bei der Nennung des Haushaltsnettoeinkommens auch solche Einkommen wie Wohngeld, Kindergeld und andere Einnahmen einzubeziehen sind, die die Befragten selten spontan in der gewünschten Genauigkeit angeben können. Die gegebenen Daten können also nicht absolut verwendet werden, sondern nur im Vergleich zwischen bestimmten Gruppen und über die Zeit – wobei wir annehmen, dass zu allen Erhebungszeitpunkten vergleichbare Befragtenpopulationen mit einander entsprechenden Verzerrungen antworten.

Trotz und eingedenk dieser Einschränkungen lässt sich feststellen, dass das berichtete Nettoeinkommen pro Haushaltsmitglied in West und Ost bis zur Mitte der 1990er Jahre stetig angestiegen ist. Danach hat sich der weitere Anstieg stark verlangsamt, in Westdeutschland noch stärker als in Ostdeutschland. Das Einkommensniveau ist im Westen nach wie vor deutlich höher als im Osten – jedoch hat sich die Differenz im monatlichen Haushaltsnettoeinkommen pro Person von ca. 350 im Jahr 1990 auf ca. 100 € im Jahr 2004 verringert.

Interessant erscheint – angesichts der in Deutschland insgesamt gesunkenen Zahl von Erwerbsarbeitsplätzen bei etwa gleich bleibender Erwerbsbeteiligung und des soeben angeführten Anteils sonstiger Nichterwerbstätiger –, wie sich die *Zahl der Haus-*

haltsmitglieder verändert hat, die *mit einem eigenen Einkommen*, z.B. aus Berufstätigkeit, Rente oder anderem zum Haushaltseinkommen beitragen (Abb. 5.5).

Machte im Osten unmittelbar nach der Wende der Anteil der Doppelverdienerhaushalte noch 62 % gegenüber 27 % Alleinverdienerhaushalten aus, so beträgt das Verhältnis dort im Jahr 2004 51 % zu 39 %. Im Westen war der Unterschied 1990 mit 53 % zu 39 % deutlich geringer und hat sich 2004 auf 48 % zu 45 % angeglichen. Dies dürfte also sowohl Ausdruck der unterschiedlichen Erwerbsbeteiligung der Frauen in West und Ost sein als auch – im Zeitverlauf – die Auswirkungen der gestiegenen Arbeitslosigkeit darstellen. Dabei sind die unterschiedlichen Verläufe in Ost und West bemerkenswert: Im Osten sinken die Beteiligungen von zwei Personen (möglicherweise wegen zunehmender Arbeitslosigkeit ohne Bezüge von Haushaltsmitgliedern), im Westen dagegen steigen sie an (möglicherweise wegen zunehmender wirtschaftlicher Notwendigkeit oder sich änderndem Familienbild), um dann auf etwa dem gleich Niveau zu münden. Dies entspricht insofern der amtlichen Statistik, als diese eine Annäherung der Erwerbsbeteiligung in Ost und West ausweist.³³ Jedoch muss bei dieser Entwicklung hin zu Alleinverdienerhaushalten darüber hinaus auch der nach wie vor steigende Anteil von Einpersonenhaushalten an der Gesamtzahl aller Haushalte zusammen gedacht werden: Zwischen April 1991 und März 2004 stieg dieser in Gesamtdeutschland von 33,6 % auf 37,2 %.³⁴ Insofern ist ein nicht unerheblicher Teil dieser Entwicklung auch auf die Änderung der Lebensformen zurückzuführen.

Ein kurzer Blick sei daher noch auf die bivariate Verteilung von Haushaltsgröße und Anzahl der beitragenden Einkommensbezieher geworfen. Tabelle 5.1 weist nun nach, dass der geringere Anteil von Einverdienerhaushalten in Ostdeutschland nicht an einer geringeren Anzahl von Singlehaushalten hängt, sondern daran, dass dort weniger Zwei- und Mehrpersonenhaushalte als im Westen von nur einem Einkommen leben. Stattdessen gibt es anteilmäßig öfter Mehrfamilienhaushalte mit mehreren Einkommen. Auf diese Weise steuert man im Osten offensichtlich dem geringeren Einkommensniveau (etwas) entgegen. Diese

Tabelle 5.1

Zusammenhang von Anzahl der Personen, die zum Haushaltseinkommen beitragen, und Haushaltsgröße – 2004

Westdeutschland				Ostdeutschland				
Einper- sonen- haushalt	Zweiper- sonen- haushalt	Mehrper- sonen- haushalt		Einkommensbezieher		Einper- sonen- haushalt	Zweiper- sonen- haushalt	Mehrper- sonen- haushalt
25	10	10	45	ein Einkommensbezieher	38	25	6	7
100	25	29				100	17	19
-	30	18	48	zwei Einkommensbezieher	50	-	31	20
-	75	53				-	83	51
-	-	6	6	mind. drei Einkommensbezieher	11	-	-	11
-	-	18				-	-	30
25	40	35	100	Φ	100	25	37	38

in % aller Befragten sowie in % der X-personenhaushalte
 Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

„Kompensation“ könnte die vergleichbare Beurteilung der wirtschaftlichen Lage erklären. Allerdings ist diese Tendenz der Mehrfachbeschäftigung im Osten eher rückläufig.

Hoffnungen und Befürchtungen stellen neben den positiven wie negativen emotionalen Lebensbefindlichkeiten und den kognitiven Bewertungen spezifischer Lebensumstände eine *eigenständige Komponente der Wahrnehmung von Lebensqualität* dar. Deshalb erscheint es sinnvoll, zentrale Lebensbedingungen auch in ihrer zeitlichen Perspektivität einschätzen zu lassen. In einem Trenddesign kann solches nur in der Form von *Retro- und Prospektion* geschehen. Für die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage wurden 2003 die Befragten um Angaben dazu gebeten, ob sich ihre wirtschaftliche Lage in den letzten fünf Jahren verbessert oder verschlechtert hat und wie ihre Erwartungen für die nächsten fünf Jahre sind.

Retrospektiven wie Prospektiven von West- und Ostbefragten zeigen insofern gewisse Ähnlichkeiten, als jeweils die Gruppe derjenigen überwiegt, die für sich persönlich eher keine Veränderung sieht bzw. erwartet (Abb. 5.6 und 5.7). Ebenso ist der Anteil derjenigen, die ihre Lage heute vergleichsweise besser einschätzen als früher, und derer, die zukünftige Verbesserungen erwarten, jeweils kleiner als der Anteil derer, die Verschlechterungen konstatieren oder erwarten. Allerdings liegen die Negativeinschätzungen im Osten stets bedeutsam höher als im Westen: Man schätzt die persönliche

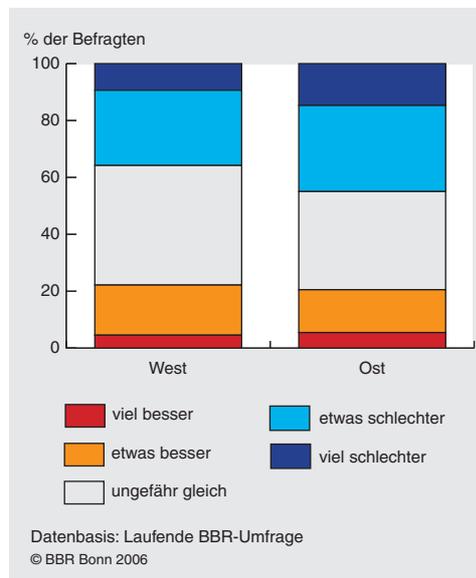


Abbildung 5.6
 Retrospektion: Vergleich der persönlichen wirtschaftlichen Lage 2003 mit 1998

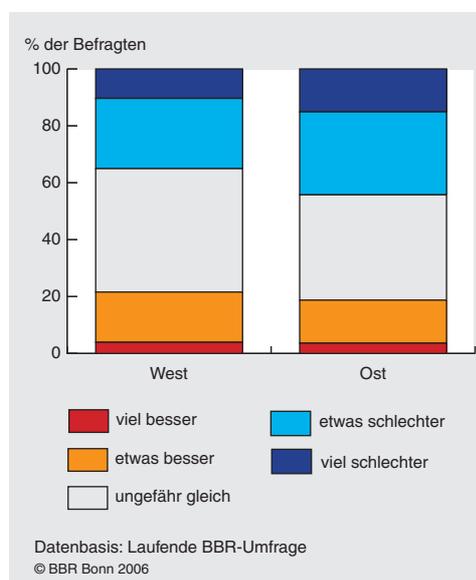


Abbildung 5.7
 Prospektion: Vergleich der persönlichen wirtschaftlichen Lage 2008 mit 2003

Tabelle 5.2
Zusammenhang von Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Lage im Jahr 2003 mit diesbezüglicher Retrospektion – 2003

Westdeutschland			Ostdeutschland					
heute gut	heute teil/teils	heute schlecht	heute im Vergleich ... als vor fünf Jahren	heute gut	heute teil/teils	heute schlecht		
12	7	3	22	besser	20	12	7	2
26	19	19				28	17	11
26	14	2	42	genau so	35	19	13	3
55	36	15				45	30	18
9	18	10	36	schlechter	45	11	22	12
19	46	63				26	54	75
47	38	15	100	Φ	100	43	41	16

in % aller Befragten sowie in % der heutigen Selbsteinschätzung

Entwicklung schlechter ein und erwartet sich von der Zukunft weniger. Dagegen ist der Anteil derer kleiner, die keine Veränderungen erfahren haben oder künftig erwarten.

Obwohl methodologisch nicht zu erwarten, erscheinen die Retrospektionen mit den vorliegenden Trenddaten in etwa übereinzustimmen, denn 1998 lagen die positiven Einschätzungen der persönlichen wirtschaftlichen Lage anteilmäßig höher als 2003 – in der Zeitreihe für Westdeutschland um zehn Prozentpunkte und für Ostdeutschland um elf Prozentpunkte (vgl. Abb. 5.1). Zugleich gaben im Zeitreihenvergleich im Westen 2003 15 % statt 1998 7 % an, dass es ihnen persönlich schlecht gehe und im Osten waren es 16 % statt 10 %. Grob überschlagen lässt sich aus der Summe der Zeitreihendifferenzen derjenigen, die ihre Lage nicht mehr gut einschätzen, und derjenigen, die ihre Lage schlecht einschätzen, auf eine Größenordnung zwischen 15 % und 20 % der Bevölkerung schließen, die von negativen ökonomischen Veränderungen im persönlichen Bereich betroffen sind. Die ver-

gleichbaren Differenzen der retrospektiven Urteile im Jahr 2003 zeigen, dass 14 % der Befragten im Westen und 25 % im Osten aus der aktuellen Situation heraus wahrgenommene Verschlechterungen der persönlichen wirtschaftlichen Lage angeben. Methodologisch ist dabei zu berücksichtigen, dass bei Retrospektiv- und Prospektivfragen immer der Vergleich zu heute mit einfließt! Solches erzeugt i. d. R. größere Unterschiede als in einem echten Längsschnittdesign, bei dem die echten Einschätzungsänderungen eher geringer ausfallen. Die mit der Retrospektion aufgezeigte deutlichere Verschlechterung der persönlichen wirtschaftlichen Lage ostdeutscher Haushalte könnte also auf knappere Ressourcen dort verweisen, die es nicht erlauben, vorübergehende Geldknappheit zu überbrücken. Ohne dies hier weiter ausloten zu können ist festzustellen, dass bei dem Vergleich des Trends und der Retrospektion – methodologisch unerwartet – mehr als nur die Richtung übereinstimmt. Jenseits dieser Stimmigkeit sind noch weitere konkrete Bezüge herstellbar: Vielschichtiger werden die Bilder nämlich,

Tabelle 5.3
Zusammenhang von Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Lage im Jahr 2003 mit diesbezüglicher Prospektion – 2003

Westdeutschland			Ostdeutschland					
heute gut	heute teil/teils	heute schlecht	im Vergleich zu heute in fünf Jahren ...	heute gut	heute teil/teils	heute schlecht		
8	9	4	22	besser	19	7	8	4
17	24	30				16	19	24
27	14	3	43	genau so	37	21	13	3
57	36	22				48	32	20
13	16	7	35	schlechter	44	15	20	9
27	41	48				35	49	58
47	38	15	100	Φ	100	43	41	16

in % aller Befragten sowie in % der heutigen Selbsteinschätzung

wenn man die retrospektiven und prospektiven Einschätzungen mit der Einschätzung der aktuellen Lage in Beziehung setzt:

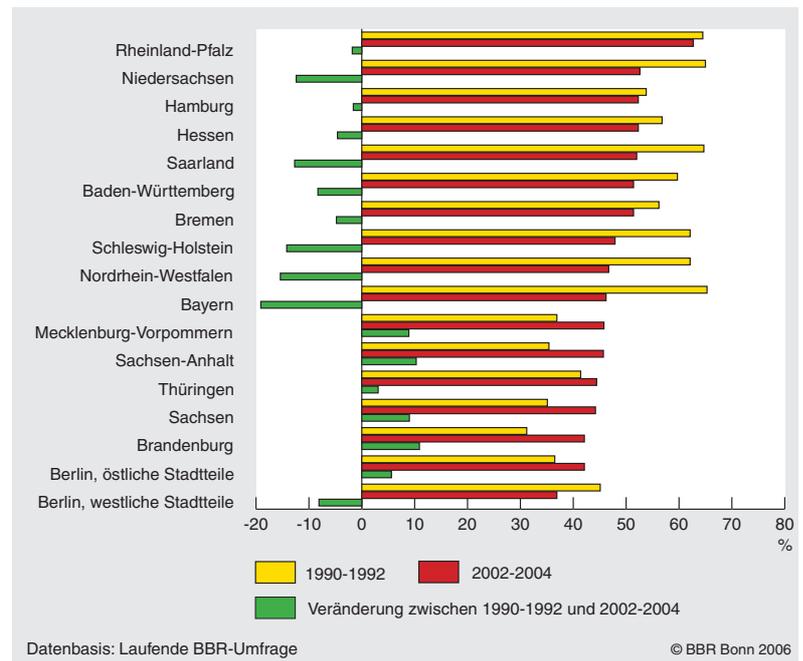
Was den Vergleich der heutigen Situation mit der vor fünf Jahren angeht, so ergibt sich, dass im Westen ein Viertel der Befragten meint, heute genau wie vor fünf Jahren eine gute wirtschaftliche Lage zu haben. Diese Haushaltsgruppe führt im Westen die Rangfolge an. Im Osten wird die Rangfolge von einer ähnlich großen Haushaltsgruppe angeführt, denen es heute nur noch „teils, teils“ geht und die sich in den letzten fünf Jahren wirtschaftlich verschlechtert haben. Auf den beiden letzten Rangplätzen stehen in West wie in Ost diejenigen Haushalte, denen es heute schlecht geht – ohne dass sich ihre wirtschaftliche Lage in der Selbstwahrnehmung verschlechtert hätte.

Die Tabelle 5.3 zeigt nun die entsprechenden Zusammenhänge von gegenwärtiger Einschätzung und Zukunftsschau. Auf Rangplatz 1 liegen in Ost und West diejenigen, denen es heute gut geht und die für die nächste Zukunft keine Änderung erwarten. Das ist im Westen ein Viertel, im Osten ein Fünftel der Befragten. Schlusslicht bilden in West und Ost wiederum diejenigen, denen es heute nicht gut geht und die für die Zukunft keine Änderungen erwarten. Bedenklich stimmt die relativ große Gruppen von Befragten, denen es heute nach eigener Einschätzung wirtschaftlich schlecht geht und die meinen, dass es ihnen in fünf Jahren noch schlechter gehen wird. Dies betrifft im Westen immerhin 7 %, im Osten 9 % der Befragten.

Die objektiven regionalen Unterschiede zeigen sich erwartungsgemäß³⁵ auch an den subjektiven Wahrnehmungen. Wird im Weiteren die Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Lage *nach Bundesländern* differenziert (Abb. 5.8), zeigen sich nicht nur Unterschiede zwischen den aktuellen Beurteilungen in den Ländern, sondern auch aufschlussreiche Differenzen im Vergleich zu den Einschätzungen, die zu Beginn der 1990er Jahre abgegeben wurden.

Wie oben bereits berichtet, beträgt der Unterschied zwischen West und Ost in der aktuellen Umfrage nur noch drei Prozentpunkte. Ordnet man die Anteile der positiven Einschätzungen im Durchschnitt der Jahre 2002 bis 2004 der Größe nach, zeigt sich das immer noch wahrnehmbare

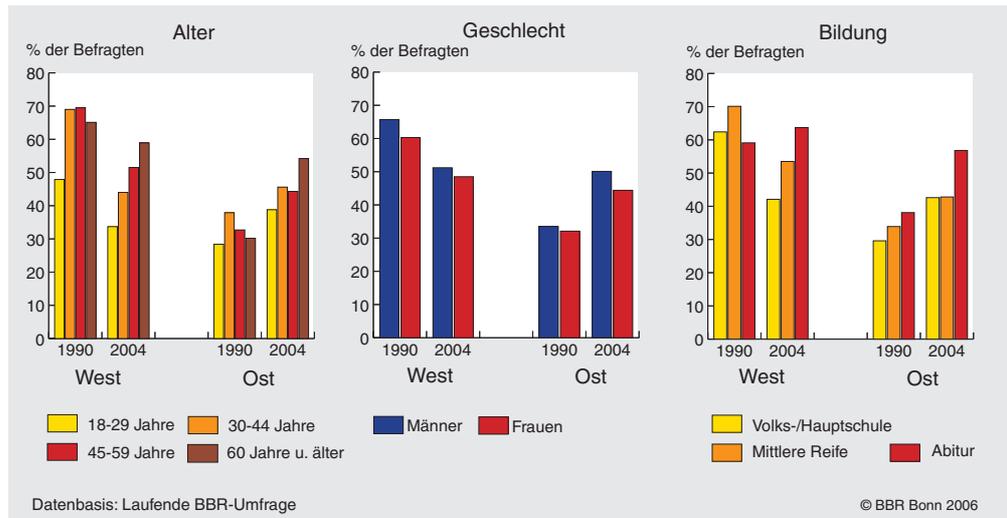
Abbildung 5.8
Beurteilung der persönlichen wirtschaftlichen Lage als gut nach Ländern – Vergleich der Durchschnitte 1990 bis 1992 mit 2002 bis 2004



West-Ost-Gefälle jedoch deutlich. Einzige Ausnahme bilden die Westberliner Stadtteile, für die die dort Befragten bezüglich der Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Lage die wenigsten positiven Urteile abgeben.

Als Ausdruck der Angleichung der subjektiv wahrgenommenen wirtschaftlichen Lebensbedingungen bzw. der diesbezüglichen Annäherung von West und Ost ist zugleich zu werten, dass sich die Spannweite zwischen dem Land mit dem höchsten Zufriedenheitsanteil und dem Land mit dem geringsten Anteil seit der Wende von 34 Prozentpunkten (1990 bis 1992: Bayern 65 %, Brandenburg 31 %) auf 26 Prozentpunkte (2002 bis 2004: Rheinland-Pfalz 63 %, Berlin-West 37 %) verringert hat. Diese Annäherung ergibt sich daraus, dass die Anteile von Befragten mit positiver Einschätzung im Osten gestiegen und im Westen zurückgegangen sind. Diese Aussage gilt wiederum konsequent für alle Bundesländer im jeweiligen Landesteil. Zu bemerken ist außerdem, dass vor allem westdeutsche Länder mit hohen positiven Einschätzungen zur Wendezeit bis 2002/04 hohe Anteile abgegeben und andererseits ostdeutsche Länder mit ehemals geringen positiven Anteilen größere Zuwächse erfahren haben. Kurz: Den Menschen in den westdeutschen

Abbildung 5.9
Beurteilung der persönlichen
wirtschaftlichen Lage als
gut nach Alter, Geschlecht
und Schulbildung –
1990 und 2004



Ländern geht es trotz negativer Entwicklungen nach wie vor ökonomisch besser als denen in Ostdeutschland – den Menschen in den ostdeutschen Ländern geht es trotz positiver Entwicklungen nach wie vor ökonomisch schlechter als denen in Westdeutschland; eine Annäherung der Lebensverhältnisse ist deutlich festzustellen (vgl. auch Böltken 2000 b).

Für diese Ergebnisse sind verschiedene Lesarten möglich: Zum einen gab es direkt nach der Wende in Ostdeutschland ein ausgeprägtes Defizitempfinden, was die ökonomische Leistungsfähigkeit der bisherigen Gesellschaft betraf, verknüpft mit der alltäglichen Erfahrung, dass das zu DDR-Zeiten erworbene Wissen großenteils nicht wertgeschätzt wurde. Zur gleichen Zeit erzeugte die Wende in den meisten westdeutschen Ländern eine ökonomische Aufbruchstimmung. Beides dürfte sich jeweils auch auf die Einschätzungen der persönlichen wirtschaftlichen Lage ausgewirkt haben.³⁶ Inzwischen haben sich die objektiven Bedingungen faktisch angeglichen, ohne ein gleiches Chancenniveau erreicht zu haben. Zum anderen ist zu bedenken, dass es in der Zwischenzeit innerhalb der deutschen Grenzen massive Wanderungsbewegungen gab. Durch das Kennenlernen anderer Lebensumstände und auch den dadurch ermöglichten Vergleich haben sich die Urteile zumindest zu einem Teil angleichen können. Weiterhin ist auf den (möglicherweise dahinter stehenden) sozialpsychologischen Effekt zu verweisen, dass Menschen in ihren Selbstbildern versuchen, Dissonanz zu reduzieren, so dass sich in der Folge gerade bei der Wahrnehmung großer Unterschie-

de die zunächst divergierenden Urteile auf eine angenommene Mitte hin verändern. Und schließlich sollte nicht ausgeschlossen werden, dass sich die Lebensbedingungen genau so verändert haben, wie es die Befragten mit ihren Beschreibungen in großer Differenziertheit aufzeigen.

Vergleicht man für die Analyse dieser Frage abschließend die Anteile der ihre wirtschaftliche Lage als positiv einschätzenden nach den demographischen Merkmalen *Alter, Geschlecht und Bildung* (Abb. 5.9), so zeigt sich, dass der soeben als eine Interpretationsmöglichkeit beschriebene Trend der Regression zur Mitte zwischen ehemals West und Ost – durch den Rückgang der Anteile West und das Ansteigen der Anteile Ost – von allen Altersgruppen, von Männern wie von Frauen und von fast allen Bildungsmilieus (Ausnahme: Abiturienten West) mitgetragen wird, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß.

Aktuell schätzen in West und Ost die jungen Erwachsenen unter 30 Jahren, die sich noch am Beginn ihrer beruflichen Karriere befinden, ihre wirtschaftliche Lage nur zu vergleichsweise geringen Anteilen als positiv ein. Die Generation der Rentnerinnen und Rentner erreicht die höchsten Anteile positiver Einschätzungen – wobei nach der Wende insbesondere die Ruheständler im Osten den Ertrag ihrer durchschnittlich zahlreichen Arbeitsjahre im bundesdeutschen Rentensystem zu schätzen wissen. Der Zusammenhang von einer besseren Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage mit zunehmendem Alter wird nur von der Gruppe der 45- bis 59-Jährigen im Os-

ten unterbrochen, die sich heute als „die Verlierer der Einheit“ sieht.

Tendenziell schätzen die Männer ihre wirtschaftliche Lage leicht besser ein als die Frauen. Statistisch bedeutsam erscheint allerdings nur die Differenz zwischen den Frauen im Westen und im Osten. Hier liegen die Frauen in Ostdeutschland vier Prozentpunkte hinter denen im Westen zurück, was angesichts ihrer nach wie vor höheren Beschäftigtenanteile bemerkenswert ist (2004: Ost 48 %, West 40 %).

Wie Abbildung 5.9 auch belegt, scheint sich eine hohe Schulbildung aktuell auszuzahlen – Bildung erscheint also als eine vernünftige Investition. Allerdings ist auch festzustellen, dass sich die allgemein schwierige wirtschaftliche Lage für Nichtabiturienten in Westdeutschland in schlechteren Einschätzungen als 14 Jahre zuvor niederschlägt. In den ostdeutschen Ländern fällt auf, dass Befragte aller Schulabschlüsse ihre Lage aktuell besser als zu Beginn der 1990er Jahre sehen. Jedoch schätzt hier nur die ehemals zahlenmäßig geringe Bildungselite³⁷ – eventuell verstärkt durch gut qualifizierte Zuwandernde höheren Alters und trotz der hohen Abwanderungsquoten jüngerer, gut ausgebildeter Menschen³⁸ – die eigene wirtschaftliche Lage dort aktuell mehrheitlich als gut ein.

Einschätzungen der Arbeitsplatzsicherheit

Neben der Arbeitslosigkeit ist die Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes eine existenzbedrohende Sorge, die die Lebensqualität und Verhaltensoptionen beeinflusst. Deshalb wird von den Erwerbstätigen jedes Jahr erfragt, wie sie die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes auf einer vierstufigen Skala einschätzen. 1990 betrug der Anteil der Erwerbstätigen im Westen, die mit „sehr sicher“ oder „eher sicher“ antworteten, 93 %, im Osten waren es unmittelbar nach dem Beitritt nur 43 %. Ähnlich wie bei der Beurteilung der persönlichen wirtschaftlichen Lage näherten sich die Entwicklungen in West und Ost über die Jahre an und erreichten 2004 im Westen knapp 76 %, im Osten 66 %. Die Prozentpunktdifferenz hat sich hier so deutlich wie bei kaum einem anderen Merkmal verringert (von 50

Abbildung 5.10
Einschätzung der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes – 1990 bis 2004

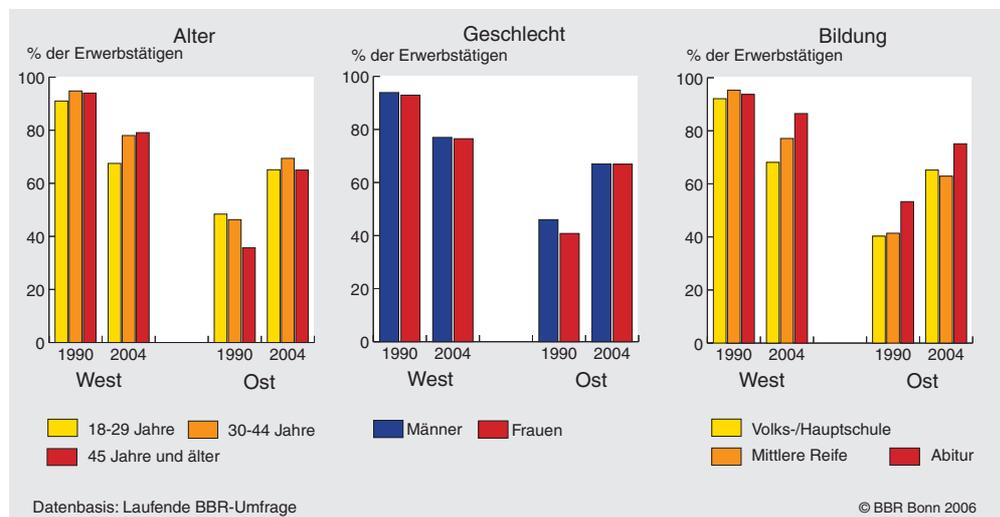
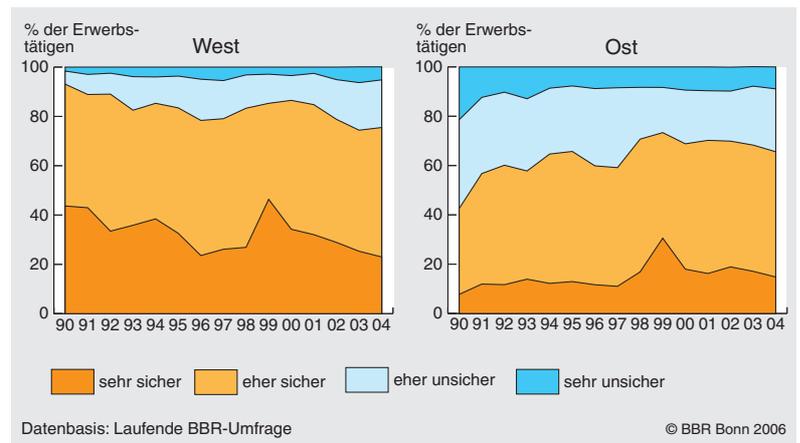


Abbildung 5.11
Einschätzung des eigenen Arbeitsplatzes als sicher nach Alter, Geschlecht und Schulbildung – 1990 und 2004

auf 10 Prozentpunkte), kam aber leider nicht nur durch Konsolidierungsprozesse im Osten zustande, sondern in großem Maße durch den Beginn einer unsicherer werdenden Epoche im Westen (vgl. auch Böltken 2000b). Letzteres zeigt sich u.a. daran, dass im Westen hauptsächlich der Anteil der mit „sehr sicher“ Antwortenden stark zurückging. Außerdem darf nicht außer Acht gelassen werden, dass im Betrachtungszeitraum die Zahl der Erwerbstätigen stetig zurückging, unsichere Arbeitsplätze also bereits weggefallen sind. Der Anteil der Erwerbstätigen in der BBR-Umfrage betrug 1990 im Westen 47 % und im Osten 63 % – heute werden nur noch Werte von 42 % bzw. 51 % erreicht.³⁹

Entsprechende Entwicklungen zeigen sich auch beim Vergleich nach *Alter, Geschlecht und Bildung* (Abb. 5.11). Den größten Anteil sicherer Arbeitsplätze haben heute im Westen laut eigener Einschätzung die über 45-Jährigen, im Osten die 30- bis 44-Jährigen. Dieses Bild wurde auch bei der positiven Einschätzung der wirtschaftlichen Lage gezeichnet. In Ostdeutschland sind seit der Wende die Anteile derer mit sicheren bzw. eher sicheren Arbeitsplätzen in allen Altersgruppen deutlich gestiegen (18- bis 29-Jährige: +17 Prozentpunkte, 30- bis 44-Jährige: +23 Prozentpunkte, 45-Jährige und Ältere:

+29 Prozentpunkte) – wobei zu bedenken ist, dass die damals ihre Arbeitsplatzsituation eher pessimistisch einschätzenden über 45-Jährigen inzwischen nur noch in Ausnahmefällen zu den Erwerbspersonen zählen dürften. Die Arbeitsplatzbeurteilungen der drei ostdeutschen Altersgruppen haben sich dabei stark angeglichen; sie sind heute ähnlich hoch wie die der jüngeren Westdeutschen, die sich heute ihres Arbeitsplatzes wesentlich weniger sicher sind als noch vor 15 Jahren (fast 24 Prozentpunkte weniger als 1990).

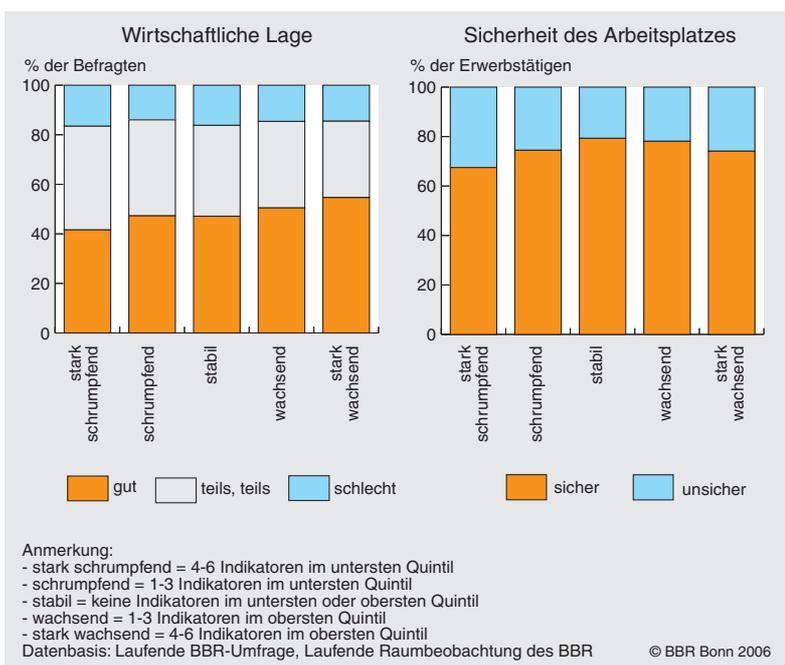
In der aktuellen Umfrage zeigt sich hinsichtlich der Einschätzung der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes kein Unterschied zwischen Männern und Frauen, wobei es auch 1990 nur eine schwache Differenz zu Lasten der Frauen im Osten gab. Die heutige Ausgeglichenheit der Urteile in Ostdeutschland passt zu der objektiven Entwicklung: Von 1991 bis 2001 lag dort die Arbeitslosenquote bei den Frauen teilweise erheblich höher als bei den Männern.⁴⁰ Seit 2002 hat sich dieses Verhältnis jedoch gewandelt: 2004 waren 19,8 % der weiblichen und 21,4 % der männlichen abhängig beschäftigten zivilen Erwerbspersonen in Ostdeutschland arbeitslos (im Westen 8,4 % bzw. 10,3 %).

Verglichen nach der Schulbildung liegen – wie bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage – im Jahr 2004 die Abiturientinnen und Abiturienten mit ihrer Beurteilung der Sicherheit ihres Arbeitsplatzes vorn. Am wenigsten sicher schätzen im Westen die Haupt- und früheren Volksschüler ihre Arbeitsplätze ein, im Osten die Befragten mit mittlerer Reife. Im Westen fällt außerdem auf, dass sich die zu Wendezeiten relativ ausgeglichenen Anteile zwischen den Schulbildungsabschlüssen dahingehend verändert haben, dass die Bildungsleiter heute deutlich ausgeprägt ist.

Abbildung 5.12 stellt abschließend die Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Lage sowie der Sicherheit des Arbeitsplatzes in *wachsenden und schrumpfenden Gemeinden* Deutschlands gegenüber:

Hinsichtlich der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage steigt erwartungsgemäß der Anteil der Befragten, die ihre Lage als gut empfinden, mit Abnahme der negativen und Zunahme der positiven Indikatoren. In den stark schrumpfenden Gemeinden beträgt dieser Anteil im Durchschnitt der Jahre 2002 bis 2004 42 % und wächst auf 55 %

Abbildung 5.12
Beurteilung der persönlichen wirtschaftlichen Lage und Einschätzung der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes in wachsenden und schrumpfenden Gemeinden – Durchschnitt 2002 bis 2004



in den stark wachsenden Gemeinden. Dem entsprechend ändert sich der Anteil derer, die ihre wirtschaftliche Lage uneindeutig einschätzen, während der Anteil der Befragten mit schlechter wirtschaftlicher Lage in allen Gemeinden – im Durchschnitt gesehen – nahezu konstant ist. Die Entwicklungschancen der Kommunen – in Form von Bevölkerungswachstum, Wanderungsgewinnen, Wirtschaftswachstum, niedriger Arbeitslosigkeit, ausreichenden Steuereinnahmen und/oder einer angemessenen Kaufkraft – und die positive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage ihrer Bürger hängen also zusammen, zumindest gilt dies für die Extremfälle.

Etwas anders zeigt sich der Zusammenhang zwischen Schrumpfung bzw. Wachstum der Gemeinden und der beurteilten Sicherheit des Arbeitsplatzes: In den stark schrumpfenden Gemeinden Deutschlands gehen im Vergleich die wenigsten befragten Erwerbstätigen davon aus, dass ihr Arbeitsplatz sicher ist (67 %). Am sichersten erscheinen die Arbeitsplätze in den stabilen Gemeinden ohne nennenswerte Entwicklungsimpulse (79 %), während in den prosperierenden, stark wachsenden Gemeinden der Anteil derer, die ihr Beschäftigungsverhältnisse für sicher halten, wieder leicht absinkt (74 %). Ursache ist möglicherweise eine höhere Dynamik des Arbeitsmarkts in diesen Gemeinden, die von den Arbeitskräften vor Ort eine größere Flexibilität erfordert.

Da eingangs aufgezeigt wurde, dass der Anteil der Befragten mit positiver Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage in Westdeutschland um einige Prozentpunkte über der des Ostens liegt, sei noch ein Blick darauf geworfen, wie sich die Befragten in wachsenden und schrumpfenden Gemeinden auf die alten und neuen Länder verteilen (Abb. 5.13). Hier zeigt sich nun in der Tat ein höchst unterschiedliches Bild: Während im Westen 64 % der Gemeinden nach der vorliegenden Charakterisierung als wachsend zu bezeichnen sind, sind es im Osten nur 3 %. Dagegen beträgt das Verhältnis schrumpfender Gemeinden 22 % im Westen zu 95 % im Osten. Leider muss hier wegen der teilweise extrem schwachen Besetzung der diesbezüglichen Fallgruppen eine weitere Analyse der Indikatoren „Wirtschaftliche Lage“ und „Sicherheit des Arbeitsplatzes“ nach West und Ost jedoch unterbleiben.

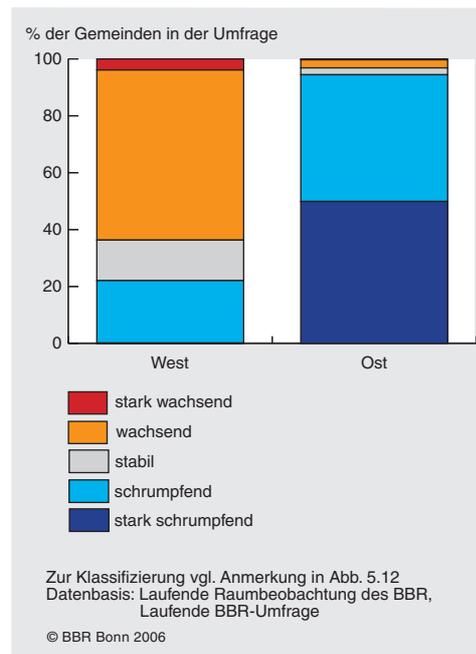


Abbildung 5.13
Anteile der Befragten in wachsenden und schrumpfenden Gemeinden in West- und Ostdeutschland

Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit

Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kämpft(e) die (Alte) Frauenbewegung in europäischen Bürgergesellschaften darum, ihren Anteil an den Versprechungen der bürgerlichen Revolutionen zu erhalten. Dabei ging es von Anfang an auch um solch konkrete Anliegen wie Arbeitsschutz, (Hoch-)Schulbildung und Zugang zu Ausbildungsberufen. Für die zentraleuropäischen Länder kann diesbezüglich seit kurzem festgestellt werden, dass sich dort in nahezu allen öffentlichen Bereichen geschlechtsneutrale Regelungen durchgesetzt haben und die Qualifikation der Frauen denen der Männer in nichts nachsteht. Trotzdem ist soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern nach wie vor ein wesentliches Charakteristikum der Sozialstruktur moderner Gesellschaften (vgl. Geißler 2002, S. 365–400). Dies beruht insbesondere auf der *geschlechtlichen Arbeitsteilung*, die sich mit dem Aufstieg des Bürgertums, der Industrialisierung und der Entzauberung des Lebens durch Wissenschaft vor allem *räumlich* neu gestaltet hat. Männern und Frauen sind so nicht nur unterschiedliche Tätigkeiten, sondern auch jeweils spezifische Orte und verschiedene Zeitrhythmen im gesellschaftlichen System zugeordnet – sie wurden von diesen u. a. als Teil ihrer Geschlechtsrollen internalisiert. Auf der

Ebene gesellschaftlicher Normen und Werte ist vor allem die Verknüpfung der geschlechtstypischen mit einer hierarchischen Ordnung problematisch, und auf der Ebene des Staatshaushalts wirken sich in modernen prosperierenden Gesellschaften u. a. die geringe raumzeitliche Flexibilität und die Unterausschöpfung der intellektuellen Ressourcen hemmend aus, wenn gut ausgebildete Frauen nach wie vor aus Führungspositionen ferngehalten werden. Inzwischen zählt deshalb die „Feminisierung der Arbeitswelt“ als „eine der größten sozialen Veränderungen am Ende des 20. Jahrhunderts“ (Maruani 2002, S. 25). Die Übernahme des als gesellschaftliche Norm gesetzten männlichen Lebensentwurfs durch Frauen – was das Primat der Erwerbsarbeit im Vergleich zu anderen Arbeitsorganisationen ausbaute und weitgehend die Bedingung für die erfolgte „Gleichstellung“ darstellte – hat in den vergangenen Jahrzehnten jedoch in allen modernen Gesellschaften zu so niedrigen Geburtenraten geführt, dass die daraus resultierende demographische Entwicklung zusätzliche Probleme aufwirft.

Im politischen Sprachgebrauch wie im alltäglichen lebensweltlichen Zusammenhang stellt sich dies als sog. *Vereinbarkeitsproblem* dar: In zunehmendem Maße sehen sich nicht nur Frauen, sondern auch Männer gezwungen, Familienleben und Erwerbsarbeit „unter einen Hut zu bringen“. Insbesondere Frauen wollen – auch wenn sie sich für Kinder entschieden haben – ihren Beruf nicht aufgeben. Solches verweist nicht – wie häufig unterstellt – auf „egoistische Selbstverwirklichung“, sondern beruht auf der Antizipation der sehr realen Notwendigkeit, in individualisierten modernen Gesellschaften unabhängig von traditionellen familiären Unterstützungsformen für sich selbst sorgen zu müssen. Ein Beleg dafür ist die Tatsache, dass auch in Deutschland Armut mehrheitlich weiblich ist. Der gesellschaftliche Wandel des Geschlechterverhältnisses hat zwar auch dazu geführt, dass sich in der Generation der heute unter 40-Jährigen ein erkennbarer Teil der Familienväter aktiv an der Betreuung ihrer Kinder beteiligt – sei es durch Inanspruchnahme eines Teils der Elternzeit, durch Teilzeitbeschäftigung oder Telearbeit. Dennoch steht für die meisten Darstellungen außer Frage, dass die „Doppelbelastung“ Beruf und Kinder mit vielfältigen Schwierigkeiten verbun-

den ist, die nach wie vor zunächst Frauen betreffen und sich zudem mit bestimmten Haushaltsmerkmalen⁴¹ verbinden.

Dieses Problem kann mit einigen empirischen Befunden der BBR-Umfrage untersucht werden. In den Jahren 1997, 1998, 2003 und 2004 wurde in der BBR-Umfrage den Erwerbstätigen die folgende Frage gestellt: „Die Arbeitszeit im Beruf lässt sich nicht immer ganz einfach mit Aufgaben in der Familie oder im Haushalt vereinbaren. Ist das für Sie persönlich ein Problem?“ Fast gleichermaßen in West und Ost bejahte ein Fünftel der befragten Erwerbstätigen diese Frage – der Anteil der Frauen liegt hierbei leicht über dem der Männer. Da von einer echten Doppelbelastung jedoch nur gesprochen werden kann, wenn im Haushalt auch minderjährige Kinder leben, beziehen sich die folgenden Ausführungen nur noch auf diese Haushaltsgruppe. In Abbildung 5.14 sind die Antworten der erwerbstätigen Befragten mit Kindern unter 18 Jahren und differenziert nach verschiedenen Haushaltscharakteristika zusammengestellt.

Für diese Haushalte macht sich das Vereinbarkeitsproblem in West und Ost auf vergleichbarem Niveau bemerkbar (West 28 % und Ost 29 % im Durchschnitt der betrachteten vier Jahre). Statistisch signifikante Geschlechterunterschiede finden sich in dieser Gesamtschau nur im Westen, wo die Frauen mit 30 % vier Prozentpunkte über den Männern liegen. Einige Faktoren wirken jedoch in Ost- wie Westdeutschland gleichermaßen entscheidend darauf ein, wie es Frauen und Männern gelingt, Beruf und Familie zu vereinbaren:

- Muss man die Alltagsprobleme nicht allein bewältigen und hat eine Partnerin oder einen Partner (Ehepartner oder Lebensgefährten) an der Seite, verteilen sich die Lasten auf mehrere Schultern. Dann erscheint auch die Vereinbarung von Beruf und Familie weniger problematisch. Dies zeigt sich insbesondere in Westdeutschland, wo 40 % der befragten *allein erziehenden Mütter*⁴², jedoch nur 26% der Befragten mit Partnerin oder Partner Probleme angeben. In Ostdeutschland hat diese unterschiedliche Lebensform keinen statistisch signifikanten Einfluss auf die mit dieser Frage angesprochene Vereinbarkeit.

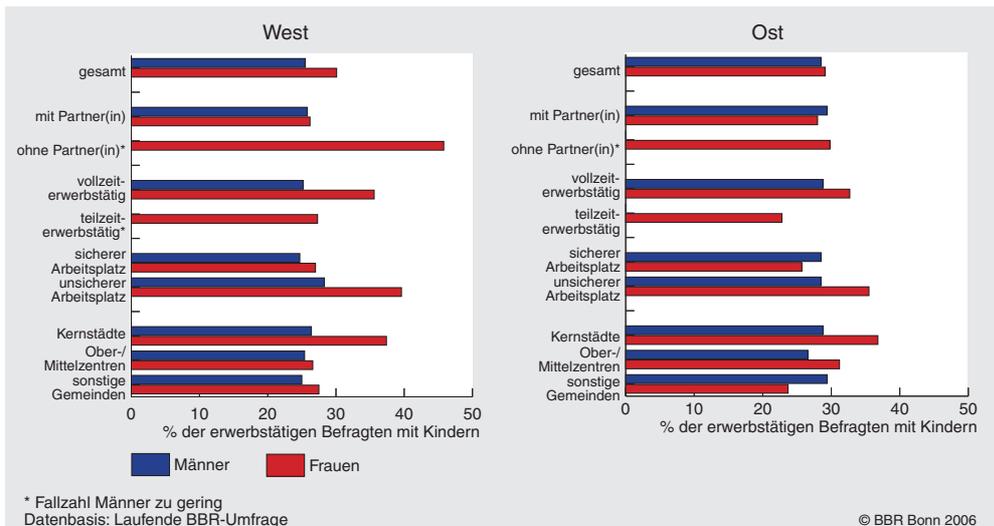


Abbildung 5.14
Probleme der Vereinbarkeit
von Beruf und Familie nach
Familienform, Erwerbsstatus
und Gemeindetyp – Durch-
schnitt 1997, 1998, 2003,
2004

- Teilzeitbeschäftigung ist nach wie vor die Domäne der Frauen – Männer arbeiten nur zu 3 % (West) bzw. 2 % (Ost) mit reduzierter Arbeitszeit. Weiterhin sind auch noch mehr als ein Jahrzehnt nach der Wende die Unterschiede im ehemals gesellschaftlich erwünschten Erwerbsverhalten der Frauen in West und Ost erkennbar: Im Westen ist nur ein Drittel der Frauen vollzeit berufstätig, im Osten ist dieser Anteil doppelt so hoch⁴³. *Teilzeitbeschäftigung* lindert – z. B. bei fehlender Kinderbetreuungsinfrastruktur oder schlecht zu vereinbarenden individuellen Ansprüchen und/oder Verhaltensweisen – in erheblichem Maße die Probleme bei der Vereinbarung von Beruf und Familie: Der Anteil der Probleme beschreibenden Frauen mit Teilzeitbeschäftigung liegt im Westen elf Prozentpunkte und im Osten zehn Prozentpunkte unter dem Anteil vollzeitbeschäftigter Frauen.
- Meint man, einen *unsicheren Arbeitsplatz* zu haben, hält man auch die Vereinbarung von Beruf und Familie für problematischer. Dies ist bei den Frauen deutlicher ausgeprägt als bei den Männern.⁴⁴ Die West-Ost-Unterschiede sind vergleichsweise gering. So geben 40 % der Frauen in Westdeutschland und 36 % der Frauen in Ostdeutschland aufgrund eines unsicheren Arbeitsplatzes Probleme mit der Vereinbarkeit an.
- Sind die *Wege zu Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen* kurz, bringt dies zumindest Zeiteinsparungen für den begleitenden Elternteil. In der BBR-Umfrage wurde 2003 u. a. gefragt, ob man im

Wohngebiet fußläufig eine Kindertagesstätte bzw. die Schule erreichen könne. Die Erreichbarkeit dieser Einrichtungen verbessert jedoch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in geringerem Ausmaß als vielleicht vermutet: im Westen um einen Prozentpunkt, im Osten um zwei Prozentpunkte. Beidem Aspekt ist jedoch die geringe Fallzahl zu bedenken, da die Frage nur in einem Jahr gestellt wurde. Außerdem kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden, ob die erreichbaren Betreuungsplätze auch wirklich zur Verfügung stehen und ob ihre Qualität z. B. hinsichtlich der Öffnungszeiten geeignet ist, die Familien wirksam zu entlasten.

- Die Tatsache, dass einige Umstände, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie negativ beeinflussen, oftmals gebündelt vorkommen und sich in manchen Gebieten häufen, führt letztendlich auch zu einer unterschiedlichen Problemkonstellation *im regionalen Kontext*: In den Kernstädten – im Osten zusätzlich in den Ober- und Mittelzentren – liegt der Anteil der befragten Frauen, die die Vereinbarung von Beruf und Familie für problematisch halten, über 30 %. Dies erklärt sich zumindest teilweise aus einem in den (Groß-)Städten erhöhten Anteil von (ökonomisch notwendiger) Vollzeitbeschäftigung, von mehr unsicheren Arbeitsplätzen und einer größeren Zahl von Alleinerziehenden. Inwiefern städtische Struktur und urbaner Lebensstil mit Familienleben positiv und/oder negativ korrespondieren, kann hier jedoch nicht weiter verfolgt werden – ist aber weitere Analysen wert.

6

Mobilität – oder: Die räumliche Vernetzung der Lebenswelt

Der Begriff der Mobilität bezieht alle Aspekte menschlicher Bewegungen in einer Gesellschaft ein. Unterschieden werden dabei meist soziale Mobilität (der Wechsel von Personen zwischen sozialen Positionen wie z. B. Berufsgruppen oder Milieus) und räumliche Mobilität (von kurzfristigen Ortswechseln bis zu nachhaltigen Wanderungen). In diesem Kapitel soll es im Wesentlichen um verschiedene Aspekte räumlicher Mobilität gehen. Dazu gehören das tägliche berufliche Pendeln, das häufig aufgrund familiärer Bindungen und Arrangements unvermeidbar ist, ebenso wie Umzüge in derselben oder in eine andere Gemeinde. Dabei wird es um berichtetes Verhalten und Verhaltensabsichten gehen sowie um räumliche Orientierungen und Präferenzen, die diesen zugrunde liegen (s. a. Kap. 4 mit Fokus auf der ethnisch differenzierten Siedlungsstruktur).

Der Weg zur Arbeitsstelle

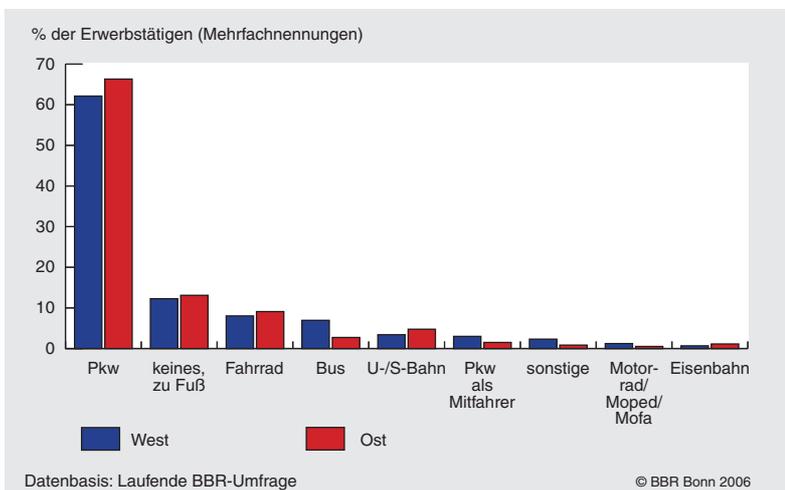
Große Verkehrsströme entstehen jeden Tag, weil Erwerbstätige ihren Arbeitsplatz erreichen müssen – oft über große Distanzen hinweg. Lange Arbeitswege gestatten die

Beibehaltung des bisherigen Wohnstandorts auch bei weiter entfernten Arbeitsplätzen und stellen insofern ein Element der vielfach geforderten und notwendigen Flexibilität dar. In Haushalten mit mehreren Erwerbstätigen ist dies unverzichtbar und bildet häufig einen Aspekt der Vereinbarkeit von Beruf und Kindern. Lange Arbeitswege haben aber auch negative Auswirkungen auf Pendlerinnen und Pendler, denn sie verursachen Kosten und binden Zeit. Auch die Regionen sind betroffen, da die morgendlichen und abendlichen Verkehrswellen Lärm- und Luftbelastungen mit sich bringen und die Verkehrswege häufig im Übermaß beansprucht werden. Eine Alternative bestünde sonst oft nur in der Abwanderung aus dem bisherigen Wohngebiet – wiederum mit Konsequenzen für die umziehenden Berufstätigen wie für die Kommune.

Die BBR-Umfrage widmet sich von Zeit zu Zeit – zuletzt 2003 – dem täglichen Arbeitsweg. Die Erwerbstätigen sollen angeben, wie weit der Weg zur Arbeit ist, mit welchem *Verkehrsmittel* sie ihren Arbeitsplatz erreichen und welche Zeit sie dafür aufwenden müssen. Weiterhin wird nach Führerscheinbesitz und Anzahl der Pkw im Haushalt gefragt.

Zwei Drittel der Befragten geben auf die Frage „Welche Verkehrsmittel nutzen Sie überwiegend für den täglichen Weg zur Arbeit?“ an, ihren privaten Pkw zu nutzen – er ist mit Abstand das beliebteste bzw. verbreitetste Verkehrsmittel für das tägliche Berufspendeln (Abb. 6.1).⁴⁵ Danach folgen die Fußgänger (also die Nicht-Verkehrsmittel-Nutzer) und die Fahrradfahrer als nicht motorisierte Erwerbstätige. Die Nutzung des ÖPNVs in Form von Bussen und U- bzw. S-Bahnen folgt auf den Rangplätzen 4 und 5.⁴⁶ Alle anderen Mobilitätsmöglichkeiten werden nur von verschwindend wenigen Erwerbstätigen genannt. Die West-Ost-Unterschiede sind bei den meisten Verkehrsmitteln gering – Pkw werden im Osten etwas stärker genutzt, Busse sind im Westen häufiger vertreten.

Abbildung 6.1
Für den täglichen Weg zur Arbeit überwiegend genutztes Verkehrsmittel – 2003



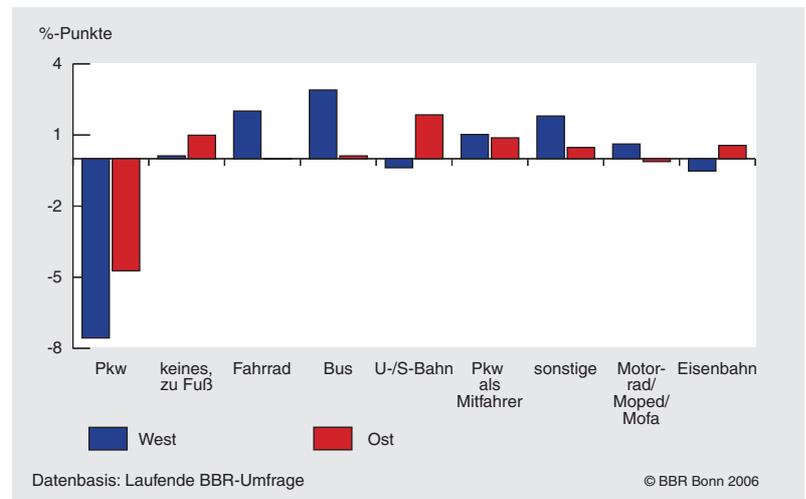
Im Vergleich der Jahre 1999 und 2003 zeigen sich einige Verschiebungen hinsichtlich der überwiegend genutzten Verkehrsmittel (Abb. 6.2). Der Anteil der Pkw-Fahrer (als Selbstfahrer) ist generell deutlich zurückgegangen, im Westen noch stärker als im Osten. Davon profitieren im Westen vor allem Busverbindungen; außerdem erhöhte sich der Anteil der Radnutzung und der Fahrgemeinschaften (Pkw als Mitnutzer). Im Osten erfolgte die Verschiebung in Richtung U- bzw. S-Bahnen, des Zu-Fuß-Gehens, aber auch der Fahrgemeinschaften. Ein Teil dieser Verschiebungen könnte seine Ursache in wachsendem Umweltbewusstsein haben. Oder die (Benzin-)Kosten spielen eine Rolle, die über Fahrgemeinschaften gesenkt werden können. Aber auch Wechsel der Arbeitsstätten können der Grund sein, die – wenn sie sich in anderen regionalen Kontexten befinden – mittels anderer Verkehrsmittel günstiger zu erreichen sind.

Abbildung 6.3 fasst für 2003 die unterschiedlichen Anteile der genutzten Verkehrsmittel in den Städten und Gemeinden nach Gemeindetypen zusammen, gruppiert nach „motorisiert, privat“ (Pkw als Selbstnutzer oder als Mitfahrer, Motorrad, Moped, Mofa) und „motorisiert, öffentlich“ (Bus, U- und S-Bahn, Eisenbahn). Die Radfahrer und Fußgänger bilden die Gruppe der Nichtmotorisierten.

In West und Ost zeigen sich ähnliche Muster: Von den Großstädten bis hin zu den ländlichen Gemeinden nimmt der Anteil der Pkw- und Motorradnutzenden zu, von 60 % auf 77 % (West) bzw. von 59 % auf 76 % (Ost). Öffentliche Verkehrsmittel werden vor allem in Großstädten genutzt: im Westen von einem Fünftel, im Osten von einem Viertel der Befragten. Zu-Fuß-Gehende und Radfahrende trifft man vor allem in den mittleren Gemeindegrößen an, im Osten mehr noch als im Westen (West: 25 %, Ost: 34 %). Diese Verteilungsmuster erscheinen einleuchtend – machen aber auch neugierig auf weitere Differenzierungen.

Die KONTIV-Studie „Mobilität in Deutschland 2002“ ergab, dass Bundesbürgerinnen und -bürger im Durchschnitt 74 Minuten des Tages unterwegs sind und dabei etwa 44 km zurücklegen. Was entfällt davon laut BBR-Umfrage auf beruflich notwendige Wege? Welche *Entfernungen* legen die Erwerbstätigen unter den Befragten nach eigener Einschätzung zu ihren Arbeitsstellen

Abbildung 6.2
Veränderung der für den täglichen Weg zur Arbeit überwiegend genutzten Verkehrsmittel – 1999 und 2003



täglich zurück und welche *Zeit* benötigen sie dafür?

Auch wenn insgesamt in Ost und West nur 1 429 Erwerbstätige die Frage nach der Entfernung und nur 1 476 die nach der aufgewendeten Zeit beantwortet haben und die folgende Betrachtung daher nur Tendenzen angeben kann, sollen einige Auffälligkeiten hier doch vermerkt werden:

Ein Arbeitsplatz „gleich um die Ecke“ bleibt für die absolute Mehrheit der befragten Erwerbstätigen ein Traum – trotz des jahrzehntelang immer wieder proklamierten städtebaulichen Leitbilds der „Stadt der kurzen Wege“. Nur in den Ober- und Mittelzentren geben im Westen 15 % und im

Abbildung 6.3
Für den täglichen Weg zur Arbeit überwiegend genutzter Verkehrsmitteltyp nach Gemeindetyp – 2003

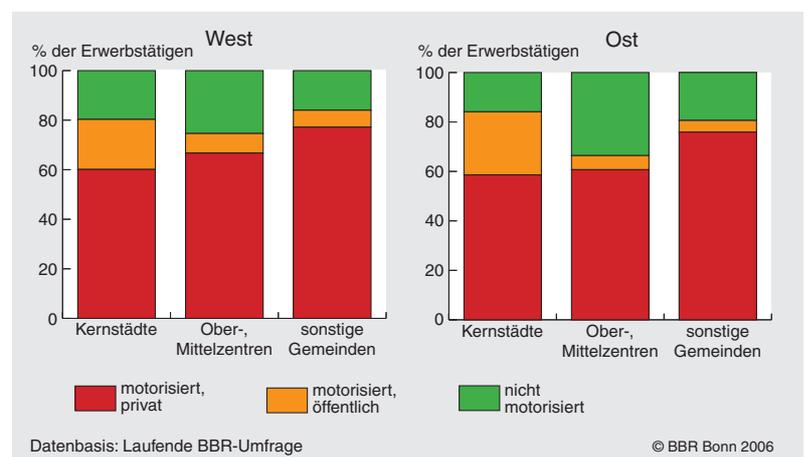


Abbildung 6.4
Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsplatz nach Gemeindetyp – 2003

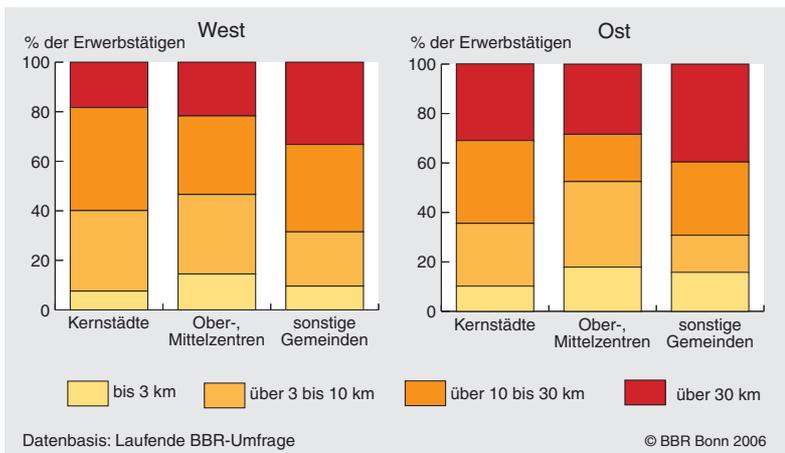
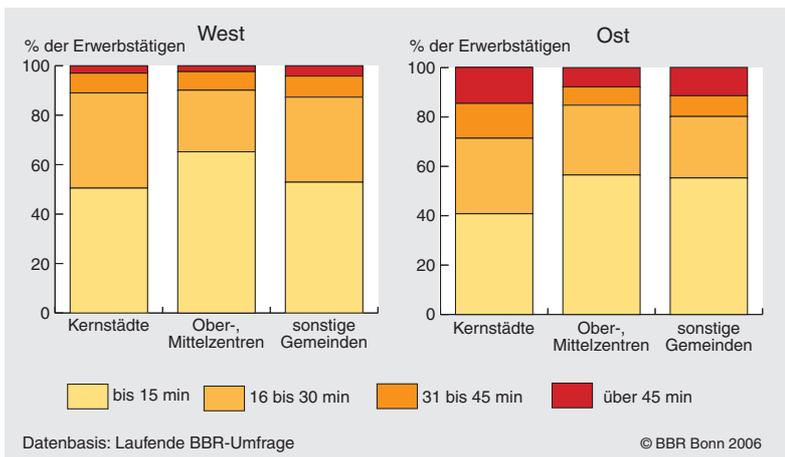


Abbildung 6.5
Aufgewendete Zeit für den Weg zwischen Wohnung und Arbeitsplatz nach Gemeindetyp – 2003



Osten 18 % an, ihren Arbeitsort in nicht mehr als 3 km Entfernung zu haben. In den Kernstädten trifft dies nur noch auf etwa 9 % der dort wohnenden Erwerbstätigen zu. Über ein Drittel der Erwerbstätigen im eher ländlichen Raum muss zum Arbeitsort täglich zweimal mehr als 30 km zurücklegen bzw. wochenweise pendeln (West 33 %, Ost 40 %) – in den Kernstädten fahren die meisten dagegen zwischen 10 und 30 km täglich hin und zurück: im Westen 42 % und im Osten 34 % der Befragten. Dies passt zu den Befunden des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), das für die vergangenen Jahre eine Steigerung der durchschnittlichen Wegelängen im Berufsverkehr sowie deutlich höhere Pendeldistanzen in Umlandgemeinden und peripheren Räumen konstatiert hat. Demnach betrug 2002 die durchschnittliche Pendelentfernung in Deutschland 15,2 km (2000: 14,8 km), in

den Umlandregionen 15,6 km und in den peripheren Räumen 17,8 km. Dabei konzentrieren sich die Zunahmen der Pendeldistanzen besonders im Norden der neuen Länder und außerhalb der klassischen Suburbanisierungsgebiete.⁴⁷

Betrachtet man weiter die benötigten Wegezzeiten, ist trotz der teilweise großen zurückzulegenden Entfernungen festzustellen, dass in allen Gemeindetypen die absolute Mehrheit der befragten Erwerbstätigen weniger als 15 Minuten für den Weg zwischen Wohnung und Arbeitsort braucht – nur in den ostdeutschen Kernstädten betrifft dies nur 41 %. Im Ost-West-Vergleich fällt zudem der vergleichsweise hohe Anteil der Ostdeutschen auf, die länger als 45 Minuten für einen Arbeitsweg benötigen. Dies sind aus den Kernstädten 15 % (West 3 %), aus den Ober- und Mittelzentren 8 % (West 2 %) und aus den sonstigen Gemeinden 12 % (West 4 %). Dieser Befund verweist auf die schwierige Arbeitsplatzlage in den ostdeutschen Ländern, auf die räumliche Umstrukturierung, durch die sich neue Wohnstandorte wie neue Erwerbsarbeitsstandorte herausgebildet haben, und auf die erzwungene wie in Kauf genommene Flexibilität derjenigen, die täglich mehr als eineinhalb Stunden nur für ihre Erwerbstätigkeit unterwegs sind oder wöchentliches Pendeln⁴⁸ in Kauf nehmen.

Die unterschiedliche Zeitstruktur ostdeutscher Erwerbstätiger könnte des Weiteren aber auch dadurch bedingt sein, dass sie verkehrsmittelmäßig schlechter ausgestattet sind – deshalb nun ein Blick auf die zum Einsatz kommenden Verkehrsmittel. Zusätzlich lässt die politische Auseinandersetzung um die steuerlich anrechenbaren Pendler- bzw. Entfernungspauschalen es interessant erscheinen, die *Verkehrsmittelwahl* zum einen *mit der Entfernung* und zum anderen mit der *aufgewendeten Zeit* zu korrelieren. Das sich dabei ergebende Bild (Tab. 6.1) verweist auf eine relativ rationale Verkehrsmittelwahl: Für die eher kurzen Wege wird das Fahrrad genutzt oder zu Fuß gegangen, die weiteren Entfernungen werden jeweils absolut mehrheitlich mit einem privaten Motorfahrzeug zurückgelegt. Dies scheint die Fahrzeiten gegenüber dem ÖPV zu drücken – die KONTIV hatte für alle Autowege eine mittlere Geschwindigkeit von 33 km/h und für Bus und Bahn eine von 20 km/h errech-

Westdeutschland					Ostdeutschland					
bis zu 3 km	über 3 bis 10 km	über 10 bis 30 km	über 30 km		Verkehrsmittel	bis zu 3 km	über 3 bis 10 km	über 10 bis 30 km	über 30 km	
2	16	29	29	68	motorisiert privat	67	2	13	23	30
20	55	80	80			12	53	85	87	
-	5	6	6	11	motorisiert ÖPV	10	0	3	4	4
-	16	17	17			3	12	13	12	
9	9	1	1	21	nicht motorisiert	23	13	8	0	0
80	29	3	3			86	35	2	1	
11	29	36	36	100	Φ^*	100	15	24	27	34
bis zu 15 Mi- nuten	16 bis 30 Mi- nuten	31 bis 45 Mi- nuten	über 45 Mi- nuten		Verkehrsmittel	bis zu 15 Mi- nuten	16 bis 30 Mi- nuten	31 bis 45 Mi- nuten	über 45 Mi- nuten	
36	25	6	2	68	motorisiert privat	67	31	20	7	8
62	79	76	55			59	74	73	77	
1	5	2	1	11	motorisiert ÖPV	10	2	4	2	3
8	16	22	40			4	15	23	23	
17	2	0	0	21	nicht motorisiert	23	20	3	0	-
30	5	2	5			38	11	4	-	
57	32	8	3	100	Φ	100	52	27	10	11

* Die Randsummen für den Motorisierungsgrad sind auf alle Erwerbstätigen bezogen, wobei auch die eingeschlossen sind, die auf wechselnden Arbeitsstellen oder zu Hause arbeiten.

in % **aller** Erwerbstätigen sowie in % der Entfernung/Wegezeit

Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

Tabelle 6.1
Zusammenhang von Ver-
kehrsmittelwahl und Entfer-
nung/Wegezeit zwischen
Wohnung und Arbeitsort
– 2003

net. Was die erste Vermutung bezüglich der Ausstattung mit Verkehrsmitteln angeht, ist festzustellen, dass West- und Ostdeutsche für die Wege zum und vom Arbeitsplatz in etwa gleichem Ausmaß das eigene Motorfahrzeug – i. d. R. den eigenen Pkw – benutzen. Im Osten werden damit vor allem die weiteren Wege zurückgelegt.

Über die Pkw-Ausstattung der bundesdeutschen Haushalte ergab die KONTIV 2002, dass nur noch jeder fünfte Haushalt ohne Auto lebt (im Westen 18 % – im Osten 24 %), bei einem zunehmenden Trend zur Mehrfachmotorisierung. Zugleich wurde dort die starke *Einkommensabhängigkeit von Motorisierung, Verkehrsmittelwahl und Verkehrsleistung* der Haushaltsmitglieder belegt. Weiterhin weisen ältere internationale Studien auf eine geschlechtstypische Verkehrsmittelwahl und Entfernung insbesondere bei Wegen zum Erwerbsarbeitsplatz hin. All diese möglichen Zusammenhänge werden in Tabelle 6.2 anhand der BBR-Umfrage 2003 untersucht.

Bei dieser Aufstellung wird deutlich, dass nur rund ein Zehntel der befragten Erwerbstätigenhaushalte ohne Pkw lebt, im Unterschied zu rund einem Viertel aller befragten Haushalte (die Quote liegt in der BBR-Umfrage 2003 also etwas höher als in der KONTIV 2002). Erwerbstätigenhaushalte bestehen etwa zur Hälfte aus Mehrpersonenhaushalten und zu weniger als einem Fünftel aus Einpersonenhaushalten – was bereits an dieser Stellen den Schluss nahe legt, dass Letztere zu einem Großteil aus älteren, nicht mehr erwerbstätigen Witwern und insbesondere Witwen bestehen, die keinen Pkw besitzen. Die oben konstatierten längeren Wege und längeren Fahrzeiten zum und vom Erwerbsarbeitsplatz finden in dieser Zusammenschau nun ihr Pendant in einer leicht höheren Motorisierung der ostdeutschen Erwerbstätigenhaushalte. Eine nahe liegende Schlussfolgerung könnte lauten, dass Erwerbstätigkeit in unserer heutigen Gesellschaft durch Pkw-Besitz erleichtert wird oder diesen gar erfordert. Die in Ostdeutschland bereits praktizierte größere räumliche Flexibilität ist ohne Pkw

Tabelle 6.2
Zusammenhang von Haus-
haltsgröße und Pkw-Besitz
– 2003

Westdeutschland				Ostdeutschland				
Einper- sonen- haushalt	Zwei- per- sonen- haushalt	Mehr- per- sonen- haushalt		Pkw-Besitz <i>aller</i> Haushalte	Einper- sonen- haushalt	Zwei- per- sonen- haushalt	Mehr- per- sonen- haushalt	
14	9	4	27	kein	25	14	8	3
58	22	12				55	19	8
11	24	16	51	ein	50	11	24	16
42	57	48				42	62	5
0	9	12	20	zwei	21	1	7	13
0	20	34				2	17	38
--	0	2	2	mehrere	4	0	1	4
	1	5				1	2	10
25	42	34	100	Φ	100	26	39	35
				Pkw-Besitz <i>Er- werbstätigen- haushalte</i>				
5	4	3	12	kein	10	4	4	2
28	10	7				26	10	4
13	16	24	54	ein	50	12	18	20
69	48	50				68	54	41
0	14	18	32	zwei	34	1	11	22
1	40	38				6	33	44
--	1	2	2	mehrere	7	0	1	5
	1	40				1	3	11
19	34	48	100	Φ	100	17	34	49

in % **aller** Befragten (hier insgesamt n = 4 001) sowie der X-personenhaushalte und in % **aller** befragten Erwerbstätigen (hier insgesamt n = 1 626) sowie der X-personenhaushalte

Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

Tabelle 6.3
Zusammenhang von
Geschlechtszugehörigkeit
und Verkehrsmittelwahl/
Entfernung zum Arbeitsplatz
– 2003

Westdeutschland			Ostdeutschland				
Männer	Frauen		Verkehrsmittel für den Weg zum Arbeitsplatz	Männer	Frauen		
15	26	21	nicht motorisiert	23	15	29	
8	15	11	motorisiert ÖPV	10	6	13	
77	59	68	motorisiert privat	67	79	57	
			geschätzte Entfernung Wohnung – Arbeitsplatz				
7	14	11	bis zu 3 km	15	10	19	
27	31	29	über 3 bis 10 km	24	23	25	
35	37	36	über 10 bis 30 km	27	26	28	
31	18	24	über 30 km	34	41	29	
27	57	100	Φ	100	44	56	

in % der erwerbstätigen Männer (insgesamt n = 731) bzw. erwerbstätigen Frauen (insgesamt n = 868)

Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

scheinbar kaum zu schaffen. Sicher spielt auch der geringere Grad an Verstädterung in den ostdeutschen Ländern eine Rolle, da in ländlich geprägten Regionen generell die Notwendigkeit der Nutzung eines Pkws größer ist.

Um die Einkommensabhängigkeit von Motorisierung, Verkehrsmittelwahl und Verkehrsleistung zu prüfen, stellt sich mit den vorhandenen Umfragedaten das Problem, dass ein Großteil der Befragten die Auskunft über Einkommen verweigert. Wegen dieser fraglichen Validität der erhobenen Einkommensdaten werden diese Zusammenhänge hier deshalb wiederum nach der Selbsteinschätzung der wirtschaftlichen Lage analysiert. Ergebnis ist, dass die Verkehrsmittelwahl wie auch die Wahl des Erwerbsortes nicht mit der Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage zusammenhängen. Die nahe liegendste Erklärung für die Diskrepanz zur KONTIV-Umfrage dürfte darin bestehen, dass die von uns verwendeten Selbsteinschätzungen nicht mit dem realen Erwerbseinkommen zusammenhängen, sondern ein relatives Maß darstellen.

Bezüglich des Zusammenhangs von *Geschlecht* und Arbeitsweg sowie dafür gewähltem Verkehrsmittel bestätigen sich frühere Befunde als bis heute unverändert: Deutlich mehr Frauen legen ihren Weg zum und vom Arbeitsplatz unmotorisiert oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurück, während mehr als drei Viertel der erwerbstätigen Männer für ihren Arbeitsweg den Pkw benutzen. Entsprechend sieht es mit der Entfernung zum Arbeitsplatz aus: 36 % aller erwerbstätigen Männer haben ihren Arbeitsplatz mehr als 30 km vom Wohnort entfernt, aber nur 24 % aller erwerbstätigen Frauen – dagegen suchen 17 % der Frauen einen Arbeitsplatz in weniger als 3 km von der Wohnung auf, jedoch nur 9 % aller erwerbstätigen Männer. Das Ideal einer Stadt der kurzen Wege scheint also eher von Frauen praktiziert zu werden, ebenso wie die Nutzung eher umweltschonender Verkehrsmittel. Zugleich ist in diesem Befund ein Hinweis auf die familiäre Arbeitsteilung zu sehen, einschließlich der Vermutung, dass Vereinbarkeit von Beruf und Kindern nach wie vor hauptsächlich Frauensache ist – die dann, wie oben festzustellen war, auch deutlicher als ihre Lebenspartner die damit zusammenhängenden, auch raumzeitlichen Probleme thematisieren. An dieser

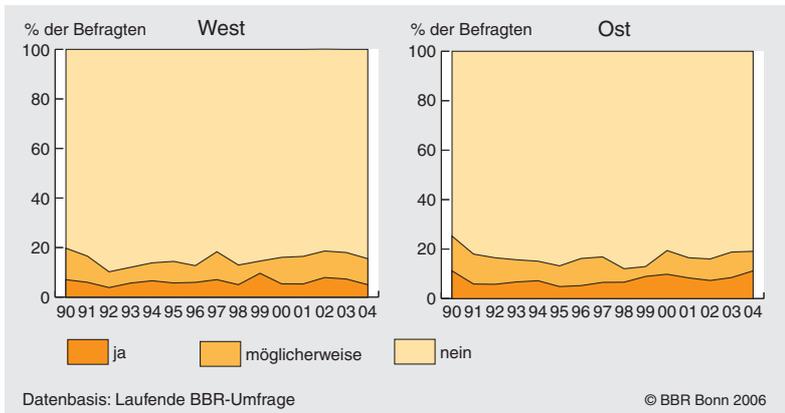
Stelle ist es jedoch nicht angebracht, nach weiteren diesbezüglichen Zusammenhängen zu forschen, so dass eine Diskussion um die Raumwirksamkeit traditioneller Geschlechtsrollenmuster verschoben wird.

Beabsichtigte Wohnungswechsel

Wanderungen sind für alle Gesellschaften ein zentraler Bestimmungsfaktor für Bevölkerungszahl und Sozialstruktur. Für Deutschland sind nicht nur die Einwanderungszahlen von strukturprägender Bedeutung, sondern insbesondere auch die Binnenwanderungen. „Berechnungen ergeben, dass die alte Bundesrepublik ohne Vertriebene und Flüchtlinge im Jahr 1989 nur ca. 41 statt 62 Millionen Einwohner gezählt hätte, und in der DDR hätten ohne Ost-West-Wanderungen 1987 ca. 20 statt lediglich 17 Millionen Menschen gelebt. (...) Die Bundesrepublik zählt seit ihrer Gründung zu den wichtigsten Zuwanderungsländern der Welt. Hier lösten Zuwanderungen ein starkes Bevölkerungswachstum aus und stimulierten die wirtschaftliche und soziale Entwicklung; in der DDR dagegen verursachten Abwanderungen ein Schrumpfen der Bevölkerung und waren Grund für wirtschaftliche, soziale und politische Krisen“ (Geißler 2002, S. 66 f). Vor diesem Hintergrund sind innerdeutsche Wanderungsbewegungen für regionale Entwicklung (smöglichkeiten) ein hochbedeutsamer Faktor und in vielen Regionen ein fortwährendes Problem – immerhin hat Ostdeutschland noch zwischen 1989 und 2000 etwa 2,6 Millionen Menschen an Westdeutschland verloren.

Um im Rahmen der BBR-Umfrage Beweggründe für Wohnungswechsel und Binnenmigration zu erheben, wird nicht nur nach den bereits berichteten Zufriedenheiten mit Wohnung, Wohnumfeld und Wohnort gefragt, sondern Umzugsgründe werden direkt angesprochen. Die Fragen der BBR-Umfrage richten sich konkret darauf, ob geplant wird, innerhalb der nächsten zwei Jahre aus der derzeitigen Wohnung ausziehen, weshalb an einen Wegzug gedacht wird, ob dabei die Wohngegend eine Rolle spielt, welche Gründe dafür möglicherweise vorliegen und wohin der Umzug gehen soll, samt Angabe des Bundeslandes.

Abbildung 6.6
Innerhalb der nächsten beiden Jahre beabsichtigter Wohnungswechsel –
1990 bis 2004



Viele Gründe können dazu führen, dass man einen Umzug zunächst ins Auge fasst und – wenn man anderswo bessere Gegebenheiten vorzufinden meint – auch realisiert. Denn nicht immer findet man im aktuellen Wohnumfeld alle Lebensbedingungen in optimaler Weise vor. So kann die Wohnung durch Familienzuwachs zu eng oder durch den Verlust des Partners zu groß werden, bietet das Wohngebiet nicht alle infrastrukturellen Voraussetzungen zur Versorgung mit täglich benötigten Gebrauchsgütern und ist der Weg in die nächste Gelegenheit vielleicht aufgrund des hohen Alters zu beschwerlich. Nicht selten erfordern berufliche Gründe einen Umzug in eine ganz andere Region, und manchmal fühlt man sich im Wohngebiet durch Verschlechterungen in der Zusammensetzung der Nachbarschaft nicht mehr wohl.

All diese Umzugsbewegungen haben nicht nur Konsequenzen für die einzelnen Haushalte, sondern auch für die Nachbarn, das Wohngebiet, die Gemeinde und letztendlich für das Bundesland.

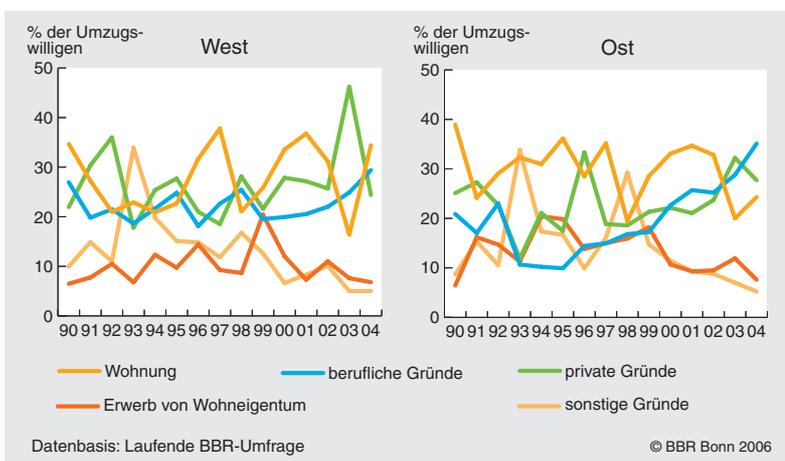
Durchschnittlich 6 % der Befragten im Westen und 8 % im Osten gaben in den vergangenen 15 Jahren an, in den nächsten zwei Jahren umziehen zu wollen (Abb. 6.6). Weitere 9 % jeweils in West und Ost hielten einen baldigen Umzug für möglich. Diese Anteile lagen zu Beginn der 1990er Jahre vor allem im Osten noch etwas höher, haben sich jedoch inzwischen auf relativ stabilem Niveau eingependelt.

Warum will man umziehen? Wenn Umzüge als allgemeiner Ausdruck von Defiziten verstanden werden, dann geben die Motive Hinweise auf spezifische Defizite. Abbildung 6.7 zeigt die angeführten jeweils wichtigsten Umzugsgründe im Verlauf der vergangenen 15 Jahre. Dabei zeigen sich kaum stabile Entwicklungslinien. Die Schwankungen in den Antworten der Befragten sind erheblich, möglicherweise auch deshalb, weil oft mehrere Gründe für einen Umzug sprechen und der hauptsächliche Beweggrund nicht eindeutig ist. Jedoch kann festgestellt werden, dass sich 2004 die beruflichen Gründe als relativ stetig wachsender Trend mit 29 % im Westen und 35 % im Osten an vordere Stelle geschoben haben.

Im Durchschnitt der vergangenen 15 Jahre ergibt sich folgende, in West und Ost übereinstimmende Rangfolge der Umzugsmotive:

- (1) Gründe, die mit der Wohnung zu tun haben, einschließlich Kündigung durch den Vermieter mit 29 % bzw. 30 %,
- (2) private Gründe mit 27 % bzw. 24 %,
- (3) berufliche Gründe mit 23 % bzw. 20 % und
- (4) der Erwerb von Wohneigentum mit 10 % bzw. 13 %.

Abbildung 6.7
Hauptgründe für einen beabsichtigten Wohnungswechsel – 1990 bis 2004



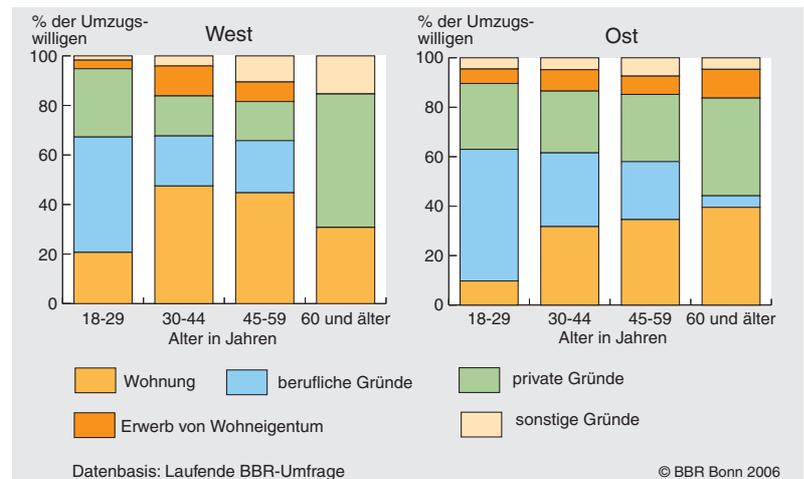
Gibt es hinsichtlich der Umzugsgründe Unterschiede zwischen jungen und älteren Menschen? Welche Motive herrschen in welcher Altersgruppe vor? Abbildung 6.8 veranschaulicht, dass es in dieser Hinsicht große Unterschiede zwischen den Altersgruppen bzw. Lebenszyklusphasen⁴⁹ gibt. Das wird vor allem an der Gruppe der beruflich begründeten Umzugsmotive deutlich, die

in der jüngsten Altersgruppe eine herausragende Rolle spielen, in Ostdeutschland mit 53 % noch mehr als in Westdeutschland mit 47 %. Auffällig ist, dass in der Altersgruppe der über 60-Jährigen im Osten immerhin noch 5 % der Umzugswilligen berufliche Gründe (für sich oder für den Haushalt) angeben. Offensichtlich ist man auch in den letzten Jahren des Arbeitslebens noch zu räumlichen Veränderungen bereit. Überhaupt sind die über 60-Jährigen im Osten mobiler als die gleiche Altersgruppe im Westen: Während sich 8 % der ostdeutschen Befragten dieser Altersgruppe noch mit Umzugsplänen tragen, sind es im Westen nur 4 %. Ein weiterer Grund für die höhere Umzugsbereitschaft der älteren Ostdeutschen ist auch die – späte – Bildung von Wohneigentum, was von 12 % der Befragten angegeben wurde. Der Prozess der Wohneigentumsbildung ist demgegenüber im Westen schon vor dem sechzigsten Lebensjahr abgeschlossen.

Konzentrieren sich Umzugsprozesse (über die Gemeindegrenzen hinweg) auf bestimmte Typen von Gemeinden, bleibt dies nicht ohne Folgen für die gesamte Region. Es kann einerseits zum „Ausbluten“ von Landstrichen, andererseits zum Anwachsen der Städte in den Zuwanderungsregionen führen, etwa dann, wenn die Wanderungen mit der Dichte von Gelegenheiten zu tun haben. Ein Blick auf die Umzugsmotive von Befragten mit aktuellem Wohnsitz in Städten oder ländlichen Gemeinden (Abb. 6.9) zeigt zunächst, aus welchen hauptsächlichen Gründen man umziehen will. Es sind Indikatoren dafür, welche Defizite in den Städten bzw. Landgemeinden bestehen bzw. welche gegenüber der derzeitigen Situation verbesserten Bedingungen man woanders vorzufinden glaubt oder hofft.

So zeigt sich für 2004, dass in „sonstigen“ Gemeinden – also im ländlich kleinstädtischen und dörflichen Bereich – viel stärker als in größeren Städten Umzüge aus beruflichen und Ausbildungsgründen angegeben werden, die möglicherweise auch ein Verlassen des Ortes bedeuten können. Im Extremfall hieße dies, dass im Westen 26 % der Umzugswilligen aus Städten und 38 % aus ländlichen Gemeinden, im Osten 33 % aus Städten und 41 % aus ländlichen Gemeinden wegen beruflicher Gründe fortzögen. Dass jedoch ein Wohnungswechsel faktisch

Abbildung 6.8
Hauptgründe für einen beabsichtigten Wohnungswechsel nach Alters-/Lebenszyklusgruppen – 2004



nicht gleich eine Wanderung über die Gemeindegrenzen hinaus bedeutet, wird im nächsten Abschnitt gezeigt.

Bei den wohnungsbedingten Umzugsgründen lässt sich im Westen kein siedlungsstrukturell begründeter Unterschied erkennen. Dagegen ist die Wohnung in den Städten im Osten doppelt so häufig Umzugsmotiv wie in den ländlichen Gemeinden. Demgegenüber haben die Landgemeinden im Osten jedoch den höchsten Anteil Umziehender aus Gründen der Wohneigentumsbildung (11 %).

Abbildung 6.9
Hauptgründe für einen beabsichtigten Wohnungswechsel nach Städten und eher ländlich geprägten Gemeinden – 2004

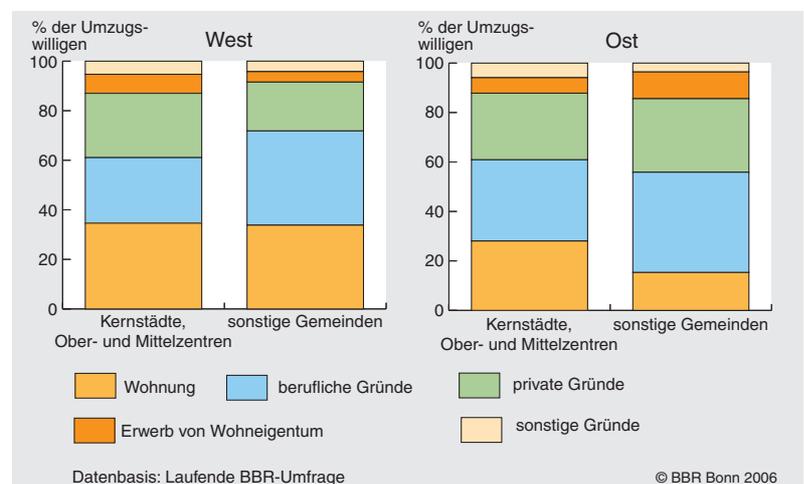
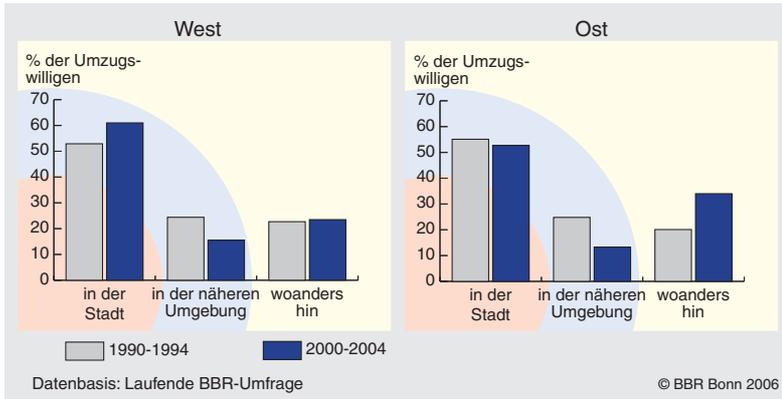


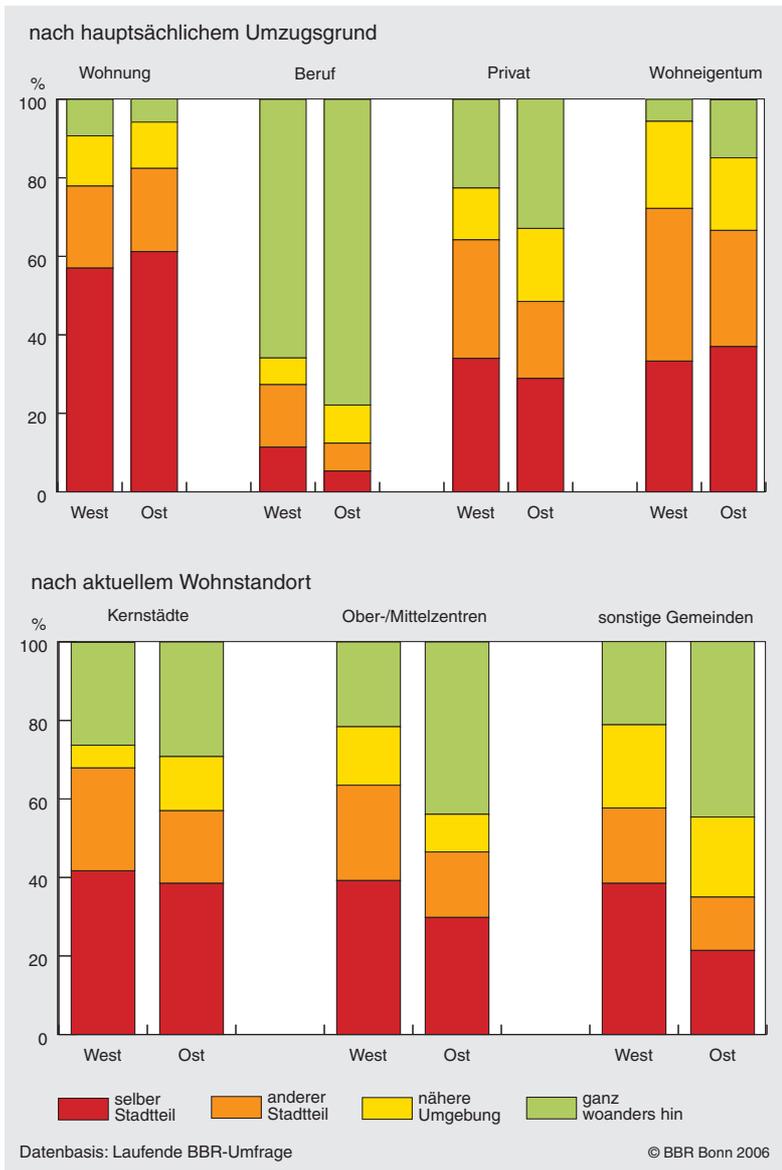
Abbildung 6.10
Ziel eines beabsichtigten Wohnungswechsels – Vergleich 1990 bis 1994 mit 2000 bis 2004



Räumliche Orientierungen und Präferenzen

In welche Richtung sollen nun die ins Auge gefassten Wohnungswechsel gehen? Dafür hat man in der Regel eigene Wunschvorstellungen, die sich mal mehr, mal weniger verwirklichen lassen. Zieht man aus beruflichen Gründen um, hat man wahrscheinlich eine weiter entfernte, klar benannte Stadt vor Augen. Will man ein Haus bauen, sucht man vielleicht in den Gemeinden am Rande der Stadt nach preiswertem Baugrund. Will man eine Ausbildung oder ein Studium aufnehmen, erscheint möglicherweise die Innenstadt einer entsprechenden Stadt recht reizvoll.

Abbildung 6.11
Ziel eines beabsichtigten Wohnungswechsels nach hauptsächlichem Umzugsgrund sowie aktuellem Wohnstandort – 2004



In Abbildung 6.10 wird die räumliche Orientierung der Umzugswilligen zu Anfang der 1990er Jahre mit der Orientierung zu Anfang der 2000er Jahre verglichen. Die meisten Umzugswilligen haben als Ziel durchaus dieselbe Stadt, in der sie jetzt schon wohnen. Ihr Anteil hat sich im Westen in dieser Zeit leicht erhöht und liegt jetzt bei 61 %, im Osten sind es mit heute 53 % etwas weniger geworden. Die nähere Umgebung wurde und wird bei Umzugsabsicht gleichmäßig in West und Ost angestrebt: Während Anfang der 1990er Jahre dies noch ein Viertel der Befragten als Ziel angab, sind es nach 2000 16 % (West) bzw. 13 % (Ost). Deutliche Unterschiede zwischen den alten und den neuen Ländern zeigen sich dann endgültig bei der überregionalen Orientierung, also bei denen, die „ganz woanders hin“ ziehen wollen. Im Westen antwortete am Anfang und am Ende des Betrachtungszeitraums ein Viertel der Befragten so, im Osten war es früher ein Fünftel und ist es gegenwärtig sogar ein Drittel.⁵⁰ Diese Befunde betonen zum wiederholten Mal den nicht aufgehaltene Abwanderungsdruck, der aufgrund der schlechteren wirtschaftlichen Lage auf den Menschen in Ostdeutschland lastet – wobei wahrscheinlich eher die Chancenreicheren wegziehen und die sich selbst als chancenlos Einschätzenden bleiben.

Tatsächlich besteht ein sehr deutlicher Zusammenhang zwischen Umzugsmotiven und angestrebtem Umzugsziel. Für jeden Umzugsgrund zeigen sich typische Verteilungen der voraussichtlichen Entfernung der neuen Wohnung von der jetzigen, die sich in West und Ost nur geringfügig voneinander unterscheiden (Abb. 6.11). Ist die

Qualität der jetzigen Wohnung Grund für einen Umzug, möchten vier von fünf Befragten in derselben Stadt bleiben, drei Fünftel sogar im selben Stadtteil. Die „Häuslebauer“ suchen immerhin noch zu zwei Dritteln innerhalb des aktuellen Wohnorts nach einer neuen Adresse, ein Fünftel von ihnen zieht es in die nähere Umgebung. Bei den aus privaten Gründen Umziehenden sind die örtlichen Zielvorstellungen relativ gleichverteilt, wohl auch deshalb, weil die privaten Umzugsgründe wie Heirat, Kinder bekommen, Verlust des Partners u. ä. den geringsten räumlichen Bezug haben.

Will oder muss man jedoch aus beruflichen Gründen umziehen, dominiert die Binnenmigration in eine weiter entfernt liegende Region. Von den wegen beruflicher Chancen und Möglichkeiten Umziehenden verlassen 66 % in Westdeutschland und sogar 78 % in Ostdeutschland ihre Heimatregion. Dabei steigt die Bedeutung beruflicher Mobilität.

Der hohe Mobilitätsdruck in Ostdeutschland verdeutlicht sich bei diesen Verteilungen an der West-Ost-Differenz: Bei den beruflichen, den privaten und den Wohneigentumsgründen für einen beabsichtigten Wohnungswechsel liegt der Anteil der weiter Wegziehenden in den neuen Ländern jeweils um ca. 10 %-Punkte höher als bei den Befragten in Westdeutschland. Man ist hier also in deutlich größerem Maße bereit, „alle Zelte abzurechen“, bzw. man hat Umzugsgründe, die mehr oder weniger zwangsläufig dazu führen. Dies bleibt natürlich nicht ohne Folgen für die verlassenen Regionen, besonders dann, wenn diese Abwanderung selektiv verläuft.

Gibt es Gemeinden, die von diesem Wunsch nach „ganz woanders hin“ besonders betroffen sind? Einen Überblick über die anvisierten Gebiete nach dem siedlungsstrukturellen Gemeindetyp gibt die untere Hälfte der Abbildung 6.11. Die westdeutschen Befragten wollen – im Prinzip unabhängig davon, ob sie in der Stadt oder auf dem Land wohnen – größtenteils (um die 40 %) weiterhin in ihrem Stadt- oder Ortsteil wohnen. Der Wunsch, zumindest in einem anderen Teil derselben Stadt wohnen zu bleiben, nimmt mit zunehmender Ländlichkeit etwas ab, umgekehrt nimmt der Wunsch, in die nähere Umgebung der jetzigen Wohngemeinde zu ziehen, in Richtung Ländlichkeit etwas

zu. Ganz woanders hin umziehen zu wollen, wird von einem Viertel der Großstädter im Westen angegeben, auf dem Lande ist es jede/jeder Fünfte.

Im Osten sind die Unterschiede zwischen den Gemeindetypen stärker ausgeprägt. Mit zunehmender Ländlichkeit verliert die jetzige Wohngemeinde an Attraktivität. Zum Bleiben laden eher die Großstädte ein, die ja schon bei der Zufriedenheit mit dem Wohnort punkten konnten (s. o.). Die größten Verluste kann man für die Kleinstädte und ländlichen Gemeinden Ostdeutschlands vermuten, deren Bewohnerinnen und Bewohner – so sie denn umziehen wollen – beabsichtigen, große Entfernungen auf sich zu nehmen. Fast jede/jeder Zweite (45 %) hat sich 2004 in dieser Weise geäußert. Dass gerade von diesen Binnenwanderern im Osten große Entfernungen in Kauf genommen werden, zeigt die Tatsache, dass im Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2004 81 % derer, die woandershin ziehen wollen, in ein westdeutsches Land umzuziehen beabsichtigen. Auch wenn man die insgesamt größere Fläche und Einwohnerzahl der alten Bundesländer einrechnet (ohne Berlin etwa ein Verhältnis 5:1⁵¹), wollten umgekehrt nur 10 % der westdeutschen Umzugswilligen mit weiträumiger Wanderungsperspektive in ein ostdeutsches Land ziehen. Die im Raumordnungsbericht 2005 (BBR 2005, S. 36) konstatierte Pendelbewegung der Netto-Abwanderung aus dem Osten schlägt derzeit also wieder stark aus und verweist auf die objektiv schlechte Arbeitsmarktsituation in den ostdeutschen Ländern – mit nachhaltigen Spätfolgen für die davon beeinträchtigte Alters- und Bildungsstruktur.

Wohnvergangenheiten

Räumliche Mobilität und entsprechende Umzugspläne reflektieren Veränderungen in der Lebenssituation und Defizite in der bestehenden Wohnsituation. Freilich werden sich nicht alle Pläne umsetzen lassen – sei es, dass die Umstände selbst oder ihre Bewertung sich ändern oder dass sich eine Absicht mangels finanzieller Mittel oder wegen sozialer Beschränkungen nicht realisieren lässt.

Welche der möglichen Handlungsalternativen sich schließlich durchsetzt, welche Aspekte der Wohn- und Lebenssituation schließlich ausschlaggebend und handlungsrelevant sind, lässt sich erst in der Rückschau ermitteln. Das gilt u. a. auch für die Umstände, die im Programm „Soziale Stadt“ als wesentliche Ursachen selektiver Abwanderungen angenommen werden, z. B. die mangelhafte bauliche Situation, der soziale Abstieg, die Unsicherheit oder der schlechte Ruf eines Wohngebiets.

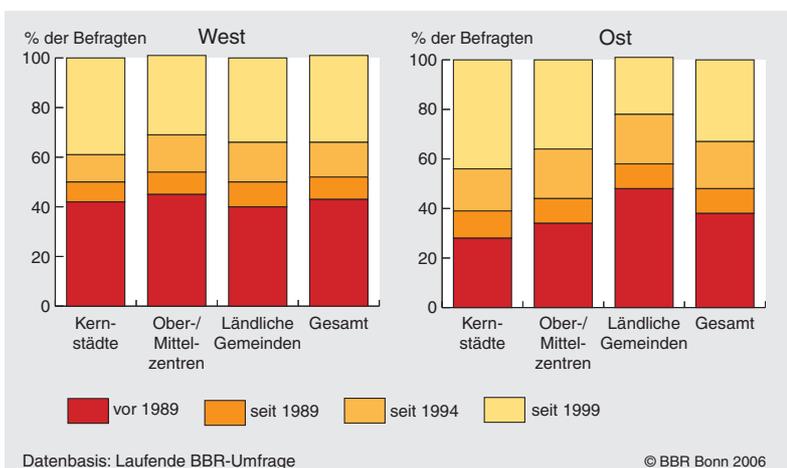
Um entsprechende Hinweise auf handlungsrelevante Defizite zu erhalten, wurden 2003 die laut eigenen Angaben in den letzten fünf Jahren (1999–2003) Umgezogenen nach ihrer ehemaligen Wohn- und Wohnumfeldsituation und nach den Gründen für ihren Umzug gefragt. Diese Gruppe der „Mobilen“ umfasst im Westen und im Osten jeweils etwa ein Drittel der Befragten. Trotz dieser Gemeinsamkeit zeigen sich jedoch zugleich wesentliche Unterschiede zwischen Ost und West: Im Westen verteilt sich die kurze Wohndauer relativ gleichgewichtig über Stadt und Land bzw. verschiedene Ortsgrößen, während im Osten eine sehr klare Abstufung je nach Gemeindegröße vorliegt (Abb. 6.12): In kleinen Gemeinden wohnen nur 23 % erst seit fünf Jahren in der aktuellen Wohnung (West: 34 %), in Kernstädten dagegen 44 % (West: 39 %). Entsprechend ist die Verteilung der lange Ansässigen: In kleinen Orten des Ostens wohnten fast die Hälfte der Befragten (48 %) schon vor der Wende (vor 1989) in der aktuellen Wohnung, dagegen in Kernstädten nur wenig mehr als ein Viertel (28 %).

Das heißt, in den großen Städten im Osten haben fast drei Viertel (72 %) der aktuellen Bewohnerinnen und Bewohner seit 1989 die Wohnung gewechselt, womit sie den Durchschnittswert des Ostens (62 %) sehr deutlich übertreffen. Dagegen liegt im Westen mit 57 % Wohnungswechseln seit 1989 eine insgesamt hohe Mobilität vor und es gibt diesbezüglich kaum Unterschiede zwischen Stadt und Land.

Insbesondere im Osten zeichnen sich demnach die Kernstädte durch eine hohen Anteil erst kürzlich Umgezogener aus. Diese stammen – wie Tabelle 6.4 zeigt – freilich in hohem Maße aus der Nachbarschaft oder aus einem anderen Ortsteil derselben Stadt. 70 % der in den letzten fünf Jahren umgezogenen Großstädter im Westen und sogar 86 % im Osten sind innerhalb der Stadt umgezogen. Sie haben also innerhalb der Stadt eine andere Wohnsituation gefunden, was die Vielfalt der städtischen Bedingungen und wahrscheinlich auch die weit überdurchschnittliche Sanierungstätigkeit in den ostdeutschen Städten widerspiegelt. Dagegen ist der Anteil der „ortstreuen“ Wohnungswechsler in kleineren Städten und Orten Ostdeutschlands deutlich geringer; hier ist mit dem Wohnungswechsel eher ein Ortswechsel verbunden, der in hohem Maß innerhalb der Region (Nachbargemeinden) stattfindet. Der weitaus überwiegende Teil der in den vergangenen fünf Jahren praktizierten Mobilität entspricht also einem Umzug innerhalb der Region und stellt keine Wanderung dar.

Im Osten haben nur 12 % vor dem Bezug der derzeitigen Wohnung weiter als 25 km (bzw. 8 % weiter als 50 km) entfernt gewohnt, im Westen immerhin 23 % (bzw. 18 % weiter als 50 km). Dies lässt auf mögliche Wanderungsgewinne der Zuzugsgemeinden schließen. Demnach profitieren im Westen und im Osten eher kleinere Städte und Landgemeinden von Wanderungsgewinnen. Im Ost-West-Vergleich zeigt sich insgesamt, dass westdeutsche Kommunen in den vergangenen fünf Jahren etwa doppelt so viele Zuzüge (nur diese sind durch die hier analysierte Frage erreicht worden) zu verzeichnen hatten wie ostdeutsche Kommunen. Zusammen mit den im vorherigen Abschnitt berichteten Auswertungen der beabsichtigten Umzüge und eingedenk der höheren Umzugstätigkeit ostdeutscher Bürgerinnen und Bürger unterstützen auch

Abbildung 6.12
Wohndauer in der derzeitigen Wohnung nach Gemeindetyp – 2003



Westdeutschland					Ostdeutschland			
KSt	OMZ	L	Φ	Umzug	Φ	KSt	OMZ	L
24	17	18	20	im Haus bzw. in der Nachbarschaft	37	42	38	30
46	37	27	38	aus anderem Ortsteil	36	44	40	22
10	20	31	19	aus Nachbargemeinde bis 25 km	15	6	12	30
20	26	24	23	aus Gemeinde weiter als 25 km entfernt	12	9	10	17
39	36	25	100 n = 578	Φ	100 n = 548	36	36	28

Tabelle 6.4
Bei Umzug zwischen 1998 und 2003: Umzugsdistanz nach Gemeindetyp – 2003

in % der Befragten mit einer Wohndauer unter fünf Jahren je Gemeindetyp (insgesamt n = 1.126)
Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

diese Entfernungsdaten die bisherigen Befunde hinsichtlich der Bevölkerungsverluste ostdeutscher Länder.

Das *hauptsächliche Motiv* für den Ortswechsel ist für die vergangenen Wohnungswechsel von besonderem Interesse – mehr noch als bei den geplanten. In Kombination mit den Motiven ergeben sich für die Umzugsdistanzen ganz typische Verteilungsformen (vgl. Tab. 6.5). Unabhängig von der beim letzten Umzug zurückgelegten Distanz haben „*private*“ Gründe (Familienprobleme, Krankheit, Haushaltsgründungen, Veränderungen im Haushalt usw.) für Umzüge eine herausragende Bedeutung. Sie machen im Westen mit 47 % und im Osten mit 43 % fast die Hälfte aller Umzugsgründe aus. Auch wenn diese privaten Mobilitätsmotive dem planerischen Eingriff weitgehend entzogen sind und daher in planungsorientierten Analysen oft etwas in den Hintergrund treten, bleibt es wichtig, auf ihre Dominanz hinzuweisen. Wenn das Verlassen der alten Wohnung wesentlich mit privaten Gründen und weniger mit Mängeln der Wohnsituation zu tun hat, dann werden die Pull-Faktoren tendenziell wichtiger als die Push-Faktoren: Wegzüge werden mit einer hohen Qualität der Wohnung und Wohngegend nicht vermieden und sind durch sie nur bedingt steuerbar, Zuzüge dagegen werden durch diese Faktoren stärker tangiert. Als zusätzliche Argumente neben den befriedigten Grundbedürfnissen spielen dabei städtebauliche Qualitäten eine bedeutende Rolle. Sie sind möglicherweise nicht das Wichtigste, aber sie entscheiden die Wahl unter ansonsten gleichwertigen Bedingungen. Dabei stellt sich dann die Frage, wie diese Zusatzkriterien vermittelt werden. In-

sofern spielt das Image bzw. der Ruf einer Wohngegend eine wichtige Rolle.

Im vorherigen Abschnitt hatte sich bereits gezeigt, dass *Wanderungen* (weiter als 25 km) im Zusammenhang mit geplanten Wohnungswechseln in hohem Maße mit *beruflichen Veränderungen* zu tun haben. Dies wird durch die getätigten Zuwanderungen am jetzigen Wohnort bestätigt: Wohnungswechsel über eine Distanz von mehr als 25 km waren in Ost und West zu mehr als 40 % mit beruflichen Gründen verbunden (die ihrerseits zu ca. 65 % zu Wanderung führten). Zählt man die Umzüge aus privaten Gründen hinzu (die relativ unabhängig von räumlichen Bedingungen und Entfernungen sind), dann sind über 80 % der berichteten Wanderungen privat und beruflich motiviert gewesen und hatten insofern mit der Wohnsituation wenig bis nichts zu tun. So gaben von den Wandernden in den Westen nur 13 % (2 % als Hauptgrund, 11 % als weiterer Grund) und in den Osten 22 % (3 %, 19 %) an, dass die Wohngegend für ihren Umzug zumindest eine Rolle unter mehreren gespielt habe. Für die aktuelle städtebauliche Situation – insbesondere auch für das Programm „Soziale Stadt“ – bedeutet dies, dass durch Investitionen in Wohnungen und Wohnumfelder relativ wenig Einfluss auf diese Wegzügler aus der Gemeinde genommen werden kann. Dennoch ist die weitere Segregation in den benachteiligten Quartieren, für die das Programm der „Sozialen Stadt“ konzipiert worden ist, durchaus abhängig von den aus anderen Gemeinden Zuziehenden sowie der Entwicklung der lokalen Umzugsmobilität, die im Folgenden betrachtet wird.

Tabelle 6.5
Bei Umzug zwischen 1998
und 2003: Wegzugsgrund
aus alter Wohnung nach
Umzugsdistanz – 2003

Westdeutschland				Ostdeutschland				
lokal	< 25 km	> 25 km	Φ	Hauptmotiv für Umzug	Φ	lokal	< 25 km	> 25 km
47	51	44	47	privat	43	40	51	43
5	10	44	18	Beruf	11	4	9	41
5	7	2	4	Kündigung	3	4	4	-
17	20	5	14	Eigentum	17	16	23	13
29	9	2	12	Wohnung	19	28	12	-
7	3	2	15	Wohngegend	7	8	5	3
48	23	29	100	Φ	100	58	24	19
				auch Wohngegend hat für Wegzug eine Rolle gespielt				
25	25	11	21		34	41	32	15

in % der Befragten mit einer Wohndauer unter fünf Jahren je Umzugsdistanz (insgesamt n = 802)
Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

Auch bei den Motiven für die *regionalen Umzüge* (übergemeindliche Umzüge bis zu 25 km) spielen die „privaten“ Gründe die herausragende Rolle, während berufliche Gründe stark in den Hintergrund treten – sie sind nur in den Kernstädten nennenswert vertreten. Demgegenüber spielt der Eigentumserwerb eine wesentliche Rolle, in weit höherem Maße als die Qualität der Wohnung.

Erst für die zahlreichen *Umzüge im Quartier bzw. innerhalb der Gemeindegrenzen* spielt die *Wohnung* neben den wiederum dominanten privaten Umzugsgründen eine wesentliche Rolle. Dabei ist anzumerken, dass insgesamt gesehen die Wohnung als Wegzugsgrund vor allem im Osten dramatisch an Bedeutung verloren hat (1990: Ostdeutschland 37 %, Westdeutschland 25 %).

Die *Wohngegend* als expliziter Wegzugsgrund ist daneben für alle vollzogenen Wohnungswechsel unabhängig von der Entfernung von relativ geringer Bedeutung. Sie kommt eher als zusätzlicher Gesichtspunkt ins Kalkül und gewinnt erst an Bedeutung, wenn man aus irgendwelchen Gründen umziehen muss. Das gilt vor allem für Umzüge innerhalb des Quartiers oder der Gemeinde: Hier spielt die Wohngegend als erste (7 %) oder zweite (25 %) Priorität bei knapp einem Drittel (32 %) im Westen, im Osten bei fast der Hälfte (8 % + 41 % = 49 %) der Umzüge eine Rolle. Insgesamt geben im Westen mehr als ein Viertel (26 %) der in den letzten fünf Jahren Umgezogenen Eigenschaften der alten Wohngegend als Wegzugsgrund an, im Osten mehr als 40 %.

Tabelle 6.6
Bei Umzug zwischen 1998
und 2003: Zusammenhang
zwischen neuer und alter
innerstädtischer Wohnlage
– 2003

Westdeutschland: aktuelle Wohnlage nach Umzug				Ostdeutschland: aktuelle Wohnlage nach Umzug				
City	innen	Rand	Φ	frühere Wohnlage	Φ	City	innen	Rand
12	8	5	25	City, Innenstadt	29	19	5	5
47	17	14				59	17	13
7	27	10	44	Innenstadtrand	34	7	22	5
26	69	29				22	69	15
7	6	19	32	Stadtrand	38	6	5	27
27	14	57				19	14	73
26	41	33	100 n = 306	Φ	100 n = 290	31	31	37

in % **aller** Umzüge sowie in % der je aktuellen innerstädtischen Wohnlage
Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

Westdeutschland; aktuelle Wohnlage nach Umzug				Ostdeutschland: aktuelle Wohnlage nach Umzug				
City	innen	Rand	Φ	frühere Wohnlage unter 30-Jähriger	Φ	City	innen	Rand
13	6	3	21	City, Innenstadt	27	14	9	4
33	18	10				46	22	14
13	24	8	46	Innenstadtrand	37	13	20	4
35	68	31				41	52	14
13	5	15	33	Stadtrand	36	4	10	21
33	15	59				14	26	71
38	36	26	100 n = 112	Φ	100 n = 70	31	39	30
32	37	31	aktueller Wohnstandort aller unter 30-Jährigen der Umfrage			31	35	34

Tabelle 6.7a
Bei Umzug zwischen 1998
und 2003: Zusammenhang
zwischen neuer und alter
innerstädtischer Wohnlage
der unter 30-Jährigen – 2003

in % **aller** Umzüge sowie in % der je aktuellen innerstädtischen Wohnlage
Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

Die wohnumfeldbezogenen Motive werden weiter unten noch näher analysiert. Zuvor sollen unter dem Stichwort Wohnvergangenheit *alte und neue städtische Wohnlagen* verglichen und ggf. Präferenzen für bevorzugte Wohnumgebungen aus dem Umzugsverhalten abgelesen werden (vgl. dazu auch das Teilkapitel zu Wohnstandortwünschen). Nimmt man diese „Abstimmung mit den Füßen“ zum Maßstab, dann zeigt sich zunächst, dass i. d. R. die bestehende Wohnlage bestätigt wird.

Vor allem gilt dies für die Städte im Osten: Zählt man zu den Wandernden auch diejenigen hinzu, die innerhalb des Hauses oder in der unmittelbaren Nachbarschaft umgezogen sind, dann haben 59 % der Citybewohnerinnen und -bewohner vor dem Umzug im gleichen Quartier oder einem anderem innerstädtischen Stadtteil gewohnt. Dieser Anteil von Orts- und Lagetreuen steigt in der mittleren Stadt auf 69 %, am Stadtrand gar auf 73 %. Nach diesem Maßstab steigt also die Zustimmung zum Wohngebiet auf insgesamt hohem Niveau von der Innenstadt zum Stadtrand hin an.

Westdeutschland; aktuelle Wohnlage nach Umzug				Ostdeutschland: aktuelle Wohnlage nach Umzug				
City	innen	Rand	Φ	frühere Wohnlage über 30-Jähriger	Φ	City	innen	Rand
12	9	6	27	City, Innenstadt	29	20	4	5
66	21	15				64	14	13
3	29	11	42	Innenstadtrand	33	5	22	6
14	65	29				16	77	14
4	6	21	31	Stadtrand	38	6	3	29
20	14	56				20	9	71
18	44	38	100 n = 194	Φ	100 n = 220	31	29	40
12	42	47	aktueller Wohnstandort aller über 30-Jährigen der Umfrage			24	29	47

Tabelle 6.7b
Bei Umzug zwischen 1998
und 2003: Zusammenhang
zwischen neuer und alter
innerstädtischer Wohnlage
der über 30-Jährigen – 2003

in % **aller** Umzüge sowie in % der je aktuellen innerstädtischen Wohnlage
Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

Im Westen ist die „Lagetreue“ mit durchschnittlich 58 % im städtischen Lagetyp Verbleibenden generell schwächer ausgeprägt. Das gilt vor allem für die City, der nur knapp die Hälfte der ehemals dort wohnenden Umzügler treu geblieben ist. Ein Drittel davon ist im sonstigen inneren Bereich der Stadt verblieben und ca. ein Fünftel an den Stadtrand gezogen. Die Innenstadt kann aber auch von Zuzügen aus dem sonstigen Stadtgebiet profitieren, vor allem aus dem Stadtrand, weniger als vom mittleren Bereich, der sich im Westen durch besondere Ortstreue auszeichnet.

Die *Innenstadt* verzeichnet im Saldo einen *Zuwachs junger Leute* (vgl. Tab. 6.7a). Das gilt vor allem für westdeutsche Städte. Von den in den vergangenen fünf Jahren Umgezogenen lebten zuvor nur 21 % der unter 30-Jährigen in der Innenstadt, aktuell sind es aber 38 %. Im Gegensatz dazu leben nur 18 % der über 30-Jährigen, die in dieser Zeit umgezogen sind, danach in der Innenstadt. Die mobilen Jungen der Innenstadt rekrutieren sich aus dem gesamten Stadtgebiet. Dagegen profitieren die mittlere Stadt und insbesondere der Stadtrand weit weniger von der Mobilität junger Leute. Insgesamt kommt es damit in westdeutschen Städten zu einer sehr klaren Altersdifferenzierung: Fast ein Drittel der unter 30-Jährigen lebt in der Innenstadt, während die Älteren dort nur zu 12 % leben. Jedoch ist auch bei den mobilen über 30-Jährigen festzustellen, dass sie auch nach ihrem Umzug zu einem höheren Prozentsatz in der Innenstadt leben, als es für ihre Altersgruppe zutrifft.

Im Gegensatz zu der klaren Altersdifferenzierung im Westen zeigen ostdeutsche Städte eine ähnlichere Lageverteilung jüngerer und älterer Wohnungswechsler. Es fehlt auch der im Westen nachweisbare Trend eines Wechsels junger Leute vom Stadtrand in die Innenstadt – wer aus dem Stadtrand fortzieht, wandert eventuell gleich über die Gemeindegrenzen hinweg. Damit weisen jüngere und ältere Wohnungswechsler hinsichtlich der Innenstadt als innerstädtisches Umzugsziel die gleichen Anteile auf. Außerhalb der Innenstadt zeigen dann Jüngere eine Präferenz für die mittlere Stadt, Ältere für den Stadtrand. Aber auch im Osten ist bei den mobilen über 30-Jährigen festzustellen, dass sie nach ihrem Umzug zu einem höheren Prozentsatz in der Innenstadt leben, als es für ihre Altersgruppe zutrifft.

Trotz unterschiedlichen innerstädtischen Umzugsverhaltens zeigt sich auch im Osten eine verhältnismäßig starke Vertretung junger Leute in der Innenstadt, weil die „Ortstreuen“ hier stärker vertreten sind als im Westen. Damit wohnt – insgesamt dann ähnlich wie im Westen – ebenfalls ein knappes Drittel der jungen Leute in der Innenstadt, während die Älteren im Osten nur zu einem Viertel, im Westen gar nur zu einem Achtel in der Innenstadt wohnen. Insgesamt liegt somit *im Osten eine weit schwächere alters-/generationstypische Ausdifferenzierung nach Lage* vor als im Westen.

Entsprechend dieser Altersverteilungen verteilen sich auch die Haushalte: Innenstädte (City und Cityrand) sind Ort von Einpersonenhaushalten und weisen weniger Kinder auf, als im sonstigen Stadtgebiet anzutreffen sind. Da nun aber – wenn überhaupt – junge Leute Kinder bekommen, sollte man vermuten, dass junge Familien die Innenstadt wieder verlassen und Platz für neue junge Singles schaffen. Das ist im Westen tatsächlich der Fall: Innerstädtische Haushalte mit Kindern, die in den letzten fünf Jahren die Wohnung gewechselt haben, sind zu nur 42 % in der Innenstadt geblieben. Insgesamt wohnen im Westen nur 11 % der Befragten mit Kindern in der Innenstadt, während es im Osten 26 % sind. Ob sich hier möglicherweise im Osten bereits die Effekte des Stadtumbaus bzw. des als Umbau etikettierten Rückbaus zeigen, kann hier nicht weiter analysiert werden.

Zur Abrundung der Betrachtung der *Persistenzstrukturen beim Wohnungswechsel* sei abschließend noch einen Blick auf die „Materialtreue“ hinsichtlich Bauperiode, Baustruktur, Straßenlage, Begrünung und Quartiersniveau geworfen:

Insbesondere die Quartiere mit überwiegender Altbaustruktur sowie die Ein- und Zweifamilienhausgebiete weisen im Osten höchste Standorttreue auf und werden offenbar als besonders attraktiv angesehen, wenn man vom Handeln auf die Einstellungen zurückschließt. Zwei Drittel der ostdeutschen Mobilen sind im Gebietstyp gleicher Bauperiode geblieben und ein Drittel im Gebietstyp gleicher Baustruktur. Insbesondere in den Gebieten kleinteiliger Ein- und Zweifamilienhausbebauung ist der ortstreue Anteil der Mobilen relativ niedrig, was aber gerade für ihre Attraktivität gegen-

Westdeutschland: aktuelles Wohngebiet				Bauperiode früheres Wohngebiet	Ostdeutschland: aktuelles Wohngebiet			
bis 1948	1949 – 1971	1972 – 1990	seit 1991		bis 1948	1949 – 1971	1972 – 1990	seit 1991
8	4	2	3	bis 1948	26	4	3	3
53	11	10	13		68	15	12	19
6	28	6	5	1949 bis 1971	4	17	4	2
36	69	23	26		10	71	16	12
1	6	14	6	1972 bis 1990	6	2	17	7
6	16	58	30		16	10	69	37
1	2	2	6	seit 1991	2	1	1	5
4	5	10	31		5	4	3	33
16	40	24	20	Φ aktuelles W-Gebiet	38	24	24	14
n = 303					n = 306			
1-/2- Fam.- haus	Mehr- fam.- haus	Block	Misch	Baustruktur früheres Wohngebiet	1-/2- Fam.- haus	Mehr- fam.- haus	Block	Misch
16	3	6	6	1-/2-Familienhäuser	7	3	3	3
40	16	31	31		21	16	11	15
9	6	4	3	Mehrfamilienhäuser	3	6	4	3
22	36	19	15		9	31	14	13
5	3	5	3	Blockbebauung	14	6	13	6
12	19	25	15		44	28	51	29
10	5	5	8	Mischgebiet	8	5	6	9
25	29	25	39		26	25	24	43
41	18	20	21	Φ aktuelles W-Gebiet	32	20	26	22
n = 401					n = 309			

in % aller Umzüge sowie in % der je aktuellen Wohnlage
Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

über anderen *Bauformen* spricht: 44 % der in den letzten Jahren in die heutigen Ein- und Zweifamilienhaus-Quartiere Zugezogenen rekrutieren sich im Osten aus früheren Bewohnerinnen und Bewohnern größerer Wohnblocks – ein Hinweis darauf, dass in der heterogenen Struktur der ostdeutschen Großsiedlungen eben auch soziales Potenzial für Eigenheimgebiete vorhanden ist.

Zur materialen Persistenzstruktur zählt auch das enge Umfeld der Wohnung – also Straße, Gärten und Versorgungsinfrastruktur. Die BBR-Umfrage des Jahres 2003 erlaubt nun noch Aussagen zur Straßenlage: Hinsichtlich der Verkehrssituation zeigt sich eine Bewegung hin zu Wohnstraßen und eine Abkehr von Hauptverkehrsstraßen. Das gilt vor allem für den Westen. Straßen mit *Grünflächen* (Bäume und Büsche) sind in Ost und West als Standard weit verbreit-

Tabelle 6.8
Bei Umzug zwischen 1998 und 2003: Zusammenhang von Bauperiode bzw. -struktur der neuen mit der alten Wohnung – 2003

Tabelle 6.9
Bei Umzug zwischen 1998 und 2003: Berichtete Leerstände in der direkten Wohnumgebung jeweils vor und nach Umzug – 2003

Westdeutschland		Wohnungsleerstand	Ostdeutschland	
vorher	nachher		vorher	nachher
18	12	ja	42	36
14	16	vereinzelt	25	26
68	73	kein Leerstand	32	38
aufgegebene Geschäfte				
15	8	ja	24	21
11	13	vereinzelt	20	17
74	79	kein Leerstand	57	62

in % der Umzüge
Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

tet. Bei Umzügen findet man i. d. R. eine entsprechende Situation, dazu oft noch gegenüber der alten verbessert.

Quartiere mit *Leerständen* von Wohnungen und Geschäften werden tendenziell verlassen: Leerstände signalisieren Defizite, die auch Einfluss auf eine Umorientierung bei Umzügen haben. Das gilt für Ost und West. Wesentlicher als diese Gemeinsamkeit aber erscheint der dramatische Ost-West-Unterschied in der Größenordnung von Leerständen. Erhebliche oder vereinzelte Leerstände von Wohnungen am neuen Wohnstandort werden im Osten von 62 % der Befragten wahrgenommen, im Westen von 27 %. Weniger krass ist der Unterschied bei Leerständen von Geschäften. Diese Situation wird 2003 im Westen immerhin von 21 % der Befragten wahrgenommen, im Osten von 38 %.

Das außerordentliche Ausmaß von Wohnungsleerständen im Osten verweist auf die Dringlichkeit städtebaulicher Reaktionen bzw. entsprechender politischer Maßnahmen. Zu Art und Ausmaß solcher Maßnahmen werden in Kapitel 7 einige Befunde dargestellt.

Wohngebietsbezogene Umzugsmotive

Bei den schon vielfältig angesprochenen wohngebietsbezogenen Umzugsmotiven spielen Gesichtspunkte der *Umweltqualität* eine herausragende Rolle: Lärmbelastung, Schmutz und Verkehr bilden das mit Abstand am meisten genannte Bündel von Wegzugsgründen (West 45 %; Ost 52 %), wozu mit fehlendem „Grün“ (West: 12 %, Ost: 22 %) ein weiteres Umweltkriterium hinzukommt. Auf diese Wohnumfeldqualitäten waren u. a. auch die Maßnahmeschwerpunkte des Programms „Soziale Stadt“ für benachteiligte Quartiere ausgerichtet. Bei der Entscheidung gegen das angestammte Wohnquartier haben zudem städtebaulich-ästhetische Gesichtspunkte (äußeres Erscheinungsbild von Häusern und Straßen) eine sehr starke Bedeutung. Neben diesen „dinglichen“ – unmittelbar städtebaulich beeinflussbaren – Wegzugsmotiven stehen soziale Gesichtspunkte. Dabei ist der Aspekt „Unsicherheit, Kriminalität“ in West und Ost von erheblicher Bedeutung, während als negativ bewerteter sozialer Wandel (angenehme Nachbarn zogen weg, unangenehme zu) vor allem im Osten (29 %; West: 9 %) genannt wird. Zählt man den Aspekt soziale Verluste durch Wegzüge („viele Freunde und Bekannte sind weggezogen“ Ost: 15 %; West 10 %) und „Probleme zwischen Deutschen und Ausländern (West: 12 %, Ost: 14 %) hinzu, dann spielen vor allem im Osten *soziale Gesichtspunkte* eine starke Rolle.⁵² Fasst man alle diese Gründe zu den zwei Gruppen „städtebauliche“ (äußeres Bild, Lärm/Schmutz, Schulen, Grünanlagen, Parkmöglichkeiten) und „soziale“ Beweggründe (Unsicherheit/Kriminalität, Verhältnis Deutsche/Ausländer, Wechsel in der Nachbarschaft, Wegzug von Freunden) zusammen, zeigen die beobachteten Fälle eine bemerkenswerte intrakommunale Verteilung, die zwar in Ost und West auf nur

Tabelle 6.10
Bei Umzug zwischen 1998 und 2003: Wohngebietsbezogene Wegzugsgründe aus der früheren bzw. der aktuellen Wohngegend – 2003

für letzten Umzug		Städtebauliche Motive	für geplanten Umzug	
West	Ost		West	Ost
45	52	zu laut, zu schmutzig, zu viel Verkehr	41	37
22	38	äußeres Erscheinungsbild von Häusern und Straßen	27	33
25	17	kein Platz zum Spielen für die Kinder	21	15
12	22	kein Grün auf oder an der Straße	14	15
15	16	keine Parkplätze	13	15
7	9	kein gutes Schulangebot	8	11
62	75	Anteil der Mobilien, die einen städtebaulichen Grund angegeben haben	64	62
Soziale Motive				
21	26	Unsicherheit bzw. Kriminalität nahm zu	19	18
9	29	angenehme Nachbarn zogen weg, unangenehme zu	14	19
12	14	Probleme zwischen Deutschen und Ausländern	17	11
10	15	viele Freunde oder Bekannte sind weggezogen	12	15
33	45	Anteil der Mobilien, die einen sozialen Grund angegeben haben	36	42

in % der 1999–2003 Umgezogenen bzw. der im Jahr 2003 Umzugswilligen, die die Wohngegend als Umzugsmotiv angegeben haben – Mehrfachnennungen
Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

für letzten Umzug						für geplanten Umzug		
KSt	OMZ	L	Φ	Städtebauliche Motive	Φ	KSt	OMZ	L
76	75	73	75	Ost	62	68	61	53
54	69	67	62	West	64	73	62	44
City	innen	Stadt- rand	für Wegzüge aus städtischen Quartieren					
81	72	70	74	Ost				
77	61	59	66	West				
KSt	OMZ	L	Φ	Soziale Motive	Φ	KSt	OMZ	L
44	46	46	45	Ost	42	48	40	37
37	29	33	33	West	36	42	29	28
City	innen	Stadt- rand	für Wegzüge aus städtischen Quartieren					
39	44	63	48	Ost				
41	36	35	37	West				

Tabelle 6.11
Wegzugsgründe aus der
früheren bzw. der aktuellen
Wohngegend nach Gemein-
detyp und innerstädtischer
Wohnlage – 2003

in % der Mobilen, die die Wohngegend als Umzugsmotiv angegeben haben – Mehrfachnennungen
Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

niedrigen Fallzahlen beruht, dennoch aber eine gemeinsame Tendenz in ost- und westdeutschen Städten aufweist:

Städtebauliche Gründe haben insgesamt eine starke Bedeutung: Zwei Drittel der in den letzten Jahren (auch) wegen der Wohnumwelt Umgezogenen nennen städtebauliche Gründe. Die damit ausgedrückten Defizite beschränken sich keineswegs auf (große) Städte. Vielmehr werden städtebauliche Defizite im Westen gerade in kleineren Orten benannt, im Osten nahezu gleich verteilt über alle Siedlungsstrukturtypen. Auch bei innerstädtischer Differenzierung zeigt sich die generelle Bedeutung solcher Defizite; sie werden aber in Ost und West besonders bei Wegzügen aus innerstädtischen Vierteln betont.

Soziale Gründe spielen insgesamt eine geringere Rolle für den Wechsel der Wohngegend als städtebauliche. Sie sind dennoch von nicht unerheblicher Bedeutung: Um die 40 % der wegen der Wohngegend Umgezogenen nennen in Ost und West soziale Gründe. Sie sind ebenfalls keine spezifisch städtische Angelegenheit: Im Westen wiegen sie in Kernstädten etwas stärker, in kleineren Orten im Osten aber waren sie zumindest für den letzten Umzug gleichermaßen ausgeprägt.

In westdeutschen Städten zeigen soziale Motive weniger klare Schwerpunktsetzungen nach Lage in der Stadt. Im Osten zeigt sich eine recht klare Sonderstellung des Stadtrands, der i. d. R. durch die Großwohnsiedlungen geprägt ist, wo soziale Probleme eine größere Bedeutung haben als im inneren Bereich der Stadt. Im Osten haben also soziale Probleme gerade außerhalb großer Städte und in den weniger urbanen Kontexten der Städte eine hohe Bedeutung für Umzugsentscheidungen. Kurz gefasst: *Mit der Entfernung von der Innenstadt sinken die städtebaulichen und steigen die sozialen Probleme, vor allem in ostdeutschen Städten.*

Die sich nun anschließende Frage lautet, inwieweit die aus den genannten Gründen bzw. wegen entsprechender Defizite durchgeführten Umzüge zum Abbau dieser Defizite geführt haben. Das lässt sich zu einem gewissen Grad durch den *Vergleich von alter und neuer Wohnsituation* klären. Die verlassenen Gebiete

- waren/sind eher innerstädtisch,
- lagen/liegen häufiger an Hauptverkehrsstraßen,
- waren/sind mit weniger „Grün“ ausgestattet,
- hatten/haben mehr Leerstand und
- hatten/haben einen weniger guten Ruf

Tabelle 6.12

Bei Umzug zwischen 1998 und 2003: Beurteilung des Rufs des ehemaligen und des aktuellen Wohngebiets im Vergleich zu allen Befragten – 2003

Westdeutschland: früheres Wohngebiet					Ostdeutschland: früheres Wohngebiet					
++	+	0/-	Φ	alle	Beurteilung aktuelles Wohngebiet	alle	Φ	++	+	0/-
5	5	7	15	15		sehr gut	18	26	16	7
22	12	15							34	21
3	26	23	52	54	gut	55	50	8	19	24
22	64	48							47	54
6	10	17	33	30	mittel/schlecht	28	25	3	9	13
44	22	37							19	23
13	41	47	100		Φ	100	100	16	35	50

in % aller Mobilien sowie in % des Rufs des früheren Wohngebiets
Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

als die Gebiete insgesamt. Wie sehen nun die Umzügler die Eigenschaften der alten und der neuen Wohnumgebung im direkten Vergleich? Als erstes soll in diesem Zusammenhang der Ruf bzw. das Image der Wohngegend betrachtet werden, da erwartet werden kann, dass er/es für Zuzugsentscheidungen – zumindest bei innerstädtischen Umzügen – besonders relevant ist.

Dabei zeigt sich zunächst (Tab. 6.12), dass die Einschätzung des Rufs der alten Wohngegend in Ost und West nicht sehr unterschiedlich ausfällt. Nur etwa die Hälfte der Befragten attestiert der alten Wohngegend einen guten oder sehr guten Ruf. Diese Bewertung liegt deutlich unter der aktuellen Einschätzung: Im Westen wird dem neuen Gebiet von zwei Dritteln der Umgezogenen ein guter Ruf attestiert, im Osten sogar von drei Vierteln. Man hat sich also tendenziell verbessert, insbesondere bei einer negativen Bewertung der alten Gegend. Im Vergleich zur Gesamtheit der Befragten überwiegt vor allem im Osten die „sehr gute“ Einschätzung des Rufs der neuen Wohngegend, während im Westen gegenüber allen Befragten eher eine skeptische Haltung zu bemerken ist. Die in den letzten fünf Jahren Umgezogenen geben zwar auch hier der neuen Wohngegend bessere Noten als der alten, liegen damit aber tendenziell unter dem Niveau, das alle Befragten zeigen. Dagegen haben die Wohnungswechsler im Osten nicht nur eine Verbesserung ihrer alten Situation erreicht; sie übertreffen damit das Niveau aller Befragten im Osten deutlich.

In Ost wie West gilt, dass Verbesserungen gerade bei negativer Ausgangssituation erreicht werden: Wenn man in Gegenden mit weniger gutem Image gelebt hat, strebt man „bessere Adressen“ an und erreicht das auch zum großen Teil, vor allem im Osten. Nur ein Viertel der Wohnungswechsler aus Gegenden ohne guten Ruf lebt heute in entsprechenden Gegenden (nur 6 % in ausgesprochen „schlechten“), während im Westen 37 % mit nicht guter Ausgangslage sich nicht entscheidend verbessert haben. Dem entspricht, dass man im Westen bei sehr guter Ausgangslage mit 44 % häufiger in weniger gut beleumdeten Wohngegenden landet als im Osten mit 19 %.

Für diese Befunde bieten sich vielfältige *Interpretationen* an, die hier jedoch nur angedeutet und nicht weiterverfolgt werden können: In Ostdeutschland ist durch die umfangreichen Sanierungen, verbunden mit den zahlreichen Fortzügen in allen Regionen und in allen Siedlungsformen, ein sog. Mietermarkt entstanden, wo die Umziehenden nicht nur am bekanntesten Ort, sondern auch bei Umzügen in fremde Orte leicht, schnell und preisgünstig zwischen diversen gut ausgestatteten Wohnungen in aussuchbaren Wohnlagen entscheiden können. In Westdeutschland gibt es zwar auch nur noch wenig stark wachsende Gemeinden, nichtsdestotrotz sind dort die Wohnungsmärkte durch die Zunahme von Einpersonenhaushalten, Pendlerwohnungen oder geringen Wohnungsneubau entweder ausgeglichen oder Vermietermärk-

te. So haben viele bei beruflich bedingten Ortswechseln kaum eine Chance, bei ihrer Wohnungssuche neben den notwendigen Anforderungen an die Wohnung auch die an das Wohnquartier zu berücksichtigen. Dies wäre eine Lesart, die mit den in Deutschland ungleich verteilten Schrumpfs- bzw. Wachstumsprozessen zu tun hätte.⁵³ Diese Interpretation würde zudem betonen, dass Umzüge seltener aus Gründen des „sozialen Aufstiegs“ vorgenommen werden, sondern sich eher pragmatisch an den Bequemlichkeiten und Notwendigkeiten des Alltagslebens orientieren. Eine zweite Lesart würde sich nur auf Wohnbedürfnisse oder Wohnmoden bestimmter Bevölkerungsgruppen oder Milieus beziehen. Zum Beispiel ist zu beobachten, dass vor allem jüngere Leute – auch aus sehr gut beurteilten Stadtvierteln – vermehrt in innerstädtische Quartiere ziehen, weil die dort zur Verfügung stehende soziokulturelle Infrastruktur eher ihrem Lebensgefühl entspricht. Entsprechend ziehen allein stehende alte Menschen oder frisch Geschiedene aus ihren zu groß gewordenen Einfamilienhäusern in eher innerstädtische Lagen um, die meist keinen besseren Ruf als das Herkunftsquartier haben. Auch diese Interpretation betont einen Aspekt rationaler Umzugsentscheidungen, bei dem andere Kriterien wichtiger sind als das bloße Image eines Wohnstandortes. Und letztlich ist zu bedenken, dass ein Großteil der Menschen, die unter sich verschlechternden persönlichen wirtschaftlichen Bedingungen leben (müssen), gar keine andere Wahl haben, als in eine kleinere, einfachere und vor allem billigere Wohnung umzuziehen. Dies bringt dann meist zwangsläufig eine Verschlechterung der Wohnumfeldbedingungen mit sich. Für eine differenziertere Analyse solcher Prozesse könnten zusätzlich zu einer standardisierten Umfrage auch qualitative Studien zu Einsatz kommen, die für typische Siedlungsformen Wohnbiographien der dort Lebenden auf solche Begründungszusammenhänge hin untersuchen.

Wohnstandortwünsche und lokale Bindungen

Nach der Analyse diverser Facetten vollzogener und geplanter Wohnungswechsel soll zur Abrundung noch kurz ein Blick auf zwei weitere Themen geworfen werden, und zwar auf die Wohnwünsche und die lokalen Bindungen. Auch nach diesen fragt die BBR-Umfrage gelegentlich, da die Beurteilungen aktueller Wohn- und Lebensbedingungen immer auch von diesen geprägt sind.

Wohnstandortwünsche

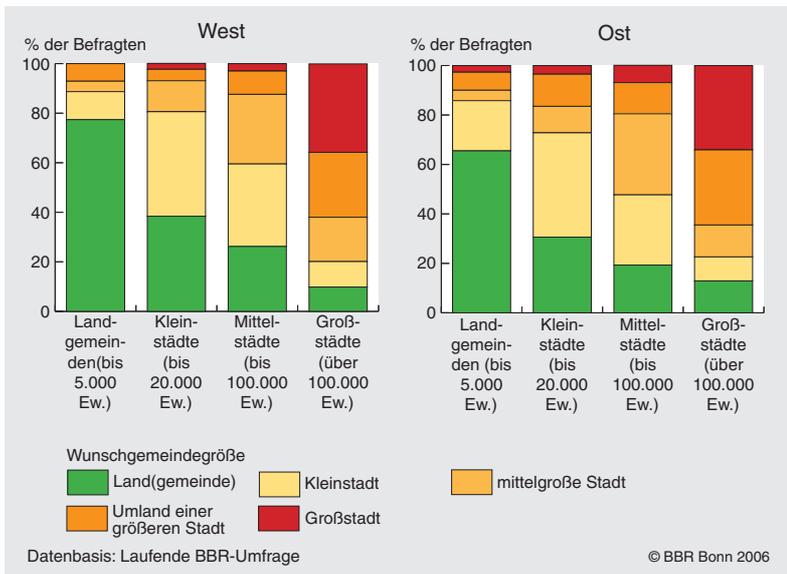
Die zum Wohnstandort geäußerten Wünsche wurden bereits 1996 einmal erhoben (vgl. Böltken/Schneider/Spellerberg 1999). Dazu werden hier nur einige grundlegende Merkmalsverteilungen vorgestellt und keine komplexeren Zusammenhänge analysiert.

Vielfältige Umstände führen Menschen an ihren derzeitigen Wohnstandort: Man wohnt vielleicht noch an dem Ort, in dem man aufgewachsen ist, oder man ist dort hin gezogen, wo man eine Ausbildung absolviert hat, wo man den Lebenspartner oder die Lebenspartnerin kennen gelernt hat oder preiswertes Bauland gefunden hat. In der Entscheidungsfreiheit ist man mehr oder weniger eingeschränkt, persönliche Wunschvorstellungen müssen oftmals objektiven Gegebenheiten weichen. Nicht zuletzt lenken auch städtebauliche Voraussetzungen wie attraktive Wohnquartiere, gute Infrastruktur, erschwingliche Mieten oder Baupreise die Wahl des Wohnstandorts.

In der BBR-Umfrage wurde letztmals 2004 erhoben, wo man *am liebsten wohnen möchte, wenn man frei entscheiden könnte*. Dabei können die Befragten eine ungefähre Gemeindegröße angeben (von „auf dem Lande“ bis „Großstadt“), und sollten sie die Großstadt bevorzugen, dort noch zwischen Innenstadt, Stadtrand und der Lage „dazwischen“ auswählen und zuletzt angeben, ob sie lieber in einem Altbau- oder einem Neubauviertel leben wollten.

In den Abbildungen 6.13 bis 6.18 sind diesbezüglich zunächst Wunsch und derzeitige Realität gegenübergestellt. Die dick umrandeten Säulenabschnitte stellen dabei die Anteile derjenigen Befragten dar, bei denen hinsichtlich des Wohnstandorts

Abbildung 6.13
Gewünschter Gemeindetyp nach derzeitigem Gemeindetyp – 2004



Wunsch und Realität übereinstimmen. Beachtet werden sollte hier jedoch, dass die Befragten die Größe ihrer Wunschgemeinde vermutlich weit weniger über Einwohnerzahlen definieren als dies bei ihrer derzeitigen Wohnstandortzuordnung der Fall ist. Vielmehr haben wohl die meisten neben einer ungefähren Größe ihrer Wunschstadt eher einen mehr oder weniger kompakten Ort vor Augen, an dem sie entweder neben kleinen Wohnhäusern nur von Feldern und Wäldern umgeben sind („auf dem Lande“) oder aber die ganze Vielfalt städtischen Lebens mit Arbeits-, Einkaufs- und kulturellen Möglichkeiten vor sich sehen („Großstadt“), oder eben eine Stadt dazwischen.⁵⁴

In Abbildung 6.13 fällt zunächst auf, dass ein Großteil der Befragten offensichtlich in genau dem Gemeindetyp wohnt, der ihren Wunschvorstellungen entspricht. Dies trifft auf West wie auf Ost zu. Die Übereinstimmung ist in den Landgemeinden mit Abstand am größten (West 77 %, Ost 66 %) und nimmt in Richtung Großstadt ab (West 36 %, Ost 34 %). Auffällig ist die geringe Übereinstimmung bei den Bewohnern von Mittelstädten, was allerdings den hier bereits wiederholt festgestellten Unzufriedenheiten und angeführten Defiziten in diesem Gemeindetyp entspricht. Weiterhin fällt auf, dass sich eigentlich nur Befragte mit derzeitigem Wohnstandort Großstadt für ein zukünftiges Wohnen im Umland einer größeren Stadt begeistern können: Dort scheinen sie die Vorteile des großstädtischen Angebots mit ländlicherem Wohnen verbinden zu wollen.

Abbildung 6.14
Gewünschte innerstädtische Wohnlage nach der aktuellen innerstädtischen Wohnlage bei Großstadt als Wohnstandortwunsch – 2004

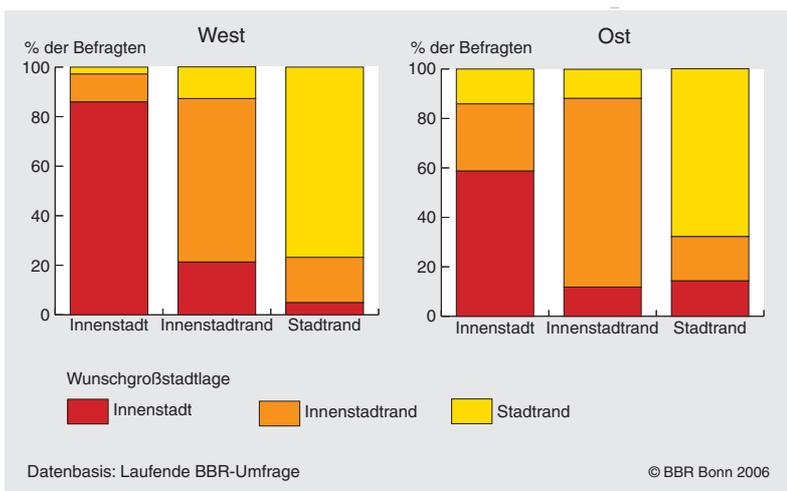
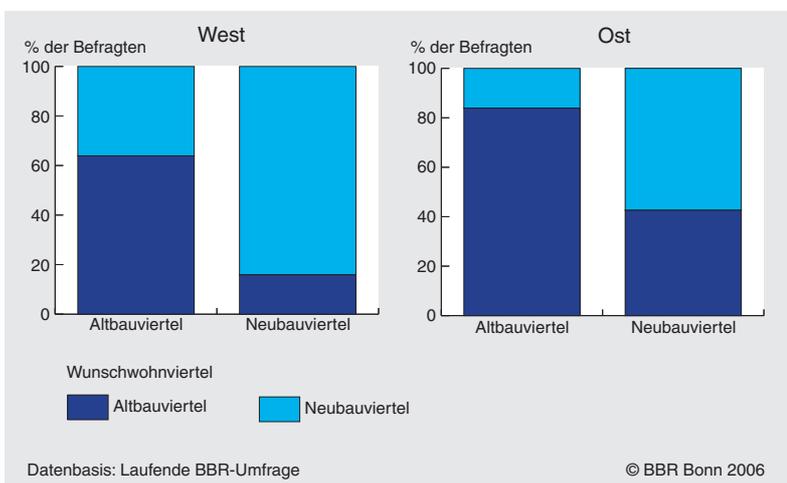


Abbildung 6.15
Baulalter der Wunschwohnung nach Baulalter der aktuellen Wohnung – 2004



Die Verteilungsmuster belegen also eine *Vorliebe für das Bekannte*. Dazu können mehrere Gründe geführt haben: Vielleicht konnten schon in der Vergangenheit die eigenen Wunschvorstellungen hinsichtlich des Wohnstandorts verwirklicht werden. Oder man wohnt schon lange – vielleicht von Kindheit an – an diesem (oder einem ähnlichen) Ort und schätzt ihn als Heimat, als den Ort, in dem man nicht nur die städtebaulichen Gegebenheiten zum Leben vorfindet, sondern vor allem als den Ort, wo man mit der Familie, den Nachbarn oder Freunden in soziale Netzwerke eingebunden ist. Weiterhin könnten Wohnortpräferenzen auch viel mit gelernten, habituellen Verhaltens- und Handlungsweisen zu tun haben, wie sie sich spezifisch nicht nur regional, sondern auch je nach Größe eines

Gemeinwesens herausbilden können. Nicht zuletzt unterscheiden sich städtische und ländliche Lebensformen seit Jahrhunderten (vgl. u. a. Bertram 1998 oder Siebel 1998).

Doch bei weitem nicht alle wohnen in der Gemeinde der eigenen Wunschgröße. Beispielsweise wollen 26 % (West) bzw. 30 % (Ost) der Großstädter lieber im Umland einer (ihrer?) Großstadt wohnen, was – sollten diese Vorstellungen in die Tat umgesetzt werden – zu weiterer Suburbanisierung führen könnte. Was die Suburbanisten dazu zu sagen haben, ist bereits Gegenstand zahlreicher anderer Untersuchungen.⁵⁵

Die weitere Frage nach der erwünschten innerstädtischen Lage wurde nur an die Befragten mit erwünschtem Siedlungstyp Großstadt gerichtet. Zunächst interessiert bei den so Antwortenden, die aktuell schon in Kernstädten wohnen, wie ihr Lagewunsch mit der aktuellen Wohnlage übereinstimmt. Westdeutsche Innenstadtbewohnerinnen und -bewohner scheinen diesbezüglich am zufriedensten zu sein, denn 86 % von ihnen sehen die City für sich als ideale Wohnlage (Abb. 6.14). Im Osten sind dies nur 59 %, hier findet sich die größte Übereinstimmung mit 76 % bei den Innenstadtrandbewohnerinnen und -bewohnern. Ein weiterer West-Ost-Unterschied zeigt sich bei der Frage nach der Bauperiode des Wunschwohnviertels (Abb. 6.15). Im Westen sind offensichtlich die Neubauviertel die attraktiveren, im Osten die Altbauviertel (jeweils 84 % Übereinstimmung zwischen Wunsch und Realität). Da die meisten Befragten mit Altbau Gebäude aus der Vorkriegszeit assoziieren dürften, sei daran erinnert, dass im Westen lediglich 14 % der Befragten in Häusern mit einem Entstehungsjahr bis 1948 leben, im Osten dagegen 36 % (vgl. Kap. 1). Die umfangreichen Sanierungsmaßnahmen in den ostdeutschen Ländern, die das Erscheinungsbild und die Lebensqualität gerade dieser Quartiere grundlegend verbessert haben (die noch nicht sanierten Gebiete dieser Baualterklasse sind großteilig leer gezogen), scheinen sich also in der großen Akzeptanz für diese Viertel abzubilden. Weitere diesbezügliche Zusammenhänge wären aber noch zu untersuchen.

Welchen Wohnstandort man anstrebt, hängt in hohem Maße vom *Typ des Befragtenhaushaltes* ab. Es gibt die allgemein verbreitete Vorstellung, dass Singles das Leben

Abbildung 6.16
Gewünschter Gemeindetyp nach Haushaltstyp – 2004

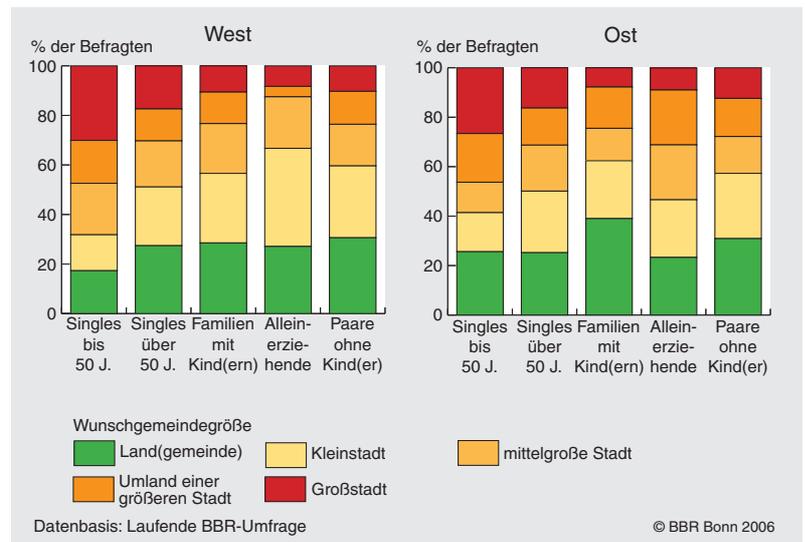


Abbildung 6.17
Gewünschte innerstädtische Wohnlage nach Haushaltstyp bei Großstadt als Wunschstandort – 2004

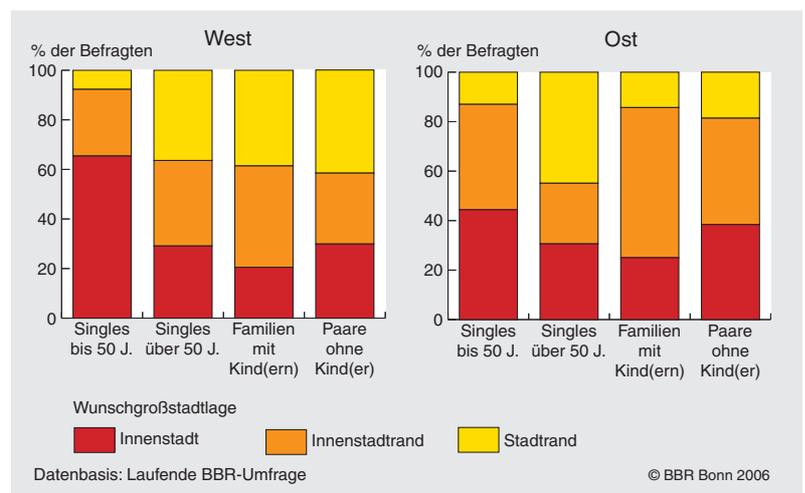
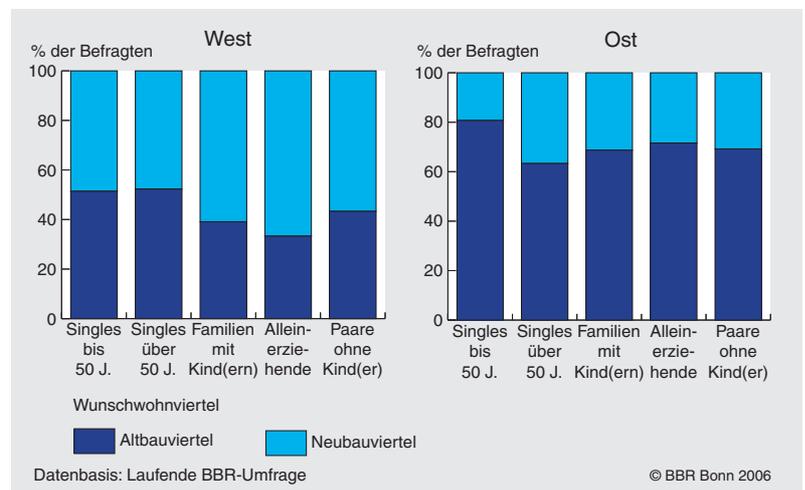


Abbildung 6.18
Baualter der Wunschwohnung nach Haushaltstyp – 2004



in der Großstadt bevorzugen, Familien mit ihren Kindern eher in suburbanen Räumen leben. Wird dies durch die BBR-Umfrage bestätigt?

Die Abbildungen 6.16 bis 6.18 zeigen die Wunschwohnstandorte nach Haushaltstypen. Unterschieden wurde hier nach jüngeren und älteren Single-Haushalten (12 % bzw. 18 %), Familien und Alleinerziehenden (also Haushalten mit minderjährigen Kindern = 28 %) sowie Paaren ohne Kinder (42 % im Durchschnitt beider Stichproben).

Es zeigt sich (Abb. 6.17), dass Singles im Alter bis zu 50 Jahren in der Tat Großstädte bevorzugen; auch deren Umland ist – wegen der evtl. etwas günstigeren Wohnkosten – durchaus attraktiv. Deutlich wird aber auch, dass sich die Wunschstandorte über alle Haushaltstypen verteilen, dass also beispielsweise Großstädte für Familien mit Kindern nicht gänzlich unattraktiv sind oder sich jüngere Singles kein Leben auf dem Lande vorstellen könnten. Größere West-Ost-Unterschiede gibt es bei den Familien, die im Osten zu einem etwas größeren Teil auf dem Lande wohnen wollen, sowie bei den Alleinerziehenden, für die im Westen die Kleinstädte vergleichsweise attraktiver erscheinen – vielleicht in der Annahme, dass dort die Unterstützungsnetzwerke besser funktionieren –, für die jedoch das Leben im Umland einer Großstadt weniger vorstellbar ist.

Wo die Befragten, die für ihren Haushalt die Großstadt als erwünschten Wohnstandort angeben, innerhalb der Stadt wohnen möchten, wird in Abbildung 6.17 aufgezeigt, hier ohne Berücksichtigung der Alleinerziehenden (wegen zu geringer Fallzahl). Für die westdeutschen Singles bis zum Alter von 50 Jahren stehen die Innenstädte ganz oben auf der Wunschliste. Bei den anderen westdeutschen Haushaltstypen verteilen sich die Wunschvorstellungen fast gleichmäßig über das Stadtgebiet. Auch im Osten favorisieren die Einpersonenhaushalte im Erwerbssalter die Innenstädte, in fast gleichem Maße aber auch die Innenstadtränder. Nahezu dieselbe Verteilung zeigt sich bei den kinderlosen Paaren. Die Familien mit Kindern würden hingegen am liebsten zwischen Innenstadt und Stadtrand wohnen.

Schließlich noch ein Blick auf die präferierte Baualtersklasse für die Wunschwohnung: Westdeutsche Haushalte mit Kindern würden, wenn sie frei entscheiden könnten, in Neubaugebieten wohnen – möglicherweise, weil sie wegen der Kinder auf eine gewisse häusliche wie auch Wohnumfeldausstattung angewiesen sind oder weil sie dort eher auf weitere Familien mit Kindern treffen (Abb. 6.18). Im Osten fällt eher auf, dass vier von fünf Singles unter 50 Jahren gern in Altbauvierteln wohnen würden, die – zumeist in Innenstadtlage – eine Fülle von Angeboten für diese Gruppe bereitzuhalten scheinen.

Der Verwirklichung dieser Wohnwünsche können eventuell ganz persönliche Gründe entgegenstehen. Einige dieser Gründe sollen im Folgenden abschließend betrachtet werden. Denn schließlich entsteht räumliches Verhalten und Handeln – wie schon mehrfach betont – aus einer Vielzahl von Handlungswünschen und -optionen.

Lokale Bindungen

Große Teile dieses Berichts widmen sich den Wohnwünschen sowie zurückliegenden oder geplanten Umzügen der Befragten und untersuchen diese Wohnungswechsel hinsichtlich Motiven, Zielrichtungen und ähnlichem. Fällt es den Befragten nun aber leicht oder schwer, ihr bisheriges Wohnumfeld zu verlassen? Gibt es bindende Faktoren, Dinge, die man nach dem Umzug bestimmt vermissen würde?

Derartige Bindungen sind als Indikatoren für mögliche Handlungsoptionen zu verstehen. Deshalb wurde in den Jahren 1990, 1991, 1996 und 2003 erfragt, *was wohl am meisten fehlen würde, wenn man aus dem derzeitigen Wohnort wegziehen müsste*. Zur Auswahl stand eine Liste mit früher 13, jetzt – nach Reduzierung um kaum genannte Antwortmöglichkeiten – noch 9 lokalen Bindungsarten. Es war den Befragten möglich, mehrfach zu antworten, zu sagen, dass einem im Falle eines Umzugs nichts fehlen würde oder dass ein Umzug überhaupt nicht in Frage käme.

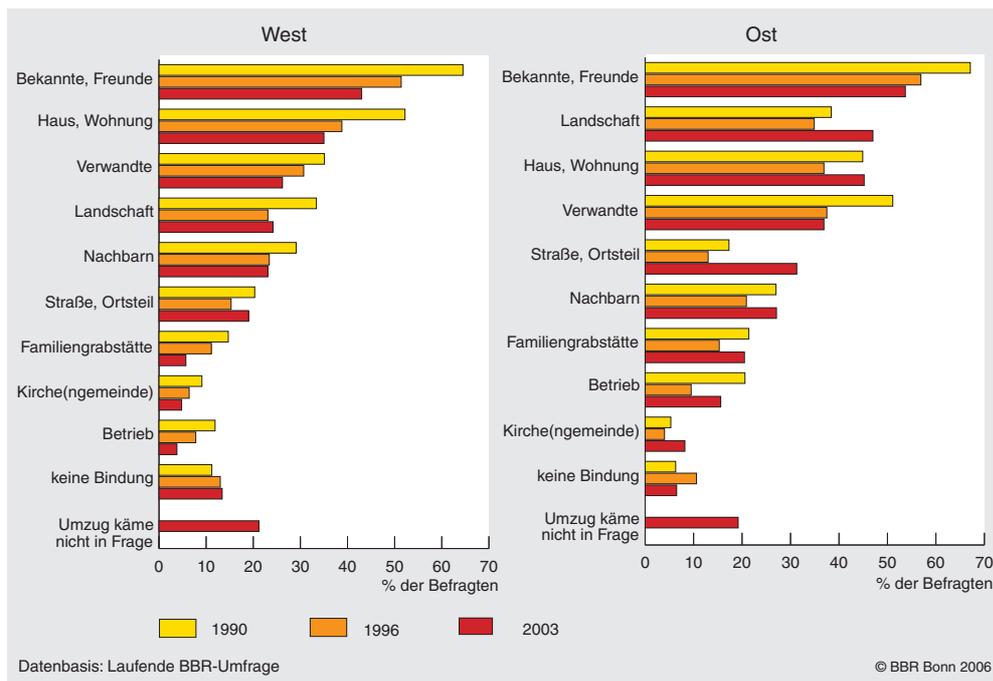


Abbildung 6.19
Rangfolge lokaler Bindungen
an den gegenwärtigen Wohnort – 1990, 1996, 2003

Abbildung 6.19 zeigt die „Hitliste“ der lokalen Bindungen in den Jahren 1990, 1996 und 2003, geordnet nach der Rangfolge im Jahr 2003. Zunächst zeigt sich, dass in West und Ost übereinstimmend die Bindung an den *Bekanntens- und Freundeskreis* an der Spitze steht: im Westen mit 43 %, im Osten sogar mit 54 %. Während im Westen auf den nächsten Plätzen *mein Haus/meine Wohnung* und *Verwandte, die hier leben*, und danach die *ganze Landschaft hier* folgen, schiebt sich im Osten *die ganze Landschaft hier* auf Platz 2.

Dass ihnen im Falle eines Umzugs nichts fehlen würde, behaupten 13 % im Westen, jedoch nur halb so viele im Osten – wobei daran zu erinnern ist, dass alle ostdeutschen Länder seit 1990 Bevölkerung verloren haben, also sehr viele bereits abgewandert sind.⁵⁶ Übereinstimmung herrscht zwischen Ost und West aktuell bei der Aussage, dass ein Fünftel der Befragten auf gar keinen Fall umziehen würde.

Im Westen ist ein allgemeiner Trend des Nachlassens lokaler Bindungen im Zeitverlauf zu erkennen, der nur bei *die ganze Landschaft hier* und *die Straßfelder Ortsteil hier* durchbrochen wird. Umgekehrt dazu nahm der Anteil der Befragten ohne Bin-

dungen an ihren Wohnort leicht zu. Im Osten zeigt sich dieser Trend nicht. Hinsichtlich des Vermissens bestimmter Gegebenheiten am jetzigen Wohnort gab es einige erhebliche Verschiebungen gegenüber den Vorjahren. So hat auch hier die Zahl der Nennungen für *die ganze Landschaft hier* und *die Straßfelder Ortsteil hier* im Vergleich zu 1996 zugenommen und liegt aktuell deutlich über dem Niveau von 1990. Bis auf *mein Bekannten- und Freundeskreis* und *Verwandte, die hier leben*, liegt der Anteil der Nennungen bei allen lokalen Bindungen im Osten über den Anteilen von 1996. Und gerade die Freunde und Verwandten sind häufig genug schon fortgezogen, was dann bei einigen Befragten auch den Wunsch zu gehen entstehen lässt (vgl. Tab. 6.10). In der Gesamttendenz zeigt sich eine eher zunehmende Ortsbindung im Osten, auch mit dem schon erwähnten relativ geringen Anteil Befragter ohne lokale Bindungen.

Vor einer ersten vorsichtigen Einschätzung sei noch einmal daran erinnert, dass in Westdeutschland nur 43 % und in Ostdeutschland gar nur 38 % der Befragten länger als 15 Jahre – dem Jahr der „Wende“ – in ihrer derzeitigen Wohnung leben. Hinsichtlich der großräumigeren Wandermobilität gaben 18 % der in Westdeutschland Befrag-

ten und 8 % der in Ostdeutschland Befragten an, erst während der vergangenen fünf Jahre über eine Distanz von mehr als 50 km an ihren jetzigen Wohnort zugewandert zu sein. Zusammen mit den berichteten Umzugsplänen heißt das, dass einerseits die gebürtigen Ostdeutschen mobiler sind bzw. aufgrund der Lebensbedingungen sein müssen und andererseits in Westdeutschland der hinsichtlich Herkunftsorten buntere Bevölkerungsmix entsteht. Dazu passen die im Verlauf der Jahre erhobenen, sich unterschiedlich entwickelnden Ausprägungsgrade der Raumbindungselemente.

Insgesamt ist festzustellen, dass der Durchschnitt der angegebenen lokalen Bindungen in Ostdeutschland aktuell stärker ausgeprägt ist als im Westen. Dies könnte noch eine Spätfolge der zu DDR-Zeiten geringer ausgeprägten räumlichen Mobilität bzw. erzwungenen Ortsansässigkeit sein. Wahr-

scheinlicher – gemäß der soeben resümierten Fakten – ist aber die Erklärung, dass all die Bewohnerinnen und Bewohner mit weniger ausgeprägten Ortsbindungen bzw. mit unumgänglicheren Zwangssituationen das Land bereits verlassen haben. Die verstärkte Betonung, dass man im Falle eines Wegzugs insbesondere *die ganze Landschaft hier* und *die Straße/den Ortsteil hier* vermissen würde, legt allerdings auch die Interpretation nahe, dass in Zeiten massiver erzwungener Mobilität das eher unspezifische Regionale einen „nostalgischen“ Rückzugsraum bietet. Genauer lässt sich zu einem möglichen Erstarren regionaler Identität (vgl. Ipsen 1997, S. 102 ff.) anhand der hier nur kurz berichteten Daten nicht sagen, jedoch ist dieser Aspekt lokaler Raumbilder und Raumprägung – eventuell auch eines damit zusammenhängenden Regionalismus (dazu auch Stiens 1998) – weiter zu beachten.

7

Veränderungen im Wohngebiet – Auswirkungen auf Bewohnerinnen und Bewohner

Seit der Entscheidung zur deutschen Einheit fand in Ostdeutschland ein beispielloser Wandel in fast allen Lebensbereichen statt. Die Bürgerinnen und Bürger der ostdeutschen Länder mussten immense Veränderungen gestalten und (er)tragen. Besonders dramatisch und folgenreich sind dabei die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, besonders sichtbar die im Bereich Wohnungswesen und Städtebau. Letztere werden, wie bereits aus unterschiedlichen Perspektiven heraus gezeigt wurde, sehr deutlich wahrgenommen und in hohem Ausmaß mit steigender Zufriedenheit honoriert.

Dennoch verbleiben, neben den massiven wirtschaftlichen Problemen, erhebliche Defizite auch im städtebaulichen Bereich – in Ost wie in West. Auf solche Defizite reagiert man – wenn auch z.T. ohne explizite Nennung entsprechender Motive – auch mit räumlicher Mobilität. Im vorherigen Kapitel verwiesen die Umfragedaten darauf, dass zwar etwa 20 % der Befragten sich überhaupt keinen Umzug vorstellen können und gut 40 % insofern als ortstreu gelten können, als sie bereits mehr als 15 Jahre in ihrer derzeitigen Wohnung leben, dass zugleich aber etwa ein Drittel während der vergangenen fünf Jahre die Wohnung gewechselt hat und damit auf eine nicht unerhebliche räumliche Flexibilität verweist. Von diesen erst jüngst Umgezogenen wanderten ein Viertel etwa gleichermaßen aus beruflichen wie aus privaten Gründen über die Grenzen der Gemeinde, ein Viertel verblieb im näheren Umkreis meist aus Gründen der Eigentumsbildung und etwa die Hälfte zog nur lokal um wegen einer passenderen Wohnung oder ebenfalls wegen Eigentumsbildung. Vor allem für die zweite und dritte Gruppe spielt die Wohngegend zumindest als Pull-Faktor eine Rolle. Insofern sind „Abstimmungen mit den Füßen“ auf die Dauer eine Reaktion, die bei Konstanz von Defiziten zu Strukturumbrüchen und zum „Ausbluten“ von Regionen, Orten und Quartieren führen kann. Deswegen wird versucht, mit ent-

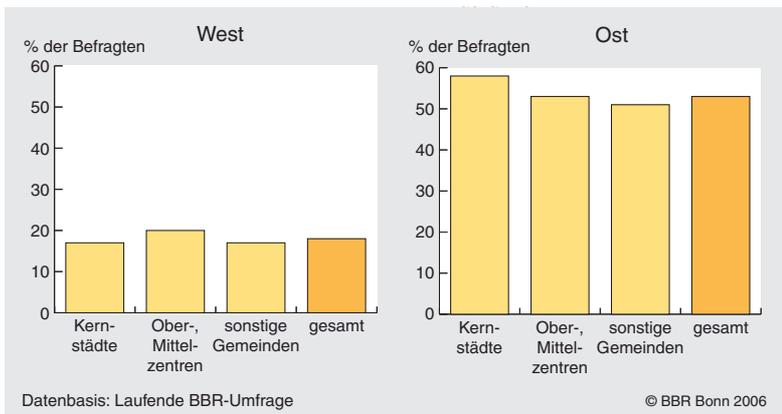
sprechenden Programmen und Maßnahmen Verbesserungen zu erreichen und der „Flucht“ entgegenzusteuern. Dazu wurden vor allem im Osten erhebliche Anstrengungen unternommen und Mittel eingesetzt.

Allerdings sind die Wohn- und Lebensbedingungen im Quartier, deren Bewertung und die daraus resultierenden Handlungsfolgen der Bewohnerinnen und Bewohner nur als ein vieldimensionales Wirkgefüge zu verstehen. Es gibt weder die eine Maßnahme, die alles wunschgemäß verbessern könnte, noch lassen sich Ergebnisse eindeutig auf nur eine Maßnahme zurückführen, noch wirken gleiche Maßnahmen in unterschiedlich strukturierten Wohngebieten gleich. Abschließend sollen daher nochmals einige Befunde zu den in den letzten Jahren bereits durchgeführten städtebaulichen Umgestaltungsmaßnahmen dargelegt und erste Überlegungen hinsichtlich der möglichen Folgen angestellt werden.

Wahrnehmung städtebaulicher Maßnahmen

Im vorherigen Mobilitätskapitel lag das Augenmerk insbesondere auf den Befragten, die einen Wohnungswechsel vorgenommen haben bzw. einen solchen für die nahe Zukunft beabsichtigen. Unabhängig davon dürften aber alle Bewohnerinnen und Bewohner in gewissem Ausmaß ihr Wohngebiet beobachten und größere wie kleinere Veränderungen registrieren. Ihre Einschätzungen dürften die Atmosphäre eines Wohngebiets widerspiegeln und langfristig auch zu dessen Ruf beitragen. Deshalb wurde 2003 erstmals gefragt: „Hat es in den letzten Jahren Maßnahmen zur Umgestaltung und Verbesserung Ihres Wohnviertels gegeben?“ In einer Anschlussfrage wurden zudem vier konkrete, bereits durchgeführte Umbaumaßnahmen erkundet. Zwei weitere

Abbildung 7.1
In den letzten Jahren erfolgte Umgestaltungsmaßnahmen im Wohngebiet nach Gemeindetyp – 2003



Fragen richteten sich auf Pläne zur Umgestaltung und Verbesserung im Wohnviertel. Die offene Formulierung „in den letzten Jahren“ lässt zwar keine genaue zeitliche Bestimmung für die vorgenommenen Veränderungen zu, doch zum einen wohnt etwa ein Drittel der Befragten erst weniger als fünf Jahre in der jetzigen Wohnung, so dass dieser Zeitraum auch als ein sinnvoller Beurteilungsrahmen angenommen werden kann. Zum anderen hält gerade diese Art der Formulierung für die Befragten die Möglichkeit offen, das ihnen nachhaltig wichtig Erscheinende zu berichten.

Allzu hohe Erwartungen müssen an dieser Stelle allerdings gedämpft, denn es handelt sich im Folgenden nur um ein kurzes Streiflicht auf die in der 2003er Umfrage erhobenen Wahrnehmungen der Veränderungen im Wohngebiet – tiefer gehende Analysen, die die nun folgenden Beschreibungen mit bereits berichteten Befunden verknüpfen, können erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Städtebauliche Maßnahmen werden in Ostdeutschland generell sehr stark wahrgenommen. Über die Hälfte der Befragten dort (Westen: 18 %) berichtet von Umgestaltungsmaßnahmen im Wohnviertel, ein knappes Drittel von entsprechenden Plänen. Dabei liegt keine eindeutige siedlungsstrukturelle Konzentration vor. Im Westen sind vor allem die Ober- und Mittelzentren außerhalb der großen Kernstädte von Maßnahmen betroffen bzw. werden dort von den Befragten wahrgenommen. Im Osten liegt dagegen eine Tendenz abnehmender Betroffenheit von den großen Kernstädten

bis hin zu kleineren Orten vor. Kennzeichnend für den Osten aber ist nicht diese Abstufung, sondern die außerordentlich breite generelle Wahrnehmung.

In welchen konkreten Wohnkontexten setzen die Umgestaltungsmaßnahmen an? Dazu wird wieder nach der Baustruktur und nach dem Alter bzw. dem Entstehungszusammenhang der Wohngebiete unterschieden.

Unterscheidet man die in reinen Wohngebieten berichteten Maßnahmen nach Bauperioden, so zeigen im Westen – quasi naturgemäß – die Altbauquartiere (bis 1948) die relativ höchste Umgestaltungsquote: 21 % der dort lebenden Befragten berichten von solchen Maßnahmen. Damit übertreffen sie die entsprechenden Werte der sonstigen Bauperioden klar und werden nur von der Umgestaltungsintensität in den Mischgebieten (24 %) übertroffen. Absolut gemessen – trotz insgesamt nur durchschnittlicher Umgestaltungsintensität – dominieren hier jedoch die Wohngebiete der Nachkriegszeit (1949 bis 1971), was ihren Anteil sowohl an dort lebenden Befragten (32 %) als auch an den berichteten Umgestaltungsmaßnahmen angeht (30 %).

Die Wohngebiete im Osten erfahren insgesamt sehr viel mehr Umgestaltung als die des Westens. Dabei nimmt die quantitativ am weitesten verbreitete Periode der Vorkriegszeit (36 % der Bausubstanz) mit 33 % auch absolut den größten Anteil an allen Umgestaltungsmaßnahmen ein. Relativ betrachtet sind hier im Gegensatz zum Westen nicht die Altbaugebiete der Vorkriegszeit, sondern die Wohngebiete der 1970er und 80er Jahre am stärksten von Umgestaltungsmaßnahmen betroffen: 60 % der Befragten dort berichten von erfolgten Umgestaltungsmaßnahmen in ihrem Wohnviertel. Auch im Osten übertrifft die Umgestaltungsintensität in Mischgebieten die in reinen Wohnvierteln.

Dass die hohe Umgestaltungsintensität der 1970/80er-Jahre-Bauten im Osten vor allem auf die in dieser Zeit vorherrschende industrielle Bauweise und die entsprechenden Großsiedlungen zurückzuführen ist, zeigt sich bei Differenzierung nach der Baustruktur. In jeder der älteren Bauperioden sind die als Wohnblocks errichteten Quartiere Spitzenreiter bei den Umgestaltungsmaßnahmen (auch im Westen). Dies gilt insbe-

Tabelle 7.1

Anteil der Wohnungen nach Wohngebietstyp und Wahrnehmung erfolgter Umgestaltungsmaßnahmen – 2003

Westdeutschland				Ostdeutschland					
Anteil des Wohngebietstyps	berichtete Maßnahmen im Wohngebietstyp	Baumaßnahmen anteilig im Wohngebietstyp	absoluter Anteil an allen Umgestaltungsmaßnahmen			Anteil des Wohngebietstyps	berichtete Maßnahmen im Wohngebietstyp	Baumaßnahmen anteilig im Wohngebietstyp	absoluter Anteil an allen Umgestaltungsmaßnahmen
8	2	19	10	bis 1948	1-/2-Fam.haus	23	11	46	20
3	1	20	4		Mehrfam.haus	10	5	51	9
2	1	27	3		Block	4	2	62	4
13	3	21	17	<i>insgesamt für Bauperiode</i>		36	18	49	33
21	1	14	17	1949-1971	1-/2-Fam.haus	7	2	36	4
5	2	17	5		Mehrfam.haus	3	2	62	3
6	3	27	8		Block	6	4	70	8
32	5	17	30	<i>insgesamt für Bauperiode</i>		16	9	54	16
15	1	16	14	1972-1990	1-/2-Fam.haus	6	3	48	5
5	1	8	3		Mehrfam.haus	1	1	57	1
5	2	21	6		Block	13	9	66	16
25	4	15	22	<i>insgesamt für Bauperiode</i>		20	12	60	22
8	1	16	7	seit 1991	1-/2-Fam.haus	6	3	40	6
1	-	16	1		Mehrfam.haus	1	1	52	1
1	-	21	1		Block	1	1	43	1
10	2	16	10	<i>insgesamt für Bauperiode</i>		8	5	42	8
18	4	24	22	Mischgebiete		17	11	64	20

in % aller Befragten

Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

sondere für die in den 1970/80er Jahren errichteten Wohnblocks, die vor allem durch die sog. „Platte“ dominiert werden. Angesichts der großen quantitativen Bedeutung dieser Bauperiode schlagen die Veränderungen in diesen Quartieren, von denen zwei Drittel der Befragten berichten, auch im Stadtbild (mit 9 %) deutlich zu Buche.

Mit 16 % ist der Anteil der Umgestaltungsmaßnahmen in Gebieten der 1950/60er Jahre im Verhältnis zu allen berichteten Veränderungen im Osten vergleichsweise gering (im Westen dagegen mit 30 % vergleichsweise am höchsten). Das liegt u. a. daran, dass diese Gebiete im Osten nur 16 % der bebauten Stadtlandschaft ausmachen (im Westen 32 %) und sich darum die besonders in den Nachkriegsblöcken ausgeprägte Umgestaltungsintensität (70 %) nicht so stark auf die ganze Bauperiode auswirkt.

Nach diesem Vergleich der Bauperioden ist zu vermuten, dass nicht in erster Linie das Alter der Quartiere, sondern die jeweils dominierende Städtebaupolitik bzw. die durch sie favorisierte Baustruktur entscheidend für Umgestaltungsmaßnahmen ist. Dies könnte zumindest aus den Daten in Tabelle 7.2 geschlossen werden.

Bereits im Einleitungskapitel wurde darauf hingewiesen, dass laut Umfrageergebnissen in Ost- wie in Westdeutschland Ein- und Zweifamilienhausgebiete die verbreitetste Bauform sind. Ihrem hohen Anteil entsprechend werden aus diesen Quartieren dann auch absolut gesehen die häufigsten Maßnahmen zur Verbesserung und Umgestaltung des Wohnviertels berichtet. Wegen der Verteilung dieser Bauform bzw. Bebauungsstruktur auf Gemeindetypen müssten diese Maßnahmen im Westen dann eher Ober- bzw. Mittelzentren mit ihren Nachkriegserweiterungen und in Ostdeutschland eher

Tabelle 7.2
Anteil dominanter
Bebauungsstrukturen in
Wohnquartieren und Wahr-
nehmung erfolgter Umge-
staltungsmaßnahmen – 2003

Westdeutschland				Ostdeutschland		
Anteil dieser Bauform (KSt-OMZ-L)	berichtete Umgestaltungen	Anteil an allen Umgestaltungen	dominante Baustruktur des Wohngebiets	Anteil dieser Bauform (KSt-OMZ-L)	berichtete Umgestaltungen	Anteil an allen Umgestaltungen
55 11-24-20	16	48	1-/2-Familienhäuser	44 3-11-30	44	36
15 7-6-3	14	12	kleinere Mehrfamilienhäuser	15 5-6-5	54	15
13 8-5-0	24	18	größere Wohnblocks	24 11-9-4	65	29
16 7-7-2	24	22	Mischgebiet	17 6-6-4	64	20

in %; in der je ersten Spalte mit Verteilung auf Kernstädte, Ober-/Mittelzentren, ländlichen Bereich
Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

die Kleinstädte und ländlich geprägten Gemeinden mit ihrer Altbausubstanz betreffen. Doch trotz der quantitativen Bedeutung der Eigenheimgebiete werden diese in der Wahrnehmung der Bewohnerinnen und Bewohner relativ gesehen unterdurchschnittlich mit Umgestaltungsmaßnahmen bedacht, obwohl sie – dies gilt vor allem für den Osten – am stärksten von Altbaustrukturen geprägt sind. Allerdings sind in solchen Wohngebieten wegen der ohnehin vorhandenen Gärten in der Regel keine Investitionen in Straßenbegrünung, auch kaum Investitionen in Parkplätze – wegen meist vorhandener privater Pkw-Stellplätze – und wegen der geringen Belastung mit Durchgangsverkehr auch geringere Investitionen in den Straßenbau erforderlich. Die Umgestaltung der Gebäudestruktur liegt dort überwiegend im Ermessen und Vermögen privater Eigentümer (die dafür auch öffentliche Mittel beantragen), so dass hauptsächlich die grundlegende Versorgungsinfrastruktur (Abwasser/Wasser, Strom, Gas, diverse Kabel) entsprechender öffentlicher Interventionen bedarf.

So sind es eindeutig die städtischen Wohnblock-Quartiere und Mischgebiete, aus denen am häufigsten Umgestaltungen berichtet werden: In fast zwei Dritteln derartiger Quartiere in Ostdeutschland werden entsprechende Maßnahmen wahrgenommen, während in den Gebieten mit kleineren Mehrfamilienhäusern eine durchschnittliche (im Westen gar unterdurchschnittliche) Umgestaltungsintensität vorliegt. Im Westen berichtet fast ein Viertel der in Block- und Mischgebieten Befragten über Umgestaltungen. Die Investitionsmuster in diesen Quartieren unterscheiden sich nicht

nur aufgrund der Baustruktur, sondern auch wegen anderer Eigentumsstrukturen von denen in Ein- und Zweifamilienhausquartieren: Aufgrund ihrer ganz anderen städtischen Wohnstruktur sind dort öffentliche und halböffentliche Räume wesentlich häufiger und umfangreicher und müssen von verschiedensten Trägern unterhalten werden. Neben den privaten Investoren im eher gewerblichen Bereich sind hier besonders die Wohnungsbauträger bzw. -genossenschaften und vor allem die Kommunen gefragt. Ein Großteil der staatlichen Förderprogramme richtet sich so auch an diese.

Im Ergebnis besteht der zentrale Unterschied zwischen Ost und West also darin, dass westdeutsche Befragte nur zu 18 % über in den letzten Jahren durchgeführte Umgestaltungsmaßnahmen aus ihrem Wohngebiet berichten, ostdeutsche Befragte jedoch zu durchschnittlich 53 %!

Zwecks genauerer Analyse der Wahrnehmung und Bewertung von Umgestaltungsmaßnahmen werden im Folgenden *die siedlungsstrukturellen Differenzierungen* vertieft. 43 % der Quartiere in den Kernstädten des Ostens und 24 % des Westens sind durch Wohnblockstrukturen gekennzeichnet. Im Durchschnitt prägen sie zusammen mit den Mischgebieten im Osten zu mehr als zwei Dritteln (69 %), im Westen fast zur Hälfte (49 %) die alltäglichen Wohnereferenzen der Bewohnerinnen und Bewohner von Kernstädten. Diese Gebiete sind nicht nur ein überwiegend städtisches Phänomen, sondern sie beanspruchen dort auch in überdurchschnittlichem Ausmaß Umgestaltungsmaßnahmen. Wohnblocks und Mischgebiete weisen in westdeutschen

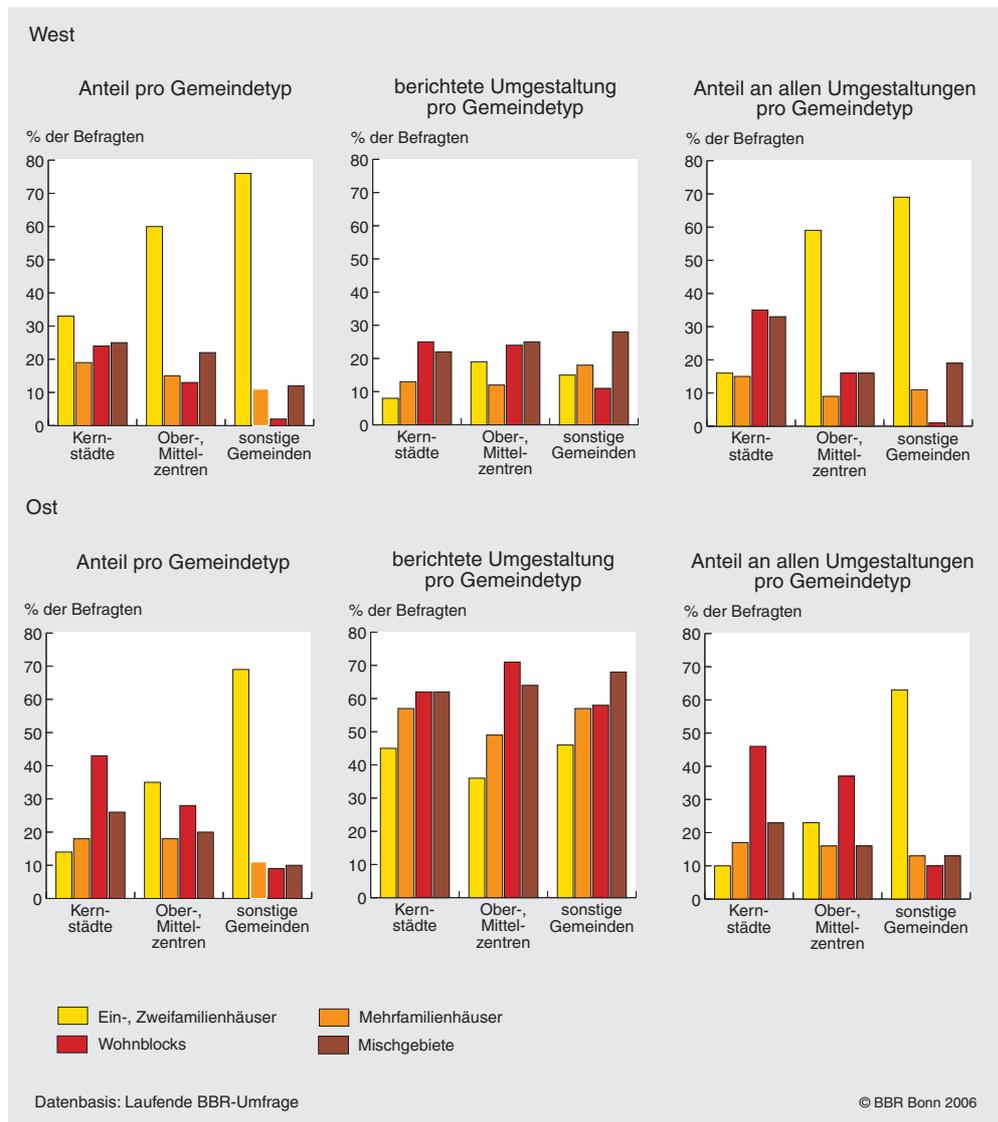


Abbildung 7.2
Dominante Bebauungsstruktur und berichtete Umgestaltungsmaßnahmen nach Gemeindetyp – 2003

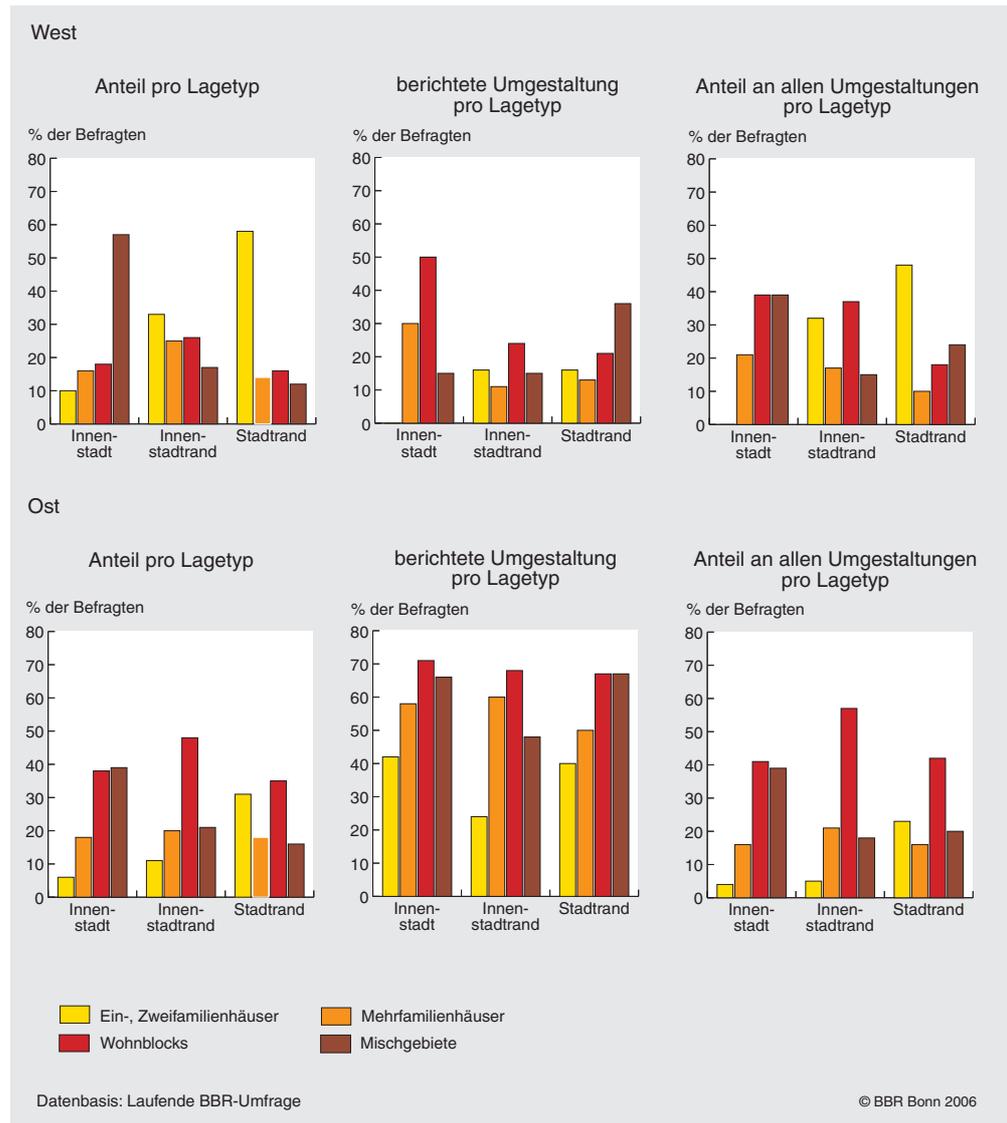
Städten (Kernstädte, Ober- und Mittelzentren) jeweils zu etwa 25 % entsprechende Maßnahmen auf, im Osten deutlich über 60 %. Insbesondere in Wohnblockgebieten mittlerer Städte (Ober-/Mittelzentren) des Ostens geben die Befragten zu 71 % Umgestaltungsmaßnahmen an.

Betrachtet man die Verteilung der Umgestaltungsmaßnahmen in den jeweiligen Gemeindetypen, dann sind die Wohnblöcke und Mischgebiete in Städten jeweils überproportional vertreten. Sie bilden in kleineren Gemeinden – auch des Ostens – eine Minderheit der Quartiere. Dort finden die Umgestaltungsmaßnahmen dann auch überwiegend in den hier vorherrschenden Quartierstypen, den Ein- und Zweifamilienhausgebieten statt.

Differenziert man innerhalb der Städte nach der Lage, dann verteilen sich die „Umgestaltungsquartiere“ Wohnblock und Mischgebiete in westdeutschen Städten vor allem auf die innere und mittlere Stadt. Dabei ist die Innenstadt in sehr hohem Maße durch Mischgebiete gekennzeichnet bzw. wird von den Befragten so charakterisiert. Diese innerstädtischen Mischgebiete sind relativ wenig von Umgestaltungen betroffen, sehr stark dagegen die innerstädtischen Gebiete in Blockbebauung. Mischgebiete sind vor allem am Stadtrand, wo sie von relativ wenigen Befragten bewohnt werden, Objekt von Umgestaltung.

In ostdeutschen Städten ist kaum eine lagetypische Differenzierung erkennbar, sieht man einmal von der Konzentration von Mischgebieten in der Innenstadt (freilich weniger ausgeprägt als im Westen) ab. In al-

Abbildung 7.3
Dominante Bebauungsstruktur in städtischen Wohngebieten und berichtete Umgestaltungsmaßnahmen nach innerstädtischer Lage – 2003



len Lagetypen bilden Block- und Mischgebiete einen großen Anteil, und in allen diesen Gebieten finden in außerordentlich hohem Ausmaß Umgestaltungsmaßnahmen statt. Auffallend ist, dass die Mischgebiete zwischen City und Stadttrand unterdurchschnittlich Gegenstand von Umgestaltungsmaßnahmen sind.

Nachdem bislang nur aufgezeigt wurde, aus welchen Gebieten bereits erfolgte Umgestaltungsmaßnahmen berichtet werden, soll im Weiteren interessieren, welcher Art diese Maßnahmen waren. Differenziert wird wie üblich nach Verschönerungsmaßnahmen, Umbaumaßnahmen an Gebäuden und Abriss bzw. Rückbau von Gebäuden. Dabei nehmen im Westen jeweils 11 % der Befragten, die von Umgestaltungsmaßnahmen berichteten, Verschönerungsmaßnahmen wie Begrünung und Neugestaltung des

Straßenbilds wahr, womit diese hier also jeweils mehr als zwei Drittel aller berichteten Maßnahmen ausmachen. Der Umbau von Gebäuden und deren „Rückbau“ spielen daneben eine relativ geringe Rolle. Dagegen sind im Osten Umbaumaßnahmen von Gebäuden mit absolut genannten 34 % eine außerordentlich verbreitete Erfahrung; sie liegen dort also kaum hinter den Verschönerungsmaßnahmen (mit jeweils knapp 40 %) zurück und haben auch ein entsprechend hohes Gewicht an allen Maßnahmen.

Auch der Abriss bzw. Rückbau von Gebäuden ist im Osten eine verbreitete Erfahrung; fast ein Fünftel (18 %; West: 4 %) der Befragten berichtet davon. In ihrer Häufigkeit übersteigen im Osten allein diese drastischen Eingriffe in die städtebauliche Struktur alle überhaupt benannten Eingriffe im Westen. Bezogen auf alle wahrge-

Westdeutschland				in den letzten Jahren erfolgte Maßnahme	Φ	Ostdeutschland		
KSt	genannte Maßnahmen		genannte Maßnahmen			KSt	OMZ	L
	OMZ	L	Φ					
11	14	9	11	Begrünung	38	41	39	35
9	12	12	11	Straßenbild	39	34	38	43
8	7	7	7	Gebäudeumbau	34	37	32	33
4	4	4	4	Abriss/Rückbau	18	18	20	16
17	20	17	18	Φ insgesamt	53	58	53	51
74	76	60	72	Begrünung	73	74	76	71
65	68	80	70	Straßenbild	76	53	75	87
53	39	42	45	Gebäudeumbau	67	69	64	67
29	22	24	25	Abriss/Rückbau	35	33	39	32

Tabelle 7.3
Genannte Umgestaltungs-
maßnahmen sowie deren
Anteil an allen erfolgten
Umgestaltungsmaßnahmen
nach Gemeindetyp – 2003

in % aller Befragten je Siedlungstyp sowie derer, die Maßnahmen angeben – Mehrfachnennungen
Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

nommenen Eingriffe macht „Abriss“ im Osten mehr als ein Drittel aus, im Westen ein Viertel. Diesbezüglich sind kaum systematische siedlungsstrukturelle Schwerpunkte festzustellen.

Dennoch zeigt die siedlungsstrukturelle Differenzierung all der genannten Maßnahmen gewisse Unterschiede: Im Westen bilden Um- und Rückbau-Maßnahmen allenfalls in den großen Kernstädten einen Schwerpunkt. Begrünung ist hier – deutlicher als im Osten – eine vor allem in Groß- und Mittelstädten wahrgenommene Maßnahme, während die Neugestaltung des Straßenbilds im Westen und vor allem im Osten eine in Kleinstädten und ländlichen Bereichen außerordentlich häufige Maßnahme der letzten Jahre ist.

Nicht nur bereits erfolgte Maßnahmen, sondern auch *erkennbare Planungen* werden von den Bürgerinnen und Bürgern im Osten weit häufiger wahrgenommen als im Westen. Fast ein Drittel der dort Befragten (30 %) gibt solche Planungen an, im Westen sind es nur 11 %. Dabei liegt im Osten ein deutliches Schwergewicht bei den Kernstädten und den städtischen Ober- und Mittelzentren. Dies gilt vor allem für gravierende Eingriffe in die städtische Substanz, wie bei Umbauten und beim Abriss von Gebäuden.

Dabei werden Umbaumaßnahmen in ostdeutschen Kernstädten eher in der inneren City geplant (20 % versus 14 % am Stadtrand), Abriss bzw. Rückbau dagegen eher in

Westdeutschland				geplante Maßnahme	Φ	Ostdeutschland		
KSt	genannte Maßnahmen		genannte Maßnahmen			KSt	OMZ	L
	OMZ	L	Φ					
3	2	4	3	Begrünung	12	13	16	9
5	3	7	5	Straßenbild	14	15	14	13
3	3	3	3	Gebäudeumbau	12	16	14	7
3	2	2	2	Abriss/Rückbau	9	10	14	4
14	9	13	11	Φ insgesamt	30	36	34	24
relativer Anteil an allen geplanten Maßnahmen								
45	31	51	42	Begrünung	56	53	63	52
66	55	86	68	Straßenbild	76	62	57	73
35	46	39	40	Gebäudeumbau	54	63	59	43
41	30	22	32	Abriss/Rückbau	35	39	58	22

Tabelle 7.4
Wahrnehmung geplanter
Umgestaltungsmaßnahmen
sowie deren Anteil an allen
geplanten Umgestaltungs-
maßnahmen nach Gemein-
detyp – 2003

in % aller Befragten je Siedlungstyp sowie derer, die geplante Maßnahmen angeben – Mehrfachnennungen
Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

Tabelle 7.5
Zusammenhang der Wahrnehmungen von erfolgten mit geplanten Umbaumaßnahmen im Wohngebiet – 2003

bisherige Maßnahmen Westdeutschland			geplante Maßnahmen	bisherige Maßnahmen Ostdeutschland		
ja	nein	Φ		Φ	nein	ja
5	6	11	ja	30	21	9
34	7				39	20
10	79	89	nein	70	32	38
66	93				61	80
15	85	100		100	53	47
γ = .74		n = 1 178		n = 1 492	γ = .43	

in % aller Befragten sowie in % derer, die durchgeführte Maßnahmen (nicht) berichten;
Maß ordinaler Assoziation γ
Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

den äußeren Bereichen (13 % versus 10 % in der City).

Ein Vergleich der Befragungsergebnisse zu den in den letzten Jahren bereits erfolgten und den erst geplanten Umgestaltungsmaßnahmen zeigt einen klaren Zusammenhang, was die Assoziationen bzw. „Prognosen“ der Befragten betrifft (Tab. 7.5): Im Westen wird dort nichts an Umgestaltung erwartet, wo bislang auch noch nichts stattgefunden hat. Dagegen erwartet man dort, wo bereits Maßnahmen durchgeführt wurden, zu mehr als einem Drittel auch weitere Maßnahmen. Wenn man also Prognosen treffen wollte, dann wäre ein guter Schätzer

für die Planung von Umbaumaßnahmen im Westen die bereits getätigten Maßnahmen, wenn man dagegen „Ruhe im Quartier“ voraussagen wollte, dann wären die Gebiete mit bislang nicht erfolgten Maßnahmen eine sehr gute Prognose. Im Osten ist dieser Zusammenhang bzw. diese Assoziation weniger ausgeprägt. Dies beruht darauf, dass hier Planungen auch in 20 % der Gebiete genannt werden, in denen bislang keine Maßnahmen zu verzeichnen waren.

Soziale Kontexte wahrgenommener Umgestaltungen

Im Westen geben 18 % der Befragten an, dass sie in den letzten Jahren im eigenen Wohnviertel Umgestaltungsmaßnahmen wahrgenommen haben, im Osten dagegen über die Hälfte. Im Osten ist somit Umgestaltung eine generelle Erfahrung, im Westen eher eine Ausnahmesituation. Neben der bisher fokussierten regionalen(?) Differenzierung ist für die räumliche Verteilung der Wahrnehmung durchgeführter und geplanter Maßnahmen in Wohnquartieren selbstverständlich auch deren sozialstrukturelle Beschreibung zu betrachten. Denn die komplexe räumliche Gestalt der Wohngebiete, deren Entwicklung maßgeblich auch durch städtebaupolitische Steuerung beeinflusst wird, kann nur durch eine Zusammenschau von mate-

Tabelle 7.6
Wahrnehmung erfolgter Umgestaltungsmaßnahmen im Wohngebiet bei berichteter Dominanz verschiedener Gruppen – 2003

bisherige Maßnahmen in Westdeutschland					bisherige Maßnahmen in Ostdeutschland					
Begründung	Straßenbild	Gebäudeumbau	Abriss/Rückbau	Umgestaltungen in diesen Gebieten insgesamt	stark vertretene Bevölkerungsgruppe	Umgestaltungen in diesen Gebieten insgesamt	Begründung	Straßenbild	Gebäudeumbau	Abriss/Rückbau
13	13	8	5	21	ältere Menschen	54	40	40	37	20
11	11	4	2	18	junge Leute	54	39	40	35	16
13	10	4	2	18	Familien	56	41	44	37	18
9	11	5	3	16	Statushohe	44	35	40	36	15
12	14	10	6	22	Statusniedrige	53	39	40	36	22
13	12	10	7	21	Ausländer	65	54	45	43	30
12	11	47	4	18	Φ insgesamt	53	38	39	34	18

in % der Quartiersbevölkerung, die Maßnahmen berichtet; Randverteilung in unterster Zeile bezogen auf berichtete Maßnahmen
Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

rialer und sozialer Struktur – hier in Form von Gemeindetypen sowie entlang traditioneller Variablen der Sozialstatistik – und unter Berücksichtigung ökonomischer und kultureller Wirkkräfte erschlossen werden.

Entsprechende Maßnahmen konzentrieren sich so im Westen auch eher auf Gebiete, die die klassische Bevölkerungsstruktur deprivierter Quartiere aufweisen: mit einem hohen Anteil an Alten, Arbeitern und Ausländern (AAA). Dort wird zu über 20 % von Umgestaltungsmaßnahmen berichtet, wobei Gebiete mit niedrigem sozialem Status an der Spitze liegen. Am wenigsten Umgestaltung erfahren (und benötigen) die Gebiete, die von einem hohen sozialen Status geprägt sind.

Auch im Osten sind Umgestaltungsmaßnahmen in statushohen Gebieten vergleichsweise seltener – aber nur im Vergleich zu sonstigen ostdeutschen Gebieten. Mit 44 % wird das dortige Durchschnittsniveau von 53 % deutlich unterschritten, liegt aber noch weit über allen westdeutschen Vergleichswerten. Herausragend ist im Osten das Ausmaß von Maßnahmen in Gebieten mit (subjektiv vergleichend) hohem Ausländeranteil und in Gebieten, in denen viele Familien mit Kindern wahrgenommen werden. In fast zwei Dritteln der Gebiete, in denen viele Ausländer leben, wird von Umgestaltungsmaßnahmen berichtet.

Das soziale Muster AAA zieht sich im Westen relativ unabhängig von den einzelnen Maßnahmen durch. Selbst dabei aber ist erkennbar, dass es bei Verschönerungsmaßnahmen (Grün, Straßenbild) weniger, bei Umbau und Abriss deutlicher ausgeprägt ist. Im klassischen Sinne gilt es also offenbar nur bei besonders „benachteiligten“ Gebieten. Das gilt auch für den Osten, wo sich das Muster „Hängengebliebene und Zugewiesene“ vor allem bei Abriss findet.

Zur Wirkung von städtebaulichen Maßnahmen

Die aus Sicht der Städtebauförderung entscheidende Frage ist, ob sich die erfragten Maßnahmen und Pläne auf die Bewertung des Wohngebiets und auf Mobilitätsverhalten auswirken. Die Erwartung – bei der

Formulierung des Fragebogens und bei der Durchführung von Quartiersverbesserungen – war, dass sich Verbesserungen und Verbesserungspläne in einer größeren „Ortstreue“ auszahlen könnten. Das ist allerdings aufgrund der bislang durchgeführten Analysen nicht feststellbar: Es gibt keine Beziehungen zwischen der Wahrnehmung von Maßnahmen bzw. entsprechenden Plänen und Umzugabsichten.

Auch die Erwartung, dass sich Maßnahmen und die Aussicht, durch Pläne Verbesserungen zu erfahren, in einer größeren Wohngebietszufriedenheit niederschlagen, bestätigt sich nicht, setzt man die dies abfragenden Variablen einfach in Beziehung: In der Regel ist die Zufriedenheit mit dem Wohngebiet dort höher, wo in den letzten Jahren keine Maßnahmen erfolgten oder entsprechende Pläne berichtet werden. Das bedeutet nicht, dass Maßnahmen unzufrieden machen. Vielmehr schaffen Maßnahmen, die bewusst in Defizitbereichen ansetzen, keine gleich hohe Zufriedenheit wie solche in Gebieten, in denen sie nicht oder weniger notwendig erscheinen. Das zeigt sich deutlich beim Indikator „Abriss“: Wo kein Abriss vorgenommen wurde oder geplant ist, ist die Zufriedenheit deutlich höher als in Gebieten, die entsprechende Kandidaten aufweisen. Das heißt also erstens: Maßnahmen können die sie auslösenden Defizite auf der baulich-räumlichen Ebene nur zum Teil kompensieren. Zweitens heißt das, dass der Lebensraum in Gebieten mit Abrisspotenzial insgesamt eine bleibende, nachhaltig negative Gestaltung erfahren hat.

Zufriedenheit mit dem Lebensraum hängt jedoch über die rein baulichen Gegebenheiten hinaus von weiteren Faktoren, vom Lebensumfeld insgesamt ab. Nicht umsonst weisen die in den vergangenen Jahren entwickelten theoretischen Raumkonzepte neben der materialen Gestalt auch die Raumfacetten des sozialen Handelns, der normativen Regulation und des kulturellen Ausdrucks auf (vgl. Läßle 1991; Sturm 2000; Löw 2001).

Deshalb soll zumindest noch versucht werden, dieses Geflecht von raumkonstituierenden Merkmalen auszuloten, das ein Wohngebiet möglicherweise kennzeichnet. Da auf jeden Fall die Ausgangsbedingungen nachwirken – z.B. ändert sich durch Verschönerungsmaßnahmen die Nachbarschaft nicht von heute auf morgen und

Tabelle 7.7
Wahrnehmung erfolgter
Umgestaltungsmaßnahmen
in benachteiligten und nicht
benachteiligten Wohngebie-
ten – 2003

Westdeutschland			Ostdeutschland		
benachteiligtes Wohngebiet	nicht benach- teiligtes Wohngebiet	in den letzten Jahren durchgeführte Maßnahmen	benachteiligtes Wohngebiet	nicht benach- teiligtes Wohngebiet	
72	72	Begrünung	72	75	
68	71	Straßenbild	76	77	
51	40	Gebäudeumbau	67	65	
28	23	Abriss/Rückbau	39	27	
19	18	Umgestaltung <i>insgesamt</i>	54	51	

in % der jeweils dort Wohnenden, die Maßnahmen angaben
Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

soll dies ja auch nicht, und auch die Arbeitsmarktsituation wird dadurch für die Bewohnerinnen und Bewohner nicht besser – geht der nächste Analyseschritt von folgender Frage aus: Verändern sich durch städtebauliche Verbesserungsmaßnahmen in benachteiligten Quartieren bei sonst gleich bleibenden Rahmenbedingungen die wahrgenommenen Lebensperspektiven der Bewohnerinnen und Bewohner, so dass sie höhere Wohngebietszufriedenheit und Orts-treue aufweisen als diejenigen, in deren Quartieren keine Maßnahmen durchge-führt wurden?

Der dafür gebildete *Index „benachteiligtes Wohngebiet“* setzt sich aus folgenden fünf Variablen zusammen:

(1) hoher Anteil von Leuten mit geringem Einkommen: einfache Arbeiter und Ange-stellte

(2) praktisch gar keine Leute mit hohem Einkommen: höhere Berufsgruppen und Akademiker

(3) hoher Ausländeranteil

(4) bezüglich des Rufs der Wohngegend: mittlere, eher schlechte und sehr schlechte Wohngegend

(5) bezüglich des baulichen Zustands der Wohngegend: eher schlechter, sehr schlechter und gemischter Zustand.

Als nicht benachteiligt gilt ein Wohngebiet hier, wenn von den Befragten für das eigene Wohngebiet keine der fünf angeführten Benachteiligungen wahrgenommen wird. Damit zeigen sich in Tabelle 7.7 beim Vergleich von benachteiligten und nicht benachteiligten Wohngebieten, kombiniert mit dem Vergleich von solchen mit Maß-

Tabelle 7.8
Zufriedenheit und Umzugs-
absichten in benachteiligten
und nicht benachteiligten
Wohngebieten nach erfolgten
bzw. nicht erfolgten Umge-
staltungsmaßnahmen – 2003

Westdeutschland				Ostdeutschland					
benachteiligtes Wohngebiet		nicht benach- teiligtes Wohngebiet			benachteiligtes Wohngebiet		nicht benach- teiligtes Wohngebiet		
Maßnahmen ja	nein	ja	nein		ja	nein	ja	nein	
57	52	70	78	zufrieden mit dem Wohngebiet	49	58	65	72	
18	22	16	12	Umzugspläne allgemein	24	19	14	13	
64	85	72	78	davon Wegzug aus Wohnquartier	71	77	85	74	
12	19	12	9	entspricht einer Wande- rungsbereitschaft von ...	17	15	12	10	
15	85	10	90	<i>Feststellung von Maß- nahmen insgesamt</i>	33	67	26	74	

in % der jeweils dort Wohnenden
Datenbasis: Laufende BBR-Umfrage

nahmen und solchen ohne Maßnahmen, einige erste schwache Hinweise auf Wirkungen von Maßnahmen.

In den so definierten benachteiligten Gebieten finden tendenziell weniger Verschönerungsmaßnahmen und im Westen erkennbar mehr Gebäudesanierungen, im Osten deutlich mehr Abrisse statt als in nicht benachteiligten, normalen Wohngebieten. Erinnert sei daran, dass Verschönerungsmaßnahmen (Begrünung, Verbesserungen des Straßenbilds) relativ unabhängig von Benachteiligung in fast drei Vierteln aller Gebiete stattfanden, für die überhaupt Maßnahmen berichtet werden.

Wie wirken sich nun Umgestaltungsmaßnahmen auf Quartierszufriedenheit und Wegzugsabsichten aus? Allgemein ist festzustellen, dass in benachteiligten Wohngebieten häufiger Umgestaltungen wahrgenommen werden als in nicht benachteiligten (Tab. 7.7) – was genau den Förderinteressen entspricht.

Hinsichtlich *der Zufriedenheit* zeigt sich im Westen die erwartete Beziehung (Tab. 7.8): In den benachteiligten Gebieten, in denen Umgestaltungsmaßnahmen stattgefunden haben bzw. wahrgenommen werden, ist die Zufriedenheit höher und die Umzugsneigung (innerhalb der nächsten zwei Jahre) geringer als in denjenigen, wo nichts passiert ist – insbesondere lässt auch der Wunsch nach, aus dem Viertel ganz wegzuziehen (dies sind in benachteiligten Gebieten ohne Maßnahmen fast 19 %). Bei der Wohngebietszufriedenheit wird jedoch bei weitem nicht der Wert erreicht, den die Bewohnerinnen und Bewohner in nicht benachteiligten Wohnquartieren äußern. Dagegen sind in nicht benachteiligten Gebieten Maßnahmen eher von geringerer Zufriedenheit begleitet und mit mehr Umzugsabsichten verbunden, die etwas stärker aus dem Viertel hinausführen. Trotz der offensichtlichen Mängel, die zu städtebaulichen Maßnahmen geführt haben, scheint diese Art nicht benachteiligter Wohngebiete aber genügend Potenzial aufzuweisen, um ihre Bewohnerschaft in einem noch durchschnittlichen Maße im Quartier zu halten – sofern nicht wichtige Gründe unabhängig von der Qualität des Wohnviertels vorliegen (dies waren i. d. R. private und berufliche Gründe). Ob solche Viertel eventuell typisch für einen fortgeschrittenen Gentry-

fizierungsprozess sind und auch deshalb sowohl Maßnahmen als auch eine höhere Mobilitätsneigung aufweisen, wäre noch zu prüfen.

Im Osten ist die Quartierszufriedenheit in benachteiligten und in nicht benachteiligten Gebieten jeweils dann höher, wenn keine Umgestaltungsmaßnahmen durchgeführt wurden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese Maßnahmen z. T. erhebliche Eingriffe in die städtebauliche Struktur bedeuten und die soziale Zusammensetzung eines Gebiets häufig massiv verändern. Wenn solche Maßnahmen in benachteiligten Gebieten stattfinden, dann will oder muss man stärker umziehen als in benachteiligten Gebieten ohne Maßnahmen. Diese absehbaren Umzüge (innerhalb der nächsten zwei Jahre) wollen dann 17 % der Bewohner zur Abwanderung aus dem bisherigen Quartier nutzen. Die Abwanderungsbereitschaft in nicht benachteiligten Gebieten weist hingegen auf eine vergleichbare Stabilität wie in Westdeutschland hin. Hier könnte vermutet und müsste geprüft werden, dass der hohe Wohnungsleerstand in quasi allen ostdeutschen Kommunen soziale Segregationsprozesse begünstigt. Auch der ökonomisch bedingte größere Mobilitätsdruck insbesondere der über 45-Jährigen könnte dort tendenziell zu einem Unterlaufen der beabsichtigten Programmeffekte beitragen.

Trotz dieser ansatzweise negativen Beziehung zwischen Maßnahmen und Zufriedenheit ist die Gegenwart im Osten sehr viel stärker durch die Wahrnehmung von positiven Veränderungen geprägt als im Westen: Zum Beispiel berichten dort fast 50 % von Verbesserungen im Straßenbild, während im Westen nur 16 % Verbesserungen bemerken, gegenüber drei Vierteln, die keine Veränderungen feststellen (im Osten nur gut 40 %). Entscheidend ist dabei nicht, dass Maßnahmen stattfinden, sondern ob sie – in den Augen der Betroffenen – erfolgreich sind.

Aufgrund dieser noch keinesfalls ausschöpfenden Analyse kann festgestellt werden, dass städtebauliche Maßnahmen wahrgenommen und vor allem bei problemspezifischer Nachfrage auch honoriert werden. Das Verhalten und Handeln der Befragten konnte durch die bereits getätigten baulich-räumlichen Maßnahmen jedoch nur bedingt beeinflusst werden, zumal dadurch prekäre

Erwerbssituationen kaum oder nicht direkt beseitigt werden. Städtebauliche Maßnahmen können in einem komplexen Wirkgefüge lediglich abfedernd wirken. Im Westen können sie Bewohnerinnen und Bewohner im Quartier halten, die sich nach Verbesserung der Wohnumfeldbedingungen auch woanders kaum größere Chancen erhoffen können – im Osten verhindern die Maßnahmen den totalen Exitus. Da die massiven gesellschaftlichen Veränderungen im Osten inzwischen mit sich verstärkenden lokalen Bindungen einhergehen, könnte man auch annehmen, dass die städtebauliche Aufwertung durch Erhaltungsmaßnahmen diese Bindung stärkt – schließlich drücken Investitionen immer auch eine Wertschätzung aus. Zu hoffen bleibt, dass daraus auch eine Bestärkung von Engagement und Innovation erwächst.

Wie bereits gesagt, müssen weitere Analysen zu diesem Bereich – wie auch zu vielen anderen offen gebliebenen Fragen – zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Auf jeden Fall ist zu bedenken, dass die deutsche Gesellschaft nicht ohne eine gewisse Wanderungsdynamik vorstellbar ist. Diese führt zusammen mit altersmäßigen Bevölkerungsveränderungen in allen Wohngebietstypen längerfristig zu stetigen soziokulturellen wie baulich-räumlichen Veränderungen. Städtebaupolitik muss also im Kleinen die Wechselfälle des alltäglichen Lebens im Blick behalten und im Großen nach Konzepten für möglichst variable Gestaltungsräume suchen, die sich an die Lebensbedürfnisse sich ändernder Bewohnerkonstellationen anpassen. Inwiefern solche Konzepte dann funktionieren, kann nur empirisch festgestellt werden.

Anmerkungen

(1)

Verantwortlich für dieses Teilkapitel zeichnen Matthias Waltersbacher und Nicole Göbel.

(2)

Das „Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln“ (ZA) archiviert sozialwissenschaftliche Datensätze, die von den Erstellern und Erstnutzern zusammen mit einer Datendokumentation/Studienbeschreibung für weitere wissenschaftliche Arbeiten zur Verfügung gestellt werden. Aktuell können mehr als 4 000 Datensätze zu unterschiedlichen Forschungsfeldern abgerufen werden. Das ZA ist Mitglied der „Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen“ (GESIS), einer Einrichtung der Leibniz-Gemeinschaft (www.gesis.org/za).

(3)

Dazu erscheint mit INKAR jährlich eine interaktiv nutzbare CD mit aktuell rd. 800 Indikatoren für insgesamt 23 Themenbereiche und den zugehörigen Karten zur Raumentwicklung (BBR 2006 a).

(4)

Der Auswahlplan der voneinander unabhängigen ost- und westdeutschen Stichproben in den alten und neuen Bundesländern (Westberlin zählt zu „West“, Ostberlin zu „Ost“) zielt auf eine repräsentative Haushaltstichprobe. Dieser Anspruch kann nie vollständig eingelöst werden, weil z. B. nicht alle „Zielpersonen“ der ausgewählten Haushalte (je Haushalt wird nach Zufallskriterien eine Befragungsperson bestimmt) tatsächlich an der Befragung teilnehmen, sei es, dass sie nicht erreichbar sind, sei es, dass sie das Interview verweigern oder einzelne Fragen nicht beantworten. Solche Abweichungen vom Auswahlplan können durch Gewichtungen, die sich an den bekannten Strukturen der Grundgesamtheit orientieren, rechnerisch ausgeglichen werden, indem unterrepräsentierte Gruppen oder Regionen hoch-, überrepräsentierte abgewichtet werden. Diese Korrekturgewichtungen dienen vor allem der „Hochrechnung“ einzelner Ergebnisse auf die Grundgesamtheit. Bei Zusammenhangsanalysen sind sie dagegen weniger sinnvoll. Da letztere Perspektive in diesem Bericht im Vordergrund steht, wurde durchgängig auf Gewichtung bzw. auf die Darstellung gewichteter Ergebnisse verzichtet (in den wenigen Fällen, wo entsprechende Prüfungen erhebliche Abweichungen anzeigten, wird dies kommentiert). Ebenfalls verzichtet wird auf die Umrechnung der Haushaltsstichprobe auf eine Einzelfallstichprobe: Die Angaben gelten für Haushalte, für deren Situation die befragten Personen antworten.

(5)

Das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ (vgl. www.sozialestadt.de) wurde 1999 gestartet, um der zunehmenden sozialen und räumlichen Spaltung in den Städten entgegenzuwirken. Durch das Programm werden gegenwärtig in mehr als 330 Programmgebieten in rund 230 deutschen Städten und Gemeinden neue Herangehensweisen in der Stadtteilentwicklung erprobt. Ziele des Programms sind

- die physischen Wohn- und Lebensbedingungen sowie die wirtschaftliche Basis in den Stadtteilen zu stabilisieren und zu verbessern,
- die Lebenschancen durch Vermittlung von Fähigkeiten, Fertigkeiten und Wissen zu erhöhen,
- Gebietsimage, Stadtteilöffentlichkeit und die Identifikation mit den Quartieren zu stärken.

(6)

Mit dem Programm „Aufbau Ost“ fördert der Bund seit 2003 Forschungsprojekte, die spezifische Fragen zu den neuen Ländern aufgreifen. Das BBR koordiniert und begleitet Vorhaben zu folgenden Themenschwerpunkten: Zukunftsplanung, Regionale Entwicklung, Standortentwicklung, Infrastruktur sowie Wohnen und Bauen (vgl. www.bbr.bund.de). Während in den neuen Ländern ein akuter Handlungsdruck wegen rückläufiger Bevölkerungszahlen und hoher Arbeitslosigkeit Sofortmaßnahmen erfordert, ergeben sich auch in einzelnen Städten

noch (6)

und Gemeinden der alten Länder erste Anzeichen eines langfristigen Wandels der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur. Die Anforderungen an einen behutsamen Stadtumbau zur Wiederherstellung intakter Stadtstrukturen verlangen nach einem Instrumentarium, das präventive Stadtentwicklungspolitik ermöglicht. Bereits 2002 begannen deshalb im Rahmen des Forschungsprogramms Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) die ersten elf Pilotprojekte für das Forschungsfeld Stadtumbau West – mit Blick auf die besonderen städtebaulichen Herausforderungen, die sich durch rückläufige Bevölkerungszahlen, hohe Arbeitslosigkeit und überdurchschnittlichen Wohnungsleerstand sowie Strukturschwächen für die Stadtentwicklung ergeben (vgl. www.stadtumbauwest.de). Zeitgleich startete auch im Osten das Bund-Länder-Programm Stadtumbau Ost, eines der wichtigsten stadtentwicklungs- und wohnungsmarktrelevanten Förderprogramme in Ostdeutschland (vgl. www.stadtumbau-ost.info).

(7)

Die einmalige Ausweitung des Fragenprogramms erfolgte im Rahmen des Forschungsprogramms Aufbau Ost.

(8)

Die Unterscheidung nach Kernstädten (i. d. R. kreisfreie Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern), Ober- und Mittelzentren (i. d. R. Mittelstädte mit entsprechender zentralörtlicher Funktion) und sonstigen Gemeinden (ländlicher Bereich) ist angelehnt an die siedlungsstrukturellen Gemeindetypen des BBR.

(9)

Die marginale Verteilung der Befragten auf die siedlungsstrukturellen Gemeindetypen sieht folgendermaßen aus: Im Westen leben 35 % in Kernstädten, 39 % in Ober- und Mittelzentren und 27 % in eher ländlich geprägten Gemeinden – im Osten leben 26 % in Kernstädten, 32 % in Ober- und Mittelzentren und 43 % in eher ländlich geprägten Gemeinden.

(10)

Im Jahr 1990 findet die bessere Ausstattung dieser Wohnstandorte ihren Niederschlag in der ersten in Ostdeutschland durchgeführten BBR-Umfrage (vgl. Böltken 1991).

(11)

Für Westdeutschland wurden vier Wohnungsmarktregionstypen herausgefunden:

A – *Strukturstarke Regionen mit geringer Wachstumsdynamik* umfassen 43 Städte in 8 Regionen, z. B. München, Frankfurt, Köln;

B – *Wachstumsregionen* umfassen 26 Städte in 13 Regionen, z. B. Bonn, Mainz, Freiburg;

C – *Stagnierende und schrumpfende Regionen mit ländlichem/verdichteten Umland* umfassen 68 Städte in 42 Regionen, z. B. Kiel, Kassel, Pforzheim;

D – *Schrumpfende Regionen, überwiegend hochverdichtete altindustrialisierte Regionen* umfassen 29 Städte in 4 Regionen, z. B. Essen, Dortmund, Bochum (vgl. BBR 2004, S. 109 ff).

(12)

Die Tabellen enthalten – sofern nichts anderes angegeben ist – Prozentzahlen.

Die verwendeten Abkürzungen bedeuten hier und im weiteren Text:

KSt = Kernstädte

OMZ = Ober- und Mittelzentren

L = sonstige Gemeinden, meist ländlicher Bereich

Φ = marginale Verteilung der entsprechenden Randvariable in %

Durch Rundung der Prozentangaben kann sich in der Summe der Zellenwerte mehr oder weniger als 100 ergeben.

(13)

Zu finden unter: www.bmi.bund.de

Im Jahr 2004 waren pro 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner (EW) in Westdeutschland einschließlich Berlin 7 951 und in Ostdeutschland 8 479 registrierte Straftaten insgesamt zu verzeichnen. Bezüglich der in der Umfrage am häufigsten genannten Einbrüche wurden in den alten Ländern 161 und in den neuen Ländern 98 Wohnungseinbruchdiebstähle

pro 100 000 EW gemeldet. Bei Sachbeschädigung waren es im Westen 831 und im Osten 1 109 Fälle pro 100 000 EW. Bei gefährlicher und schwerer bzw. bei vorsätzlicher leichter Körperverletzung waren es im Westen 175 bzw. 410 und im Osten 138 bzw. 383 Fälle pro 100 000 EW.

(14)

Nach Schrumpfung und Wachstum wurde anhand folgender sechs Indikatoren unterschieden (vgl. Gatzweiler/Meyer/Milbert 2003): Bevölkerungsentwicklung in % 1997–2001/Gesamtwanderungssaldo je 1 000 Einwohner 1999–2001/Arbeitsplatzentwicklung in % 1997–2001/Arbeitslosenquote Durchschnitt 2000/2001/Realsteuerkraft in Euro je Einwohner Durchschnitt 1999/2000/Kaufkraft in Euro je Einwohner 2000. Schrumpfung gilt als Problem, wenn eine Gemeinde bei den einzelnen Indikatoren jeweils im unteren Quintil liegt, also zur Klasse der 20 % Gemeinden am unteren Ende der Rangskala gehört. Das heißt, je höher die Anzahl der Indikatorenwerte im unteren Quintil ist (maximal sechs), umso größer ist das Problem Schrumpfung. Komplementäres gilt für den Gegenpol Wachstum.

(15)

Für andere Fragestellungen ist selbstverständlich auch der reichhaltige Bestand an Kreisdaten nutzbar.

(16)

In Deutschland sank zwischen 1999 und 2004 die Anzahl aller Erwerbstätigen um 2,0 % von 36 402 Tausend auf 35 659 Tausend – die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 3,5 % von 27 483 Tausend auf 26 524 Tausend. Die Arbeitslosenquote (an allen zivilen Beschäftigten) lag in beiden Stichjahren im Jahresdurchschnitt bei 10,5 % – bei allen abhängig zivilen Beschäftigten je bei 11,7 %. Vergleichsweise sank in Ostdeutschland zwischen 1999 und 2004 die Anzahl aller Erwerbstätigen um 6,8 % von 6 673 Tausend auf 6 221 Tausend – die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 12,4 % von 5 837 Tausend auf 5 112 Tausend. Die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland (an allen zivilen Beschäftigten) stieg in diesen fünf Jahren von durchschnittlich 17,3 % auf 18,4 % – bei allen abhängig zivilen Beschäftigten von 18,7 % auf 20,1 %. (Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2005)

(17)

Ohne die nach dem 2. Weltkrieg aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten Vertriebenen und ohne die DDR-Flüchtlinge bzw. -Übersiedler zu rechnen, hat im heutigen Deutschland mindestens jede bzw. jeder Sechste einen Migrationshintergrund. Da Migrant nicht gleichbedeutend mit Ausländer ist, möchten wir hier als Referenzgrößen einige Daten vorstellen, die aus den Statistischen Jahrbüchern des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden zusammengestellt wurden: Zum Stichtag 31.12.2004 waren im Ausländerzentralregister 7,3 Millionen ständig in Deutschland wohnende *Ausländerinnen und Ausländer* registriert – d. h. Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (einschließlich Staatenlose), die mit Wohnsitz dauerhaft (länger als drei Monate) in Deutschland leben. Dies entspricht einer Quote von 8,8 % an der Gesamtbevölkerung (von 82,5 Mio.). Von diesen leben etwa 59 % seit mindestens zehn Jahren in Deutschland – die durchschnittliche bisherige Aufenthaltsdauer beträgt rd. 16 Jahre. Zur ausländischen Bevölkerung zählen auch die meisten Kinder von Zugewanderten, die nicht selbst migriert, sondern in Deutschland geboren sind. Weiterhin wurden allein in den zehn Jahren zwischen 1994 und 2003 2,4 Millionen Menschen in die Bundesrepublik *eingebürgert*. In den entsprechenden zehn Jahren sind zudem 1,3 Millionen *Spätaussiedlerinnen und -aussiedler* aus Osteuropa nach Deutschland übergesiedelt. Seit 1950 waren es insgesamt (je nach Zählweise) zwischen 3,5 und 4,3 Millionen Migrantinnen und Migranten aus Ost- und Südosteuropa.

(18)

Die Frageformulierung wurde aus dem Wohlfahrtssurvey übernommen.

(19)

Zum Problem der amtlichen Statistik mit den Phänomenen unserer Einwanderungsgesellschaft vgl. Petrowsky 2001

(20)

Der Ausländeranteil an der Bevölkerung in Ostdeutschland liegt zum Jahreswechsel 2004/2005 zwischen 1,9 % in Sachsen-Anhalt und 2,8 % in Sachsen – in den westdeutschen Ländern zwischen 5,3 % in Schleswig-Holstein und 14,1 % in Hamburg.

(21)

Dieses Erhebungsjahr ist auch Bezugsjahr bei den Feinanalysen im Weiteren, weil im Zusammenhang mit den „Aufbau-Ost-Fragestellungen“ zahlreiche differenzierende Variablen in das Befragungsinstrument aufgenommen werden konnten.

(22)

„Von 1989 bis 2000 zogen mehr als 2,6 Millionen Ostdeutsche nach Westdeutschland.“ (Geißler 2002, S. 68) „Seit Öffnung der innerdeutschen Grenze 1989 sind ca. 3,5 Mio. Personen von Ost nach West umgezogen, allerdings auch knapp 2 Mio. in die andere Richtung.“ (BBR 2005, S. 36)

(23)

Um diesen Effekt so gering wie möglich zu halten, wurde eine möglichst neutrale Frageformulierung verwendet (vgl. auch Böltken 2000a).

(24)

Im Jahr 2000 wurden in Deutschland 3 594 fremdenfeindliche Verbrechen und Vergehen registriert. Etwa die Hälfte der Taten fand im Osten statt, bei einem Bevölkerungsanteil von 21 %. Laut einer Forsa-Umfrage im Januar 2001 ist fast jeder zweite Jugendliche in Ostdeutschland der Meinung, dass es zu viele Ausländer in Deutschland gebe – befragt wurden 1 106 Jugendliche im Alter zwischen 14 und 25 Jahren.

(<http://www.123recht.net/printarticle.asp?a=639>)

(25)

Auf eine direkt darauf zielende Frageformulierung wurde zugunsten der relativ wertfreieren Frage nach dem Zusammenleben in einer Nachbarschaft verzichtet, da ein Antwortverhalten vermieden werden sollte, das sich an der sozialen Erwünschtheit orientiert.

(26)

Vgl. Psychologisches Institut IV der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und Arbeits-einheit Sozialpsychologie c/o Prof. Dr. Amelie Mummendey – <http://www.uni-muenster.de/PeaCon/wuf/wf-92/9221301m.htm>

(27)

Hier entspinnt sich eine Auseinandersetzung um die sog. „Kontakthypothese“, ob also Vorurteile bei entsprechender Kontakterfahrung abgebaut werden. Das ist bei vorurteilshaften Einstellungen, die sich häufig zu einem festgefügtten Bündel von Einstellungen fügen, nur sehr beschränkt der Fall. Unabhängig von diesen Einstellungen aber ist das alltägliche Verhalten – worauf zumindest die Daten der BBR-Umfrage schließen lassen – sehr wohl auch von Erfahrungen abhängig (vgl. Böltken 2000a).

(28)

Im Oktober 2004 lag die Quote arbeitsloser Jugendlicher unter 25 Jahren bezogen auf abhängige Erwerbsspersonen unter 25 Jahren in Ostdeutschland bei 16,5 % (Westdeutschland: 7,9 %). Für Jugendliche von 20 bis unter 25 Jahren lag sie im Osten gar bei 20,8 % (im Westen: 10,2 % – Quelle: BA).

(29)

Auch die Datensätze dieser Umfragen sind im ZA hinterlegt.

(30)

Die im Sozioökonomischen Panel erhobenen Daten zeigen, dass die durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen ostdeutscher Haushalte – bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala – 2004 80,3 % der entsprechenden Einkommen westdeutscher Haushalte betragen. 1991 waren es nur 54,4 %. Am besten sah diese Relation mit 82,7 % im Jahr 1997 aus.

(Quelle: http://www.gesis.org/Dauerbeobachtung/Sozialindikatoren/Daten/System_Sozialer_Indikatoren/keyindik/I003.pdf)

(31)

Zum Vergleich sei hier nochmals die BA-Statistik angeführt: In Deutschland sank zwischen 1999 und 2004 die Anzahl aller Erwerbstätigen um 2,0 % von 36 402 Tausend auf 35 659 Tausend – die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 3,5 % von 27 483 Tausend auf 26 524 Tausend. Die Arbeitslosenquote (an allen zivilen Beschäftigten) lag in beiden Stichjahren im Jahresdurchschnitt bei 10,5 % – bei allen abhängig zivilen Beschäftigten je bei 11,7 %. Allerdings sank in Ostdeutschland zwischen 1999 und 2004 die Anzahl aller Erwerbstätigen um 6,8 % von 6 673 Tausend auf 6 221 Tausend – die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 12,4 % von 5 837 Tausend auf 5 112 Tausend. Folglich stieg die Anzahl der nichtsozialversicherungspflichtig Tätigen hier um 273 Tausend, während sie im Westen um 57 Tausend abnahm. Die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland (an allen zivilen Beschäftigten) stieg in diesen fünf Jahren von durchschnittlich 17,3 % auf 18,4 % – bei allen abhängig zivilen Beschäftigten von 18,7% auf 20,1%. (Quelle: BA 2005)

(32)

Anteil der Nichterwerbstätigen ohne Arbeitsmarktnähe im Jahr 2002 (aus: Datenreport 2004):

West			Ost		
Frauen	Männer		Frauen	Männer	
5	1	16 bis 34 Jahre	1	1	
13	3	35 bis 55 Jahre	5	3	
56	41	56 bis 65 Jahre	60	43	
(bis 2000 regulärer Renteneintritt mit 60 Jahren)					

(33)

Während der Anteil der 15- bis 65-jährigen Erwerbspersonen an der erwerbsfähigen Wohnbevölkerung in Westdeutschland zwischen 1991 und 2002 von 70,5 % auf 72 % gestiegen ist, fiel diese Quote in Ostdeutschland während derselben Zeitspanne von 81,6 % auf 76 % (vgl. auch Maretzke 2004). Dieser allgemeine Trend verdeckt die genus-typischen Unterschiede: Für Männer fiel die Quote im Westen von 82,2 % auf 80,2 % und im Osten von 86 % auf 79,3 % – für Frauen stieg die Quote im Westen von 58,4 % auf 63,6 % und fiel im Osten von 77,2 % auf 72,6 % (Quelle: <http://www.gesis.org/Dauerbeobachtung/Sozialindikatoren/>). Bei diesen Daten ist die starke Binnenwanderung zwischen Ost- und Westdeutschland zu berücksichtigen, wodurch insbesondere viele gebürtige Ostdeutsche im erwerbsfähigen Alter inzwischen in Westdeutschland statistisch erfasst werden.

(34)

Laut Mikrozensus-Angaben des Statistischen Jahrbuches 2005 sah die Haushaltsentwicklung in den vergangenen Jahren wie folgt aus:

Im Jahr 2004 gab es in ganz Deutschland 14,6 Millionen Einpersonenhaushalte von 39,1 Millionen Haushalten insgesamt. Auch in den fünf ostdeutschen Ländern, wo die Lebensform des bewussten an Eigenständigkeit und Mobilität orientierten „Singles“ zu DDR-Zeiten quasi nicht existierte, betrug der Anteil von Einpersonenhaushalten im Jahr 2004 bereits 35,4 %, in den zehn westdeutschen Ländern 36,8 % und in Berlin 50 %. (Demgegenüber sind die Einpersonprivathaushalte in der BBR-Umfrage unterrepräsentiert! Dies ist aufgrund der schlechteren Erreichbarkeit Alleinwohnender ein typisches Auswahlartefakt, das bei der Interpretation der Ergebnisse zu berücksichtigen ist.) Aufgrund der steigenden Lebenserwartung ist die zahlenmäßig stärkste Gruppe der Alleinwohnenden mit 36,7 % die der über 65-Jährigen. Aber auch die Zahl der 25- bis 45-jährigen „Singles“ betrug im Jahr 2004 mit rund 4,5 Millionen 30,6 % aller Einpersonenhaushalte. Diese sind im Übrigen aufgrund der Altersstruktur und der durchschnittlich höheren Lebenserwartung von Frauen zu 56,6 % weiblich.

(35)

Wir betonen dies, da wir davon ausgehen, dass die faktischen Lebensbedingungen die Einstellungen wie das Verhalten von Menschen langfristig bestimmen bzw. zumindest beeinflussen. Es gibt allerdings auch Denktraditionen mit anderen Erwartungen.

(36)

Im Jahr 1990 betrug die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten und Monat im früheren Bundesgebiet 3 500 DM und die Lohnquote 69,6 %. Im Jahr 1991 lauteten die gleichen Werte für die gesamte Bundesrepublik 3 300 DM und 72,5 % (Tab. 4 aus: Berger 1998, S. 716). Dies verdeutlicht den wesentlich höheren Anteil unselbständiger Erwerbsarbeit und die niedrigere Entlohnung in den neuen Bundesländern.

(37)

1989, im Jahr der Wende, erreichten in der alten Bundesrepublik 24 % eines Geburtsjahrgangs die Allgemeine Hochschulreife – in der DDR waren es 14 %. 1980 waren es 17 % und 11 %, 1970 11 % und 13 % (Geißler 2002, S. 336). 2003 erwarben 24,6 % aller Schulabgänger die (Fach-)Hochschulreife: In den zehn westdeutschen Ländern betrug der Anteil 24,2 %, in den fünf ostdeutschen 25,2 %, in Berlin 30,5 % (vgl. KMK 2005).

(38)

1990 bis 1992 lag der Anteil der 18- bis 29-Jährigen in der West- wie in der Oststichprobe bei 23 %, 2002 bis 2004 im Westen bei 14 % und im Osten bei 12 %. 1990 bis 1992 hatten im Westen 21 % der Befragten Abitur, im Osten 16 % – 2002 bis 2004 liegt der Anteil im Westen bei 20 % und im Osten bei 27 % (vgl. Anhang).

(39)

Diese liegen etwa drei bis fünf Prozentpunkte unter der allgemeinen Erwerbsquote, da Berufstätige bei Befragungen relativ schwerer zu erreichen sind. Zum Vergleich der Erwerbsbeteiligung eignet sich besser die bereinigte Erwerbsquote, die sich nur auf die erwerbsfähige Bevölkerung bezieht: Im Wendejahr 1989 betrug diese in Westdeutschland 69,6 % (Männer: 82,2 % – Frauen: 55,5 %), bei einem Anteil der 15- bis 65-Jährigen von 69,4 % an der Gesamtbevölkerung. Insgesamt waren also 48,3 % der westdeutschen Bevölkerung erwerbstätig oder arbeitslos/-suchend. In Ostdeutschland betrug die Erwerbsquote damals 88 % noch (39)

(Männer: 90 % – Frauen: 86,5 %) bei einem Anteil der 15- bis 65-Jährigen von 67,2 % an der Gesamtbevölkerung. Insgesamt waren also 59,1 % der ostdeutschen Bevölkerung erwerbstätig oder arbeitslos/-suchend. Auch in den Folgejahren blieb der Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Erwerbslose) in Ostdeutschland höher. Laut Statistischem Bundesamt betrug die bereinigte Erwerbsquote 2004 bei Männern im Westen 80,4 %, im Osten 79,9 % – bei Frauen im Westen 64,5 %, im Osten 73,4 %.

(40)

So im Jahr 1992 um 9,1 – 1993 um 10 – 1994 um 10,6 – 1995 um 8,6 Prozentpunkte

(41)

Zum Beispiel beträgt 2002 das monatliche *Haushaltseinkommen pro Kopf* in Haushalten Alleinerziehender mit jüngstem Kind unter sechs Jahren 798 E – demgegenüber das in einem Zweipersonenhaushalt ohne Kinder 1 582 E (Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 11.2004 auf <http://www.bpb.de/wissen/>).

(42)

Bekanntermaßen haben heute Einelternfamilien das höchste Armutsrisiko. Insbesondere die Zahl allein erziehender Mütter hat durch den Anstieg der Scheidungsraten und der unehelichen Geburten stark zugenommen. Seit Mitte der 1980er Jahre müssen etwa ein Drittel der westdeutschen Alleinerziehenden unter der 50 %-Grenze des Nettoäquivalenzeinkommens leben.

(43)

Im Wendejahr 1989 verrichteten in Ostdeutschland „27 % der erwerbstätigen Frauen Teilzeitarbeit, obwohl diese ideologisch und ökonomisch unerwünscht war“ (Geißler 2002, S. 372).

(44)

In der alten Bundesrepublik trugen Frauen für lange Zeit ein größeres Arbeitsplatzrisiko als Männer. In den 1970er und 80er Jahren lag ihre Arbeitslosenquote um 20 % bis 30 % höher. Erst während der 1990er Jahre hat sich dieser geschlechtstypische Unterschied angeglichen und nach 1995 sogar umgedreht.

(45)

Dies korrespondiert mit den Ergebnissen der KONTIV-Studie 2002 (www.kontiv2002.de), die heraus-fand, dass in Deutschland 61 % aller Wege mit dem Pkw zurückgelegt werden – 45 % als Fahrer und 16% als Mitfahrer. Von den täglich etwa 270 Mio. getätigten Wegen entfällt nur gut ein Fünftel auf Wege zur und von der Ausbildungs- bzw. Arbeitsstätte.

(46)

Auch diese Rangfolge entspricht den KONTIV-Ergebnissen: Dort folgen auf 165 Mio. Autofahrten 62 Mio. Fußwege, 24 Mio. Fahrradwege und nur 20 Mio. Wege mit Bus und Bahn.

(37)

Vgl. Raumordnungsbericht 2005, S. 78–84: Der Anteil der über die Gemeindegrenzen Auspendelnden wird für das Jahr 2003 für Westdeutschland mit 57,5 % (mehr als 50 km 8,4 %) und für Ost-deutschland mit 51,5 % (mehr als 50 km 12,4 %) angegeben.

(48)

Wahrscheinlich sind die Wochenendpendler in den Stichproben der BBR-Umfrage unterrepräsentiert, da sie sowohl telefonisch wie auch face-to-face an ihrem Erstwohnsitz schwerer zu erreichen sind.

(49)

Die hier unterschiedenen Altersgruppen versuchen die Lebenszyklusphasen Jugend, Berufseintritt- und Familienaufbau, Konsolidierung und Nacherwerbstätigkeit anzunähern.

(50)

Laut Raumordnungsbericht 2005 (S. 36) finden jedes Jahr rund 4 Mio. Wanderungen zwischen Gemeinden statt, davon über 1 Mio. zwischen den 16 Bundesländern.

(51)

Laut Statistischem Jahrbuch 2005 lebten im Jahr 2004 in Berlin 3 388 Mio., in den fünf ost-deutschen Ländern 13 433 Mio. und in den zehn westdeutschen Ländern 65 680 Mio. Menschen.

(52)

Das hängt allerdings auch damit zusammen, dass bei der (Telefon-)Befragung 2003 im Osten deutlich mehr Frauen als Männer befragt wurden und diese eher soziale Gesichtspunkte betonen als Männer: insbesondere Wechsel in Nachbarschaft, Wegzug von Freunden, zunehmende Unsicherheit und Probleme zwischen Deutschen und Ausländern.

(53)

Der Zusammenhang mit der hier fokussierten West-Ost-Differenzierung stellt sich dadurch her, dass in Westdeutschland nur 2,6 % (insbesondere kleine Landgemeinden), in Ostdeutschland jedoch 53,5 % aller Gemeinden (in außerordentlichem Maße Kleinstädte, Mittelstädte und kleine Landgemeinden) zu den stark schrumpfenden gehören – entsprechend gehören im Westen 8,3 % aller Gemeinden (vor allem kleine und große Landgemeinden) zu den stark wachsenden, in Ostdeutschland jedoch nur 0,3 % (große Landgemeinden; vgl. Gatzweiler/Meyer/Milbert 2003, S. 565).

(54)

Es ist nicht ohne größeren Aufwand zu ermitteln, wer derzeit schon im Umland einer größeren Stadt wohnt. Dies wird nicht explizit erfragt, könnte jedoch über die Zuordnung der Gemeindekennziffer des Wohnorts der Befragten entschlüsselt werden. Aus Zeit- und Platzgründen wird hier darauf verzichtet.

(55)

Zu diesem Themenfeld gibt es aktuell umfangreiche Forschungen. Als Aufsatzsammlung erschien dazu u. a.: Gestring et al. 2004.

(56)

Trotz auch stattfindender Zuwanderung haben alle ostdeutschen Länder 2003 verglichen mit 1990 (Bezugsbasis) Bevölkerungsverluste aufzuweisen: Brandenburg -0,1 %, Mecklenburg-Vorpommern -10,0 %, Sachsen -9,3 %, Sachsen-Anhalt -12,2 %, Thüringen -9,1 %. (Quelle: eigene Berechnungen nach Statistischem Jahrbuch 2005)

Literaturverzeichnis

- Augé, Marc: Orte und Nicht-Orte. – Frankfurt a. M. 1994
- Berger, Johannes: Wirtschaftssystem. In: Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Hrsg.: Schäfers, Bernhard; Zapf, Wolfgang. – Opladen 1998, S. 710–720
- Bertram, Hans: Lebensformen, städtische und ländliche. In: Großstadt: Soziologische Stichworte. Hrsg.: Häußermann, Hartmut. – Opladen 1998, S. 115–122
- Bisky, Jens: Die deutsche Frage. Warum die Einheit unser Land gefährdet. – Berlin 2005
- Böltken, Ferdinand: Zur Bewertung von Wohn- und Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland. Inform. z. Raumentwicklung (2001) H. 2/3, S. 149–180
- Böltken, Ferdinand: Soziale Distanz und räumliche Nähe – Einstellungen und Erfahrungen im alltäglichen Zusammenleben von Ausländern und Deutschen im Wohngebiet. In: Deutsche und Ausländer: Freunde, Fremde oder Feinde? Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. Hrsg.: Alba, Richard; Schmidt, Peter; Wasmer, Martina. – Wiesbaden 2000, S. 147–194 (a)
- Böltken, Ferdinand: Angleichung ist keine Einbahnstraße: Einige Befunde zur Entwicklung der subjektiven Wohlfahrt in Ost- und Westdeutschland in den 90er Jahren. In: Regionale Aspekte des wirtschaftlichen und sozialen Wandels in den neuen Bundesländern. Hrsg.: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung – BBR. – Bonn 2000. = Berichte, Bd. 4, S. 81–87 (b)
- Böltken, Ferdinand: Einstellungen zu Ausländern. Ein Vergleich zwischen den alten und neuen Bundesländern. Geogr. Rdschau 49 (1997), S. 432–437
- Böltken, Ferdinand: Regionalinformationen für und aus Umfragen. Einstellungen zum Zusammenleben von Deutschen und Ausländern im Wohngebiet. Allg. Statist. Archiv 78 (1994), S. 74–95 (a)
- Böltken, Ferdinand: Stadtqualität. Bewertungen und Prioritäten am Ende der 80er und zu Beginn der 90er Jahre. In: Lebensqualität und städtische Dienstleistungen aus Bürgersicht. Hrsg.: Bick, Wolfgang; Bretschneider, Michael. – Berlin 1994. = Difu-Materialien 6/1994, S. 13–28 (b)
- Böltken, Ferdinand: Die Entwicklung der räumlichen Mobilitätsneigung in Ost- und Westdeutschland. – Erfurt 1994. = Erfurter geogr. Studien, Bd. 3, S. 29–40 (c)
- Böltken, Ferdinand: Umzugspläne und Mobilitätspotentiale in Ost- und Westdeutschland. Eine Untersuchung von Umzugsabsichten und -motiven unter besonderer Berücksichtigung der Wohnsituation. Inform. z. Raumentwicklung (1994) H. 10/11, S. 759–779 (d)
- Böltken, Ferdinand: Angleichung und Ungleichheit. Einstellung zur Integration von Ausländern im Wohngebiet in Ost- und Westdeutschland drei Jahre nach der Einheit. Inform. z. Raumentwicklung (1994) H. 5/6, S. 335–362 (e)
- Böltken, Ferdinand: Wohnbedingungen und ihre Bewertung in der Bundesrepublik Deutschland am Jahresende 1990. Ergebnisse eines Ost West Vergleichs. Inform. z. Raumentwicklung (1991) H. 5/6, S. 277–300
- Böltken, Ferdinand; Bucher, H.; Janich, Helmut: Wanderungsverflechtungen und Hintergründe räumlicher Mobilität in der Bundesrepublik seit 1990. Inform. z. Raumentwicklung (1997) H. 1/2, S. 35–50

- Böltken, Ferdinand; Gatzweiler, Hans-Peter; Meyer, Katrin: Räumliche Integration von Ausländern und Zuwanderern. *Inform. z. Raumentwicklung* (2002) H. 8, S. 397–414
- Böltken, Ferdinand; Meyer, Katrin: Regionale Lebensqualität und Wanderungsentscheidungen. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung – BBR (Hrsg.): *Regionalbarometer neue Länder*. – Bonn 2004. = *Berichte*, Bd. 20, S. 17–24
- Böltken, Ferdinand; Schneider, Nicole; Spellerberg, Annette: Wohnen – Wunsch und Wirklichkeit. Subjektive Prioritäten und subjektive Defizite als Beitrag zur Wohnungsmarktbeobachtung. *Inform. z. Raumentwicklung* (1999) H. 2, S. 141–156
- Brake, Klaus: *Suburbanisierung in Deutschland. Aktuelle Tendenzen*. – Opladen 2001
- Bundesagentur für Arbeit – BA (Hrsg.): *Arbeitsstatistik 2004 – Jahreszahlen*. – Nürnberg 2005. = *Sondernummer der Amtlichen Nachrichten der BA*, Jg. 53
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung – BBR (Hrsg.) in Kooperation mit den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder: *INKAR – Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung*, Ausgabe 2005 (CD-ROM). – Bonn 2006 (a)
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung – BBR (Hrsg.); Sturm, Gabriele (Proj.): *Grundlagen zur Erforschung großstädtischer Entwicklungen – Aktuelles aus der Innerstädtischen Raumbeobachtung des BBR*. – Bonn 2006 (b), in Vorbereitung
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung – BBR (Hrsg.); Lutter, Horst (Proj.): *Raumordnungsbericht 2005*. – Bonn 2005. = *Berichte*, Bd. 21
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung – BBR (Hrsg.); Sigismund, Markus; Metzmacher, Mathias; Neußer, Wolfgang; Rohrbach, Iris; Waltersbacher, Matthias (Bearb.): *Wohnungsmärkte in Deutschland. Ergebnisse der regionalisierten Wohnungsmarktbeobachtung des BBR*. – Bonn 2004. = *Berichte*, Bd. 18
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.); Meyer, Katrin; Böltken, Ferdinand; Gödderz, Frank; Neußer, Wolfgang (Bearb.): *Lebensbedingungen aus Bürgersicht*. – Bonn 2003. = *Berichte*, Bd. 15
- Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung – BfLR (Hrsg.); Böltken, Ferdinand (Bearb.): *Perspektiven und Entwicklungstendenzen der subjektiven Wohlfahrt in Ost- und Westdeutschland seit 1990*. – Bonn 1995. = *Materialien z. Raumentwicklung*, Heft 69, S. 7–15
- Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung – BfLR (Hrsg.); Böltken, Ferdinand; Kuhlmann, Petra; Leidener, Christel (Bearb.): *Lebensbedingungen aus Bürgersicht im Vergleich*. – Bonn 1993. = *Arbeitspapier Nr. 9*
- Bundesministerium des Inneren: *Kriminalstatistik 2004* (2005; www.bmi.bund.de/nn_122688/Internet/Content/Common/Anlagen/Broschueren/2005/Polizeiliche_Kriminalstatistik_2004_de,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Polizeiliche_Kriminalstatistik_2004_de)
- Bundesregierung (1994): *Großsiedlungsbericht 1994*. BT-Drucksache 12/8406. – Bonn 1994
- Deinet, Ulrich; Reutlinger, Christian (2005): Aneignung. In: *Handbuch Sozialraum*. Hrsg.: Kessl, Fabian et al. – Wiesbaden 2005, S. 295–312
- Deutscher Städtetag (Hrsg.); Bick, Wolfgang; Böltken, Ferdinand; Döhla, Rainer; Erbslöh, Barbara; Rosenkrantz, Bruno; Roski, Günter; Schönfeld-Nastoll, Ulrike (Bearb.): *Standardindikatoren für kommunale Bürgerumfragen. Eine Arbeitshilfe*. – Köln 1995. = *Beiträge z. Statistik u. Stadtforschung*, H. 41

- Gatzweiler, Hans-Peter; Meyer, Katrin; Milbert, Antonia: Schrumpfende Städte in Deutschland? Fakten und Trends. *Inform. z. Raumentwicklung* (2003) H. 10/11, S. 557–574
- Geißler, Rainer: *Die Sozialstruktur Deutschlands*. – 3. Aufl., Wiesbaden 2002
- Gestring, Norbert; Glasauer, Herbert; Hannemann, Christine; Petrowsky, Werner; Pohlan, Jörg (Hrsg.): *Jahrbuch StadtRegion 2004/05 – Schrumpfende Städte*. – Wiesbaden 2005
- Gestring, Norbert; Glasauer, Herbert; Hannemann, Christine; Petrowsky, Werner; Pohlan, Jörg (Hrsg.): *Jahrbuch StadtRegion 2003 – Urbane Regionen*. – Opladen 2004
- Gestring, Norbert; Glasauer, Herbert; Hannemann, Christine; Petrowsky, Werner; Pohlan, Jörg (Hrsg.): *Jahrbuch StadtRegion 2002 – Die sichere Stadt*. – Opladen 2003
- Gestring, Norbert; Glasauer, Herbert; Hannemann, Christine; Petrowsky, Werner; Pohlan, Jörg (Hrsg.): *Jahrbuch StadtRegion 2001 – Einwanderungsstadt*. – Opladen 2001
- Glatzer, Wolfgang: *Lebensstandard und Lebensqualität*. In: *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschland*. Hrsg.: Schäfers, Bernhard; Zapf, Wolfgang. – Opladen 1998, S. 427–438
- Hamm, Bernd: *Nachbarschaft*. In: *Großstadt. Soziologische Stichworte*. Hrsg.: Häußermann, Hartmut. – Opladen 1998, S. 172–181
- Hannemann, Christine: *Großsiedlung – Ost*. In: *Großstadt. Soziologische Stichworte*. Hrsg.: Häußermann, Hartmut. – Opladen 1998, S. 91–103
- Ipsen, Detlev: *Raubilder. Kultur und Ökonomie räumlicher Entwicklung*. – Pfaffenweiler 1997
- Kabisch, Sigrun; Bernt, Matthias; Peter, Andreas: *Stadtumbau unter Schrumpfungsbedingungen. Eine sozialwissenschaftliche Fallstudie*. – Wiesbaden 2004
- Kawka, Rupert; Sturm, Gabriele: *Objektive regionale Lebensqualität und subjektives Wohlbefinden: Was macht Bürgerinnen und Bürger zufrieden?* *Inform. z. Raumentwicklung* (2006) H. 6, S. 309–316
- Kessl, Fabian; Reutlinger, Christian; Maurer, Susanne; Frey, Oliver (Hrsg.): *Handbuch Sozialraum*. – Wiesbaden 2005
- Kultusministerkonferenz - KMK: *Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 1994–2003*. – Bonn 2005. = Dokumentation Nr. 174
- Läpple, Dieter: *Essay über den Raum*. In: *Stadt und Raum*. Hrsg.: Häußermann, Hartmut et al. – Pfaffenweiler 1991, S. 157–207
- Löw, Martina: *Raumsoziologie*. – Frankfurt a.M. 2001
- Löw, Martina; Sturm, Gabriele: *Raumsoziologie*. In: *Handbuch Sozialraum*. Hrsg.: Kessl, Fabian et al. – Wiesbaden 2005, S. 31–48
- Maretzke, Steffen: *Regionale Strukturen der Arbeitsmarktentwicklung*. In: *Regionalbarometer neue Länder*. Hrsg.: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung – BBR. – Bonn 2004. = Berichte, Bd. 20, S. 25–35
- Maruani, Margaret: *Ein unvollendetes Projekt: Die Gleichheit von Männern und Frauen in der Arbeitswelt*. – Köln 2002
- Matthesen, Ulf (Hrsg.): *An den Rändern der deutschen Hauptstadt. Suburbanisierungsprozesse, Milieubildung und biographische Muster in der Metropolregion Berlin-Brandenburg*. – Opladen 2002

Mielke, Ralf: Individuelle Orientierung versus kollektive Orientierung am Beispiel der Einschätzung wirtschaftlicher Lagen. Unveröff. Diplomarbeit am FB Gesellschaftswissenschaften, Frankfurt a.M. 1997

Petrowsky, Werner: Die Einwanderungsstadt und die amtliche Statistik. In: Jahrbuch StadtRegion 2001. Hrsg.: Gestring, Norbert et al. – Opladen 2001, S. 179–204

Riege, Marlo; Schubert, Herbert (Hrsg.): Sozialraumanalyse. Grundlagen – Methoden – Praxis. 2. Aufl., Wiesbaden 2005

Rosenfeld, Martin T. W.; Kronthaler, Franz; Kawka, Rupert: Nichtdemographische Einflussfaktoren der Regionalentwicklung in Deutschland. In: Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels. Hrsg.: Rosenfeld, Martin T. W.; Schlömer, Claus. – Hannover 2005, S. 37–83

Siebel, Walter: Urbanität. In: Großstadt: Soziologische Stichworte. Hrsg.: Häußermann, Hartmut. – Opladen 1998, S. 262–270

Stiens, Gerhard: Region und Regionalismus. In: Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Hrsg.: Schäfers, Bernhard; Zapf, Wolfgang. – Opladen 1998, S. 524–536

Sturm, Gabriele: Wege zum Raum. – Opladen 2000

Anhang

- A Fragenprogramm und Erhebungsjahre
- B Zeitreihen-Tabellen

Anhang A: Fragenprogramm und Erhebungsjahre

Die folgende Tabelle enthält alle Fragen, die zum Standardprogramm der BBR-Umfrage gehören. Darüber hinaus sind weitere Fragestellungen aufgeführt, die nur in einzelnen Jahren gestellt wurden und die in diesem sowie im vorhergehenden Berichtband 15 aufgegriffen wurden.

Zur besseren Übersicht werden die Fragen und die Antwortmöglichkeiten hier in ihrer jeweils aktuellen Fassung übernommen. Außerdem wird auf die Darstellung der z.T. sehr komplexen Filterführung verzichtet.

Die Fragen sind in der folgenden thematischen Reihenfolge aufgeführt:

- 1 Wohnung
 - 1.1 Vorherige Wohnung
 - 1.2 Jetzige Wohnung
- 2 Wohnumgebung
 - 2.1 Vorheriges Wohngebiet
 - 2.2 Jetziges Wohngebiet und Zufriedenheit
 - 2.3 Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen
 - 2.4 Wichtigkeit von und Zufriedenheit mit Lebensbedingungen
 - 2.5 Umweltbedingungen
- 3 Mobilität
 - 3.1 Umzugsbewegungen
 - 3.2 Lokale Bindungen
- 4 Nachbarschaft, ausländische Mitbewohner
 - 4.1 Nachbarschaft
 - 4.2 Deutsche und Ausländer im Wohngebiet
- 5 Wirtschaftliche Lage, Berufstätigkeit
 - 5.1 Wirtschaftliche Lage
 - 5.2 Sicherheit des Arbeitsplatzes
 - 5.3 Vereinbarkeit von Beruf und Familie
 - 5.4 Arbeitsweg
- 6 Lebenszufriedenheit
- 7 Demographie
- 8 Regionalmerkmale

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
1 Wohnung															
1.1 Vorherige Wohnung															
<p>Wo haben Sie vor dem Einzug in die jetzige Wohnung gewohnt?</p> <ul style="list-style-type: none"> - im gleichen Haus - in der Nachbarschaft, in der näheren Umgebung - in einem anderen Stadt- bzw. einem anderen Ortsteil der selben Gemeinde - weiter weg, bis 25 km - weiter weg, ca. 25 bis 50 km - mehr als 50 km entfernt - wohne seit Geburt in dieser Wohnung, nie woanders gewohnt <p>Bitte kennzeichnen Sie mit Hilfe dieser Übersicht Ihre letzte Wohnsituation bzw. Ihre damalige Wohnlage. Wo lag Ihre letzte Wohnung?</p> <ul style="list-style-type: none"> - in einem kleinen Dorf bis etwa 500 Einwohner - eher im Ortskern - außerhalb des Ortskerns - in einem größeren Ort bis etwa 5.000 Einwohner - eher im Ortskern - außerhalb des Ortskerns - in einer Kleinstadt bis etwa 20.000 Einwohner - eher im Orts-/Stadtkern - außerhalb des Ortskerns - in einer Mittelstadt, etwa 20.000 bis 100.000 Einwohner - in der Innenstadt - außerhalb der Innenstadt, aber nicht am Stadtrand - am Stadtrand - in einer Großstadt mit mehr als 100.000 Einwohnern - in der Innenstadt - außerhalb der Innenstadt, aber nicht am Stadtrand - am Stadtrand <p>War der letzte Wohnort</p> <ul style="list-style-type: none"> - eine kleine Gemeinde bis ca. 20.000 Einwohner - eine mittelgroße Stadt zwischen 20.000 und 100.000 Einwohnern - eine Großstadt über 100.000 Einwohner? <p>Lag die Wohnung im Umland einer größeren Stadt?</p> <ul style="list-style-type: none"> - ja - nein <p>Wie hieß die Gemeinde, in der Sie damals wohnten?</p> <p>Wie lautete die Postleitzahl dieser Gemeinde?</p> <p>Lag die Wohnung</p> <ul style="list-style-type: none"> - n der City/Innenstadt - zwischen Innenstadt und Stadtrand - am Stadtrand? 	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X			X	X	X

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	
<p>Heute spielt ein behindertengerechter Zugang zum Haus bzw. zur Wohnung eine immer größere Rolle (z.B. für gehbehinderte Menschen oder Rollstuhlfahrer). Wie ist das bei Ihrem Haus? Verfügt das Haus über einen Aufzug bzw. Fahrstuhl?</p> <ul style="list-style-type: none"> - ja - nein <p>Müssen Treppenstufen überwunden werden, um ins Haus und in Ihre Wohnung zu gelangen?</p> <ul style="list-style-type: none"> - ja - nein <p>Stehen Rampen oder sonstige Hilfen zur Überwindung von Treppen zur Verfügung?</p> <ul style="list-style-type: none"> - ja - nein <p>Wie groß ist das Grundstück, das zu Ihrem Haus gehört?</p> <p>Wie wurden Sie Eigentümer dieser Wohnung bzw. dieses Hauses? Haben Sie es</p> <ul style="list-style-type: none"> - gebraucht erworben - neu gekauft - geerbt, geschenkt bekommen? <p>Was waren für Sie bzw. Ihre Familie wichtige Gründe, in eine eigene Wohnung bzw. in ein eigenes Haus zu ziehen?</p> <ul style="list-style-type: none"> - Haus bzw. Wohnung sollte genau den Bedürfnissen entsprechen - Gestaltungsmöglichkeiten bzw. Freizügigkeit sollten auch später gegeben sein - Vermögensbildung, Altersvorsorge - keine Störung durch Nachbarn - eigener Garten <p>Haben Sie bei der Schaffung des Wohneigentums staatliche Förderung in Form der Eigenheimzulage bzw. §10e Einkommenssteuergesetz in Anspruch genommen?</p> <ul style="list-style-type: none"> - ja - nein <p>Haben Sie für das Haus bzw. die Wohnung noch eine Belastung durch Darlehen oder Kredite oder ist das Haus bzw. die Wohnung lastenfrei?</p> <ul style="list-style-type: none"> - Belastung besteht noch - Haus bzw. Wohnung ist lastenfrei <p>Wie hoch ist die monatliche Belastung für Zinsen/Tilgung insgesamt?</p> <p>Und wie hoch sind die monatlichen Bewirtschaftungskosten für Heizung/Warmwasser, Müllabfuhr, Abwasser etc. inklusive Kosten für Instandhaltung?</p> <p>Wie viel Wohngeld, d.h. Umlagekosten für die Hausverwaltung, zahlen Sie pro Monat?</p>							x	x	x							x

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
<p>Wie stark befahren ist die Straße, an der Sie wohnen? Ist es</p> <ul style="list-style-type: none"> - eine Hauptverkehrsstraße - eine Straße mit mittlerem Verkehr - eine Wohnstraße? <p>Ist die Straße mit Bäumen und Büschen begrünt?</p> <ul style="list-style-type: none"> - ja - nein <p>Hat sich das Straßenbild in den letzten Jahren eher verbessert oder verschlechtert?</p> <ul style="list-style-type: none"> - verbessert - gleich - verschlechtert? <p>Hat es in den letzten Jahren Maßnahmen zur Umgestaltung und zur Verbesserung Ihres Wohnviertels gegeben?</p> <ul style="list-style-type: none"> - ja - nein <p>Welche Umbaumaßnahmen sind schon durchgeführt worden?</p> <ul style="list-style-type: none"> - Begrünungen - Neugestaltung des Straßenbildes - Umbau von Gebäuden - Abriss/Rückbau von Gebäuden <p>Gibt es für dieses Wohnviertel Pläne zur Umgestaltung und Verbesserung?</p> <ul style="list-style-type: none"> - ja - nein <p>Welche Pläne zur Umgestaltung gibt es?</p> <ul style="list-style-type: none"> - Begrünungen - Neugestaltung des Straßenbildes - Umbau von Gebäuden - Abriss/Rückbau von Gebäuden 															
<p>2.3 Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen</p> <p>Welche der Einrichtungen auf der Liste können Sie in Ihrem Wohngebiet zu Fuß innerhalb von etwa 10 Minuten erreichen?</p> <ul style="list-style-type: none"> - Haltestelle für öffentliche Verkehrsmittel - Poststelle oder andere öffentliche Einrichtungen - Einkaufsmöglichkeit(en) für den täglichen Bedarf - Ärzte, Praxen - Kinderkrippe, Kindergarten - Kinderspielplatz - Grundschule - Einrichtung, Tagesstätte usw. für ältere Menschen - Einrichtung für Jugendliche - Gaststätte, Kneipe - öffentlich zugängliche Park- oder Grünanlagen, auch Wald, Feld oder Wiesen 	x				x		x	x						x	x

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Ich lese Ihnen jetzt verschiedene Einkommensgruppen vor. Zu welcher Gruppe gehört Ihr Haushalt? Gemeint ist das monatliche Haushaltseinkommen nach Abzug von Steuern und Sozialversicherung. - unter 500 € - 500 bis 750 € - ... - 4.000 bis unter 5.000 € - 5.000 € und mehr Wie viele Personen in Ihrem Haushalt beziehen ein eigenes Einkommen, z.B. aus Berufstätigkeit, Rente oder anderem? Wie viele Personen sind ganz- oder halbtags erwerbstätig?	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
5.2 Sicherheit des Arbeitsplatzes															
Wie schätzen Sie die Sicherheit Ihres eigenen Arbeitsplatzes ein? Halten Sie ihn für - sehr sicher - eher sicher - eher unsicher - oder sehr unsicher?	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
5.3 Vereinbarkeit von Beruf und Familie															
Die Arbeitszeit im Beruf lässt sich nicht immer ganz einfach mit Aufgaben in der Familie oder im Haushalt vereinbaren. Ist das für Sie persönlich ein Problem?								x	x	x				x	x
5.4 Arbeitsweg															
Wie lang ist Ihr täglicher Arbeitsweg? Wie viele Minuten brauchen Sie normalerweise für Ihren Arbeitsweg hin zu Ihrem Arbeitsplatz? Wie weit entfernt ist Ihr Arbeitsplatz von Ihrer Wohnung? Geben Sie bitte die Länge einer Wegstrecke in km an. Welche Verkehrsmittel nutzen Sie überwiegend für den täglichen Weg, um zur Arbeit zu kommen? - den Bus - die U- oder S-Bahn - die Eisenbahn - den Pkw als Selbstfahrer - den Pkw als Mitfahrer - das Motorrad/Moped oder Mofa - das Fahrrad - ich gehe zu Fuß und benutze kein Verkehrsmittel - sonstige	x						x	x	x	x				x	x

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Siedlungsstruktureller Regionstyp (2)															
- Agglomerationsräume	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
- Verstädterte Räume															
- Ländliche Räume															
Siedlungsstruktureller Kreistyp															
Siedlungsstruktureller Gemeindetyp	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Raumordnungsregion	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x

(1) Die Mietnebenkosten für Heizung und Warmwasser werden in einem größeren, sehr komplexen Fragenkomplex mit hier kaum darstellbarer Filterführung ermittelt. Im Ergebnis dieser Abfrage können seit dem Jahr 1991 die Bruttokalt- bzw. Bruttowarmmiete berechnet werden.

(2) Die siedlungsstrukturellen Gebietstypen und die Raumordnungsregionen wurden im BBR nachträglich an die Umfragedaten angefügt.

Anhang B: Zeitreihen-Tabellen

Zum Abschluss werden zahlreiche Tabellen angeboten, die die Grundauszählungen der wichtigsten Variablen der BBR-Umfrage der Jahre 1990 bis 2004 im Überblick darstellen. Bei der Variablenauswahl wird vorrangig auf das Standardprogramm der Umfrage abgestellt. Die Tabellen sind jeweils dreigliedrig und enthalten die Auszählungen für West und Ost sowie für Deutschland insgesamt. Innerhalb der Tabellen werden die Ergebnisse für bestimmte Teilpopulationen unterschieden, wobei jeweils auf die positive Merkmalsausprägung Bezug genommen wird. Neben der standardmäßig ausdifferenzierten Variable des Gemeindetyps wird für diese Gruppenauswertungen je nach Fragestellung aus folgenden unabhängigen Variablen ausgewählt:

- Alter (zusammengefasst in vier Generationengruppen)
- Geschlecht
- Bildung
- Haushaltsgröße
- Erwerbstätigkeit
- Wohnstatus
- Lagetyp
- Haustyp
- Baujahr Gebäude.

Die Tabellen der Grundauszählung enthalten i. d. R. Prozentangaben, die sich jeweils auf die gültigen Werte beziehen (ohne „betrifft mich nicht“ oder fehlende Angaben). Sie sind in der folgenden thematischen Reihenfolge aufgeführt:

Grunddaten

Wohnung und Wohngebäude

Spezifische Zufriedenheiten

Wohnumgebung

Nachbarschaft und ausländische Mitbewohnerinnen/-bewohner

Persönliche wirtschaftliche Lage und Arbeitsplatzsicherheit

Räumliche Mobilität

Periodische Schwerpunktthemen (örtliche Lebensbedingungen, Infrastruktur, Umwelt)

Grunddaten – West
(Angaben in % der Befragten)

West		1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Alter	18–29 Jahre	25	21	23	21	20	19	18
	30–44 Jahre	27	29	27	30	30	30	30
	45–59 Jahre	21	23	24	21	22	24	23
	60 Jahre u. älter	27	27	26	28	28	27	29
Geschlecht	männlich	46	48	48	44	45	44	45
	weiblich	54	52	52	56	55	56	55
Familienstand	verheiratet	58	58	57	58	59	60	58
	verwitwet	12	14	13	14	13	12	14
	geschieden	6	6	5	5	5	7	7
	ledig	24	22	25	24	23	22	22
Haushaltsgrösse	1 Person	26	29	29	29	28	26	29
	2 Personen	35	36	36	36	36	37	36
	3 Personen	18	17	19	17	18	18	15
	4 u. m. Personen	21	19	16	19	18	20	20
Anzahl Kinder unter 18 Jahren	1 Kind	55	49	56	47	50	49	44
	2 Kinder	37	39	38	41	40	38	43
	3 u. m. Kinder	9	13	6	12	10	13	14
Deutsche Staatsbürgerschaft	ja						92	95
	nein, eine andere						8	5
	die deutsche und eine andere							
Höchster Schulabschluss	Haupt-/Volksschule	52	54	49	52	51	52	51
	Mittlere Reife/POS	24	25	28	26	27	28	31
	Abitur/FHS-Reife	21	20	21	20	20	18	17
	noch Schüler	2	2	1	1	2	2	1
Erwerbstätigkeit	ja	47	53	56	48	46	50	46
	nein	53	47	44	52	54	50	54
Teil-/vollerwerbstätig	vollzeiterwerbstätig	82	85	84	80	80	77	80
	teilzeiterwerbstätig	11	10	12	16	13	16	16
	stundenweise erw.	7	5	4	4	7	6	5
Gemeindegrösse	bis 1 999 Ew.	4	5	5	6	4	5	5
	2 000–4 999 Ew.	8	7	7	7	8	6	8
	5 000–19 999 Ew.	22	23	26	28	27	22	20
	20 000–49 999 Ew.	17	17	15	15	13	16	17
	50 000–99 999 Ew.	10	8	8	6	8	11	10
	100 000–499 999 Ew. ab 500 000 Ew.	19 20	19 21	20 19	17 21	19 21	18 22	16 23
Gemeindetyp	Kernstädte	38	39	38	37	38	39	38
	Ober-/Mittelzentren	36	33	34	33	32	35	34
	sonstige Gemeinden	26	27	28	30	29	27	27
Wohnlage (Kernstädte)	Innenstadt		19	26	19	26	19	15
	Innenstadtrand		52	54	54	50	50	58
	Stadtrand		29	20	27	25	30	28
Wohndauer Ort	bis 5 Jahre	16	13	12	14	14	13	12
	5–10 Jahre	9	8	8	8	7	9	10
	10–20 Jahre	16	14	16	14	14	16	13
	20–30 Jahre	18	17	19	18	20	16	17
	30 u. m. Jahre	41	48	45	47	45	46	47
Wohnstatus	Miete	58	60	61	54	52	53	57
	Untermiete	2	2	3	1	2	1	1
	eigenes Haus	36	34	29	38	39	38	36
	Eigentumswohnung	4	3	8	8	7	8	6
Haustyp	landw. Gebäude	2	2	2	3	2	2	2
	freisteh. Haus	27	26	23	28	28	29	28
	Reihenhaus	16	16	17	14	15	16	14
	Haus m. 3–4 Wohn.	14	15	19	15	13	14	16
	Haus m. 5–8 Wohn.	21	23	24	24	25	22	22
	Haus m. 9 u. m. Wohn.	17	16	13	13	13	14	15
	Hochhaus	4	3	2	2	3	2	3
	sonst. Gebäude	0	0	1	0	1	1	0

1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
20	16	15	13	13	14	15	14
32	34	36	32	31	27	28	27
21	23	23	24	23	23	21	22
27	28	27	30	33	36	35	37
43	45	45	47	46	48	47	43
57	55	55	53	54	52	53	57
56	61	63		61	59	60	60
12	11	9		12	12	12	12
7	5	6		8	8	8	8
25	22	22		19	21	20	20
27	25	22	27	27	28	25	25
37	37	33	36	36	39	42	40
16	17	17	17	16	14	14	15
20	21	28	20	21	19	20	20
46	43			44	43	44	44
40	46			42	41	43	43
14	11			14	16	13	14
96		95	99	96	98	98	97
4		4	1	4	2	2	1
		1					1
52	41	36	45	51	52	50	50
28	32	34	29	29	27	29	29
20	27	29	25	19	20	20	20
1	0	0	1	1	1	1	1
50	51	57	52	49	43	43	42
50	49	43	48	51	57	57	58
76	83					70	66
17	16					23	27
8	2					7	7
4		6	4	5	4	4	3
8		12	8	8	7	8	5
23		32	24	22	24	23	27
19		17	18	17	20	20	22
9		6	9	12	12	8	8
18		14	18	16	15	20	17
19		14	18	20	18	17	17
33	49	27	35	35	32	35	34
36	29	30	36	37	42	40	36
31	21	43	30	28	27	26	31
17	29	27	21	19	21	15	14
61	46	33	37	45	39	41	40
22	26	41	42	36	39	44	46
16	15	12	12	21	14	15	13
11	11	12	10	15	10	12	10
13	14	18	13	22	13	14	13
17	14	18	15	15	14	14	14
43	46	39	50	27	49	46	51
57	50	47	47	53	51	50	50
1	1	1	1	1	1	2	1
37	45	41	45	40	44	43	42
5	5	12	7	7	5	6	7
1	1		1	1	0	1	1
28	26		37	34	35	37	35
16	26		16	15	15	16	17
17	12		11	12	13	11	9
22	20		18	19	20	21	20
13	14		14	18	13	12	15
2	1		2	2	2	1	3
0	0		1	1	1	1	1

Grunddaten – West (Forts.)
(Angaben in % der Befragten)

West		1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Gebäudealter	vor 1919		10	7	11	9	11	9
	1919–1948		18	19	16	16	16	18
	1949–1971		46	46	45	45	43	42
	1972–1980		17	22	17	19	17	19
	nach 1980		8	6	11	11	12	11
Gebäudezustand	guter Zustand		73	73	74	73	71	70
	teilw. renovierungsbedürftig		24	25	23	23	25	27
	ganz renovierungsbedürftig		2	2	3	4	4	3
	abbruchreif		0	0	0	0	0	0
	vor 1919							
	1919–1948							
	1949–1971							
Wohnfläche pro Kopf	bis 20 m ²	5	5	5	6	7	7	7
	20–30 m ²	22	21	21	19	20	20	20
	30–40 m ²	25	25	25	24	21	21	22
	40–50 m ²	16	17	17	16	19	18	16
	50 u. m. m ²	32	32	32	34	33	33	35
Wohnungsgröße	bis 50 m ²	9	10	10	10	9	9	10
	50–60 m ²	9	10	10	10	9	10	9
	60–70 m ²	12	14	13	15	12	13	15
	70–80 m ²	15	14	15	11	12	13	14
	80–90 m ²	12	11	14	12	14	13	12
	90–100 m ²	8	10	11	8	10	9	8
	100–110 m ²	9	6	7	8	8	8	8
	110–120 m ²	5	5	5	5	6	6	6
Wohndauer Wohnung	bis 5 Jahre	31	26	23	25	27	24	25
	5–10 Jahre	17	18	22	17	16	20	17
	10–20 Jahre	21	24	26	21	22	23	22
	20–30 Jahre	15	15	14	18	16	14	14
	30 u. m. Jahre	16	17	15	19	19	20	21
Quartierstyp	reines Wohngebiet, Altbau	27	10	18	18	20	26	22
	reines Wohngebiet, Neubau	40	21	44	45	44	24	38
	Mischgebiet	28	44	23	24	23	21	25
	Geschäftszentrum	1	1	3	1	1	2	1
	Gewerbe-/Industriegeb.	0	1	1	0	0	15	1
	Großsiedlung	2	1	2	1	1	3	3
	dörfliches Gebiet		5	9	10	9	8	9
	sonstiges	2	17	0	0	1	1	1
	Reines Wohngebiet, Vorkriegszeit, Ein-/Zweifamilienhäuser							
	Reines Wohngebiet, Vorkriegszeit, kleinere Mehrfamilienhäuser							
Reines Wohngebiet, Vorkriegszeit, größere Wohnblocks								
Reines Wohngebiet, 50er/60er Jahre, Ein-/Zweifamilienhäuser								
Reines Wohngebiet, 50er/60er Jahre, kleinere Mehrfamilienhäuser								
Reines Wohngebiet, 50er/60er Jahre, größere Wohnblocks								
Reines Wohngebiet, 70er/80er Jahre, Ein-/Zweifamilienhäuser								
Reines Wohngebiet, 70er/80er Jahre, kleinere Mehrfamilienhäuser								
Reines Wohngebiet, 70er/80er Jahre, größere Wohnblocks								
Reines Wohngebiet, 90er Jahre, Neubaugebiet, Ein-/Zweifamilienhäuser								
Reines Wohngebiet, 90er Jahre, Neubaugebiet, kleinere Mehrfamilienhäuser								
Reines Wohngebiet, 90er Jahre, Neubaugebiet, größere Wohnblocks								
Reines Wohngebiet, 90er Jahre, kein Neubaugebiet, Ein-/Zweifamilienhäuser								
Reines Wohngebiet, 90er Jahre, kein Neubaugebiet, kleinere Mehrfamilienhäuser								
Reines Wohngebiet, 90er Jahre, kein Neubaugebiet, größere Wohnblocks								
Reines Wohngebiet, o. A. Baualter, Ein-/Zweifamilienhäuser								
Reines Wohngebiet, o. A. Baualter, kleinere Mehrfamilienhäuser								
Reines Wohngebiet, o. A. Baualter, größere Wohnblocks								
Gebiet mit Geschäften/Betrieben, Geschäftszentrum								
Gebiet mit Geschäften/Betrieben, Gewerbegebiet								
Gebiet mit Geschäften/Betrieben, dörfliches Gebiet								
Gebiet mit Geschäften/Betrieben, Mischgebiet								
Ausländer in der Nachbarschaft	ja	46	49	49	54	68	52	54
	nein	54	51	51	46	32	48	46

1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
8	12	12	9	8	9	9	9
18	18	11	13	13	14	15	13
37	34	37	39	34	41	35	37
19	17	17	20	20	16	17	18
17	20	23	20	25	20	24	23
			9	8	9	9	9
			13	13	14	15	13
			39	34	41	35	37
			20	20	16	17	18
			9	13	10	10	10
			6	7	5	6	5
			5	5	5	8	8
79	82	79	78	80	73	78	78
19	15	19	20	18	25	20	20
1	2	2	2	2	2	2	2
0	0	0			0		0
5	4	4	5	4	5	5	4
22	18	19	15	17	17	17	17
21	22	21	21	23	20	20	21
15	16	16	16	15	15	17	16
37	39	40	42	41	43	42	42
8	8	5	5	7	8	7	6
10	6	7	7	8	8	7	6
13	11	9	11	12	11	11	12
13	12	9	12	14	12	12	12
12	10	11	11	10	11	10	10
9	8	7	9	7	8	9	9
8	9	12	9	7	9	7	8
6	7	5	5	5	5	6	7
22	29	35	31	32	29	31	31
31	31	28	27	29	30	31	28
16	19	18	18	15	16	16	17
21	22	23	19	19	18	18	17
14	13	15	16	15	13	13	13
17	15	17	20	22	23	23	25
20	30	29	43	42	44		48
36	32	26	37	43	39		37
30	18	24	15	11	14		12
1	0	0	2	2	1		1
0	0	0	1	0	0		0
3	5	4	1	1	1		1
8	13	16	2	1	1		1
1	1	0					
						8	
						3	
						2	
						20	
						5	
						6	
						15	
						5	
						5	
						7	
						1	
						1	
						1	
						0	
						0	
						0	
						1	
						1	
						1	
						1	
						2	
						14	
62	70	55	40	79	75	73	81
38	30	45	60	21	25	27	19

Grunddaten – Ost
(Angaben in % der Befragten)

Ost		1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Alter	18–29 Jahre	25	23	19	15	14	15	18
	30–44 Jahre	31	30	29	31	28	29	27
	45–59 Jahre	25	26	27	27	27	27	27
	60 Jahre u. älter	20	21	26	28	32	30	28
Geschlecht	männlich	47	51	50	46	45	45	47
	weiblich	53	49	50	54	55	55	53
Familienstand	verheiratet	64	65	64	65	65	65	62
	verwitwet	9	9	13	12	13	13	13
	geschieden	9	9	7	8	8	8	8
	ledig	18	17	16	14	15	14	17
Haushaltsgrösse	1 Person	17	20	21	19	21	23	22
	2 Personen	31	36	35	39	41	39	36
	3 Personen	26	24	25	21	20	20	23
	4 u. m. Personen	25	20	19	21	19	19	20
Anzahl Kinder unter 18 Jahren	1 Kind	51	57	56	51	53	54	57
	2 Kinder	41	37	39	37	39	39	36
	3 u. m. Kinder	7	6	5	12	8	7	7
Deutsche Staatsbürgerschaft	ja						99	99
	nein, eine andere						1	1
	die deutsche und eine andere							
Höchster Schulabschluss	Haupt-/Volksschule	26	39	32	32	34	39	32
	Mittlere Reife/POS	55	46	52	46	46	42	48
	Abitur/FHS-Reife	18	14	15	22	19	18	19
	noch Schüler	1	1	1	1	1	0	2
Erwerbstätigkeit	ja	63	57	49	45	42	45	47
	nein	37	43	51	55	58	55	53
Teil-/vollerwerbstätig	vollzeiterwerbstätig	84	89	88	86	87	89	87
	teilzeiterwerbstätig	12	8	9	11	11	10	11
	stundenweise erw.	4	3	3	2	2	1	1
Gemeindegrösse	bis 1 999 Ew.	19	23	24	23	22	19	23
	2 000–4 999 Ew.	11	10	11	11	11	13	11
	5 000–19 999 Ew.	16	16	15	15	16	17	14
	20 000–49 999 Ew.	19	16	15	15	17	16	16
	50 000–99 999 Ew.	8	7	8	6	5	6	7
	100 000–499 999 Ew. ab 500 000 Ew.	14 14	15 14	17 10	18 11	21 8	21 9	21 8
Gemeindetyp	Kernstädte	28	28	27	29	29	30	30
	Ober-/Mittelzentren	33	28	29	26	28	30	30
	sonstige Gemeinden	39	44	44	44	43	40	40
Wohnlage (Kernstädte)	Innenstadt		32	29	22	23	28	23
	Innenstadtrand		46	47	48	50	45	56
	Stadtrand		22	24	29	27	27	22
Wohndauer Ort	bis 5 Jahre	9	7	6	7	7	8	8
	5–10 Jahre	9	5	7	8	5	5	5
	10–20 Jahre	16	14	13	16	13	14	13
	20–30 Jahre	22	24	20	16	17	16	19
	30 u. m. Jahre	44	51	53	53	58	57	54
Wohnstatus	Miete	77	77	70	66	63	62	69
	Untermiete	1	2	1	1	1	1	0
	eigenes Haus	22	20	28	31	34	35	30
	Eigentumswohnung		1	1	2	2	3	1
Haustyp	landw. Gebäude	2	2	3	4	3	2	2
	freisteh. Haus	18	20	22	25	26	27	22
	Reihenhaus	10	8	9	9	11	10	10
	Haus m. 3–4 Wohn.	12	10	11	10	9	9	12
	Haus m. 5–8 Wohn.	23	18	27	23	25	18	24
	Haus m. 9 u. m. Wohn.	29	33	22	24	22	27	24
	Hochhaus	6	9	5	4	4	5	5
	sonst. Gebäude	1	1	0	0	0	1	0

1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
13	12	12	12	10	11	11	15
27	27	31	30	29	28	28	29
26	27	26	25	27	25	27	27
33	35	31	33	34	36	34	29
44	43	42	42	41	38	38	42
56	57	58	58	59	62	62	58
60	66	64		56	56	54	52
14	12	10		13	13	13	10
10	7	7		11	10	12	12
16	15	19		21	21	21	26
24	22	20	26	26	26	26	25
42	42	36	37	37	39	39	37
19	21	21	19	19	19	19	19
16	15	23	19	18	16	16	18
56	59			58	58	59	60
37	34			35	34	33	33
8	7			7	8	9	7
99		99	99	100	100	99	99
1		0	1	0	0	1	1
		0					0
33	36	26	32	27	31	27	19
48	44	47	44	47	45	47	49
18	19	27	23	25	24	25	31
1	0	0	1	1	1	1	1
40	38	55	47	47	45	46	51
60	62	45	53	53	55	54	49
81	87					80	79
14	11					17	18
5	2					2	3
20		28	14	14	15	15	14
14		19	13	13	14	15	15
19		14	20	21	20	23	22
16		12	19	18	17	15	16
7		4	6	6	7	6	5
17		15	19	18	18	17	19
9		7	10	10	9	9	10
25	30	22	28	28	27	26	29
32	35	26	36	36	36	32	31
43	35	52	36	36	37	42	41
21	28	30	29	28	27	25	29
52	55	30	28	27	27	30	28
27	17	40	43	45	46	45	43
8	10	11	11	9	9	9	13
6	6	9	7	10	10	12	10
13	10	14	13	15	13	14	14
15	17	15	15	15	15	14	14
57	57	51	54	51	54	52	49
60	57	54	60	55	58	54	55
1	0	1	1	1	1	4	2
37	36	38	35	40	39	38	40
2	6	6	3	4	2	4	4
3	1		1	1	1	1	2
28	28		30	33	33	34	32
11	12		10	10	10	10	11
7	9		5	6	9	7	8
22	20		17	16	18	18	17
24	24		30	29	26	24	25
4	5		5	4	3	4	4
0			1	1	1	1	1

Grunddaten – Ost (Forts.)
(Angaben in % der Befragten)

Ost		1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	
Gebäudealter	vor 1919		18	20	24	29	22	14	
	1919–1948		24	29	23	23	25	25	
	1949–1971		28	25	22	24	21	25	
	1972–1980		14	17	16	12	17	20	
	nach 1980		16	10	14	12	15	16	
Gebäudezustand	guter Zustand		33	32	37	37	41	47	
	teilw. renovierungsbedürftig		54	55	49	45	44	41	
	ganz renovierungsbedürftig		12	12	14	17	14	12	
	abbruchreif		1	1	1	1	1	0	
	vor 1919								
	1919–1948								
Wohnfläche pro Kopf	bis 20 m ²	25	17	17	17	14	14	15	
	20–30 m ²	34	34	32	29	30	28	32	
	30–40 m ²	21	26	21	25	22	24	20	
	40–50 m ²	9	12	12	11	13	15	14	
	50 u. m. m ²	11	12	17	18	20	20	19	
	Wohnungsgröße	bis 50 m ²	20	20	15	12	15	15	13
		50–60 m ²	16	16	18	18	18	17	21
		60–70 m ²	22	17	24	24	21	21	22
70–80 m ²		14	16	13	13	12	13	13	
80–90 m ²		10	10	9	9	10	10	8	
90–100 m ²		6	7	5	6	6	7	8	
100–110 m ²		6	5	5	6	6	7	5	
110–120 m ²		2	2	3	3	3	3	3	
Wohndauer Wohnung	bis 5 Jahre	26	24	17	21	22	20	21	
	5–10 Jahre	19	18	19	17	15	16	13	
	10–20 Jahre	24	24	27	24	22	24	25	
	20–30 Jahre	16	16	16	14	15	16	18	
	30 u. m. Jahre	16	18	22	23	26	24	23	
Quartierstyp	reines Wohngebiet, Altbau	42	23	28	31	30	33	25	
	reines Wohngebiet, Neubau	27	21	23	28	23	17	22	
	Mischgebiet	20	29	15	11	16	13	22	
	Geschäftszentrum	1	1	1	0	1	0	1	
	Gewerbe-/Industriegeb.	0	0	0	1	0	9	1	
	Großsiedlung	8	8	8	8	8	7	10	
	dörfliches Gebiet		12	22	21	21	19	19	
	sonstiges	3	7	1	1	2	2	2	
	Reines Wohngebiet, Vorkriegszeit, Ein-/Zweifamilienhäuser								
	Reines Wohngebiet, Vorkriegszeit, kleinere Mehrfamilienhäuser								
Reines Wohngebiet, Vorkriegszeit, größere Wohnblocks									
Reines Wohngebiet, 50er/60er Jahre, Ein-/Zweifamilienhäuser									
Reines Wohngebiet, 50er/60er Jahre, kleinere Mehrfamilienhäuser									
Reines Wohngebiet, 50er/60er Jahre, größere Wohnblocks									
Reines Wohngebiet, 70er/80er Jahre, Ein-/Zweifamilienhäuser									
Reines Wohngebiet, 70er/80er Jahre, kleinere Mehrfamilienhäuser									
Reines Wohngebiet, 70er/80er Jahre, größere Wohnblocks									
Reines Wohngebiet, 90er Jahre, Neubaugebiet, Ein-/Zweifamilienhäuser									
Reines Wohngebiet, 90er Jahre, Neubaugebiet, kleinere Mehrfamilienhäuser									
Reines Wohngebiet, 90er Jahre, Neubaugebiet, größere Wohnblocks									
Reines Wohngebiet, 90er Jahre, kein Neubaugebiet, Ein-/Zweifamilienhäuser									
Reines Wohngebiet, 90er Jahre, kein Neubaugebiet, kleinere Mehrfamilienhäuser									
Reines Wohngebiet, 90er Jahre, kein Neubaugebiet, größere Wohnblocks									
Reines Wohngebiet, o. A. Baualter, Ein-/Zweifamilienhäuser									
Reines Wohngebiet, o. A. Baualter, kleinere Mehrfamilienhäuser									
Reines Wohngebiet, o. A. Baualter, größere Wohnblocks									
Gebiet mit Geschäften/Betrieben, Geschäftszentrum									
Gebiet mit Geschäften/Betrieben, Gewerbegebiet									
Gebiet mit Geschäften/Betrieben, dörfliches Gebiet									
Gebiet mit Geschäften/Betrieben, Mischgebiet									
Ausländer in der Nachbarschaft	ja	11	18	16	14	21	16	22	
	nein	89	82	84	86	79	84	78	

1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
23	20	22	20	20	20	21	20
23	26	22	21	19	20	20	21
22	25	19	20	21	22	19	19
16	15	14	15	13	14	13	12
16	14	23	24	26	24	27	27
			20	20	20	21	20
			21	19	20	20	21
			20	21	22	19	19
			15	13	14	13	12
			13	12	10	12	9
			5	6	5	6	6
			6	7	9	10	12
59	67	75	75	75	75	77	77
30	19	20	19	20	20	20	19
11	13	5	6	4	4	3	3
1	1	0	0	0	0	0	0
10	9	8	7	7	7	5	6
27	25	25	27	24	23	22	21
26	23	24	26	24	26	24	27
14	18	15	13	17	16	16	15
24	25	29	26	29	28	32	31
13	10	9	12	11	11	10	10
16	13	13	16	15	15	15	14
20	21	16	20	17	19	17	17
14	13	11	11	12	11	12	10
9	10	9	9	8	9	8	9
6	8	6	6	6	6	6	5
7	8	11	8	8	9	8	8
5	5	4	4	4	4	5	5
10	11	22	14	19	17	20	21
25	31	27	31	27	29	27	31
14	13	16	16	19	18	22	21
21	22	22	19	19	19	19	18
14	17	15	14	14	13	12	13
26	18	20	20	20	21	20	18
32	33	39	48	49	53		53
25	20	20	21	21	19		20
15	20	19	13	13	12		13
1	0	0	2	1	2		1
1	1	0	1	1	0		0
7	8	4	13	12	10		10
18	17	17	2	2	3		2
2	1	0					
						23	
						10	
						3	
						7	
						3	
						6	
						6	
						1	
						13	
						4	
						1	
						1	
						2	
						0	
						0	
						1	
						0	
						1	
						2	
						0	
						2	
						13	
19	35	26	39	52	35	38	48
81	65	74	61	48	65	62	52

Grunddaten – Deutschland
(Angaben in % der Befragten)

Deutschland		1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Alter	18–29 Jahre	25	21	22	19	19	18	18
	30–44 Jahre	27	29	27	30	29	30	29
	45–59 Jahre	22	23	25	22	23	25	24
	60 Jahre u. älter	25	26	26	28	29	27	29
Geschlecht	männlich	46	49	48	44	45	44	46
	weiblich	54	51	52	56	55	56	54
Familienstand	verheiratet	59	60	58	60	60	61	58
	verwitwet	12	13	13	14	13	12	14
	geschieden	7	7	6	5	6	7	7
	ledig	23	21	23	22	21	20	21
Haushaltsgrösse	1 Person	24	27	27	27	26	25	28
	2 Personen	34	36	36	36	37	37	36
	3 Personen	20	19	20	17	19	18	17
	4 u. m. Personen	22	19	16	19	18	19	20
Anzahl Kinder unter 18 Jahren	1 Kind	54	50	56	48	51	50	46
	2 Kinder	38	39	38	40	40	38	41
	3 u. m. Kinder	8	11	6	12	10	12	13
Deutsche Staatsbürgerschaft	ja						94	96
	nein, eine andere						6	4
	die deutsche und eine andere							
Höchster Schulabschluss	Haupt-/Volksschule	47	52	46	49	48	50	48
	Mittlere Reife/POS	30	29	33	30	31	30	34
	Abitur/FHS-Reife	21	18	20	20	19	18	17
	noch Schüler	2	1	1	1	2	2	1
Erwerbstätigkeit	ja	50	54	54	47	45	49	46
	nein	50	46	46	53	55	51	54
Teil-/vollerwerbstätig	vollzeiterwerbstätig	82	86	84	81	81	79	81
	teilzeiterwerbstätig	11	9	11	16	13	15	15
	stundenweise erw.	6	4	4	3	6	5	4
Gemeindegrösse	bis 1 999 Ew.	7	8	8	9	8	8	8
	2 000–4 999 Ew.	9	8	8	8	9	8	8
	5 000–19 999 Ew.	22	21	24	26	25	21	19
	20 000–49 999 Ew.	17	17	15	15	14	16	17
	50 000–99 999 Ew.	9	8	8	6	8	10	10
	100 000–499 999 Ew. ab 500 000 Ew.	18 17	19 19	20 16	17 18	19 17	19 18	17 20
Gemeindetyp	Kernstädte	35	36	35	34	36	36	37
	Ober-/Mittelzentren	36	33	33	32	32	35	33
	sonstige Gemeinden	30	31	32	34	32	29	30
Wohnlage (Kernstädte)	Innenstadt		21	27	20	25	21	16
	Innenstadtrand		51	53	52	49	49	57
	Stadtrand		28	21	28	25	30	26
Wohndauer Ort	bis 5 Jahre	15	11	10	13	13	12	11
	5–10 Jahre	9	7	8	8	7	8	10
	10–20 Jahre	16	14	16	14	14	15	13
	20–30 Jahre	19	19	19	17	19	16	17
	30 u. m. Jahre	42	49	47	48	47	48	48
Wohnstatus	Miete	61	63	62	55	54	54	60
	Untermiete	2	2	2	1	2	1	1
	eigenes Haus	34	32	29	37	38	37	35
	Eigentumswohnung	3	3	6	7	6	7	5
Haustyp	landw. Gebäude	2	2	2	3	2	2	2
	freisteh. Haus	26	25	23	28	28	28	27
	Reihenhaus	15	14	16	14	15	15	13
	Haus m. 3–4 Wohn.	13	14	17	14	13	13	16
	Haus m. 5–8 Wohn.	21	22	25	24	25	21	22
	Haus m. 9 u. m. Wohn.	19	18	14	14	14	17	16
	Hochhaus sonst. Gebäude	4 0	4 0	3 1	3 0	3 1	3 1	4 0

1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
19	16	14	13	13	14	15	14
31	32	35	32	31	27	28	27
22	23	23	25	24	24	22	23
28	30	28	30	33	36	35	36
44	45	45	46	46	46	45	43
56	55	55	54	54	54	55	57
57	62	63		60	58	59	59
12	11	9		12	12	12	12
8	5	6		9	8	9	9
23	22	22		19	21	20	21
26	25	21	27	27	27	25	25
38	38	33	36	37	39	41	40
17	17	18	17	16	15	15	16
19	19	27	20	20	19	19	20
47	45			47	46	47	47
39	45			40	40	41	41
13	10			13	15	12	13
97		96	99	97	99	98	98
3		3	1	3	1	2	1
		1					1
49	39	34	43	46	48	46	45
31	34	36	31	32	31	32	33
19	27	29	25	21	20	21	22
1	0	0	1	1	1	1	1
48	48	57	52	49	43	43	44
52	52	43	48	51	57	57	56
76	82					72	69
16	16					22	25
7	2					6	6
7		10	5	6	6	6	5
9		13	8	9	9	9	7
22		29	24	22	24	23	27
19		16	19	18	19	20	22
9		5	9	11	11	8	8
18		14	19	17	16	19	17
16		13	16	17	16	15	15
31	43	26	34	33	30	33	32
35	32	30	36	37	41	39	35
34	26	45	30	30	29	29	33
17	23	27	21	20	22	16	16
60	52	32	36	43	38	39	38
23	25	40	43	38	40	45	46
15	15	12	12	18	13	14	13
10	11	12	9	14	10	12	10
13	13	17	13	20	13	14	13
16	15	18	15	15	14	14	14
46	47	41	51	33	50	47	50
57	48	48	48	53	52	50	50
1	1	1	1	1	1	2	1
38	46	40	44	40	43	42	42
4	5	11	7	6	5	5	6
1	1		1	1	0	1	1
29	28		37	34	35	37	35
15	25		15	14	14	15	16
15	11		10	11	12	10	9
21	20		18	18	20	20	19
15	13		15	19	16	14	16
3	2		2	2	2	2	3
0	0		1	1	1	1	1

Grunddaten – Deutschland (Forts.)
(Angaben in % der Befragten)

Deutschland		1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Gebäudealter	vor 1919		12	10	13	12	13	10
	1919–1948		20	21	17	17	18	20
	1949–1971		43	42	41	42	39	39
	1972–1980		16	21	17	18	17	20
	nach 1980		10	6	12	11	13	12
	vor 1919							
	1919–1948							
	1949–1971							
	1972–1980							
	1981–1990							
1991–1995								
1996 und später								
Gebäudezustand	guter Zustand		66	65	67	66	66	66
	teilw. renovierungsbedürftig		30	31	28	27	29	30
	ganz renovierungsbedürftig		4	4	5	6	6	4
	abbruchreif		0	0	0	0	0	0
Wohnfläche pro Kopf	bis 20 m ²	9	8	7	8	8	8	9
	20–30 m ²	24	24	23	21	22	22	22
	30–40 m ²	24	25	24	24	21	22	21
	40–50 m ²	14	16	16	15	18	17	16
	50 u. m. m ²	28	28	29	31	31	31	32
Wohnungsgröße	bis 50 m ²	11	11	11	10	10	10	11
	50–60 m ²	10	11	11	12	10	11	11
	60–70 m ²	14	15	15	17	14	14	16
	70–80 m ²	15	15	15	12	12	13	14
	80–90 m ²	12	11	13	12	13	12	11
	90–100 m ²	8	9	10	8	9	9	8
	100–110 m ²	8	6	7	7	8	8	7
	110–120 m ²	5	4	4	5	5	5	5
120 u. m. m ²	18	17	15	18	18	18	16	
Wohndauer Wohnung	bis 5 Jahre	29	26	22	25	26	23	24
	5–10 Jahre	17	18	21	17	16	19	17
	10–20 Jahre	22	24	26	22	22	23	23
	20–30 Jahre	16	15	15	17	16	15	15
	30 u. m. Jahre	16	17	16	20	20	20	21
Quartierstyp	reines Wohngebiet, Altbau	29	12	20	21	22	27	23
	reines Wohngebiet, Neubau	37	21	40	41	40	23	35
	Mischgebiet	26	41	21	21	22	20	25
	Geschäftszentrum	1	1	3	1	1	2	1
	Gewerbe-/Industriegeb.	0	1	1	0	0	14	1
	Großsiedlung	3	3	3	3	2	4	4
	dörfliches Gebiet		6	12	12	12	10	11
	sonstiges	2	15	0	0	1	1	1
	Reines Wohngebiet, Vorkriegszeit, Ein-/Zweifamilienhäuser							
	Reines Wohngebiet, Vorkriegszeit, kleinere Mehrfamilienhäuser							
Reines Wohngebiet, Vorkriegszeit, größere Wohnblocks								
Reines Wohngebiet, 50er/60er Jahre, Ein-/Zweifamilienhäuser								
Reines Wohngebiet, 50er/60er Jahre, kleinere Mehrfamilienhäuser								
Reines Wohngebiet, 50er/60er Jahre, größere Wohnblocks								
Reines Wohngebiet, 70er/80er Jahre, Ein-/Zweifamilienhäuser								
Reines Wohngebiet, 70er/80er Jahre, kleinere Mehrfamilienhäuser								
Reines Wohngebiet, 70er/80er Jahre, größere Wohnblocks								
Reines Wohngebiet, 90er Jahre, Neubaugebiet, Ein-/Zweifamilienhäuser								
Reines Wohngebiet, 90er Jahre, Neubaugebiet, kleinere Mehrfamilienhäuser								
Reines Wohngebiet, 90er Jahre, Neubaugebiet, größere Wohnblocks								
Reines Wohngebiet, 90er Jahre, kein Neubaugebiet, Ein-/Zweifamilienhäuser								
Reines Wohngebiet, 90er Jahre, kein Neubaugebiet, kleinere Mehrfamilienhäuser								
Reines Wohngebiet, 90er Jahre, kein Neubaugebiet, größere Wohnblocks								
Reines Wohngebiet, o. A. Baualter, Ein-/Zweifamilienhäuser								
Reines Wohngebiet, o. A. Baualter, kleinere Mehrfamilienhäuser								
Reines Wohngebiet, o. A. Baualter, größere Wohnblocks								
Gebiet mit Geschäften/Betrieben, Geschäftszentrum								
Gebiet mit Geschäften/Betrieben, Gewerbegebiet								
Gebiet mit Geschäften/Betrieben, dörfliches Gebiet								
Gebiet mit Geschäften/Betrieben, Mischgebiet								
Ausländer in der Nachbarschaft	ja	39	43	42	46	59	45	48
	nein	61	57	58	54	41	55	52

1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
11	11	14	11	10	10	11	11
19	20	13	14	14	15	15	15
34	33	33	35	32	38	33	33
18	17	17	19	19	16	16	17
17	19	23	21	25	21	25	24
			11	10	10	11	11
			14	14	15	15	15
			35	32	38	33	33
			19	19	16	16	17
			10	13	10	10	10
			6	6	5	6	5
			5	6	6	8	9
76	81	78	77	79	74	78	78
21	15	19	20	19	24	20	19
3	4	3	3	2	2	2	2
0	0	0	0	0	0	0	0
6	5	5	5	5	6	5	4
22	19	20	17	18	18	18	17
22	22	22	22	23	21	21	22
15	16	16	16	15	15	17	16
34	38	38	41	39	40	40	41
9	9	6	6	7	8	7	7
11	7	8	8	9	9	8	7
14	12	10	12	13	13	12	13
13	12	10	11	14	12	12	12
11	9	10	11	10	11	10	10
8	8	7	8	7	8	9	8
8	8	11	9	7	9	7	8
6	6	5	5	5	4	6	6
20	28	32	30	30	26	29	29
30	31	27	28	28	30	30	28
16	17	17	17	16	16	17	18
21	22	23	19	19	18	18	17
14	14	15	16	15	13	13	13
19	17	17	20	22	23	22	24
23	30	31	44	44	46		49
35	33	25	35	39	35		34
27	16	23	14	11	13		12
1	0	0	2	2	1		1
1	0	0	1	0	0		0
3	6	4	2	3	2		2
10	14	16	2	1	1		1
1	1	0					
						11	
						4	
						2	
						18	
						5	
						6	
						13	
						5	
						7	
						6	
						1	
						1	
						1	
						0	
						0	
						1	
						0	
						1	
						1	
						2	
						14	
53	62	50	40	74	67	67	75
47	38	50	60	26	33	33	25

Pro-Kopf-Wohnfläche
(Angaben in m²/Person)

West		1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
gesamt		43	44	44	44	45	44	45
<i>n</i>		2025	2018	2062	1991	2082	2128	1937
Haushaltsgröße	1 Person	63	62	63	62	64	63	63
	2 Personen	43	43	43	44	45	46	45
	3 Personen	34	32	32	33	33	33	32
	4 und mehr Personen	27	27	26	27	26	26	25
Wohnstatus	Mieter	40	40	40	39	39	38	40
	Eigentümer	49	50	51	50	51	51	52
Gemeindetyp	Kernstädte	42	43	42	43	43	42	42
	Ober-/Mittelzentren	44	43	45	45	44	44	45
	sonstige Gemeinden	44	45	45	45	48	47	48
Haustyp	Ein-/Zweifamilienhäuser	47	47	49	47	50	49	50
	Häuser mit 3-4 Wohnungen	41	44	44	44	41	42	44
	Häuser mit 5-8 Wohnungen	41	41	40	42	40	39	39
	Häuser mit 9 u. m. Wohnungen	38	38	37	40	40	38	39

Ost		1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
gesamt		29	32	34	34	36	37	35
<i>n</i>		1981	2188	1947	2118	2117	2112	2071
Haushaltsgröße	1 Person	50	49	54	56	57	59	55
	2 Personen	32	34	36	36	37	36	36
	3 Personen	23	26	25	26	27	27	26
	4 und mehr Personen	19	22	21	20	21	21	21
Wohnstatus	Mieter	28	30	30	31	32	32	31
	Eigentümer	33	40	44	41	44	44	43
Gemeindetyp	Kernstädte	30	32	34	33	33	35	33
	Ober-/Mittelzentren	29	32	32	34	35	35	32
	sonstige Gemeinden	30	32	36	36	39	39	38
Haustyp	Ein-/Zweifamilienhäuser	32	37	41	40	43	43	42
	Häuser mit 3-4 Wohnungen	31	30	32	34	35	37	34
	Häuser mit 5-8 Wohnungen	29	30	31	31	32	34	31
	Häuser mit 9 u. m. Wohnungen	28	31	30	29	30	31	30

Deutschland		1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
gesamt		41	41	42	42	43	43	43
<i>n</i>		4006	4206	4009	4109	4199	4240	4008
Haushaltsgröße	1 Person	62	60	62	61	63	63	62
	2 Personen	41	41	42	42	43	44	44
	3 Personen	31	30	31	31	32	32	30
	4 und mehr Personen	25	26	25	26	25	25	24
Wohnstatus	Mieter	37	37	39	37	38	37	38
	Eigentümer	47	49	49	49	50	50	51
Gemeindetyp	Kernstädte	40	41	41	41	41	41	41
	Ober-/Mittelzentren	41	41	43	43	42	43	42
	sonstige Gemeinden	40	41	43	42	46	45	45
Haustyp	Ein-/Zweifamilienhäuser	45	46	48	46	49	48	49
	Häuser mit 3-4 Wohnungen	39	42	43	42	40	41	42
	Häuser mit 5-8 Wohnungen	38	39	38	40	38	38	38
	Häuser mit 9 u. m. Wohnungen	35	35	35	36	37	36	36

1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
45	48	50	51	49	49	50	50
2118	1468	2278	3537	1861	1868	1888	1904
64	68	78	75	70	70	74	73
47	50	53	50	50	50	50	51
33	35	39	37	37	36	36	35
27	27	30	29	29	28	28	29
40	41	44	43	41	41	42	42
53	54	56	58	58	58	58	58
44	45	47	47	46	47	46	45
45	48	50	52	51	48	52	51
47	54	51	53	50	53	51	53
50	53		56	56	57	57	57
43	42		48	47	43	46	47
42	42		43	43	41	41	41
39	40		42	37	39	39	41

1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
39	39	42	40	42	41	44	43
2139	945	2420	2011	1929	1920	2032	2007
58	59	64	58	61	60	67	61
38	39	43	38	42	40	42	43
29	30	34	30	32	31	34	34
22	23	28	25	27	26	27	29
34	36	37	36	38	37	39	38
46	43	49	45	48	47	52	50
35	36	40	38	39	40	41	43
36	40	38	38	41	40	43	41
42	41	44	42	45	43	48	45
45	43		44	49	47	51	48
37	39		38	40	39	40	43
34	36		37	38	38	40	39
33	36		35	37	36	37	37

1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
44	47	49	49	48	48	49	49
4257	2413	4698	5548	3790	3788	3920	3911
63	67	76	74	69	68	73	71
45	48	51	49	48	48	49	50
32	35	38	36	36	35	36	34
26	27	30	29	29	27	28	29
38	40	42	42	40	40	41	41
52	53	55	57	56	56	57	57
43	44	46	46	45	46	46	45
44	47	50	51	49	47	51	50
46	51	50	51	49	51	50	51
49	52		55	55	55	56	55
42	42		47	47	43	46	46
40	42		42	43	40	41	40
37	37		41	37	38	39	40

Beurteilung der Wohnungsgröße
(Angaben in % der Befragten)

West			1990	1991	1992	1993	1994	1995
reicht aus			76	74	75	79	77	76
könnte größer sein			18	19	17	15	15	15
eigentlich zu groß			6	7	8	6	8	8
<i>n</i>			2041	2029	2054	1992	2063	2113
reicht aus	Haushaltsgröße	1 Person	75	75	74	79	75	76
		2 Personen	81	77	78	82	81	80
3 Personen		75	68	76	77	77	76	
4 und mehr Personen		73	74	71	74	74	70	
Wohnstatus	Mieter	71	70	74	74	75	74	
	Eigentümer	84	82	77	84	80	79	
Gemeindetyp	Kernstädte	74	73	74	76	77	76	
	Ober-/Mittelzentren	77	76	76	80	78	79	
	sonstige Gemeinden	79	75	76	80	77	74	
Haustyp	Ein-/Zweifamilienhäuser	83	79	79	83	79	79	
	Häuser mit 3-4 Wohnungen	76	74	73	80	69	73	
	Häuser mit 5-8 Wohnungen	71	74	72	80	78	74	
	Häuser mit 9 u. m. Wohnungen	68	65	73	68	78	78	

Ost			1990	1991	1992	1993	1994	1995
reicht aus			68	71	72	75	74	77
könnte größer sein			29	23	20	18	18	16
eigentlich zu groß			3	5	8	7	8	7
<i>n</i>			1973	2178	1950	2083	2097	2064
reicht aus	Haushaltsgröße	1 Person	73	72	80	76	78	81
		2 Personen	75	76	78	83	80	82
3 Personen		62	69	68	73	68	75	
4 und mehr Personen		61	64	58	60	63	65	
Wohnstatus	Mieter	63	67	69	70	71	74	
	Eigentümer	83	87	79	84	80	84	
Gemeindetyp	Kernstädte	60	67	70	71	71	75	
	Ober-/Mittelzentren	66	71	70	73	72	76	
	sonstige Gemeinden	74	74	74	78	78	81	
Haustyp	Ein-/Zweifamilienhäuser	78	80	77	83	78	82	
	Häuser mit 3-4 Wohnungen	72	71	75	73	76	74	
	Häuser mit 5-8 Wohnungen	63	70	69	70	71	76	
	Häuser mit 9 u. m. Wohnungen	59	67	66	69	70	74	

Deutschland			1990	1991	1992	1993	1994	1995
reicht aus			75	74	74	78	77	77
könnte größer sein			20	20	17	16	15	15
eigentlich zu groß			5	7	8	6	8	8
<i>n</i>			4014	4207	4004	4075	4160	4177
reicht aus	Haushaltsgröße	1 Person	74	74	75	78	76	77
		2 Personen	80	77	77	82	81	80
3 Personen		71	68	74	76	75	76	
4 und mehr Personen		70	72	68	71	72	70	
Wohnstatus	Mieter	69	69	73	73	74	74	
	Eigentümer	84	83	77	84	80	80	
Gemeindetyp	Kernstädte	72	72	74	76	76	75	
	Ober-/Mittelzentren	75	75	75	79	77	79	
	sonstige Gemeinden	77	74	75	80	77	76	
Haustyp	Ein-/Zweifamilienhäuser	82	79	78	83	79	79	
	Häuser mit 3-4 Wohnungen	74	73	73	79	70	74	
	Häuser mit 5-8 Wohnungen	70	73	71	78	76	74	
	Häuser mit 9 u. m. Wohnungen	66	66	71	69	77	77	

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
76 16 8	74 18 8	77 17 6	79 14 6	77 14 9	77 13 10	74 16 10	75 15 11	75 15 11
1933	2135	1442	2379	2023	1912	1908	1930	1949
77 81 77 64	77 78 70 68	70 81 81 76	81 82 79 75	76 82 74 72	75 78 78 76	76 78 70 64	78 74 79 69	74 79 75 67
76 76	71 79	69 85	75 83	75 78	75 78	73 74	72 78	72 77
75 74 80	72 75 76	74 80 80	76 79 81	76 79 76	76 76 79	74 72 75	70 76 79	73 76 75
77 80 76 72	76 76 73 66	85 72 70 64		78 77 81 69	78 81 75 73	75 77 73 67	78 73 73 66	77 77 75 68

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
76 16 8	78 14 8	83 11 6	83 12 5	77 15 8	79 12 9	80 12 7	76 14 11	77 14 9
2047	2150	945	2545	2078	1999	1985	2075	2033
79 78 76 69	77 82 77 70	85 86 81 76	85 87 79 78	81 79 71 75	79 81 78 73	81 83 78 75	74 79 76 70	80 76 77 77
74 80	77 80	81 85	79 87	75 80	77 81	79 81	75 76	76 80
74 76 77	75 77 80	84 82 83	76 82 85	76 78 77	78 77 81	80 80 81	75 78 74	75 79 78
82 77 76 70	80 82 76 75	84 86 84 79		80 76 79 74	82 78 72 77	81 79 80 79	77 78 75 73	79 80 76 74

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
76 16 8	75 17 8	78 16 6	80 14 6	77 14 9	77 13 10	75 16 10	75 14 11	75 14 10
3980	4285	2387	4924	4101	3911	3893	4005	3982
78 80 77 65	78 79 72 68	71 82 82 76	81 83 79 76	76 81 73 72	75 78 78 76	76 79 72 66	77 75 79 70	75 78 75 70
75 77	73 79	71 85	76 84	75 78	75 78	74 75	72 78	73 77
75 74 79	73 76 77	75 80 81	76 80 82	76 78 76	76 76 79	75 73 77	71 77 78	73 77 76
78 80 76 71	77 77 75 69	84 74 72 67		78 76 81 70	79 80 75 74	76 77 74 70	78 74 73 68	77 78 75 70

Komplettausstattung (Heizung, Warmwasser, Bad/Dusche, WC)*
(Angaben in % der Befragten)

West			1990	1991	1992	1993	1994	1995
ja, komplett ausgestattet			85	89	90	89	90	90
nein, nicht komplett ausgestattet			15	11	10	11	10	10
<i>n</i>			2051	2030	2065	2024	2100	2140
ja, komplett ausgestattet	Wohnstatus	Mieter	84	89	89	87	87	86
		Eigentümer	86	90	92	91	94	94
Gemeindetyp	Kernstädte		88	92	91	90	88	91
		Ober-/Mittelzentren	86	86	91	87	91	91
		sonstige Gemeinden	78	89	88	90	93	85
Haustyp	Ein-/Zweifamilienhäuser		84	91	91	91	94	93
		Häuser mit 3-4 Wohnungen	83	90	92	89	89	90
		Häuser mit 5-8 Wohnungen	88	88	89	82	87	83
		Häuser mit 9 u. m. Wohnungen	87	91	89	93	89	92
Baujahr Gebäude	bis 1948			76	78	77	80	82
		1949 bis 1980		95	94	93	93	91
		ab 1981		99	97	97	98	99
		darunter 1981 bis 1990				97	97	99
		ab 1991				100	100	100

Ost			1990	1991	1992	1993	1994	1995
ja, komplett ausgestattet			49	55	53	59	61	70
nein, nicht komplett ausgestattet			51	45	47	41	39	30
<i>n</i>			1992	2198	1967	2142	2129	2127
ja, komplett ausgestattet	Wohnstatus	Mieter	46	52	49	56	56	65
		Eigentümer	57	63	63	65	70	79
Gemeindetyp	Kernstädte		54	66	61	65	67	72
		Ober-/Mittelzentren	49	47	55	65	64	71
		sonstige Gemeinden	44	52	48	51	56	67
Haustyp	Ein-/Zweifamilienhäuser		52	55	56	65	67	75
		Häuser mit 3-4 Wohnungen	27	25	25	31	34	56
		Häuser mit 5-8 Wohnungen	28	35	42	45	50	56
		Häuser mit 9 u. m. Wohnungen	67	70	74	77	75	77
Baujahr Gebäude	bis 1948			28	35	43	48	55
		1949 bis 1980		67	68	68	70	80
		ab 1981		90	86	87	93	92
		darunter 1981 bis 1990				86	92	93
		ab 1991				100	100	92

Deutschland			1990	1991	1992	1993	1994	1995
ja, komplett ausgestattet			77	82	83	83	85	86
nein, nicht komplett ausgestattet			23	18	17	17	15	14
<i>n</i>			4043	4228	4032	4166	4229	4267
ja, komplett ausgestattet	Wohnstatus	Mieter	75	80	80	80	80	81
		Eigentümer	82	87	87	87	91	92
Gemeindetyp	Kernstädte		83	88	86	86	84	88
		Ober-/Mittelzentren	79	80	85	83	86	88
		sonstige Gemeinden	69	79	77	80	84	81
Haustyp	Ein-/Zweifamilienhäuser		79	86	85	87	90	90
		Häuser mit 3-4 Wohnungen	73	81	84	81	82	86
		Häuser mit 5-8 Wohnungen	75	78	78	75	80	79
		Häuser mit 9 u. m. Wohnungen	81	84	84	88	85	87
Baujahr Gebäude	bis 1948			63	64	66	70	74
		1949 bis 1980		91	91	90	90	90
		ab 1981		96	94	95	97	98
		darunter 1981 bis 1990				94	96	97
		ab 1991				100	100	99

* geringfügig geänderte Fragestellung ab 2001 (siehe Anhang Fragebogen)

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
91 9	91 9	93 7	91 9	92 8	99 1	99 1	99 1	99 1
2019	2143	1484	2379	2027	1912	1907	1932	1947
89 95	89 93	91 95	89 93	89 94	99 99	98 99	98 99	98 99
91 93 90	89 92 92	91 93 96	90 91 92	90 94 90	99 98 99	99 98 99	98 99 99	99 99 99
93 91	92 90	95 85		94 93	99 100	99 99	99 98	99 98
89 91	93 88	92 93		90 85	98 99	97 98	99 97	99 99
84 94	84 93	91 93	88 92	87 92	97 99	97 99	97 99	98 99
96 95 97	96 96 97	97 96 98	95 96 95	96 97 95	100 100 100	100 100 100	99 99 100	100 99 100

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
79 21	81 19	76 24	89 11	88 12	97 3	98 2	97 3	98 2
2109	2155	968	2547	2079	1996	1989	2076	2032
78 82	77 86	72 83	86 93	88 90	96 97	98 98	97 98	97 99
83 80 76	82 84 78	76 80 74	90 89 89	90 90 86	97 98 96	98 99 97	98 98 97	97 99 98
82 66 71 90	83 63 74 89	81 75 75 73		88 83 89 91	97 93 96 98	98 97 98 99	97 97 97 98	99 97 96 98
65 85 98 98 98	70 89 95 94 97	74 74 93 92 94	84 92 96 95 96	83 90 95 95 96	93 99 100 99 100	96 99 100 100 100	95 98 99 99 100	96 99 100 100 99

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
89 11	89 11	89 11	91 9	91 9	99 1	98 2	98 2	99 1
4128	4298	2452	4926	4106	3908	3896	4008	3979
87 93	87 92	85 93	88 93	89 94	98 99	98 99	98 99	98 99
90 91 86	88 91 89	87 90 90	90 91 91	90 94 89	99 98 99	99 98 98	98 99 98	99 99 99
91 88 86 91	90 88 89 88	92 83 87 83		93 93 90 87	99 99 98 99	99 99 97 98	99 98 99 97	99 98 98 98
79 93 97 96 97	80 92 96 96 97	85 89 96 95 97	86 92 95 96 95	86 92 96 97 95	96 99 100 100 100	96 99 100 100 100	96 99 99 99 100	98 99 99 99 100

Beurteilung der Wohnungsausstattung
(Angaben in % der Befragten)

West			1990	1991	1992	1993	1994	1995
entspricht den Bedürfnissen			89	87	87	86	89	87
sollte besser ausgestattet sein			11	13	13	14	11	13
<i>n</i>			2043	2024	2054	1961	2079	2133
entspricht den Bedürfnissen	Wohnstatus	Mieter	84	82	83	79	82	79
		Eigentümer	96	96	95	95	97	97
	Gemeindetyp	Kernstädte	86	84	84	80	85	82
		Ober-/Mittelzentren	90	88	89	89	88	90
		sonstige Gemeinden	91	91	90	91	95	92
	Haustyp	Ein-/Zweifamilienhäuser	95	93	92	94	95	95
		Häuser mit 3-4 Wohnungen	89	86	87	85	84	87
		Häuser mit 5-8 Wohnungen	83	85	82	82	84	76
		Häuser mit 9 u. m. Wohnungen	83	77	82	76	82	80
	Baujahr Gebäude	bis 1948		81	83	80	81	82
		1949 bis 1980		89	88	88	91	88
		ab 1981		98	96	95	96	94
		darunter 1981 bis 1990				95	95	92
		ab 1991			93	97	99	

Ost			1990	1991	1992	1993	1994	1995
entspricht den Bedürfnissen			55	59	58	59	65	70
sollte besser ausgestattet sein			45	41	42	41	35	30
<i>n</i>			1989	2173	1962	2063	2113	2115
entspricht den Bedürfnissen	Wohnstatus	Mieter	51	53	48	48	54	58
		Eigentümer	70	83	83	79	87	91
	Gemeindetyp	Kernstädte	49	58	53	49	55	63
		Ober-/Mittelzentren	55	52	56	56	64	69
		sonstige Gemeinden	60	65	63	66	74	77
	Haustyp	Ein-/Zweifamilienhäuser	66	73	75	78	81	86
		Häuser mit 3-4 Wohnungen	49	46	51	49	51	61
		Häuser mit 5-8 Wohnungen	45	49	43	48	54	60
		Häuser mit 9 u. m. Wohnungen	55	59	56	48	56	61
	Baujahr Gebäude	bis 1948		53	56	59	64	68
		1949 bis 1980		63	59	58	65	72
		ab 1981		65	63	60	68	74
		darunter 1981 bis 1990				58	65	72
		ab 1991			100	100	88	

Deutschland			1990	1991	1992	1993	1994	1995
entspricht den Bedürfnissen			82	82	82	81	84	84
sollte besser ausgestattet sein			18	18	18	19	16	16
<i>n</i>			4032	4197	4016	4024	4192	4248
entspricht den Bedürfnissen	Wohnstatus	Mieter	76	75	75	72	76	75
		Eigentümer	93	95	93	93	96	96
	Gemeindetyp	Kernstädte	80	80	79	75	80	79
		Ober-/Mittelzentren	83	82	83	83	84	86
		sonstige Gemeinden	83	84	83	85	90	88
	Haustyp	Ein-/Zweifamilienhäuser	91	91	90	92	93	93
		Häuser mit 3-4 Wohnungen	82	80	82	79	79	84
		Häuser mit 5-8 Wohnungen	74	79	73	75	79	74
		Häuser mit 9 u. m. Wohnungen	75	70	75	68	75	74
	Baujahr Gebäude	bis 1948		74	74	74	75	78
		1949 bis 1980		85	85	84	88	86
		ab 1981		87	86	87	90	89
		darunter 1981 bis 1990				86	88	87
		ab 1991			94	96	97	

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
86 14	89 11	90 10	87 13	89 11	90 10	88 12	88 12	91 9
2010	2126	1460	2375	2024	1910	1907	1930	1949
80 96	83 96	84 97	79 94	82 97	83 97	81 95	80 96	84 97
81 88 92	85 90 92	88 91 94	79 89 90	86 92 91	85 90 95	86 87 92	83 91 89	88 91 93
94 83 82 79	95 85 86 79	95 84 84 85		95 87 84 81	96 90 82 81	95 83 81 79	95 86 78 77	96 87 84 85
82 89 90 90 90	84 90 92 93 91	86 90 96 93 98	83 86 93 94 93	84 89 94 94 95	82 90 96 97 95	84 89 92 93 91	85 88 93 89 96	89 90 95 93 97

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
72 28	76 24	79 21	82 18	82 18	81 19	80 20	85 15	88 12
2100	2127	960	2543	2076	1997	1988	2074	2035
62 93	68 90	68 92	75 91	76 92	74 90	72 91	79 92	84 92
63 70 80	68 73 83	70 77 87	71 76 88	75 82 87	75 79 88	75 79 84	81 86 86	87 87 89
90 71 61 60	87 64 70 70	91 82 70 66		90 81 78 74	90 83 75 72	90 82 73 70	91 79 82 78	91 85 88 82
75 70 68 62 98	76 78 75 69 88	78 76 87 81 96	83 78 86 76 95	83 80 83 74 93	83 76 85 75 94	82 77 83 70 92	85 81 89 82 94	88 84 90 80 95

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
84 16	87 13	87 13	86 14	88 12	88 12	86 14	87 13	90 10
4110	4253	2420	4918	4100	3907	3895	4004	3984
76 95	80 95	78 96	78 93	80 96	81 96	79 95	80 95	84 96
78 85 89	83 87 90	84 87 92	78 88 90	84 90 90	84 88 93	84 86 90	83 90 88	88 90 92
94 82 77 74	93 83 83 76	94 83 80 74		94 86 83 78	95 90 81 78	94 83 80 76	94 85 78 77	95 87 85 84
80 86 84 81 91	82 89 89 88 90	83 87 94 91 97	83 85 92 91 93	84 88 92 89 95	83 89 94 93 95	83 87 90 88 91	85 87 93 88 96	89 89 94 91 96

Bruttowarmmiete
(Angaben in €/m², Mieterhaushalte)

West		1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
gesamt		5,29	5,59	5,93	6,20	6,30	6,44	6,4
<i>n</i>		1048	1132	795	937	964	968	1015
Haushaltsgröße	1 Person	5,41	5,64	6,08	6,35	6,58	6,75	6,77
	2 Personen	5,26	5,60	6,00	6,02	6,25	6,25	6,30
	3 Personen	5,27	5,45	5,64	6,49	6,19	6,13	6,40
	4 und mehr Personen	5,05	5,58	5,70	5,89	5,88	6,31	6,05
Gemeindetyp	Kernstädte	5,69	6,02	6,25	6,43	6,46	6,91	6,78
	Ober-/Mittelzentren	4,91	5,27	5,78	5,93	6,20	6,24	6,31
	Sonstige Gemeinden	4,79	5,04	5,46	6,00	5,93	5,59	5,96
Gemeindegröße	bis 20 000 Einwohner	4,72	4,79	5,33	5,71	5,91	5,45	5,91
	20 000–100 000 Einwohner	5,00	5,80	5,95	6,20	6,26	6,44	6,40
	über 100 000 Einwohner	5,66	5,96	6,27	6,41	6,47	6,92	6,76
Wohnungsgröße	bis 60 m ²	5,67	6,20	6,38	6,96	6,83	7,20	7,02
	über 60 m ²	5,08	5,26	5,67	5,78	6,00	5,97	6,15

Ost		1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
gesamt		2,77	3,41	4,24	4,71	5,25	5,46	5,61
<i>n</i>		1182	1184	789	1159	1082	1203	1099
Haushaltsgröße	1 Person	2,77	3,33	4,23	4,56	5,71	5,43	5,56
	2 Personen	2,66	3,41	4,26	4,96	5,22	5,41	5,67
	3 Personen	2,85	3,55	4,24	4,69	5,04	5,54	5,59
	4 und mehr Personen	2,89	3,35	4,22	4,37	4,85	5,48	5,56
Gemeindetyp	Kernstädte	2,96	3,70	4,42	4,71	5,51	5,70	5,88
	Ober-/Mittelzentren	2,67	3,31	4,28	4,85	5,22	5,50	5,60
	Sonstige Gemeinden	2,70	3,22	3,92	4,53	4,84	5,05	5,24
Gemeindegröße	bis 20 000 Einwohner	2,66	3,22	4,01	4,47	4,85	5,07	5,33
	20 000–100 000 Einwohner	2,73	3,31	4,17	4,84	5,42	5,49	5,57
	über 100 000 Einwohner	2,98	3,70	4,47	4,81	5,46	5,74	5,89
Wohnungsgröße	bis 60 m ²	2,95	3,57	4,41	4,97	5,69	5,60	5,73
	über 60 m ²	2,61	3,25	4,03	4,44	4,79	5,28	5,49

Deutschland		1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
gesamt		4,68	5,05	5,49	5,81	6,01	6,17	6,22
<i>n</i>		2230	2316	1584	2096	2046	2171	2114
Haushaltsgröße	1 Person	4,83	5,14	5,69	5,99	6,44	6,52	6,58
	2 Personen	4,63	5,06	5,55	5,72	5,96	6,02	6,12
	3 Personen	4,68	4,97	5,27	6,03	5,88	5,95	6,18
	4 und mehr Personen	4,56	5,08	5,34	5,53	5,62	6,09	5,91
Gemeindetyp	Kernstädte	5,20	5,61	5,94	6,15	6,34	6,76	6,69
	Ober-/Mittelzentren	4,36	4,78	5,38	5,63	5,93	6,03	6,11
	Sonstige Gemeinden	4,33	4,65	5,14	5,71	5,73	5,52	5,87
Gemeindegröße	bis 20 000 Einwohner	4,27	4,45	5,06	5,47	5,72	5,42	5,85
	20 000–100 000 Einwohner	4,55	5,31	5,61	5,96	6,14	6,31	6,31
	über 100 000 Einwohner	5,15	5,53	5,92	6,11	6,28	6,71	6,62
Wohnungsgröße	bis 60 m ²	4,99	5,55	5,91	6,50	6,60	6,86	6,77
	über 60 m ²	4,71	4,97	5,44	5,61	5,86	5,92	6,12

1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
6,56	6,71	6,39	6,70	6,80	6,88	7,07
574	891	820	737	483	492	491
6,89	6,85	6,47	7,04	6,99	7,10	7,42
6,29	7,11	6,40	6,60	6,76	6,88	6,98
6,44	6,25	6,25	6,43	6,52	6,52	6,36
6,41	6,13	6,30	6,32	6,71	6,65	7,02
6,76	7,08	6,82	7,10	7,23	7,28	7,52
6,21	6,88	6,00	6,27	6,46	6,50	6,81
6,15	6,02	5,99	6,31	6,47	6,56	6,48
6,21	5,85	6,11	5,57	6,29	6,37	6,35
6,79	6,16	6,35	6,13	6,54	6,60	7,00
7,08	6,79	7,13	6,50	7,22	7,24	7,51
7,36	7,44	7,02	7,47	7,16	7,59	7,73
6,16	6,43	6,14	6,33	6,64	6,64	6,84

1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
6,34	6,22	6,04	6,15	6,41	6,53	6,52
403	1079	1083	964	498	543	651
6,21	6,34	6,02	6,09	6,53	6,53	6,55
6,65	6,32	6,05	6,29	6,41	6,54	6,67
5,81	5,98	6,06	6,10	6,28	6,59	6,32
6,52	6,05	6,00	5,97	6,19	6,51	6,15
7,16	6,63	6,35	6,40	6,62	6,86	6,74
5,66	6,25	5,98	6,02	6,33	6,57	6,25
5,27	5,93	5,46	5,83	6,13	6,04	6,45
5,95	5,65	5,90	4,60	6,18	6,15	6,28
6,27	5,99	6,05	4,97	6,33	6,62	6,41
6,51	6,33	6,40	5,28	6,61	6,85	6,74
7,09	6,54	6,28	6,26	6,67	6,83	6,67
5,69	5,96	5,80	6,05	6,15	6,36	6,42

1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
6,48	6,58	6,30	6,58	6,80	6,71	6,96
977	1970	1903	1701	981	1035	1142
6,83	6,84	6,48	6,96	6,89	6,98	7,25
6,33	6,92	6,31	6,53	6,68	6,80	6,91
6,27	6,17	6,20	6,36	6,47	6,54	6,35
6,39	6,09	6,23	6,25	6,61	6,65	6,88
6,93	7,11	6,85	7,11	7,10	7,19	7,36
6,06	6,72	5,98	6,22	6,43	6,51	6,68
6,04	6,10	5,98	6,33	6,40	6,45	6,48
6,24	5,90	6,17	5,87	6,27	6,33	6,33
6,78	6,22	6,40	6,43	6,50	6,60	6,89
7,01	6,75	7,06	6,82	7,09	7,16	7,36
7,39	7,33	6,95	7,30	7,01	7,36	7,43
6,17	6,46	6,20	6,41	6,55	6,59	6,77

Bruttowarmmiete
(Angaben in €/Wohnung, Mieterhaushalte)

West		1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
gesamt		370	390	400	430	440	450	460
<i>n</i>		1048	1132	795	937	964	968	1015
Haushaltsgröße	1 Person	290	320	320	340	360	370	350
	2 Personen	390	400	420	430	450	450	460
	3 Personen	430	440	460	540	490	500	510
	4 und mehr Personen	470	500	510	510	500	550	570
Gemeindetyp	Kernstädte	370	390	410	430	430	450	450
	Ober-/Mittelzentren	340	370	410	420	440	440	440
	Sonstige Gemeinden	370	390	430	470	470	440	470
Gemeindegröße	bis 20 000 Einwohner	360	360	400	440	420	440	470
	20 000–100 000 Einwohner	360	420	400	440	450	440	440
	über 100 000 Einwohner	380	390	410	410	440	450	460
Wohnungsgröße	bis 60 m ²	250	280	290	300	320	320	320
	über 60 m ²	410	420	450	460	480	480	500

Ost		1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
gesamt		170	210	270	290	330	340	360
<i>n</i>		1182	1184	789	1159	1082	1203	1099
Haushaltsgröße	1 Person	130	160	220	230	290	270	280
	2 Personen	160	210	260	310	320	330	360
	3 Personen	200	230	290	320	340	370	390
	4 und mehr Personen	230	240	320	320	370	400	450
Gemeindetyp	Kernstädte	170	210	260	270	320	360	380
	Ober-/Mittelzentren	170	200	270	300	330	330	350
	Sonstige Gemeinden	180	210	260	300	320	320	330
Gemeindegröße	bis 20 000 Einwohner	170	200	250	280	310	310	330
	20 000 bis 100 000 Einwohner	170	200	270	300	330	330	350
	über 100 000 Einwohner	190	230	290	300	340	360	380
Wohnungsgröße	bis 60 m ²	140	170	210	240	280	280	280
	über 60 m ²	200	230	300	330	350	380	410

Deutschland		1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
gesamt		330	350	380	400	410	420	440
<i>n</i>		2230	2316	1584	2096	2046	2171	2114
Haushaltsgröße	1 Person	260	290	300	320	350	350	340
	2 Personen	340	360	390	410	420	430	440
	3 Personen	380	400	420	490	460	480	480
	4 und mehr Personen	420	440	470	470	470	520	540
Gemeindetyp	Kernstädte	330	360	380	400	410	430	430
	Ober-/Mittelzentren	300	330	380	400	420	420	420
	Sonstige Gemeinden	330	350	390	440	440	420	440
Gemeindegröße	bis 20 000 Einwohner	320	320	360	400	400	410	440
	20 000–100 000 Einwohner	320	370	380	410	420	420	420
	über 100 000 Einwohner	340	360	380	390	420	430	440
Wohnungsgröße	bis 60 m ²	230	260	280	290	310	310	310
	über 60 m ²	370	380	420	440	450	460	480

1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
480	550	480	490	490	510	530
574	891	820	737	483	492	491
390	440	400	410	400	430	440
480	600	490	470	490	510	530
560	590	530	580	540	550	520
590	610	610	610	620	630	670
490	520	480	510	490	510	530
460	600	470	460	480	510	520
500	540	490	490	490	530	520
-	560	480	480	480	510	520
-	590	480	460	480	530	520
-	520	480	510	490	500	520
320	360	330	350	330	360	350
520	600	520	520	540	560	560

1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
4410	430	390	400	410	440	430
403	1079	1083	964	498	543	651
330	350	320	320	350	360	350
440	430	390	420	420	440	440
410	470	430	410	480	530	500
530	550	520	510	520	570	550
470	440	420	410	430	460	440
360	420	370	390	400	420	400
360	440	370	400	410	420	440
-	430	370	390	410	420	430
-	420	370	380	400	420	410
-	430	410	410	430	460	440
350	320	300	310	330	340	320
420	480	440	460	470	500	500

1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
470	530	460	470	470	500	510
977	1970	1903	1701	981	1035	1142
380	420	380	390	390	420	420
470	560	470	460	480	500	510
530	560	510	540	530	540	520
570	600	590	590	600	620	640
480	500	470	490	480	500	510
440	570	450	450	460	490	500
470	520	470	470	470	500	510
-	540	460	460	470	490	500
-	550	460	450	460	500	500
-	500	470	490	480	490	510
330	350	320	340	330	360	350
500	570	500	510	530	540	550

Beurteilung der Mietkosten
(Angaben in % der Befragten in Mieterhaushalten)

West			1991	1993	1994	1995	1996	1997
zu hoch			28	31	25	26	27	26
angemessen			72	69	75	73	70	73
eher zu niedrig						2	3	2
<i>n</i>			1115	1047	1063	1078	1084	1202
angemessen/ zu niedrig	Haushaltsgröße	1 Person	77	69	78	74	72	76
		2 Personen	70	68	75	74	76	73
3 Personen		66	72	69	75	73	77	
4 u. m. Personen		71	71	72	76	66	69	
Gemeindetyp	Kernstädte	66	66	72	74	67	72	
	Ober-/Mittelzentren	77	72	77	75	73	76	
	sonstige Gemeinden	78	75	80	76	85	77	
Haustyp	Ein-/Zweifamilienhäuser	85	83	84	85	79	82	
	Häuser mit 3–4 Wohnungen	79	76	76	69	78	79	
	Häuser mit 5–8 Wohnungen	69	69	78	72	71	74	
	Häuser mit 9 u. m. Wohnungen	64	57	66	74	67	62	
Wohndauer	bis 4 Jahre	73	63	68	69	67	70	
	5–10 Jahre	73	66	74	74	70	74	
	10–20 Jahre	69	73	80	74	77	80	
	20 Jahre und mehr	72	79	84	84	79	78	

Ost			1991	1993	1994	1995	1996	1997
zu hoch			53	46	39	41	42	43
angemessen			47	54	61	59	58	57
eher zu niedrig						0	1	1
<i>n</i>			1256	1232	1280	1248	1390	1255
angemessen/ zu niedrig	Haushaltsgröße	1 Person	46	48	61	61	52	58
		2 Personen	47	60	62	61	61	57
3 Personen		47	52	66	59	63	56	
4 u. m. Personen		47	50	54	52	56	58	
Gemeindetyp	Kernstädte	45	52	60	58	55	52	
	Ober-/Mittelzentren	42	56	62	59	61	61	
	sonstige Gemeinden	53	54	63	62	60	60	
Haustyp	Ein-/Zweifamilienhäuser	70	61	61	71	75	72	
	Häuser mit 3–4 Wohnungen	52	52	59	62	67	51	
	Häuser mit 5–8 Wohnungen	47	56	63	64	55	57	
	Häuser mit 9 u. m. Wohnungen	41	52	59	54	55	56	
Wohndauer	bis 4 Jahre	49	55	68	64	65	61	
	5–10 Jahre	49	49	58	58	60	58	
	10–20 Jahre	43	57	56	54	55	55	
	20 Jahre und mehr	48	56	61	61	57	54	

Deutschland			1991	1993	1994	1995	1996	1997
zu hoch			33	34	28	29	31	29
angemessen			67	66	72	70	67	70
eher zu niedrig						1	2	1
<i>n</i>			2371	2279	2343	2326	2474	2457
angemessen/ zu niedrig	Haushaltsgröße	1 Person	73	66	76	72	69	74
		2 Personen	66	66	72	70	72	70
3 Personen		61	68	68	72	70	73	
4 u. m. Personen		65	65	67	71	63	68	
Gemeindetyp	Kernstädte	64	63	70	71	65	68	
	Ober-/Mittelzentren	70	69	73	71	70	73	
	sonstige Gemeinden	70	69	75	71	78	74	
Haustyp	Ein-/Zweifamilienhäuser	83	81	81	84	78	82	
	Häuser mit 3–4 Wohnungen	76	73	73	68	76	77	
	Häuser mit 5–8 Wohnungen	66	66	74	71	68	71	
	Häuser mit 9 u. m. Wohnungen	56	55	64	67	63	60	
Wohndauer	bis 4 Jahre	69	62	68	68	67	69	
	5–10 Jahre	70	62	71	71	68	71	
	10–20 Jahre	64	69	74	69	71	75	
	20 Jahre und mehr	65	74	77	77	73	72	

1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
20	20	27	27	31	31	30
79	76	72	71	68	67	68
1	3	2	3	2	2	2
683	1095	966	942	928	906	902
83	80	78	76	74	72	73
78	82	77	75	68	72	74
81	82	67	71	65	69	65
76	74	60	66	63	55	56
80	77	74	71	72	65	67
80	80	74	74	67	72	68
81	83	70	77	68	72	76
81		79	86	79	79	83
78		79	85	67	73	77
84		74	72	70	64	66
76		67	63	63	67	63
76	72	66	68	64	68	66
78	84	78	72	70	60	67
85	84	79	72	72	73	67
83	88	79	86	78	76	80

1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
35	27	29	31	32	34	30
64	71	70	68	67	65	68
0	2	1	1	1	1	2
506	1370	1251	1090	1132	1131	1120
61	75	74	73	69	71	72
66	75	72	71	68	65	72
73	72	67	64	67	61	71
58	68	65	57	65	62	57
68	70	73	70	70	69	71
63	69	70	68	64	64	68
59	77	69	71	72	65	71
83		81	71	79	81	85
72		75	69	68	58	69
63		69	67	62	64	65
63		70	69	71	66	70
64	67	66	65	66	66	70
62	73	73	66	64	58	67
64	75	72	65	75	71	70
69	80	77	79	69	72	75

1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
24	22	27	27	31	31	30
75	75	71	71	68	67	68
1	3	1	3	1	2	2
1189	2465	2217	2032	2060	2037	2022
78	79	77	76	73	72	72
75	80	76	75	68	71	73
77	80	67	70	66	67	66
71	73	61	65	63	56	57
77	76	74	72	71	66	68
75	79	73	73	66	71	68
75	81	69	77	69	70	75
81		79	85	79	79	84
76		79	84	68	72	76
78		73	71	69	64	66
71		67	65	65	66	65
74	71	66	68	64	68	67
73	82	77	71	69	60	67
78	82	78	72	73	73	68
81	85	79	85	76	75	79

Beurteilung des Gebäudezustands
(Angaben in % der Befragten)

West			1991	1992	1993	1994	1995	1996
guter Zustand			73	73	74	73	71	70
teilweise renovierungsbedürftig			24	25	23	23	25	27
ganz renovierungsbedürftig			2	2	3	4	4	3
abbruchreif			0	0	0	0	0	0
<i>n</i>			2025	2062	2005	2099	2136	2016
guter Zustand	Wohnstatus	Mieter	66	67	65	63	58	60
		Eigentümer	86	85	85	85	86	85
	Gemeindetyp	Kernstädte	71	66	69	68	67	56
		Ober-/Mittelzentren	70	79	76	72	74	78
		sonstige Gemeinden	81	75	79	81	73	81
Baujahr Gebäude		bis 1948	54	54	60	53	61	52
		1949–1980	79	79	77	77	71	75
		ab 1981	97	97	98	98	93	97
		darunter 1981–1990 ab 1991			98 100	98 100	91 99	97 96

Ost			1991	1992	1993	1994	1995	1996
guter Zustand			33	32	37	37	41	47
teilweise renovierungsbedürftig			54	55	49	45	44	41
ganz renovierungsbedürftig			12	12	14	17	14	12
abbruchreif			1	1	1	1	1	0
<i>n</i>			2188	1963	2123	2126	2126	2103
guter Zustand	Wohnstatus	Mieter	26	22	26	24	26	39
		Eigentümer	63	56	58	62	68	63
	Gemeindetyp	Kernstädte	29	27	28	26	29	43
		Ober-/Mittelzentren	27	27	35	33	42	42
		sonstige Gemeinden	41	38	43	48	51	52
Baujahr Gebäude		bis 1948	25	30	35	34	39	43
		1949–1980	36	30	35	38	43	47
		ab 1981	50	47	48	50	47	53
		darunter 1981–1990 ab 1991			45 94	44 100	40 88	44 100

Deutschland			1991	1992	1993	1994	1995	1996
guter Zustand			66	65	67	66	66	66
teilweise renovierungsbedürftig			30	31	28	27	29	30
ganz renovierungsbedürftig			4	4	5	6	6	4
abbruchreif			0	0	0	0	0	0
<i>n</i>			4213	4025	4128	4225	4262	4119
guter Zustand	Wohnstatus	Mieter	57	57	56	54	51	55
		Eigentümer	83	80	81	81	84	82
	Gemeindetyp	Kernstädte	64	61	62	61	61	54
		Ober-/Mittelzentren	63	70	69	66	69	72
		sonstige Gemeinden	70	65	70	73	68	73
Baujahr Gebäude		bis 1948	46	46	52	46	55	50
		1949–1980	73	73	71	72	67	71
		ab 1981	82	84	87	89	83	85
		darunter 1981–1990 ab 1991			85 99	85 100	78 97	81 96

1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
79	82	79	78	80	73	78	78
19	15	19	20	18	25	20	20
1	2	2	2	2	2	2	2
0	0	0	0	0	0	0	0
2136	1474	2376	2026	1918	1908	1932	1950
72	71	70	67	71	61	67	67
89	93	87	89	90	86	89	90
73	76	70	68	73	65	71	75
79	89	82	83	81	74	82	79
87	87	83	83	87	81	83	81
64	67	69	60	66	55	61	66
80	85	77	78	80	73	80	76
98	99	94	96	95	96	94	94
98	97	92	95	94	95	90	90
99	100	97	97	96	97	96	98

1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
59	67	75	75	75	75	77	77
30	19	20	19	20	20	20	19
11	13	5	6	4	4	3	3
1	1	0	0	0	0	0	0
2147	960	2543	2076	1994	1988	2076	2035
46	55	68	70	69	70	73	74
77	82	83	82	83	83	82	82
47	56	72	75	73	76	76	79
57	68	72	73	72	75	78	77
66	74	77	76	80	75	76	77
54	61	69	69	70	70	70	72
60	65	74	78	76	75	79	75
66	90	87	82	82	85	86	88
54	86	76	71	69	69	77	74
91	98	96	96	94	96	93	95

1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
76	81	78	77	79	74	78	78
21	15	19	20	19	24	20	19
3	4	3	3	2	2	2	2
0	0	0	0	0	0	0	0
4283	2434	4919	4102	3912	3896	4008	3985
67	70	70	67	71	63	69	69
87	91	86	88	88	86	88	89
70	76	70	69	74	67	72	76
75	85	81	81	80	74	81	79
82	83	81	81	85	80	81	80
62	67	69	63	67	59	63	68
78	83	77	78	79	73	80	76
93	98	93	93	93	94	92	93
89	96	89	90	89	90	88	88
98	100	97	96	96	97	96	97

Zufriedenheit mit der Wohnung
(Angaben in % der Befragten)

West		1990	1991	1992	1993	1994	1995	
zufrieden	(Skalenwerte 6, 7)	66	64	67	64	69	67	
teils, teils	(Skalenwerte 3, 4, 5)	30	33	30	33	28	29	
unzufrieden	(Skalenwerte 1, 2)	4	3	3	3	3	4	
<i>n</i>		2047	2030	2061	2017	2093	2137	
zufrieden	Haushaltsgröße	1 Person	60	59	64	62	65	61
		2 Personen	69	67	69	67	73	72
		3 Personen	66	60	67	63	71	69
		4 u. m. Personen	68	69	67	65	68	64
	Wohnstatus	Mieter	55	52	57	52	57	54
		Eigentümer	82	84	84	78	84	82
	Gemeindetyp	Kernstädte	60	58	58	59	62	63
		Ober-/Mittelzentren	68	64	72	67	69	69
		sonstige Gemeinden	70	71	73	67	80	71
	Wohndauer	bis 4 Jahre	58	57	58	59	57	59
		5–10 Jahre	59	55	65	57	63	61
		10–20 Jahre	70	68	68	67	75	67
20 Jahre und mehr		75	73	74	70	78	77	

Ost		1990	1991	1992	1993	1994	1995	
zufrieden	(Skalenwerte 6, 7)	39	35	39	43	49	52	
teils, teils	(Skalenwerte 3, 4, 5)	53	59	54	52	43	43	
unzufrieden	(Skalenwerte 1, 2)	8	6	7	6	8	5	
<i>n</i>		1990	2192	1967	2137	2124	2126	
zufrieden	Haushaltsgröße	1 Person	43	33	42	42	48	56
		2 Personen	42	36	43	45	52	53
		3 Personen	35	33	36	43	46	47
		4 u. m. Personen	38	35	35	39	48	49
	Wohnstatus	Mieter	31	28	26	30	36	35
		Eigentümer	68	59	71	68	74	80
	Gemeindetyp	Kernstädte	31	31	36	35	38	44
		Ober-/Mittelzentren	37	29	34	40	46	49
		sonstige Gemeinden	46	41	45	50	59	60
	Wohndauer	bis 4 Jahre	31	29	33	39	41	50
		5–10 Jahre	35	31	30	38	42	41
		10–20 Jahre	42	32	37	40	47	48
20 Jahre und mehr		46	42	49	51	58	60	

Deutschland		1990	1991	1992	1993	1994	1995	
zufrieden	(Skalenwerte 6, 7)	61	59	62	60	66	64	
teils, teils	(Skalenwerte 3, 4, 5)	35	38	34	36	31	32	
unzufrieden	(Skalenwerte 1, 2)	5	3	4	4	4	4	
<i>n</i>		4037	4222	4028	4154	4217	4263	
zufrieden	Haushaltsgröße	1 Person	58	55	61	59	62	60
		2 Personen	64	61	64	62	68	68
		3 Personen	58	54	60	58	66	65
		4 u. m. Personen	61	62	60	60	64	61
	Wohnstatus	Mieter	49	47	51	47	52	50
		Eigentümer	80	81	81	77	82	82
	Gemeindetyp	Kernstädte	55	55	55	55	57	60
		Ober-/Mittelzentren	62	58	65	62	65	65
		sonstige Gemeinden	64	63	65	63	75	68
	Wohndauer	bis 4 Jahre	53	53	55	55	54	58
		5–10 Jahre	54	51	60	54	60	58
		10–20 Jahre	64	61	62	61	70	63
20 Jahre und mehr		69	67	68	66	74	73	

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
67	67	65	70	65	69	65	70	68
32	28	33	27	29	29	32	24	28
1	4	1	3	7	3	3	6	4
2018	2140	1477	2377	2027	1916	1911	1932	1951
62	63	55	67	59	58	57	60	63
71	72	69	73	68	73	69	75	73
67	70	65	67	65	74	67	71	65
67	64	71	71	65	71	64	72	68
54	59	47	58	52	55	50	57	53
86	79	84	81	78	84	80	84	84
56	62	54	60	64	65	61	63	62
70	68	75	73	62	66	63	74	72
78	74	78	74	68	76	71	72	71
57	60	61	63	57	58	52	64	58
64	65	59	69	59	66	62	63	63
67	66	62	72	65	72	68	72	70
75	77	73	75	73	79	75	77	78

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
53	55	63	64	60	61	61	75	65
42	38	34	32	36	37	36	22	33
4	7	3	4	4	2	3	3	2
2108	2149	961	2545	2072	2000	1988	2076	2035
51	53	53	61	61	58	61	74	62
58	58	67	67	58	62	61	75	65
52	52	65	61	61	60	59	72	62
49	52	62	66	61	64	65	77	70
41	42	48	54	50	49	52	67	54
80	74	82	77	76	76	75	85	79
46	41	52	53	51	56	58	68	60
48	55	60	59	61	58	60	73	65
62	63	75	70	66	69	65	80	68
54	49	60	65	62	64	63	75	65
44	47	55	68	52	63	69	73	67
48	50	60	61	59	54	51	71	61
59	65	65	64	61	62	62	78	66

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
64	65	67	69	64	67	64	71	68
34	30	31	28	30	30	33	24	29
2	5	1	4	6	3	3	5	3
4126	4289	2438	4922	4099	3916	3899	4008	3986
61	61	55	66	59	58	58	62	63
68	69	73	72	66	71	68	75	72
63	66	66	65	64	71	65	72	64
63	62	73	70	64	70	64	73	69
51	56	49	57	51	54	50	59	54
85	78	84	80	77	83	79	84	83
54	59	58	59	63	65	60	64	62
66	66	72	72	61	65	62	74	71
74	71	76	73	68	74	70	74	71
56	58	62	64	58	59	54	65	60
61	63	62	69	58	65	63	65	64
63	63	65	70	63	69	64	72	69
72	74	74	73	71	76	73	78	77

Zufriedenheit mit dem Wohnort
(Angaben in % der Befragten)

West			1990	1991	1992	1993	1994	1995
zufrieden	(Skalenwerte 6, 7)		59	61	60	60	63	64
teils, teils	(Skalenwerte 3, 4, 5)		38	36	37	36	34	32
unzufrieden	(Skalenwerte 1, 2)		4	3	3	4	3	4
<i>n</i>			2047	2020	2049	1988	2073	2125
zufrieden	Alter	18–29 Jahre	47	51	53	50	53	54
		30–44 Jahre	56	59	55	54	59	62
		45–59 Jahre	59	63	63	65	66	66
		60 Jahre u. älter	72	68	69	69	72	73
	Geschlecht	männlich	57	60	57	59	60	63
		weiblich	60	62	62	61	65	65
Gemeindetyp	Kernstädte		51	56	50	56	57	64
		Ober-/Mittelzentren	63	60	65	61	65	65
		Sonstige Gemeinden	63	68	68	64	68	63
Lagetyp	Innenstadt			58	46	50	55	63
		Innenstadtrand		58	57	63	64	62
		Stadtrand		56	63	57	64	67
Wohnstatus	Mieter		53	54	54	56	59	60
		Eigentümer	67	72	70	65	68	69

Ost			1990	1991	1992	1993	1994	1995
zufrieden	(Skalenwerte 6, 7)		24	35	37	34	42	48
teils, teils	(Skalenwerte 3, 4, 5)		67	60	57	60	50	46
unzufrieden	(Skalenwerte 1, 2)		9	6	6	6	7	5
<i>n</i>			1978	2181	1955	2122	2115	2116
zufrieden	Alter	18–29 Jahre	19	29	25	28	38	40
		30–44 Jahre	20	31	31	29	39	42
		45–59 Jahre	25	37	40	34	41	48
		60 Jahre u. älter	37	44	50	43	49	59
	Geschlecht	männlich	25	34	36	36	42	48
		weiblich	24	35	38	32	43	49
Gemeindetyp	Kernstädte		24	37	36	28	36	48
		Ober-/Mittelzentren	20	26	30	32	33	47
		Sonstige Gemeinden	28	39	43	40	53	50
Lagetyp	Innenstadt			31	32	32	36	42
		Innenstadtrand		32	30	30	35	47
		Stadtrand		32	37	31	30	50
Wohnstatus	Mieter		22	33	32	30	37	43
		Eigentümer	33	41	50	43	52	57

Deutschland			1990	1991	1992	1993	1994	1995
zufrieden	(Skalenwerte 6, 7)		52	56	56	55	59	61
teils, teils	(Skalenwerte 3, 4, 5)		43	40	40	40	37	35
unzufrieden	(Skalenwerte 1, 2)		5	4	4	5	4	4
<i>n</i>			4025	4201	4004	4110	4188	4241
zufrieden	Alter	18–29 Jahre	42	47	49	47	51	51
		30–44 Jahre	48	53	50	49	56	58
		45–59 Jahre	51	58	58	58	60	62
		60 Jahre u. älter	67	65	66	64	67	71
	Geschlecht	männlich	51	55	53	54	57	60
		weiblich	53	57	58	56	61	62
Gemeindetyp	Kernstädte		46	54	48	52	54	61
		Ober-/Mittelzentren	55	54	59	57	60	62
		Sonstige Gemeinden	54	60	61	57	64	60
Lagetyp	Innenstadt			50	43	47	52	58
		Innenstadtrand		54	53	58	59	59
		Stadtrand		53	57	52	57	65
Wohnstatus	Mieter		45	50	50	50	54	56
		Eigentümer	63	68	67	62	65	67

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
66	63	60	58	57	60	56	57	59
33	32	38	37	36	36	39	39	36
1	5	2	5	8	4	5	5	4
1999	2129	1460	2373	2023	1912	1903	1931	1951
60	56	48	52	43	53	51	50	47
59	59	55	54	54	57	50	53	57
69	63	63	59	60	57	56	54	60
73	72	71	66	63	67	62	64	66
63	62	57	57	54	56	53	56	59
68	63	62	59	58	63	58	57	60
61	60	52	53	60	62	52	51	58
65	65	67	58	53	56	56	59	60
73	64	68	61	57	62	59	61	61
43	54	38	56	58	51	50	46	54
66	63	63	53	56	61	55	50	58
63	63	63	54	58	63	56	58	65
60	60	50	57	53	55	53	52	53
73	67	70	59	61	66	59	61	66

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
45	46	56	53	39	40	40	40	36
50	48	42	42	56	56	55	55	60
5	7	2	5	5	4	5	5	4
2098	2136	959	2542	2070	1996	1985	2075	2036
37	37	42	47	29	39	34	37	32
41	38	53	46	33	35	35	36	33
47	42	57	53	38	35	36	37	35
54	58	61	61	49	48	49	46	41
45	45	59	52	38	37	38	38	35
46	46	53	53	40	42	42	41	36
44	36	54	52	45	46	47	46	39
39	42	52	45	34	36	36	34	30
50	53	61	56	39	39	40	40	37
39	44	43	50	37	44	46	39	34
46	38	55	48	40	41	41	40	37
37	31	62	46	37	39	39	41	34
40	40	50	52	41	41	41	42	35
57	54	64	54	35	39	39	37	36

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
62	60	61	57	53	56	53	54	56
36	35	37	38	40	40	42	41	40
2	5	2	5	7	4	5	5	4
4097	4265	2419	4915	4093	3908	3888	4006	3987
56	53	49	51	40	50	49	48	45
56	56	57	53	50	53	47	50	53
65	59	63	58	55	53	53	50	55
69	69	69	65	60	64	60	61	63
60	59	59	56	52	53	51	54	55
64	61	62	58	55	59	55	54	56
58	56	55	53	58	60	51	50	55
61	61	63	57	49	52	53	56	55
67	62	66	60	53	56	55	56	56
42	53	45	55	53	50	50	45	49
63	60	61	53	54	59	54	49	56
60	57	60	53	54	59	53	56	62
56	56	52	56	50	52	51	50	50
70	64	69	58	57	61	56	58	61

Zufriedenheit mit der Wohnumgebung
(Angaben in % der Befragten)

West			1990	1991	1992	1993	1994	1995
zufrieden	(Skalenwerte 6, 7)		57	59	57	60	63	66
teils, teils	(Skalenwerte 3, 4, 5)		38	37	39	35	33	29
unzufrieden	(Skalenwerte 1, 2)		5	4	3	5	4	4
<i>n</i>			2046	2030	2056	2023	2095	2138
zufrieden	Alter	18–29 Jahre	46	51	49	48	52	59
		30–44 Jahre	54	56	53	58	58	64
		45–59 Jahre	59	60	61	65	68	68
		60 Jahre u. älter	70	68	65	67	72	73
	Geschlecht	männlich	56	58	57	57	61	64
		weiblich	58	60	58	62	64	69
Gemeindetyp	Kernstädte		47	50	47	54	54	63
		Ober-/Mittelzentren	61	60	63	58	62	67
		Sonstige Gemeinden	66	72	65	69	74	70
Lagetyp	Innenstadt			49	39	44	46	57
		Innenstadtrand		50	52	57	57	61
		Stadtrand		59	69	59	67	69
Wohnstatus	Mieter		48	49	50	51	55	59
		Eigentümer	71	76	70	70	72	75

Ost			1990	1991	1992	1993	1994	1995
zufrieden	(Skalenwerte 6, 7)		36	37	38	44	48	53
teils, teils	(Skalenwerte 3, 4, 5)		49	54	54	46	42	40
unzufrieden	(Skalenwerte 1, 2)		15	9	8	10	10	7
<i>n</i>			1991	2191	1966	2137	2126	2127
zufrieden	Alter	18–29 Jahre	28	35	29	36	42	45
		30–44 Jahre	31	34	32	43	44	46
		45–59 Jahre	41	39	40	43	47	53
		60 Jahre u. älter	48	42	48	48	54	64
	Geschlecht	männlich	35	37	37	44	47	52
		weiblich	37	37	38	43	48	54
Gemeindetyp	Kernstädte		30	33	34	36	39	46
		Ober-/Mittelzentren	33	31	31	40	41	52
		Sonstige Gemeinden	43	44	45	51	59	59
Lagetyp	Innenstadt			31	26	29	38	42
		Innenstadtrand		32	30	38	39	46
		Stadtrand		34	36	46	40	57
Wohnstatus	Mieter		31	33	30	36	41	44
		Eigentümer	55	51	57	59	61	68

Deutschland			1990	1991	1992	1993	1994	1995
zufrieden	(Skalenwerte 6, 7)		53	55	54	57	60	64
teils, teils	(Skalenwerte 3, 4, 5)		39	40	42	37	35	31
unzufrieden	(Skalenwerte 1, 2)		7	5	4	6	5	5
<i>n</i>			4037	4221	4022	4160	4221	4265
zufrieden	Alter	18–29 Jahre	42	48	46	46	50	57
		30–44 Jahre	49	52	49	55	56	61
		45–59 Jahre	56	56	57	60	63	65
		60 Jahre u. älter	67	65	63	64	68	71
	Geschlecht	männlich	53	55	53	55	58	61
		weiblich	54	56	54	58	61	66
Gemeindetyp	Kernstädte		44	48	45	51	52	60
		Ober-/Mittelzentren	56	55	58	55	59	65
		Sonstige Gemeinden	61	64	59	64	70	67
Lagetyp	Innenstadt			44	37	41	45	54
		Innenstadtrand		47	49	54	53	59
		Stadtrand		56	63	57	62	67
Wohnstatus	Mieter		44	46	46	48	52	56
		Eigentümer	70	73	68	68	70	74

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
67	63	62	66	60	64	61	61	64
32	31	35	28	32	33	34	33	31
1	6	2	6	8	4	5	6	5
2018	2141	1478	2370	2025	1917	1909	1931	1951
62	52	46	59	47	52	52	51	54
63	61	62	64	60	63	56	59	63
69	66	68	66	63	63	64	61	66
71	71	68	74	64	69	65	68	68
66	60	61	65	57	61	58	61	64
67	65	64	68	63	66	63	62	65
58	55	54	59	59	60	56	51	58
68	65	68	70	59	62	60	64	65
76	71	74	69	64	70	67	69	70
43	51	41	57	51	50	56	40	53
60	60	56	60	55	58	54	51	55
70	61	75	66	67	72	62	62	69
58	57	47	63	51	54	53	51	54
79	71	77	69	70	75	69	72	75

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
50	50	58	61	55	56	59	59	58
45	42	38	33	39	39	35	37	38
5	8	4	6	6	5	5	4	3
2108	2149	961	2540	2072	2000	1985	2075	2036
37	43	42	58	47	53	50	52	49
46	42	57	59	53	53	56	58	60
53	49	55	62	53	53	60	57	56
59	61	66	64	62	61	64	63	62
49	51	60	58	51	54	55	58	54
51	50	56	63	58	57	62	59	61
41	40	48	56	52	55	54	57	57
43	47	56	59	50	55	61	54	56
61	58	68	64	62	57	61	63	61
38	43	44	55	47	53	61	55	54
42	38	47	58	49	55	53	53	52
40	47	62	59	50	55	58	56	60
40	41	49	57	51	53	55	53	54
72	65	71	66	62	59	65	66	64

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
63	61	63	66	59	62	60	61	64
34	33	34	29	33	34	34	34	32
2	6	2	6	8	4	5	6	4
4126	4290	2439	4910	4097	3917	3894	4006	3987
58	51	48	59	47	52	52	51	54
60	58	64	63	59	61	56	59	63
66	62	67	65	61	61	63	60	64
69	69	69	72	64	68	65	67	68
62	59	63	64	56	60	58	60	62
64	63	64	67	62	64	63	61	65
56	53	56	59	58	60	56	52	58
64	62	66	69	57	61	60	63	64
72	67	72	68	63	67	66	68	68
42	50	49	57	50	52	58	43	53
57	57	55	60	55	58	54	52	55
66	58	72	65	65	69	61	61	68
54	54	50	62	51	54	53	51	54
78	70	76	69	68	72	68	71	73

Zufriedenheit mit Umweltbedingungen in der unmittelbaren Wohnumgebung
(Angaben in % der Befragten)

West			1990	1991	1992	1993	1994	
zufrieden	(Skalenwerte 6, 7)		36	46	46	50	52	
teils, teils	(Skalenwerte 3, 4, 5)		57	48	48	43	43	
unzufrieden	(Skalenwerte 1, 2)		7	5	6	7	5	
<i>n</i>			2049	2030	2059	2023	2093	
zufrieden	Alter	18–29 Jahre	26	39	39	42	42	
		30–44 Jahre	33	41	40	46	48	
		45–59 Jahre	39	49	49	56	54	
		60 Jahre u. älter	45	56	57	55	62	
	Geschlecht	männlich	36	46	45	50	51	
		weiblich	36	47	47	50	53	
Gemeindetyp	Kernstädte		26	36	34	43	40	
		Ober-/Mittelzentren	37	49	53	49	54	
		Sonstige Gemeinden	46	58	55	60	65	
Lagetyp	Innenstadt			30	24	27	30	
		Innenstadtrand			38	38	46	45
		Stadtrand			49	55	55	54
Wohnstatus	Mieter		28	38	39	42	48	
		Eigentümer	47	60	58	60	58	

Ost			1990	1991	1992	1993	1994	
zufrieden	(Skalenwerte 6, 7)		13	19	23	31	41	
teils, teils	(Skalenwerte 3, 4, 5)		54	66	64	55	49	
unzufrieden	(Skalenwerte 1, 2)		33	15	13	14	11	
<i>n</i>			1988	2194	1967	2139	2127	
zufrieden	Alter	18–29 Jahre	9	18	18	25	33	
		30–44 Jahre	12	18	22	30	37	
		45–59 Jahre	11	17	24	31	39	
		60 Jahre u. älter	21	23	28	36	48	
	Geschlecht	männlich	12	18	22	30	39	
		weiblich	14	20	25	32	42	
Gemeindetyp	Kernstädte		9	15	17	24	28	
		Ober-/Mittelzentren	12	15	19	25	35	
		Sonstige Gemeinden	16	25	30	40	53	
Lagetyp	Innenstadt			12	15	13	24	
		Innenstadtrand			14	16	25	33
		Stadtrand			15	20	32	31
Wohnstatus	Mieter		13	17	19	24	34	
		Eigentümer	13	26	34	45	52	

Deutschland			1990	1991	1992	1993	1994	
zufrieden	(Skalenwerte 6, 7)		31	41	42	46	50	
teils, teils	(Skalenwerte 3, 4, 5)		56	52	51	45	44	
unzufrieden	(Skalenwerte 1, 2)		12	7	7	8	6	
<i>n</i>			4037	4224	4026	4162	4220	
zufrieden	Alter	18–29 Jahre	23	35	36	39	40	
		30–44 Jahre	28	36	36	43	46	
		45–59 Jahre	33	42	44	50	52	
		60 Jahre u. älter	41	51	52	52	59	
	Geschlecht	männlich	31	41	41	46	49	
		weiblich	32	42	43	47	51	
Gemeindetyp	Kernstädte		23	33	32	40	38	
		Ober-/Mittelzentren	33	43	47	45	51	
		Sonstige Gemeinden	38	48	49	54	62	
Lagetyp	Innenstadt			25	23	24	29	
		Innenstadtrand			34	35	43	43
		Stadtrand			44	48	51	50
Wohnstatus	Mieter		24	34	35	38	45	
		Eigentümer	43	56	55	57	57	

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
60	55	57	60	51	59	53	52	58
38	38	40	33	39	35	41	39	37
2	7	3	7	10	5	7	9	5
2018	2142	1478	2372	2024	1914	1910	1931	1949
57	47	45	56	43	54	46	46	52
57	54	56	59	51	58	48	51	57
62	59	59	57	53	60	56	50	58
65	59	62	64	55	62	57	55	62
59	54	55	62	51	57	50	53	60
62	55	58	57	52	62	55	50	57
48	41	49	47	49	52	42	35	48
64	59	61	64	50	60	53	55	60
73	68	67	64	56	69	65	68	67
32	33	30	42	32	36	39	23	36
51	49	52	54	45	54	45	40	52
68	55	67	59	61	68	53	51	61
54	49	44	55	43	51	44	43	50
69	63	70	64	60	68	62	60	66

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
44	43	51	54	51	54	55	53	53
50	46	43	38	42	40	38	40	41
6	11	6	7	7	7	7	7	6
1077	2149	961	2540	2072	1998	1981	2076	2035
38	43	33	49	50	56	46	45	49
40	38	49	55	50	52	57	54	55
42	42	54	55	48	54	56	54	55
52	48	57	55	55	54	56	55	52
43	43	52	54	48	55	56	59	53
44	43	51	55	53	52	54	50	54
31	29	36	41	42	46	42	41	45
36	41	47	51	46	51	57	51	51
59	52	67	61	62	63	62	63	62
19	32	21	38	34	37	45	39	35
36	29	43	46	46	46	46	42	49
38	38	58	48	49	53	53	49	54
35	36	43	49	47	48	50	48	47
65	54	62	61	58	61	62	61	62

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
59	53	59	59	51	58	53	52	58
39	39	38	34	40	36	40	39	37
2	8	3	7	9	5	7	9	5
3095	4291	2439	4912	4096	3912	3891	4007	3984
56	47	45	55	44	55	46	46	52
56	52	59	58	51	57	50	52	57
60	55	62	57	52	59	56	51	57
63	57	64	62	55	61	57	56	61
57	53	58	61	50	56	51	55	59
60	53	59	57	52	60	55	50	57
47	39	52	46	48	51	42	36	48
61	56	60	63	50	58	54	55	60
71	64	68	63	57	67	64	67	66
30	33	35	41	32	37	41	27	37
50	46	52	52	46	53	45	41	52
66	52	67	57	59	66	53	51	61
52	47	46	54	44	51	46	44	50
69	61	70	64	60	67	62	60	66

Nachbarverhältnis
(Angaben in % der Befragten)

West			1991	1992	1993	1996	1997	1998	2003
relativ enger Zusammenhalt			65	66	66	58	59	50	70
gelegentliche Kontakte			27	26	26	34	34	40	24
Leute kennen sich kaum			8	8	8	8	7	9	6
<i>n</i>			2023	2061	2011	2016	2140	1474	1925
normales Verhältnis (enger Zusammenhalt/ gelegentliche Kontakte)	Alter	18–29 Jahre	84	84	82	83	86	76	86
		30–44 Jahre	92	90	94	90	94	91	95
		45–59 Jahre	96	95	94	95	96	95	95
		60 Jahre u. älter	97	98	96	98	97	95	97
	Geschlecht	männlich	91	89	91	91	93	89	94
		weiblich	93	94	93	93	94	92	94
	Gemeindetyp	Kernstädte	89	87	89	90	91	89	91
		Ober-/Mittelzentren	94	94	94	91	95	92	96
		sonstige Gemeinden	96	97	95	96	96	93	97
	Lagetyp	Innenstadt	83	87	85	86	91	85	84
		Innenstadtrand	93	89	91	91	92	90	93
		Stadtrand	90	91	90	89	92	94	95
Wohnstatus	Mieter	88	88	88	88	90	85	91	
	Eigentümer	99	99	98	98	98	96	98	
Wohndauer	bis 4 Jahre	82	82	83	82	85	79	86	
	5–19 Jahre	96	93	94	93	97	93	97	
	20–29 Jahre	97	98	97	99	96	96	98	
	über 30 Jahre	98	98	97	99	99	99	98	

Ost			1991	1992	1993	1996	1997	1998	2003
relativ enger Zusammenhalt			65	73	68	62	63	58	77
gelegentliche Kontakte			25	23	26	30	30	33	18
Leute kennen sich kaum			9	4	6	8	7	9	5
<i>n</i>			2197	1963	2135	1075	2152	959	2071
normales Verhältnis (enger Zusammenhalt/ gelegentliche Kontakte)	Alter	18–29 Jahre	84	90	86	82	83	78	88
		30–44 Jahre	90	95	92	87	92	89	95
		45–59 Jahre	94	98	96	96	94	95	97
		60 Jahre u. älter	95	98	97	98	98	94	97
	Geschlecht	männlich	91	95	94	91	93	91	96
		weiblich	90	96	94	92	93	91	95
	Gemeindetyp	Kernstädte	92	93	89	87	90	87	93
		Ober-/Mittelzentren	88	95	93	90	92	90	95
		sonstige Gemeinden	92	98	97	97	96	96	97
	Lagetyp	Innenstadt	81	92	84	84	89	86	91
		Innenstadtrand	91	93	92	88	90	89	94
		Stadtrand	89	97	92	94	92	87	94
Wohnstatus	Mieter	90	94	91	89	90	87	94	
	Eigentümer	94	99	99	97	97	96	97	
Wohndauer	bis 4 Jahre	83	88	87	77	82	78	91	
	5–19 Jahre	92	96	95	92	95	94	96	
	20–29 Jahre	95	97	98	98	98	93	99	
	über 30 Jahre	95	100	98	99	98	98	98	

Deutschland			1991	1992	1993	1996	1997	1998	2003
relativ enger Zusammenhalt			66	68	67	58	61	55	71
gelegentliche Kontakte			26	25	26	34	33	37	23
Leute kennen sich kaum			8	7	7	8	6	9	5
<i>n</i>			4220	4024	4146	3091	4292	2433	3996
normales Verhältnis (enger Zusammenhalt/gelegentliche Kontakte)	Alter	18–29 Jahre	84	86	82	83	85	78	87
		30–44 Jahre	92	92	94	90	94	91	95
45–59 Jahre		95	96	95	95	96	96	96	
60 Jahre u. älter		96	98	96	98	97	95	97	
Geschlecht	männlich	91	91	92	91	93	90	95	
	weiblich	93	95	93	93	94	92	94	
Gemeindetyp	Kernstädte	89	88	89	90	91	90	91	
	Ober-/Mittelzentren	93	94	93	91	94	92	95	
	sonstige Gemeinden	95	97	96	97	96	93	97	
Lagetyp	Innenstadt	82	88	85	86	91	86	85	
	Innenstadtrand	93	90	92	91	92	91	93	
	Stadtrand	90	92	90	89	92	93	95	
Wohnstatus	Mieter	89	90	89	88	90	87	91	
	Eigentümer	98	99	98	98	98	96	98	
Wohndauer	bis 4 Jahre	82	83	84	82	85	81	87	
	5–19 Jahre	95	94	94	92	97	94	97	
	20–29 Jahre	96	98	97	99	97	95	98	
	über 30 Jahre	98	98	98	99	99	99	98	

Kontakte zu Ausländern in der Nachbarschaft
(Angaben in % der Befragten)

West			1991	1992	1993	1994	1995	1996
ja, Kontakte			32	34	37	39	40	36
nein, keine Kontakte			68	66	63	61	60	64
<i>n</i>			2024	2040	2015	2092	2126	2017
ja, Kontakte	Alter	18-29 Jahre	35	40	41	52	41	44
		30-44 Jahre	35	36	39	45	47	44
		45-59 Jahre	33	33	37	34	35	32
		60 Jahre u. älter	26	28	32	27	34	25
	Geschlecht	männlich	31	34	36	41	41	37
		weiblich	32	35	38	37	38	35
	Bildung	Volks-/Hauptschule	32	35	37	34	39	35
		Mittlere Reife	28	33	38	39	36	35
		Abitur	37	36	36	46	42	38
	Gemeindetyp	Kernstädte	40	46	46	47	47	47
		Ober-/Mittelzentren	32	31	35	35	40	34
		sonstige Gemeinden	20	22	28	32	28	23

Ost			1991	1992	1993	1994	1995	1996
ja, Kontakte			12	7	5	5	6	7
nein, keine Kontakte			88	93	95	95	94	93
<i>n</i>			2179	1957	2116	2114	2101	2105
ja, Kontakte	Alter	18-29 Jahre	15	9	6	8	8	9
		30-44 Jahre	11	9	6	5	8	10
		45-59 Jahre	12	7	5	5	6	7
		60 Jahre u. älter	9	5	3	3	3	4
	Geschlecht	männlich	11	8	6	4	6	8
		weiblich	13	7	4	5	6	7
	Bildung	Volks-/Hauptschule	11	7	3	4	3	4
		Mittlere Reife	10	7	6	4	8	8
		Abitur	20	10	7	8	8	10
	Gemeindetyp	Kernstädte	15	10	8	10	8	14
		Ober-/Mittelzentren	12	9	4	2	7	7
		sonstige Gemeinden	9	4	4	3	4	3

Deutschland			1991	1992	1993	1994	1995	1996
ja, Kontakte			28	29	31	32	33	31
nein, keine Kontakte			72	71	69	68	67	69
<i>n</i>			4203	3997	4131	4206	4227	4122
ja, Kontakte	Alter	18-29 Jahre	30	35	36	45	35	38
		30-44 Jahre	30	31	32	38	40	38
		45-59 Jahre	28	28	30	28	29	27
		60 Jahre u. älter	24	24	26	22	27	21
	Geschlecht	männlich	27	28	30	34	34	31
		weiblich	29	30	31	31	32	30
	Bildung	Volks-/Hauptschule	29	31	32	30	33	31
		Mittlere Reife	22	25	28	30	29	28
		Abitur	34	32	30	39	36	33
	Gemeindetyp	Kernstädte	36	41	40	41	41	42
		Ober-/Mittelzentren	30	27	30	30	34	30
		sonstige Gemeinden	17	18	22	25	22	17

1997	1999	2000	2001	2002	2003	2004
38	36	34	39	39	27	38
62	64	66	61	61	73	62
2138	2258	1994	1837	1870	1887	1897
48	42	42	47	52	31	49
40	35	37	45	41	29	43
33	36	39	37	45	28	37
31	33	25	31	28	22	30
38	37	33	38	38	28	39
38	35	35	40	39	26	37
36	34	32	39	36	27	36
40	37	33	40	39	28	37
39	37	38	37	44	26	43
52	46	42	45	45	34	41
34	36	32	39	39	23	36
27	29	26	31	31	23	36

1997	1999	2000	2001	2002	2003	2004
5	12	15	18	17	7	20
95	88	85	82	83	93	80
2143	2524	2063	1987	1982	2063	2014
6	16	21	29	27	9	26
8	12	20	22	21	7	24
4	12	16	16	17	5	22
3	11	8	14	10	9	13
6	14	15	17	17	9	23
5	10	15	19	17	6	19
3	8	9	15	9	6	15
6	11	16	18	17	6	19
7	17	20	23	25	10	25
9	23	22	28	24	13	25
6	12	14	18	15	9	22
3	8	11	11	13	3	17

1997	1999	2000	2001	2002	2003	2004
31	31	30	35	35	23	35
69	69	70	65	65	77	65
4281	4782	4057	3824	3852	3950	3911
42	37	38	43	48	29	45
34	31	34	41	38	25	39
26	31	34	32	39	23	34
25	29	22	28	24	19	28
31	33	30	34	35	24	36
31	30	31	36	34	22	34
31	30	29	36	33	24	34
30	30	29	34	33	22	32
33	34	34	35	39	22	38
44	42	39	43	42	31	38
29	32	29	35	35	20	33
21	25	23	27	26	18	32

Einstellung zum Zusammenleben mit Ausländern (Integrationsbereitschaft)
(Angaben in % der Befragten)

West			1990	1991	1992	1993	1994	1995
gut, zusammen zu leben			39	42	39	60	49	55
ist mir egal			37	37	38	29	36	33
besser, getrennt zu leben			23	21	24	10	15	12
<i>n</i>			2044	2013	2050	2001	2092	2126
gut, zusammen zu leben	Alter	18-29 Jahre	53	52	48	68	60	64
		30-44 Jahre	45	46	44	66	56	62
45-59 Jahre		34	38	33	59	44	50	
60 Jahre u. älter		25	34	29	49	39	46	
Geschlecht	männlich	38	43	38	59	48	55	
	weiblich	40	42	39	60	50	55	
Bildung	Volks-/Hauptschule	28	35	30	54	40	48	
	Mittlere Reife	45	40	43	63	54	57	
	Abitur	59	63	55	73	67	71	
Gemeindetyp	Kernstädte	41	48	48	68	57	64	
	Ober-/Mittelzentren	39	39	35	55	45	51	
	sonstige Gemeinden	36	38	30	56	45	48	
Kontakte zu Ausländern	ja		60	58	73	64	72	
	nein		34	28	52	40	44	

Ost			1990	1991	1992	1993	1994	1995
gut, zusammen zu leben			22	28	23	32	30	26
ist mir egal			50	45	42	46	47	49
besser, getrennt zu leben			28	26	35	22	24	25
<i>n</i>			1986	2182	1941	2123	2125	2117
gut, zusammen zu leben	Alter	18-29 Jahre	27	29	26	40	33	31
		30-44 Jahre	25	32	24	34	32	30
45-59 Jahre		18	26	22	30	27	23	
60 Jahre u. älter		16	25	21	27	28	23	
Geschlecht	männlich	21	27	23	31	30	26	
	weiblich	22	30	23	32	30	26	
Bildung	Volks-/Hauptschule	16	24	21	23	25	23	
	Mittlere Reife	20	28	21	32	27	26	
	Abitur	38	43	36	47	48	36	
Gemeindetyp	Kernstädte	34	34	33	41	39	31	
	Ober-/Mittelzentren	17	30	24	31	29	25	
	sonstige Gemeinden	17	24	17	25	24	23	
Kontakte zu Ausländern	ja		29	39	73	65	51	
	nein		28	22	29	28	25	

Deutschland			1990	1991	1992	1993	1994	1995
gut, zusammen zu leben			36	39	35	54	45	49
ist mir egal			40	39	38	33	38	36
besser, getrennt zu leben			24	22	26	13	16	14
<i>n</i>			4030	4195	3991	4124	4217	4243
gut, zusammen zu leben	Alter	18-29 Jahre	47	46	44	64	56	58
		30-44 Jahre	40	43	40	59	51	56
45-59 Jahre		30	36	31	52	40	44	
60 Jahre u. älter		23	32	27	45	37	41	
Geschlecht	männlich	34	39	35	54	45	49	
	weiblich	37	39	36	55	46	50	
Bildung	Volks-/Hauptschule	27	33	28	50	38	44	
	Mittlere Reife	36	37	36	55	47	48	
	Abitur	55	60	52	67	64	65	
Gemeindetyp	Kernstädte	39	45	46	64	54	58	
	Ober-/Mittelzentren	36	37	33	51	42	47	
	sonstige Gemeinden	31	34	27	48	39	41	
Kontakte zu Ausländern	ja		57	57	73	64	71	
	nein		32	27	46	36	39	

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
46	45	52	58	62	66	55	57	63
36	38	29	35	27	24	32	31	24
18	17	19	7	11	10	12	12	13
1968	2143	1475	2283	1978	1882	1866	1896	1927
59	56	65	60	67	68	63	68	67
52	52	56	62	66	71	60	62	67
48	40	49	60	62	66	58	54	65
31	31	42	52	57	60	46	51	56
46	44	52	57	63	64	55	57	63
46	46	51	60	61	68	55	58	63
40	38	45	51	57	61	47	50	57
47	48	54	57	61	69	59	58	65
64	61	60	70	78	74	69	70	74
50	51	51	66	71	67	63	63	63
46	41	58	53	58	66	50	55	61
41	43	47	57	58	65	53	52	65
65	61		73	80	81	71	73	77
35	35		50	53	55	44	51	53

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
23	23	34	40	39	43	30	30	40
45	46	41	45	48	43	50	54	45
32	31	25	16	14	14	20	17	15
2093	2155	955	2401	1991	1921	1915	2032	1987
31	26	42	43	45	45	39	37	40
24	27	34	36	43	45	30	29	38
21	21	32	43	36	40	29	29	38
20	22	33	40	34	41	27	28	43
22	22	33	41	36	43	31	32	41
24	25	35	39	40	42	29	28	39
19	17	29	31	32	36	20	19	28
20	22	31	36	36	39	27	26	33
38	39	49	54	53	56	47	47	58
26	32	42	50	48	49	36	40	51
22	21	36	41	35	42	33	29	38
22	20	26	35	35	37	23	23	33
49	48		61	62	62	52	53	57
21	22		36	34	38	25	28	35

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
42	41	49	55	58	62	50	52	59
38	40	32	36	31	28	36	35	28
20	20	19	8	11	10	14	13	13
4061	4298	2430	4684	3969	3803	3781	3928	3914
54	52	63	57	64	64	60	64	62
47	48	52	58	62	67	54	56	62
42	36	45	56	57	61	52	48	60
29	29	42	49	53	57	43	46	55
41	39	49	54	59	60	52	52	60
42	42	49	56	57	63	50	52	59
37	35	42	48	54	58	44	47	55
40	40	49	52	55	61	50	50	57
59	57	59	67	72	71	64	65	70
46	48	51	64	68	65	59	59	61
42	38	53	51	54	62	48	51	58
36	37	41	52	53	59	46	45	58
64	60		72	78	79	69	72	75
32	32		47	49	51	40	45	50

Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern im Wohngebiet
(Angaben in % der Befragten)

West			1993	1995	1996	1998	1999	2000
sehr gutes Verhältnis			50	34	30	28	39	32
normales Verhältnis			45	60	62	65	56	63
Reibereien			5	6	9	6	6	6
<i>n</i>			985	987	900	939	1249	1326
sehr gutes bzw. normales Verhältnis	Alter	18-29 Jahre	94	94	93	93	93	96
		30-44 Jahre	94	95	89	94	95	94
		45-59 Jahre	95	93	93	92	93	96
		60 Jahre u. älter	96	93	92	94	96	94
Geschlecht	männlich	95	94	92	95	94	96	
	weiblich	95	94	91	93	94	94	
Bildung	Volks-/Hauptschule	96	94	92	93	93	93	
	Mittlere Reife	95	93	89	93	94	95	
	Abitur	93	95	94	97	95	97	
Gemeindetyp	Kernstädte	93	94	91	92	93	94	
	Ober-/Mittelzentren	96	94	88	94	94	95	
	sonstige Gemeinden	96	92	97	96	95	96	

Ost			1993	1995	1996	1998	1999	2000
sehr gutes Verhältnis			33	23	21	26	31	23
normales Verhältnis			56	67	59	66	58	66
Reibereien			11	11	20	8	11	10
<i>n</i>			225	266	307	269	610	691
sehr gutes bzw. normales Verhältnis	Alter	18-29 Jahre	86	88	69	91	83	83
		30-44 Jahre	89	90	77	96	89	90
		45-59 Jahre	89	89	88	86	90	92
		60 Jahre u. älter	93	90	90	94	91	92
Geschlecht	männlich	89	90	83	95	89	91	
	weiblich	89	89	78	89	89	88	
Bildung	Volks-/Hauptschule	94	97	89	90	91	93	
	Mittlere Reife	84	86	73	92	89	87	
	Abitur	94	93	88	94	88	91	
Gemeindetyp	Kernstädte	86	86	83	93	88	90	
	Ober-/Mittelzentren	88	93	72	89	86	85	
	sonstige Gemeinden	96	93	88	100	93	97	

Deutschland			1993	1995	1996	1998	1999	2000
sehr gutes Verhältnis			49	33	29	29	38	31
normales Verhältnis			45	60	61	65	56	63
Reibereien			5	7	9	6	6	6
<i>n</i>			1210	1253	1207	1208	1859	2017
sehr gutes bzw. normales Verhältnis	Alter	18-29 Jahre	93	94	92	95	92	94
		30-44 Jahre	94	94	88	96	94	93
		45-59 Jahre	95	93	92	92	92	96
		60 Jahre u. älter	96	92	92	95	95	94
Geschlecht	männlich	95	94	92	95	94	95	
	weiblich	95	93	90	93	94	93	
Bildung	Volks-/Hauptschule	96	94	92	93	93	93	
	Mittlere Reife	94	92	87	94	94	94	
	Abitur	93	94	93	98	94	96	
Gemeindetyp	Kernstädte	93	93	91	94	92	93	
	Ober-/Mittelzentren	96	94	87	94	94	94	
	sonstige Gemeinden	96	92	97	96	95	96	

2001	2002	2003	2004
42	36	32	37
52	58	62	58
6	6	6	5
1380	1289	1233	1425
91	92	90	96
94	95	95	93
95	94	92	95
96	95	96	96
94	95	94	96
95	94	95	94
93	93	93	95
95	96	94	95
97	95	97	95
94	93	91	93
94	95	97	97
96	95	95	95

2001	2002	2003	2004
17	28	28	18
72	63	56	69
11	8	16	12
897	592	685	847
78	91	77	80
88	88	79	87
90	91	84	88
95	96	92	94
88	94	88	91
90	90	81	85
90	91	86	86
88	90	83	87
91	94	85	91
90	93	83	90
86	88	82	83
93	94	90	90

2001	2002	2003	2004
40	36	32	36
54	59	61	59
6	6	7	6
2277	1881	1918	2272
90	92	89	93
93	94	93	93
94	94	91	94
96	95	96	95
94	95	93	95
94	93	93	94
93	93	93	94
94	95	92	94
96	95	95	94
94	93	90	92
93	94	96	96
95	95	94	95

Exkurs: Die Ausländerumfrage des Instituts MARPLAN**Kontakte zu Deutschen in der Nachbarschaft**
(Angaben in % der Befragten)

West			1991	1992	1993	1994	1995	1996
ja, Kontakte			87	87	89	87	87	88
nein, keine Kontakte			13	13	11	13	13	12
<i>n</i>			2082	2083	2046	2113	2000	2010
ja, Kontakte	Alter	18-29 Jahre	87	87	87	86	89	88
		30-44 Jahre	85	86	91	89	85	88
45-59 Jahre		88	87	90	88	84	91	
60 Jahre und älter		90	93	86	81	87	78	
Geschlecht	männlich	87	87	90	88	88	88	
	weiblich	87	86	89	87	85	89	
Bildung	Hauptschule	89	92	92	88	92	92	
	Mittlere Reife	98	96	96	98	93	93	
	Abitur	100	100	94	99	97	97	
	Hochschule (Studium)	77	95	100	100	100	100	
Gemeindetyp	Kernstädte	88	89	87	89	87	91	
	Ober-/Mittelzentren	88	84	93	87	87	87	
	sonst. Gemeinden	80	87	90	86	83	92	

Einstellung zum Zusammenleben mit Deutschen (Integrationsbereitschaft)
(Angaben in % der Befragten)

West			1991	1992	1993	1994	1995	1996
gut, zusammen zu leben			78	70	84	77	74	75
ist mir egal			13	13	7	12	12	12
besser, getrennt zu leben			9	17	9	10	14	13
<i>n</i>			1868	1902	1906	1941	1818	1859
gut, zusammen zu leben	Alter	18-29 Jahre	84	72	86	79	79	80
		30-44 Jahre	76	68	85	79	72	73
		45-59 Jahre	71	67	81	73	67	71
		60 Jahre und älter	76	73	81	79	90	72
Geschlecht	männlich	78	70	83	78	75	75	
	weiblich	78	68	86	77	73	76	
Bildung	Hauptschule	86	75	89	80	84	81	
	Mittlere Reife	94	80	92	83	84	93	
	Abitur	93	83	93	84	77	93	
	Hochschule (Studium)	69	100	100	92	100	100	
Gemeindetyp	Kernstädte	78	70	82	74	74	77	
	Ober-/Mittelzentren	78	68	88	81	76	74	
	sonst. Gemeinden	77	71	82	89	66	76	

Verhältnis zwischen Ausländern und Deutschen im Wohngebiet
(Angaben in % der Befragten)

West			1991	1992	1993	1994	1995	1996
sehr gutes Verhältnis			28	25	25	23	29	29
normales Verhältnis			61	61	62	63	58	59
Reibereien			12	14	12	14	13	12
<i>n</i>			1868	1947	1920	1965	1827	1876
sehr gutes bzw. normales Verhältnis	Alter	18-29 Jahre	91	86	88	86	90	89
		30-44 Jahre	87	85	86	87	86	86
		45-59 Jahre	87	86	90	85	85	89
		60 Jahre und älter	83	93	81	87	79	89
Geschlecht	männlich	88	86	87	87	88	87	
	weiblich	88	86	88	86	86	90	
Bildung	Hauptschule	91	90	88	88	89	91	
	Mittlere Reife	93	97	96	92	94	97	
	Abitur	94	88	88	93	95	90	
	Hochschule (Studium)	77	85	93	92	100	100	
Gemeindetyp	Kernstädte	86	83	86	85	85	89	
	Ober-/Mittelzentren	94	91	91	91	91	88	
	sonst. Gemeinden	85	81	86	82	84	85	

1997	1999		
85	84		
15	16		
<i>1999</i>	<i>2017</i>		
85	84		
88	82		
81	89		
80	74		
85	83		
84	85		
91	89		
89	90		
100	87		
95	75		
88	88		
81	84		
83	69		

1997	1999	2000	2002
72	74	72	72
17	15	15	15
12	11	13	14
<i>1811</i>	<i>1825</i>	<i>1833</i>	<i>1870</i>
76	73	76	75
69	74	71	72
68	76	68	69
69	63	80	66
75	74	71	71
67	74	74	73
76	75	70	69
86	85	84	88
91	85	83	89
82	95	83	91
77	78	75	78
69	71	72	66
60	65	60	67

1997	1999	2000	2002
26	23	21	24
61	64	62	64
13	13	17	12
<i>1826</i>	<i>1869</i>	<i>1922</i>	<i>1927</i>
89	85	83	89
85	89	83	87
85	87	83	86
90	91	89	87
85	86	82	87
90	87	85	88
89	88	75	88
96	91	93	97
93	94	91	94
100	79	100	100
89	87	88	89
88	87	80	85
77	84	75	90

Einschätzung der aktuellen persönlichen wirtschaftlichen Lage
(Angaben in % der Befragten)

West			1990	1991	1992	1993	1994	1995
gut	(Skalenwerte 1, 2)		63	61	60	58	56	57
teils, teils	(Skalenwert 3)		30	32	33	34	36	34
schlecht	(Skalenwerte 4, 5)		7	7	7	9	8	9
<i>n</i>			2037	2022	2057	2013	2060	2133
gut	Alter	18-29 Jahre	48	52	49	50	45	50
		30-44 Jahre	69	61	61	59	56	54
		45-59 Jahre	69	65	67	60	61	62
		60 Jahre u. älter	65	64	63	60	59	60
	Geschlecht	männlich	66	62	61	57	58	56
		weiblich	60	60	59	58	54	58
	Bildung	Volks-/Hauptschule	62	58	57	53	53	53
		Mittlere Reife	70	68	65	65	64	63
		Abitur	59	64	62	63	56	63
	Erwerbstätigkeit	ja	69	65	63	61	58	61
		nein	57	56	57	54	54	53
	Haushaltsgröße	1 Person	48	50	52	50	45	48
		2 Personen	68	66	65	60	62	63
		3 Personen	65	66	62	60	62	57
		4 u.m. Personen	70	65	60	63	55	57
	Gemeindetyp	Kernstädte	59	55	53	56	51	54
		Ober-/Mittelzentren	63	61	63	56	55	61
		sonstige Gemeinden	66	69	66	60	63	57

Ost			1990	1991	1992	1993	1994	1995
gut	(Skalenwerte 1, 2)		33	35	41	41	46	53
teils, teils	(Skalenwert 3)		52	51	45	45	40	37
schlecht	(Skalenwerte 4, 5)		15	14	14	13	13	10
<i>n</i>			1973	2174	1961	2129	2116	2124
gut	Alter	18-29 Jahre	28	36	36	41	51	45
		30-44 Jahre	38	39	46	41	42	51
		45-59 Jahre	33	34	38	37	39	47
		60 Jahre u. älter	30	29	41	45	54	63
	Geschlecht	männlich	33	37	41	42	50	55
		weiblich	32	33	40	41	43	50
	Bildung	Volks-/Hauptschule	30	29	40	38	46	51
		Mittlere Reife	34	39	40	39	46	51
		Abitur	38	41	52	53	52	63
	Erwerbstätigkeit	ja	39	43	52	50	53	62
		nein	22	24	30	34	41	45
	Haushaltsgröße	1 Person	29	31	39	37	46	52
		2 Personen	31	33	38	42	46	56
		3 Personen	33	33	45	42	49	47
		4 u.m. Personen	37	46	43	44	45	52
	Gemeindetyp	Kernstädte	33	35	44	44	45	51
		Ober-/Mittelzentren	33	31	37	39	44	52
		sonstige Gemeinden	32	38	41	41	49	54

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
52	51	57	66	64	61	52	47	50
38	39	36	29	30	32	32	39	36
9	11	7	5	6	7	15	15	14
2009	2128	1460	2356	2012	1890	1895	1922	1932
43	44	42	58	48	45	33	33	34
49	51	57	66	59	60	47	46	44
59	53	66	69	70	64	56	47	52
56	53	58	67	70	67	62	53	59
53	54	58	67	64	62	52	49	51
52	48	56	65	64	61	52	45	49
47	46	51	58	60	54	44	39	42
62	55	61	68	68	69	60	52	54
58	58	64	74	68	70	63	58	64
58	55	62	68	65	63	54	50	50
48	46	52	63	63	59	51	44	49
46	45	48	59	54	52	43	40	42
56	55	62	69	71	67	60	51	57
55	51	59	68	64	65	51	47	46
53	50	58	66	64	61	50	46	48
48	48	52	63	61	62	57	45	48
51	53	61	67	64	59	48	48	48
59	50	64	67	67	64	53	47	53

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
48	43	53	58	54	54	44	42	47
40	43	38	35	36	34	42	41	38
12	14	10	7	10	12	15	16	15
2102	2143	958	2532	2065	1992	1979	2069	2031
34	33	34	60	45	47	33	32	39
52	38	55	55	53	49	44	41	46
48	35	46	55	48	49	35	40	44
51	57	63	61	62	63	52	48	54
49	46	56	59	55	54	45	44	50
46	41	50	57	53	53	42	41	44
44	43	48	52	52	51	42	43	43
48	39	52	56	50	48	39	36	43
59	57	62	65	64	65	54	51	57
60	48	64	64	60	59	49	51	56
37	40	46	50	48	49	39	35	37
44	38	46	55	52	53	42	39	46
51	48	56	59	57	58	46	43	51
45	45	52	60	54	49	40	42	47
48	37	55	54	50	49	45	44	40
40	42	47	55	55	58	44	42	51
52	39	53	56	54	49	45	43	47
50	47	57	59	52	54	41	42	44

Einschätzung der aktuellen persönlichen wirtschaftlichen Lage
(Angaben in % der Befragten)

Deutschland			1990	1991	1992	1993	1994	1995
gut	(Skalenwerte 1, 2)		57	56	56	54	54	56
teils, teils	(Skalenwert 3)		34	36	35	36	37	34
schlecht	(Skalenwerte 4, 5)		9	8	9	10	9	10
<i>n</i>			4010	4196	4018	4142	4176	4257
gut	Alter	18-29 Jahre	44	49	47	48	46	49
		30-44 Jahre	63	57	58	56	54	53
		45-59 Jahre	61	58	61	55	56	59
		60 Jahre u. älter	60	59	58	57	58	61
	Geschlecht	männlich	59	58	57	54	56	56
		weiblich	55	55	56	55	52	56
	Bildung	Volks-/Hauptschule	59	54	55	51	52	53
		Mittlere Reife	58	59	58	58	59	60
		Abitur	56	61	61	61	55	63
	Erwerbstätigkeit	ja	62	61	61	59	57	61
		nein	52	51	51	50	51	51
	Haushaltsgröße	1 Person	46	47	50	48	45	49
		2 Personen	62	59	60	56	58	62
		3 Personen	57	58	58	56	59	55
		4 u.m. Personen	62	61	56	59	53	56
	Gemeindetyp	Kernstädte	55	53	52	55	50	53
		Ober-/Mittelzentren	58	56	59	54	53	59
		sonstige Gemeinden	58	61	60	55	59	56

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
51	49	58	64	62	60	51	46	49
39	40	35	30	31	33	34	39	37
10	11	7	6	7	7	15	15	14
4111	4271	2418	4888	4077	3882	3874	3991	3963
41	43	42	58	47	46	33	33	35
50	49	59	64	58	58	46	45	44
57	49	63	66	66	61	52	45	50
55	54	61	66	69	66	60	52	58
52	52	60	65	62	60	51	48	51
51	47	56	64	62	60	50	44	48
46	46	52	57	59	54	44	39	42
59	51	61	65	63	63	54	48	51
58	57	64	73	67	69	61	57	62
59	54	64	67	64	62	53	50	52
46	45	53	61	60	58	49	42	47
46	44	49	59	53	52	43	40	43
55	54	62	67	68	65	58	49	56
52	49	60	66	62	62	49	47	46
52	48	59	64	61	59	49	45	47
47	47	54	62	60	61	56	45	48
51	51	59	65	62	57	48	47	48
57	50	62	65	63	62	50	46	51

Einschätzung der Sicherheit des Arbeitsplatzes
(Angaben in % der Erwerbstätigen)

West			1990	1991	1992	1993	1994	1995
sehr sicher			44	43	33	36	38	33
eher sicher			49	46	56	47	47	51
eher unsicher			5	8	8	14	11	13
sehr unsicher, befristeter Vertrag			2	3	2	4	4	4
<i>n</i>			925	1043	1085	926	926	1040
sicher (sehr sicher, eher sicher)	Alter	18-29 Jahre	91	94	90	87	88	82
		30-44 Jahre	95	89	90	85	87	85
		45-59 Jahre	94	90	91	84	85	85
		60 Jahre u. älter	100	90	90	61	100	95
Geschlecht	männlich	94	90	91	84	88	85	
	weiblich	93	90	90	85	85	84	
Bildung	Volks-/Hauptschule	92	88	88	81	83	83	
	Mittlere Reife	95	92	91	87	89	87	
	Abitur	94	93	94	90	91	90	
Haushaltsgröße	1 Person	90	91	91	86	86	85	
	2 Personen	92	90	91	84	87	87	
	3 Personen	96	90	90	83	87	85	
	4 u.m. Personen	95	91	89	87	88	81	
Gemeindetyp	Kernstädte	93	89	89	89	85	83	
	Ober-/Mittelzentren	94	91	92	81	87	85	
	sonstige Gemeinden	94	91	89	84	89	87	

Ost			1990	1991	1992	1993	1994	1995
sehr sicher			8	12	12	14	12	13
eher sicher			35	45	48	44	52	53
eher unsicher			36	31	30	29	27	27
sehr unsicher, befristeter Vertrag			21	12	10	13	9	8
<i>n</i>			1173	1198	898	891	835	881
sicher (sehr sicher, eher sicher)	Alter	18-29 Jahre	48	62	61	64	75	71
		30-44 Jahre	46	61	68	61	68	71
		45-59 Jahre	35	50	54	55	60	60
		60 Jahre u. älter	44	62	50	58	72	91
Geschlecht	männlich	46	64	64	64	72	72	
	weiblich	41	51	59	55	62	62	
Bildung	Volks-/Hauptschule	40	54	50	61	65	60	
	Mittlere Reife	41	60	62	56	66	68	
	Abitur	53	61	72	72	74	74	
Haushaltsgröße	1 Person	48	56	61	60	67	69	
	2 Personen	40	54	56	59	65	63	
	3 Personen	43	57	62	60	68	67	
	4 u.m. Personen	45	66	67	60	69	73	
Gemeindetyp	Kernstädte	49	57	67	63	68	72	
	Ober-/Mittelzentren	39	53	58	61	59	63	
	sonstige Gemeinden	44	62	61	56	71	67	

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
24	26	27	46	34	32	29	25	23
55	53	56	39	52	53	50	49	53
17	15	14	12	10	13	16	19	19
5	5	3	3	3	3	5	6	5
874	1003	725	1320	926	899	785	768	779
78	81	80	89	85	86	78	74	67
80	80	84	85	87	84	81	74	78
79	83	88	86	90	85	80	77	79
78	81	91	86	97	90	83	85	83
79	81	85	85	90	85	80	74	77
80	81	85	87	87	86	81	77	77
71	75	78	83	85	78	76	66	68
86	87	88	89	90	89	78	78	77
83	85	88	86	91	92	89	84	87
81	80	81	84	84	83	78	71	81
81	82	87	87	89	87	80	80	76
73	79	88	87	93	88	79	69	72
80	82	82	85	88	82	84	77	78
80	84	84	84	86	88	78	72	78
74	80	87	86	89	84	81	74	76
85	81	84	87	90	84	81	81	77

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
12	11	17	31	18	16	19	17	15
48	48	54	43	51	54	51	51	51
31	32	21	18	22	20	20	24	26
9	8	8	8	9	10	10	8	9
900	781	338	1336	946	900	862	903	1022
60	60	70	82	74	87	74	71	65
62	64	77	76	70	74	75	71	69
63	56	75	70	71	66	68	66	64
52	86	75	74	88	76	76	73	71
63	62	81	75	70	71	73	67	67
61	60	70	75	72	74	72	71	67
53	55	56	62	60	58	66	57	65
59	57	76	74	70	71	69	67	63
74	75	84	80	78	78	81	77	75
51	56	63	72	71	73	72	67	65
64	60	77	74	71	70	72	69	69
65	61	73	74	68	72	70	67	69
63	66	81	78	74	74	77	72	63
62	57	72	80	71	74	77	66	72
60	59	72	73	74	71	70	67	62
64	66	81	74	68	71	71	72	66

Einschätzung der Sicherheit des Arbeitsplatzes
(Angaben in % der Erwerbstätigen)

Deutschland			1990	1991	1992	1993	1994	1995
sehr sicher			35	37	30	32	34	29
eher sicher			46	45	54	46	48	51
eher unsicher			13	13	12	16	13	15
sehr unsicher, befristeter Vertrag			6	5	4	5	5	4
<i>n</i>			2098	2241	1983	1817	1761	1921
sicher (sehr sicher, eher sicher)	Alter	18-29 Jahre	81	87	85	83	87	80
		30-44 Jahre	82	83	86	80	83	83
45-59 Jahre		79	82	85	79	80	81	
60 Jahre u. älter		86	86	87	61	97	94	
Geschlecht	männlich	83	86	87	81	86	83	
	weiblich	79	81	84	80	81	81	
Bildung	Volks-/Hauptschule	87	84	85	79	82	81	
	Mittlere Reife	74	82	84	79	83	82	
	Abitur	85	88	90	86	88	87	
Haushaltsgröße	1 Person	84	86	88	83	84	83	
	2 Personen	82	84	86	80	84	84	
	3 Personen	82	81	83	78	83	81	
	4 u.m. Personen	78	85	84	80	84	79	
Gemeindetyp	Kernstädte	84	84	86	85	83	82	
	Ober-/Mittelzentren	81	85	88	78	83	82	
	sonstige Gemeinden	79	83	82	78	85	82	

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
21	24	28	43	31	29	27	24	21
54	53	55	40	52	53	50	50	52
19	18	13	13	12	14	17	20	20
6	6	4	4	5	4	6	7	6
1774	1784	1063	2656	1872	1799	1647	1671	1801
75	79	80	88	84	86	77	74	67
77	78	85	83	84	83	80	74	77
76	79	86	83	86	82	78	75	76
75	81	93	84	96	89	81	84	80
76	79	85	84	87	83	79	73	75
76	78	84	84	84	83	79	76	75
70	75	78	81	83	77	75	66	68
80	81	87	85	85	85	76	76	73
81	83	87	85	89	89	87	82	84
78	78	81	83	82	82	77	71	78
78	79	86	85	86	84	78	79	75
70	76	87	84	88	85	77	69	71
76	80	85	84	85	81	83	77	76
78	81	86	83	84	87	78	71	77
72	78	84	84	86	82	79	74	74
80	79	83	84	85	82	78	79	74

Umzugsabsichten in den nächsten zwei Jahren
(Angaben in % der Befragten)

West			1990	1991	1992	1993	1994	1995
ja			7	6	4	6	7	6
möglicherweise			13	11	6	6	7	9
nein			80	83	90	88	86	86
<i>n</i>			2051	2027	2056	2012	2097	2138
ja/möglicher- weise	Alter	18-29 Jahre	45	37	25	30	32	36
		30-44 Jahre	19	21	10	13	17	16
		45-59 Jahre	8	8	5	6	7	7
		60 Jahre u. älter	6	3	2	3	3	4
	Geschlecht	männlich	21	17	10	14	15	14
		weiblich	18	16	10	10	13	15
	Haushaltsgröße	1 Person	23	17	12	14	17	18
		2 Personen	16	12	7	8	11	10
		3 u.m. Personen	21	21	12	14	15	16
	Erwerbstätigkeit	ja	22	20	11	15	18	18
		nein	18	12	9	9	11	11
	Wohnstatus	Mieter	28	23	13	18	20	21
		Eigentümer	8	6	5	5	6	6
	Gemeindetyp	Kernstädte	25	19	11	15	19	18
		Ober-/Mittelzentren	18	16	11	10	11	13
		Sonstige Gemeinden	15	14	8	10	11	11

Ost			1990	1991	1992	1993	1994	1995
ja			11	6	6	7	7	5
möglicherweise			14	12	11	9	8	8
nein			75	82	84	84	85	87
<i>n</i>			1992	2197	1959	2130	2126	2127
ja/möglicher- weise	Alter	18-29 Jahre	51	36	39	37	36	28
		30-44 Jahre	25	18	19	20	20	19
		45-59 Jahre	12	10	9	10	11	7
		60 Jahre u. älter	10	8	5	5	5	6
	Geschlecht	männlich	26	18	17	14	15	13
		weiblich	25	18	16	17	15	13
	Haushaltsgröße	1 Person	25	18	13	13	15	14
		2 Personen	20	14	11	11	11	9
		3 u.m. Personen	28	21	22	21	20	17
	Erwerbstätigkeit	ja	27	20	20	21	20	18
		nein	23	15	13	11	11	9
	Wohnstatus	Mieter	30	22	21	21	22	20
		Eigentümer	7	3	5	5	2	2
	Gemeindetyp	Kernstädte	30	19	21	20	23	16
		Ober-/Mittelzentren	29	20	20	17	19	17
		Sonstige Gemeinden	19	16	11	12	8	8

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
6	7	5	10	5	5	8	7	5
7	11	8	5	11	11	11	11	10
87	82	87	85	84	84	81	82	85
2019	2142	1476	2351	2015	1905	1898	1919	1943
27	40	36	32	40	43	50	48	44
18	21	15	18	23	21	24	24	21
7	9	5	8	10	11	14	10	10
3	6	3	6	4	5	5	6	4
14	20	13	16	16	19	19	19	16
11	17	13	14	16	14	18	17	15
15	21	21	19	18	23	24	22	19
9	15	9	12	11	11	12	14	10
15	19	12	14	20	17	22	20	19
17	22	17	17	21	19	21	21	18
9	14	9	11	12	14	17	16	13
18	27	21	24	27	27	32	31	27
5	7	4	6	5	4	4	4	4
15	23	17	20	21	23	23	23	20
13	17	9	13	13	16	18	14	14
9	14	9	13	14	9	14	17	12

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
5	7	7	9	10	8	7	8	11
11	10	5	4	10	8	9	10	8
84	83	88	87	81	84	84	81	81
2105	2155	954	2527	2066	1988	1981	2071	2035
39	39	38	33	53	45	50	48	52
17	25	11	16	21	22	21	23	18
9	13	8	9	14	12	9	15	15
8	5	6	6	10	7	7	8	8
18	16	10	14	20	17	17	19	19
15	18	13	12	19	16	15	19	19
12	17	11	16	20	20	16	24	22
11	14	11	10	18	13	13	16	17
23	20	15	14	21	18	19	19	19
18	21	13	16	21	18	20	20	20
15	14	11	10	18	15	13	17	18
22	25	20	21	28	26	23	28	28
4	4	2	3	6	5	6	7	7
23	26	19	27	29	25	21	28	26
16	18	13	18	20	18	18	20	20
12	11	6	7	12	8	11	12	14

Umzugsabsichten in den nächsten zwei Jahren
(Angaben in % der Befragten)

Deutschland			1990	1991	1992	1993	1994	1995
ja			8	6	4	6	7	6
möglicherweise			13	11	7	7	7	9
nein			79	83	88	87	86	86
<i>n</i>			4043	4224	4015	4142	4223	4265
ja/möglicher- weise	Alter	18-29 Jahre	46	36	28	30	33	35
		30-44 Jahre	21	20	12	14	17	17
		45-59 Jahre	9	9	6	7	8	7
		60 Jahre u. älter	6	4	2	3	3	4
	Geschlecht	männlich	22	17	12	14	15	14
		weiblich	20	16	11	12	13	14
	Haushaltsgröße	1 Person	23	17	12	14	16	17
		2 Personen	16	12	8	9	11	10
		3 u.m. Personen	23	20	15	15	16	16
	Erwerbstätigkeit	ja	23	20	13	16	18	18
		nein	19	13	10	10	11	11
	Wohnstatus	Mieter	28	22	15	19	21	21
		Eigentümer	8	6	5	5	5	5
	Gemeindetyp	Kernstädte	26	19	13	16	19	18
		Ober-/Mittelzentren	20	16	13	11	12	13
		Sonstige Gemeinden	16	14	9	11	11	11

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
6	7	6	9	6	6	8	8	6
7	11	8	5	10	11	10	11	10
87	82	86	86	83	84	82	82	84
4124	4297	2430	4878	4081	3893	3879	3990	3978
29	40	40	32	42	44	50	48	45
18	21	15	18	23	21	23	23	20
7	10	6	9	11	11	13	11	11
4	6	4	6	5	5	5	6	4
15	19	14	15	17	19	19	19	16
12	17	14	13	16	15	17	17	16
14	20	21	18	18	22	22	22	20
9	15	10	12	12	12	12	14	11
17	19	13	14	20	17	21	20	19
17	22	18	17	21	19	21	21	18
10	14	10	11	13	14	16	16	14
19	26	24	24	27	27	30	30	27
5	6	4	5	5	4	5	5	4
16	24	20	21	22	23	22	24	21
14	17	10	13	15	17	18	15	15
10	13	8	11	13	9	13	16	13

Umzugsgründe, Motive – West
(Angaben in % der Umzugswilligen)

West			1990	1991	1992	1993	1994	1995
Wohnung			35	27	21	23	21	23
berufliche Gründe			27	20	22	19	22	25
private Gründe			22	30	36	18	25	28
Erwerb von Wohneigentum			6	8	11	7	12	10
sonstige Gründe			10	15	11	34	20	15
n			401	323	200	236	268	278
Wohnung	Alter	18-29 Jahre	29	19	16	23	16	14
		30-44 Jahre	45	37	27	28	25	28
		45-59 Jahre	43	32	30	4	33	35
		60 Jahre u. älter	32	18	22	27	12	30
		berufliche Gründe	36	25	28	19	31	34
private Gründe	Alter	30-44 Jahre	18	15	18	17	18	25
		45-59 Jahre	17	24	4	21	4	6
		60 Jahre u. älter				20		
		Erwerb von Wohneigentum	24	40	41	26	30	39
private Gründe	Alter	18-29 Jahre	13	21	27	13	19	15
		30-44 Jahre	9	13	26	4	22	15
		45-59 Jahre	55	47	56		35	40
		60 Jahre u. älter	4	5	8	7	2	3
Erwerb von Wohneigentum	Alter	18-29 Jahre	15	13	16	7	19	16
		30-44 Jahre		8	13	8	30	18
		45-59 Jahre				7	18	10
		60 Jahre u. älter						
Wohnung	Geschlecht	männlich	29	24	16	21	16	20
		weiblich	40	31	25	25	25	25
berufliche Gründe	Geschlecht	männlich	30	21	26	14	22	25
		weiblich	24	19	17	24	22	25
private Gründe	Geschlecht	männlich	23	35	37	20	25	25
		weiblich	21	26	35	15	26	30
Erwerb von Wohneigentum	Geschlecht	männlich	7	8	10	9	15	10
		weiblich	6	8	11	4	10	9
Wohnung	Haushaltsgröße	1 Person	35	27	25	24	15	21
		2 Personen	37	35	20	22	21	19
		3 u.m. Personen	33	23	19	22	25	26
berufliche Gründe	Haushaltsgröße	1 Person	32	22	32	23	33	29
		2 Personen	22	14	12	19	17	26
		3 u.m. Personen	27	22	19	15	15	21
private Gründe	Haushaltsgröße	1 Person	19	29	28	8	20	27
		2 Personen	21	21	35	15	24	19
		3 u.m. Personen	25	37	43	28	30	34
Erwerb von Wohneigentum	Haushaltsgröße	1 Person	1	1	3	4	8	6
		2 Personen	8	11	16	5	13	19
		3 u.m. Personen	10	10	14	11	15	8
Wohnung	Erwerbstätigkeit	ja	32	26	25	22	18	22
		nein	37	29	15	24	25	24
berufliche Gründe	Erwerbstätigkeit	ja	24	17	14	18	20	23
		nein	30	25	33	20	24	28
private Gründe	Erwerbstätigkeit	ja	22	32	39	20	29	32
		nein	22	28	32	15	20	20
Erwerb von Wohneigentum	Erwerbstätigkeit	ja	10	11	12	9	17	11
		nein	3	2	8	3	6	8
Wohnung	Wohnstatus	Mieter	38	31	24	26	25	25
		Eigentümer	15	2	8	9	6	12
berufliche Gründe	Wohnstatus	Mieter	25	18	21	18	21	24
		Eigentümer	37	30	24	23	24	29
private Gründe	Wohnstatus	Mieter	20	25	32	13	21	25
		Eigentümer	32	61	53	39	44	38
Erwerb von Wohneigentum	Wohnstatus	Mieter	6	8	12	7	14	10
		Eigentümer	6	4	5	5	7	7
Wohnung	Gemeindetyp	Kernstädte	39	32	23	22	24	32
		Ober-/Mittelzentren	39	20	21	22	19	11
		Sonstige Gemeinden	20	27	16	25	17	17
berufliche Gründe	Gemeindetyp	Kernstädte	22	19	27	21	23	24
		Ober-/Mittelzentren	25	17	14	23	21	28
		Sonstige Gemeinden	40	24	23	10	20	22
private Gründe	Gemeindetyp	Kernstädte	22	24	25	11	21	23
		Ober-/Mittelzentren	20	35	46	20	26	31
		Sonstige Gemeinden	24	36	40	28	32	34
Erwerb von Wohneigentum	Gemeindetyp	Kernstädte	4	9	10	5	10	7
		Ober-/Mittelzentren	8	6	12	9	19	12
		Sonstige Gemeinden	10	7	9	7	11	12

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
32	38	21	26	34	37	31	16	34
18	23	25	20	20	21	22	25	29
21	19	28	22	28	27	26	46	24
14	9	9	20	12	7	11	8	7
15	12	17	13	7	8	10	5	5
243	389	185	333	316	302	346	342	279
29	34	17	19	25	25	22	14	21
36	39	22	30	40	39	39	17	47
26	48	35	21	37	43	35	24	45
33	44	23	33	28	59	35	16	31
30	26	34	33	31	34	35	33	47
13	24	22	12	16	17	21	22	20
10	20	12	21	16	13	5	26	21
		8	8				3	
21	22	35	25	39	34	34	45	28
21	11	21	18	15	22	15	43	16
19	18	18	21	26	26	26	43	16
20	32	38	28	56	28	32	65	54
9	7	4	14	4	4	5	4	3
18	16	15	27	20	10	17	13	12
26	5	12	19	12	9	12	2	8
			14	4	7	10	5	
29	34	15	22	30	36	30	13	31
34	41	25	29	37	38	33	20	37
22	29	29	22	25	19	26	33	33
14	17	23	17	16	23	18	17	26
19	14	30	24	27	26	24	41	21
23	22	26	19	29	28	27	51	27
17	10	6	19	14	9	9	9	10
11	8	10	22	10	5	13	6	5
28	38	18	22	26	31	28	12	31
27	39	24	26	24	43	25	22	30
37	36	22	28	44	38	39	15	40
24	30	24	24	26	21	24	29	32
12	21	20	12	26	23	26	25	24
17	18	31	21	13	18	17	22	31
27	15	31	31	42	36	34	50	30
22	23	31	20	29	17	20	42	30
15	18	22	17	19	25	22	46	17
2	5	6	10	2	2	2	2	4
20	10	10	29	13	9	12	7	9
21	12	10	22	17	11	18	12	7
28	34	20	22	35	29	31	18	29
37	44	24	34	32	47	31	15	40
17	25	25	20	18	21	21	25	31
21	19	26	18	22	19	23	25	28
24	16	32	24	25	31	24	43	25
16	22	21	15	32	22	28	50	24
18	12	9	22	15	10	14	11	12
8	5	8	16	8	4	8	5	1
36	43	24	30	37	40	34	18	38
5	8	7	10	14	12	10	5	14
16	21	23	17	19	19	21	25	28
30	30	39	26	25	29	31	28	40
20	15	27	20	25	25	23	45	21
24	40	36	26	43	44	44	49	43
13	10	9	20	11	7	11	7	8
22	7	7	22	16	12	8	10	3
34	41	20	32	38	38	32	18	34
36	33	27	25	38	36	33	18	36
18	36	15	21	19	33	26	12	34
16	22	26	21	17	17	22	25	29
20	25	24	17	22	21	20	21	23
20	20	23	20	22	29	25	29	38
17	19	25	19	30	28	25	43	26
22	20	30	22	20	27	24	50	27
29	17	42	23	33	25	29	48	20
15	3	11	13	6	6	8	5	6
13	12	5	21	15	7	13	9	11
16	17	4	27	21	10	12	10	4

Umzugsgründe, Motive – Ost
(Angaben in % der Umzugswilligen)

Ost			1990	1991	1992	1993	1994	1995		
Wohnung			39	24	29	32	31	36		
berufliche Gründe			21	17	23	11	10	10		
private Gründe			25	27	23	12	21	17		
Erwerb von Wohneigentum			6	16	15	11	20	20		
sonstige Gründe			9	15	11	34	17	17		
n			498	352	313	328	294	252		
Wohnung	Alter	18-29 Jahre	34	14	25	30	30	35		
		30-44 Jahre	41	28	28	36	35	35		
		45-59 Jahre	47	35	30	30	20	24		
		60 Jahre u. älter	48	41	50	28	38	55		
		berufliche Gründe	18-29 Jahre	24	23	25	12	15	17	
berufliche Gründe		30-44 Jahre	25	17	26	14	11	8		
		45-59 Jahre	9	12	22	6	6	5		
		60 Jahre u. älter	3			3		3		
		private Gründe	18-29 Jahre	31	38	37	21	31	25	
private Gründe		30-44 Jahre	15	15	10	5	10	9		
		45-59 Jahre	23	19	13	6	22	19		
		60 Jahre u. älter	30	31	15	16	25	21		
		Erwerb von Wohneigentum	18-29 Jahre	6	13	6	5	18	13	
Erwerb von Wohneigentum		30-44 Jahre	9	23	27	14	30	26		
		45-59 Jahre	5	19	15	24	17	24		
		60 Jahre u. älter		3	12		3	12		
		Wohnung	Geschlecht	männlich	38	21	31	30	28	32
weiblich	40	27		27	34	33	40			
berufliche Gründe		männlich	23	18	25	11	5	10		
		weiblich	19	16	21	11	14	10		
private Gründe		männlich	21	25	19	15	19	18		
		weiblich	28	29	26	9	23	17		
Erwerb von Wohneigentum		männlich	9	21	13	12	26	23		
		weiblich	4	12	17	11	16	17		
Wohnung	Haushaltsgröße	1 Person	38	22	38	37	32	31		
		2 Personen	45	28	36	24	34	46		
		3 u.m. Personen	37	23	24	35	29	33		
		berufliche Gründe	1 Person	16	16	30	10	13	10	
berufliche Gründe		2 Personen	20	16	21	11	6	7		
		3 u.m. Personen	23	18	22	11	11	11		
		private Gründe	1 Person	32	33	12	16	30	29	
private Gründe		2 Personen	20	30	12	14	19	13		
		3 u.m. Personen	26	24	30	10	19	15		
		Erwerb von Wohneigentum	1 Person	2	7	4	2	8	10	
		2 Personen	3	13	15	10	18	16		
Erwerb von Wohneigentum		3 u.m. Personen	9	21	18	15	26	27		
		Wohnung	Erwerbstätigkeit	ja	42	23	31	35	30	34
		nein		32	26	26	27	32	39	
berufliche Gründe		ja	17	20	22	11	8	10		
		nein	28	12	25	11	13	10		
private Gründe		ja	24	27	23	11	20	16		
		nein	28	28	22	14	22	20		
Erwerb von Wohneigentum		ja	8	19	17	15	27	23		
		nein	4	11	11	6	12	15		
Wohnung	Wohnstatus	Mieter	41	25	32	35	32	37		
		Eigentümer	16			9	6	14		
		berufliche Gründe	Mieter	20	17	22	10	10	10	
		Eigentümer	32	10	31	17	18	14		
private Gründe		Mieter	25	27	21	10	19	15		
		Eigentümer	32	50	46	26	47	64		
Erwerb von Wohneigentum		Mieter	6	16	15	11	21	21		
		Eigentümer	6	10	15	11	12	7		
Wohnung	Gemeindetyp	Kernstädte	39	28	33	37	34	38		
		Ober-/Mittelzentren	42	26	25	24	27	31		
		Sonstige Gemeinden	34	19	29	34	31	42		
		berufliche Gründe	Kernstädte	15	16	22	8	8	4	
berufliche Gründe		Ober-/Mittelzentren	22	19	26	9	14	14		
		Sonstige Gemeinden	26	16	20	15	8	11		
		private Gründe	Kernstädte	31	28	23	10	21	24	
private Gründe		Ober-/Mittelzentren	23	27	20	14	18	9		
		Sonstige Gemeinden	21	27	26	13	26	21		
		Erwerb von Wohneigentum	Kernstädte	4	13	10	11	18	18	
Erwerb von Wohneigentum		Ober-/Mittelzentren	7	13	16	14	21	26		
		Sonstige Gemeinden	9	21	18	10	25	13		

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
29	35	19	29	33	35	33	20	24
14	15	17	17	23	26	25	29	35
33	19	19	21	22	21	24	32	28
14	15	16	18	11	9	9	12	8
10	16	29	15	11	9	9	7	5
333	361	113	319	393	323	317	385	382
15	30	12	18	19	18	20	10	10
39	35	21	33	29	42	32	20	32
36	38	24	40	45	42	48	25	35
43	47	29	26	55	38	50	33	40
21	26	28	28	40	42	41	50	53
13	13	11	17	23	25	27	34	30
10	10	14	10	11	19	9	13	23
2		5	4					5
54	24	23	31	26	24	28	30	27
12	17	14	13	19	13	16	26	25
22	13	10	21	18	15	25	28	27
23	22	24	23	26	48	31	56	40
8	9	19	9	9	9	7	9	6
26	21	14	28	17	13	15	15	9
18	14	24	16	7	6	9	18	7
5	11	5	15	5	2	2	2	12
26	34	19	31	31	33	33	15	24
31	36	20	27	35	36	33	23	25
15	15	17	20	24	31	29	33	37
13	15	17	15	22	22	23	26	34
35	19	17	20	21	20	20	32	25
32	18	20	23	23	22	26	33	30
15	15	19	18	13	12	12	14	8
13	15	14	18	9	7	8	11	7
31	42	38	35	30	40	35	23	21
37	39	17	31	39	35	41	21	30
25	28	14	24	30	30	26	16	22
19	19	5	15	23	26	25	25	41
7	18	24	13	17	12	17	26	27
16	10	16	21	27	35	31	35	38
25	22	19	32	29	23	30	39	35
30	15	15	20	20	30	25	33	24
37	20	22	16	19	14	19	26	25
4	4	5	1	4	2	5	4	1
15	13	7	18	10	9	7	13	12
16	23	27	27	16	15	14	18	9
26	34	20	30	35	37	33	18	26
32	36	19	25	31	33	32	22	23
15	15	9	17	18	23	20	29	28
14	15	22	17	27	29	31	29	43
29	16	7	22	18	16	25	27	30
38	21	27	21	26	26	22	36	25
23	19	33	20	14	15	14	18	11
4	11	4	16	8	4	3	5	3
31	38	21	31	36	39	38	23	28
4	12		3	10	8	2	5	5
14	14	17	15	20	22	21	24	34
20	24	13	39	40	50	53	48	43
31	16	17	20	20	20	21	32	25
60	42	38	33	40	25	36	40	40
15	15	15	18	11	9	10	13	8
4	15	25	18	10	13	4	7	5
35	43	19	29	37	40	41	19	26
24	37	15	30	33	34	33	21	31
24	23	29	25	26	22	22	20	15
10	15	21	17	17	20	18	23	32
17	14	5	12	23	27	28	26	34
18	16	29	23	31	35	31	39	41
34	11	19	19	20	19	26	32	27
28	18	18	18	21	23	20	36	27
38	29	19	25	28	22	26	28	30
10	14	11	13	9	7	3	13	6
20	15	26	23	11	8	10	11	7
12	15	10	20	13	18	18	11	11

Umzugsgründe, Motive – Deutschland
(Angaben in % der Umzugswilligen)

Deutschland			1990	1991	1992	1993	1994	1995
Wohnung			36	26	24	25	23	24
berufliche Gründe			25	19	22	17	19	23
private Gründe			23	30	32	16	25	26
Erwerb von Wohneigentum			7	9	12	8	14	11
sonstige Gründe			9	15	10	34	19	15
<i>n</i>			899	675	513	564	562	530
Wohnung	Alter	18-29 Jahre	30	18	18	24	18	17
		30-44 Jahre	44	36	28	30	27	29
		45-59 Jahre	47	32	31	13	28	33
		60 Jahre u. älter	37	22	34	28	19	37
berufliche Gründe		18-29 Jahre	34	24	28	18	29	32
		30-44 Jahre	20	16	20	16	17	22
		45-59 Jahre	14	21	11	16	4	6
		60 Jahre u. älter	1			14		1
private Gründe		18-29 Jahre	25	40	40	25	30	37
		30-44 Jahre	14	19	21	11	18	14
		45-59 Jahre	11	14	23	5	23	16
		60 Jahre u. älter	48	44	41	5	31	35
Erwerb von Wohneigentum		18-29 Jahre	5	6	7	7	5	4
		30-44 Jahre	14	15	21	9	21	18
		45-59 Jahre	2	10	13	14	26	19
		60 Jahre u. älter		1	5	5	14	11
Wohnung	Geschlecht	männlich	31	23	21	23	18	22
		weiblich	40	30	26	27	27	27
berufliche Gründe		männlich	28	20	26	13	19	22
		weiblich	23	18	18	20	20	23
private Gründe		männlich	23	33	32	20	23	24
		weiblich	22	26	32	14	26	28
Erwerb von Wohneigentum		männlich	8	10	11	10	17	13
		weiblich	6	9	13	6	11	11
Wohnung	Haushaltsgröße	1 Person	37	26	28	26	17	22
		2 Personen	39	33	24	23	24	23
		3 u.m. Personen	34	23	20	26	26	27
berufliche Gründe		1 Person	29	21	32	21	30	27
		2 Personen	21	14	15	17	15	23
		3 u.m. Personen	26	21	19	14	15	20
private Gründe		1 Person	21	30	25	9	22	27
		2 Personen	20	23	28	15	24	18
		3 u.m. Personen	25	33	39	23	27	30
Erwerb von Wohneigentum		1 Person	1	2	3	3	8	6
		2 Personen	7	11	16	6	14	18
		3 u.m. Personen	10	13	15	12	18	11
Wohnung	Erwerbstätigkeit	ja	35	26	27	25	20	23
		nein	37	27	18	25	26	26
berufliche Gründe		ja	22	17	16	16	17	21
		nein	30	23	31	18	22	25
private Gründe		ja	23	31	34	18	28	29
		nein	22	27	29	14	21	21
Erwerb von Wohneigentum		ja	9	12	14	11	19	13
		nein	3	4	8	4	7	9
Wohnung	Wohnstatus	Mieter	39	30	27	28	26	27
		Eigentümer	15	2	6	9	5	12
berufliche Gründe		Mieter	24	18	21	16	18	21
		Eigentümer	36	30	25	22	24	29
private Gründe		Mieter	21	25	29	12	21	23
		Eigentümer	33	60	51	37	44	40
Erwerb von Wohneigentum		Mieter	7	10	13	8	15	13
		Eigentümer	6	5	7	6	7	7
Wohnung	Gemeindetyp	Kernstädte	39	32	27	25	25	32
		Ober-/Mittelzentren	41	21	23	22	21	15
		Sonstige Gemeinden	24	25	20	27	19	22
berufliche Gründe		Kernstädte	22	19	26	19	20	22
		Ober-/Mittelzentren	24	17	17	20	19	25
		Sonstige Gemeinden	35	22	23	11	18	20
private Gründe		Kernstädte	23	24	23	10	21	23
		Ober-/Mittelzentren	21	33	40	19	25	27
		Sonstige Gemeinden	25	34	35	24	31	31
Erwerb von Wohneigentum		Kernstädte	4	10	11	7	11	9
		Ober-/Mittelzentren	8	7	13	11	19	15
		Sonstige Gemeinden	9	11	12	8	14	12

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
31	37	20	26	33	36	32	17	32
17	22	24	19	21	22	22	26	31
24	19	27	21	26	26	25	43	25
14	10	10	20	12	8	11	8	7
14	12	19	13	8	8	10	5	5
576	750	298	652	709	625	663	727	661
25	33	16	19	24	24	22	13	18
36	37	20	30	37	40	38	17	45
29	42	30	26	39	42	37	24	41
37	46	28	31	39	52	39	21	34
28	27	34	32	33	36	35	35	49
13	23	20	13	18	19	22	24	21
10	19	9	19	15	14	6	23	23
1		7	8				2	1
30	23	32	26	36	31	33	43	27
20	12	21	17	15	20	15	40	18
20	17	22	21	25	22	26	38	19
20	30	35	27	44	35	32	62	51
8	7	5	14	5	4	5	5	4
20	17	18	27	20	11	17	14	12
24	8	14	19	10	8	12	7	8
2	2	2	14	4	6	8	5	3
29	33	14	23	30	35	30	13	30
33	40	25	29	36	37	33	20	34
21	28	28	22	25	21	26	33	34
14	17	21	16	17	23	18	19	28
22	15	29	23	26	25	24	39	22
25	22	26	20	27	27	27	47	27
17	11	8	19	14	10	10	10	10
12	10	11	22	10	6	12	7	5
28	38	19	24	27	32	29	14	29
29	37	23	27	28	42	28	22	30
33	35	18	28	41	36	36	15	36
23	30	23	22	26	23	24	29	34
11	23	20	12	24	20	24	25	25
17	16	30	21	16	22	20	24	32
27	17	29	31	38	34	33	48	30
24	21	30	20	27	20	21	40	28
22	18	22	16	19	23	21	43	19
3	5	7	8	3	2	3	2	4
19	11	7	27	12	9	12	9	10
20	14	16	23	17	12	17	13	8
27	33	18	23	35	30	32	18	28
36	42	23	32	31	44	31	16	37
16	24	23	20	19	22	21	26	31
19	19	26	18	24	22	24	26	31
25	17	29	24	24	28	24	40	26
22	21	24	16	30	24	27	47	24
19	13	12	22	15	10	14	12	12
7	6	7	16	8	4	8	5	1
35	41	23	30	37	40	35	19	36
5	9	4	9	13	11	8	5	12
16	21	22	17	20	20	21	25	29
29	30	36	28	28	32	35	33	41
23	15	26	20	24	24	23	42	22
29	40	36	27	42	42	42	47	41
14	11	9	20	11	7	11	8	8
19	7	13	22	15	12	7	10	3
34	41	20	32	38	38	33	18	32
33	34	24	25	36	36	33	19	35
19	33	16	21	20	32	26	14	29
15	22	26	20	18	19	21	25	30
19	24	20	16	23	23	21	22	26
19	19	24	20	24	29	26	31	39
21	18	25	19	28	26	26	41	26
22	19	25	22	20	26	23	47	26
32	20	41	23	32	26	29	43	22
14	5	10	12	6	7	8	7	5
14	12	12	22	14	7	13	10	10
14	17	5	26	19	11	13	10	6

Umzugspräferenz, räumliche Orientierung – West
(Angaben in % der Umzugswilligen)

West			1990	1991	1992	1993	1994	1995
im selben Stadtteil			29	30	33	33	28	30
in einen anderen Stadtteil			27	24	20	19	22	19
in die nähere Umgebung			24	24	24	26	25	24
ganz woanders hin			21	22	24	22	25	26
<i>n</i>			318	267	174	196	240	241
im selben Ort (im selben oder in einen anderen Stadtteil)	Alter	18-29 Jahre	55	47	45	47	46	44
		30-44 Jahre	57	60	59	51	47	56
		45-59 Jahre	56	54	70	64	64	62
		60 Jahre u. älter	58	63	44	62	69	29
in die nähere Umgebung		18-29 Jahre	22	25	25	29	28	24
		30-44 Jahre	22	23	25	29	26	22
		45-59 Jahre	33	29	17	14	21	24
		60 Jahre u. älter	33	13	11	8	13	41
ganz woanders hin		18-29 Jahre	24	28	30	24	25	32
		30-44 Jahre	21	17	16	19	28	23
		45-59 Jahre	11	18	13	23	14	14
		60 Jahre u. älter	8	25	44	31	19	29
im selben Ort	Geschlecht	männlich	54	55	48	54	50	45
		weiblich	57	52	56	49	50	53
in die nähere Umgebung		männlich	21	26	25	27	26	29
		weiblich	26	22	22	25	25	21
ganz woanders hin		männlich	25	19	28	19	24	26
		weiblich	17	26	21	26	25	26
im selben Ort	Haushaltsgröße	1 Person	53	48	48	48	45	53
		2 Personen	56	55	59	58	58	36
		3 u.m. Personen	57	57	51	51	49	54
in die nähere Umgebung		1 Person	22	26	19	27	29	22
		2 Personen	29	23	24	22	18	29
		3 u.m. Personen	20	24	27	28	28	24
ganz woanders hin		1 Person	25	27	33	25	26	25
		2 Personen	15	23	16	20	24	36
		3 u.m. Personen	22	19	23	22	24	22
im selben Ort	Erwerbstätigkeit	ja	54	55	55	54	52	52
		nein	58	51	48	49	47	44
in die nähere Umgebung		ja	26	28	24	26	26	24
		nein	20	16	22	24	25	26
ganz woanders hin		ja	20	17	21	20	22	24
		nein	22	33	30	27	28	30
im selben Ort	Wohnstatus	Mieter	59	56	55	53	52	52
		Eigentümer	38	36	41	46	44	40
in die nähere Umgebung		Mieter	24	24	24	27	27	23
		Eigentümer	23	27	21	22	20	31
ganz woanders hin		Mieter	18	21	21	20	22	26
		Eigentümer	38	36	38	32	36	29
im selben Ort	Gemeindetyp	Kernstädte	61	59	56	60	52	59
		Ober-/Mittelzentren	53	57	50	48	51	37
		Sonstige Gemeinden	46	38	50	41	44	47
in die nähere Umgebung		Kernstädte	18	14	19	24	21	16
		Ober-/Mittelzentren	28	23	31	24	27	37
		Sonstige Gemeinden	31	47	19	31	33	24
ganz woanders hin		Kernstädte	21	27	25	16	27	24
		Ober-/Mittelzentren	19	20	19	28	22	27
		Sonstige Gemeinden	23	15	31	28	23	29

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
31	23	30	47	34	36	39	27	40
25	20	32	25	30	31	24	21	24
21	34	16	10	17	16	15	17	12
23	22	22	18	19	17	22	35	24
175	316	149	317	248	233	279	255	229
47	41	56	65	57	64	51	48	54
63	39	65	73	69	67	66	46	73
55	51	69	76	64	70	75	44	60
64	63	70	82	58	70	73	56	70
20	36	18	8	13	19	19	15	11
18	35	11	15	16	15	15	20	13
35	34	25	2	23	18	10	7	11
18	23	20	6	26	7	15	21	15
33	23	26	27	30	17	30	37	34
20	26	24	12	15	18	20	34	15
10	14	6	21	13	13	16	48	29
18	13	10	12	16	22	12	24	15
53	43	58	68	62	63	62	49	64
60	44	64	75	66	71	63	47	64
22	33	15	11	18	18	13	16	11
19	35	17	10	16	13	18	18	13
25	24	27	20	21	18	25	35	26
21	21	19	16	18	16	19	36	22
61	45	62	67	66	72	57	46	65
59	42	70	75	58	66	60	43	61
50	44	54	73	66	63	69	53	66
13	32	19	9	11	8	20	15	7
18	31	12	12	22	19	13	19	20
29	38	17	10	17	20	13	16	11
27	22	19	24	23	19	23	38	28
22	27	19	13	19	15	27	37	20
21	18	29	17	16	17	18	31	23
61	39	64	72	63	64	68	51	67
46	52	58	70	66	71	57	45	62
23	37	16	12	19	18	15	16	14
16	29	16	7	13	13	16	18	10
16	24	20	16	17	18	17	33	19
39	19	26	23	22	17	27	37	28
57	44	65	73	69	70	64	50	66
50	43	46	66	40	48	50	33	52
19	34	15	10	16	14	15	17	11
29	33	19	13	23	30	17	15	19
24	22	20	17	15	16	20	33	22
21	24	35	21	37	22	33	52	30
62	52	65	75	76	78	68	53	68
51	39	70	80	64	60	60	39	64
51	32	38	62	40	47	57	49	58
10	28	16	4	9	9	10	12	6
25	36	9	10	14	16	18	28	15
37	43	25	17	38	41	20	12	21
28	19	18	20	15	14	21	35	26
25	25	21	11	23	24	21	34	22
11	24	38	21	22	12	24	39	21

Umzugspräferenz, räumliche Orientierung – Ost
(Angaben in % der Umzugswilligen)

Ost			1990	1991	1992	1993	1994	1995
im selben Stadtteil			42	41	29	36	37	39
in einen anderen Stadtteil			13	17	22	19	20	18
in die nähere Umgebung			21	22	28	30	25	29
ganz woanders hin			24	20	22	15	18	14
n			403	330	274	294	281	245
im selben Ort (im selben oder in einen anderen Stadtteil)	Alter	18-29 Jahre	54	58	44	45	54	55
		30-44 Jahre	51	53	53	56	58	49
		45-59 Jahre	57	67	57	60	54	73
		60 Jahre u. älter	74	59	62	71	68	67
in die nähere Umgebung	Alter	18-29 Jahre	17	22	28	34	28	30
		30-44 Jahre	24	27	26	29	20	32
		45-59 Jahre	27	15	29	30	31	19
		60 Jahre u. älter	18	24	31	21	23	28
ganz woanders hin	Alter	18-29 Jahre	29	21	27	21	19	15
		30-44 Jahre	25	20	21	15	22	19
		45-59 Jahre	16	17	14	9	15	8
		60 Jahre u. älter	9	18	8	7	10	6
im selben Ort	Geschlecht	männlich	59	61	51	55	57	59
		weiblich	52	55	50	54	56	55
in die nähere Umgebung	Geschlecht	männlich	19	21	27	27	24	33
		weiblich	22	23	28	33	26	25
ganz woanders hin	Geschlecht	männlich	22	18	22	18	18	8
		weiblich	27	22	21	13	18	19
im selben Ort	Haushaltsgröße	1 Person	54	59	52	54	64	47
		2 Personen	59	55	52	60	58	66
		3 u.m. Personen	54	59	50	52	53	56
in die nähere Umgebung	Haushaltsgröße	1 Person	13	22	29	27	20	32
		2 Personen	22	27	25	27	29	25
		3 u.m. Personen	22	20	28	33	26	30
ganz woanders hin	Haushaltsgröße	1 Person	32	19	19	19	16	21
		2 Personen	19	19	22	13	14	9
		3 u.m. Personen	24	21	22	15	21	14
im selben Ort	Erwerbstätigkeit	ja	57	58	51	55	53	53
		nein	52	57	50	53	61	63
in die nähere Umgebung	Erwerbstätigkeit	ja	21	25	32	32	30	33
		nein	21	18	21	28	19	23
ganz woanders hin	Erwerbstätigkeit	ja	23	17	17	13	16	14
		nein	27	25	28	19	20	14
im selben Ort	Wohnstatus	Mieter	56	58	52	57	56	59
		Eigentümer	38	45	38	32	60	23
in die nähere Umgebung	Wohnstatus	Mieter	21	23	28	30	26	28
		Eigentümer	19	18	24	32	7	46
ganz woanders hin	Wohnstatus	Mieter	23	19	20	13	17	13
		Eigentümer	42	36	38	35	33	31
im selben Ort	Gemeindetyp	Kernstädte	61	61	59	56	58	67
		Ober-/Mittelzentren	58	53	45	56	53	51
		Sonstige Gemeinden	45	59	48	52	60	49
in die nähere Umgebung	Gemeindetyp	Kernstädte	19	18	24	31	24	25
		Ober-/Mittelzentren	19	23	34	30	30	29
		Sonstige Gemeinden	25	25	25	30	20	35
ganz woanders hin	Gemeindetyp	Kernstädte	20	21	17	13	18	8
		Ober-/Mittelzentren	23	24	21	14	17	20
		Sonstige Gemeinden	31	15	27	18	20	16

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
32	28	43	45	35	35	42	28	31
21	22	23	26	25	17	20	16	16
26	34	22	12	12	15	10	14	14
21	16	12	17	29	32	27	42	39
267	298	97	298	354	292	267	348	347
49	44	61	69	46	44	54	38	35
49	48	71	70	54	56	63	41	54
47	61	56	76	77	48	69	48	53
78	52	79	70	79	65	77	55	60
25	30	25	11	10	14	10	13	15
29	39	17	12	18	16	13	17	17
34	31	33	15	8	20	12	13	12
14	30	11	11	4	13	3	15	10
26	26	14	20	44	43	36	49	49
22	13	13	19	28	28	24	42	29
19	8	11	9	15	32	19	40	36
8	18	11	18	17	23	20	30	31
42	50	63	70	61	51	58	41	39
64	49	68	72	59	53	65	46	53
28	33	21	14	12	12	15	13	17
24	34	22	10	12	18	8	15	13
29	17	16	16	28	36	27	46	44
12	16	10	18	30	29	27	39	35
53	51	67	69	68	61	66	48	39
63	46	69	73	60	54	60	44	53
48	52	64	70	54	45	62	41	48
21	31	22	9	1	11	7	12	12
24	35	23	14	10	15	12	20	13
29	35	20	13	19	19	11	12	17
26	19	11	21	31	28	27	41	50
13	18	9	13	30	31	28	37	34
23	14	16	17	27	36	26	47	34
48	49	68	74	62	53	62	39	49
57	50	64	65	57	52	63	49	44
32	37	25	13	14	22	13	15	15
20	30	19	11	9	8	7	13	13
20	14	7	13	24	24	25	46	35
22	19	17	24	34	40	30	38	43
54	51	66	72	62	56	65	48	50
32	35	60	58	41	27	49	26	33
27	33	22	12	11	16	11	15	13
21	48	20	10	18	14	5	7	18
19	16	12	15	27	28	24	37	37
47	17	20	32	41	59	46	67	49
59	53	68	79	69	62	80	51	57
48	57	66	66	58	51	60	43	46
48	38	61	61	45	31	44	35	35
23	28	16	7	13	9	3	13	14
31	26	31	17	7	18	15	12	10
27	49	17	13	17	25	12	18	20
18	19	16	13	18	29	16	36	29
21	17	3	17	35	31	25	44	44
25	13	22	26	38	43	44	46	45

Umzugspräferenz, räumliche Orientierung – Deutschland
(Angaben in % der Umzugswilligen)

Deutschland			1990	1991	1992	1993	1994	1995
im selben Stadtteil			32	32	32	33	30	31
in einen anderen Stadtteil			23	22	20	19	21	19
in die nähere Umgebung			23	24	25	27	26	25
ganz woanders hin			22	22	24	21	23	24
<i>n</i>			721	597	448	490	521	486
im selben Ort (im selben oder in einen anderen Stadtteil)	Alter	18-29 Jahre	54	49	44	47	47	44
		30-44 Jahre	54	59	56	52	48	54
		45-59 Jahre	55	57	66	62	61	64
		60 Jahre u. älter	64	61	54	66	67	42
in die nähere Umgebung		18-29 Jahre	21	25	26	30	28	25
		30-44 Jahre	24	24	27	30	25	24
		45-59 Jahre	33	25	21	20	24	23
		60 Jahre u. älter	28	15	19	11	16	37
ganz woanders hin		18-29 Jahre	25	26	30	24	24	30
		30-44 Jahre	22	18	18	18	27	22
		45-59 Jahre	12	18	13	19	14	13
		60 Jahre u. älter	8	24	27	23	16	22
im selben Ort	Geschlecht	männlich	54	56	48	54	51	47
		weiblich	55	52	55	50	51	53
in die nähere Umgebung		männlich	22	25	26	27	26	30
		weiblich	25	23	24	27	26	22
ganz woanders hin		männlich	24	19	26	19	23	23
		weiblich	20	25	22	22	23	25
im selben Ort	Haushaltsgröße	1 Person	53	49	48	49	48	51
		2 Personen	56	54	57	58	57	42
		3 u.m. Personen	55	57	50	51	49	54
in die nähere Umgebung		1 Person	21	26	21	27	28	24
		2 Personen	29	24	24	24	21	27
		3 u.m. Personen	22	23	28	30	28	25
ganz woanders hin		1 Person	25	25	31	25	24	25
		2 Personen	16	22	19	18	22	30
		3 u.m. Personen	23	20	22	20	23	21
im selben Ort	Erwerbstätigkeit	ja	54	56	53	54	52	52
		nein	56	51	48	49	50	48
in die nähere Umgebung		ja	26	27	27	28	27	25
		nein	21	17	21	25	24	26
ganz woanders hin		ja	21	17	20	18	21	23
		nein	23	32	30	25	26	27
im selben Ort	Wohnstatus	Mieter	57	56	53	54	53	53
		Eigentümer	37	36	43	44	44	38
in die nähere Umgebung		Mieter	23	24	26	28	27	24
		Eigentümer	24	28	20	23	20	32
ganz woanders hin		Mieter	19	20	21	18	20	23
		Eigentümer	38	36	37	33	36	29
im selben Ort	Gemeindetyp	Kernstädte	60	58	56	59	53	60
		Ober-/Mittelzentren	54	56	48	50	52	40
		Sonstige Gemeinden	46	45	48	44	46	47
in die nähere Umgebung		Kernstädte	19	14	21	25	22	18
		Ober-/Mittelzentren	26	23	32	26	27	35
		Sonstige Gemeinden	28	40	21	31	32	26
ganz woanders hin		Kernstädte	21	28	23	15	25	22
		Ober-/Mittelzentren	20	21	19	24	21	25
		Sonstige Gemeinden	25	15	30	25	23	27

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
32	23	34	47	34	35	40	27	38
24	21	27	25	29	27	23	20	22
22	35	18	11	16	17	15	16	13
23	21	21	18	22	21	23	37	27
442	614	246	615	602	525	546	603	576
47	41	56	66	54	60	51	46	49
60	39	65	72	66	62	65	45	69
53	53	61	76	66	64	74	44	59
72	62	75	79	66	66	74	56	68
22	35	20	8	12	18	18	14	12
20	37	12	15	16	17	15	19	13
35	34	33	5	20	18	10	10	11
15	25	13	7	17	13	13	19	14
31	24	24	26	34	22	31	39	38
20	24	24	13	18	21	20	36	17
12	13	6	19	14	18	16	46	30
13	13	11	13	16	21	14	25	18
50	43	56	69	61	59	62	48	58
61	45	65	74	64	65	64	46	62
24	34	18	12	16	18	13	16	12
20	35	18	10	15	16	16	17	13
26	23	26	20	23	22	25	37	30
19	20	17	16	21	20	20	37	25
60	46	63	67	67	68	58	46	59
60	41	66	74	58	61	60	43	58
49	45	54	72	63	57	68	51	62
14	33	19	9	8	9	19	15	8
20	32	17	13	20	22	13	19	18
29	38	17	10	18	21	13	15	12
27	21	17	23	25	23	23	39	32
20	27	17	13	23	18	27	38	24
22	17	28	17	19	22	19	34	25
58	40	62	73	63	60	66	49	62
50	50	59	69	62	64	59	45	58
25	37	19	12	18	20	15	15	15
17	30	17	8	12	13	14	17	11
17	23	19	15	19	20	19	36	23
33	19	24	23	26	22	27	38	31
56	44	64	73	67	65	64	50	63
48	42	46	65	39	41	50	32	46
21	35	18	10	15	15	15	16	12
28	34	19	13	22	29	14	13	19
22	21	18	17	18	19	21	34	25
24	24	34	22	39	29	36	55	35
61	52	64	76	74	73	70	52	66
50	42	68	79	62	58	60	40	60
51	34	41	61	41	40	54	46	52
13	29	16	5	10	9	9	12	7
26	34	16	10	12	16	18	23	13
33	45	26	17	33	41	18	14	21
25	19	20	19	16	18	21	35	27
24	24	16	11	26	26	22	36	27
15	21	33	22	26	18	28	40	27

Lebensbedingungen im Wohngebiet – West

West	Wichtigkeiten			Zufriedenheiten			Wahrgenommene Defizite bei ...			
	1992	1998	2001	2004	1998	2001	2004	1998	2001	2004
Abfallentsorgung	73	70	64	62	62	42	42	8	22	21
Alten-, Pflegeheime	50	46	57	65	36	23	17	10	34	48
Angebot an Ausbildungsstätten	52	55	61	62	22	26	28	33	35	34
Angebot an Grund-, Hauptschulen	55	58	66	69	52	33	25	7	34	45
Angebot der Jugendfreizeiteinrichtungen		43	62		25	47		17	15	
Ansehen, Ruf der Wohngegend	68	61	66	69	54	33	25	1	34	45
Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten		55	62		29	47		32	15	
Attraktivität Innenstadt/Ortskern		53	75		46	57		7	18	21
Ausbau/Zustand Strassennetz	52	53	75	81	54	57	61	18	18	21
Einkaufsmöglichkeiten	66	72	75	81	44	46	51	3	17	15
Gaststätten, Restaurants	38	47	63	66	42	46	42	11	17	20
Gestaltung/Erhaltung und Strassenbild	58	53	63	62	45	33	42	12	11	20
Kindergärten, -tagesstätten	50	57	45	62	45	33	42	9	11	20
kulturelle Einrichtungen	36	40	66		30	50		9	16	
Parkmöglichkeiten für Pkw		66	66	64	41	49	55	14	16	9
Parks, Grünanlagen	60	56	66	82	53	57	63	20	22	19
ruhige Wohnlage	71	73	79	82	51	46	52	28	41	37
saubere Luft	80	79	88	89	39	35	52	38	41	37
Schutz vor Kriminalität	77	77	88	89	39	35	52	38	41	37
Schwimmbäder, Sporteinrichtungen	48	45	81	86	49	50	59	10	32	26
Sicherheit im Straßenverkehr	56	78	66	66	43	43	50	29	22	15
Spielmöglichkeiten für Kinder		59	66		55	54	60	17	12	12
Versorgung mit Ärzten/Krankenhäusern		73	66	72	42	37	64	9	16	11
Versorgung mit ÖPNV	62	51	53	75	40	59	64	17	13	
weiterführende Schulen	53	57	71		43	59		10	16	
Wohnungsversorgung	66	53	71		54	59		2	13	
Zusammensetzung der Nachbarschaft		56			54					

Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen – West
(Angaben in % der Befragten)

West			1990	1994	1996	1997	2003
Alteneinrichtung			50	53	53	54	53
Arzt			75	79	79	78	78
Bürgertreff/Stadtteilbüro							50
Einkaufsmöglichkeit			88	86	87	88	87
Gaststätte			91	91	90	92	91
Jugendeinrichtung			52	56	52	55	55
Kindereinrichtung			72	78	77	80	78
Kultureinrichtung					49	51	52
ÖPNV-Haltestelle			94	96	97	97	96
Parkanlage			75	87	86	87	85
Post usw.						72	
Schule			72	75	73	75	75
Spielplatz			84	85	84	87	86
Sporteinrichtung					46	51	52
Alteneinrichtung	Gemeindetyp	Kernstädte	60	61	59	63	63
		Ober-/Mittelzentren	45	49	51	49	50
		sonstige Gemeinden	44	45	49	50	58
Arzt		Kernstädte	83	84	84	82	87
		Ober-/Mittelzentren	69	76	75	76	80
		sonstige Gemeinden	71	75	77	76	77
Bürgertreff/Stadtteilbüro		Kernstädte					49
		Ober-/Mittelzentren					52
		sonstige Gemeinden					48
Einkaufsmöglichkeit		Kernstädte	91	87	93	90	90
		Ober-/Mittelzentren	84	86	85	86	84
		sonstige Gemeinden	87	86	83	89	83
Gaststätte		Kernstädte	95	93	96	95	93
		Ober-/Mittelzentren	87	91	88	91	91
		sonstige Gemeinden	90	88	86	88	87
Jugendeinrichtung		Kernstädte	63	61	54	62	63
		Ober-/Mittelzentren	48	53	52	49	53
		sonstige Gemeinden	43	52	50	55	57
Kindereinrichtung		Kernstädte	79	84	78	81	86
		Ober-/Mittelzentren	65	73	76	77	85
		sonstige Gemeinden	73	76	75	82	87
Kultureinrichtung		Kernstädte			51	54	59
		Ober-/Mittelzentren			46	50	55
		sonstige Gemeinden			49	49	57
ÖPNV-Haltestelle		Kernstädte	96	97	97	98	98
		Ober-/Mittelzentren	92	96	97	96	96
		sonstige Gemeinden	94	94	96	98	96
Parkanlage		Kernstädte	78	85	85	87	91
		Ober-/Mittelzentren	74	86	86	86	90
		sonstige Gemeinden	74	90	87	90	93
Post usw.		Kernstädte				75	
		Ober-/Mittelzentren				68	
		sonstige Gemeinden				71	
Schule		Kernstädte	79	83	79	82	85
		Ober-/Mittelzentren	66	65	67	69	80
		sonstige Gemeinden	69	73	72	72	80
Spielplatz		Kernstädte	88	88	83	89	94
		Ober-/Mittelzentren	82	82	85	84	90
		sonstige Gemeinden	82	85	86	89	93
Sporteinrichtung		Kernstädte			41	51	61
		Ober-/Mittelzentren			48	53	57
		sonstige Gemeinden			50	48	57

Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen – Ost
(Angaben in % der Befragten)

Ost			1990	1994	1996	1997	2003
Alteneinrichtung			36	41	32	42	41
Arzt			67	75	78	74	73
Bürgertreff/Stadteilbüro							46
Einkaufsmöglichkeit			94	86	89	86	86
Gaststätte			88	88	84	87	86
Jugendeinrichtung			47	42	35	40	43
Kindereinrichtung			82	78	68	72	76
Kultureinrichtung					31	35	37
ÖPNV-Haltestelle			96	96	96	96	96
Parkanlage			60	80	72	77	76
Post usw.						57	
Schule			72	71	65	68	69
Spielplatz			71	74	77	76	76
Sporteinrichtung					19	31	35
Alteneinrichtung	Gemeindetyp	Kernstädte	35	43	36	42	55
		Ober-/Mittelzentren	34	33	27	39	49
		sonstige Gemeinden	38	45	33	43	50
Arzt		Kernstädte	71	76	82	78	80
		Ober-/Mittelzentren	67	68	73	73	72
		sonstige Gemeinden	65	79	78	72	74
Bürgertreff/Stadteilbüro		Kernstädte					52
		Ober-/Mittelzentren					45
		sonstige Gemeinden					42
Einkaufsmöglichkeit		Kernstädte	94	90	89	89	82
		Ober-/Mittelzentren	91	85	86	83	75
		sonstige Gemeinden	96	84	93	85	79
Gaststätte		Kernstädte	87	87	82	87	84
		Ober-/Mittelzentren	90	85	82	87	81
		sonstige Gemeinden	86	92	88	86	80
Jugendeinrichtung		Kernstädte	56	39	33	44	49
		Ober-/Mittelzentren	44	41	32	38	47
		sonstige Gemeinden	42	47	40	39	44
Kindereinrichtung		Kernstädte	87	82	76	76	79
		Ober-/Mittelzentren	79	70	55	70	73
		sonstige Gemeinden	81	81	71	69	72
Kultureinrichtung		Kernstädte			34	42	46
		Ober-/Mittelzentren			24	34	43
		sonstige Gemeinden			34	31	37
ÖPNV-Haltestelle		Kernstädte	98	98	96	98	96
		Ober-/Mittelzentren	95	95	94	99	94
		sonstige Gemeinden	94	96	96	93	95
Parkanlage		Kernstädte	62	81	80	76	90
		Ober-/Mittelzentren	56	78	65	78	91
		sonstige Gemeinden	61	80	71	78	87
Post usw.		Kernstädte				60	
		Ober-/Mittelzentren				58	
		sonstige Gemeinden				55	
Schule		Kernstädte	72	77	72	74	71
		Ober-/Mittelzentren	73	57	59	60	62
		sonstige Gemeinden	70	78	65	68	68
Spielplatz		Kernstädte	76	83	83	77	82
		Ober-/Mittelzentren	67	65	74	76	80
		sonstige Gemeinden	71	73	74	76	76
Sporteinrichtung		Kernstädte			20	31	52
		Ober-/Mittelzentren			20	32	49
		sonstige Gemeinden			18	29	43

Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen – Deutschland
(Angaben in % der Befragten)

Deutschland			1990	1994	1996	1997	2003
Alteneinrichtung			43	46	46	48	54
Arzt			71	77	79	76	78
Bürgertreff/Stadtteilbüro							48
Einkaufsmöglichkeit			91	86	88	87	82
Gaststätte			89	90	88	89	86
Jugendeinrichtung			49	49	46	48	52
Kindereinrichtung			77	78	74	76	80
Kultureinrichtung					42	43	49
ÖPNV-Haltestelle			95	96	96	97	96
Parkanlage			68	83	81	82	90
Post usw.						64	
Schule			72	73	70	71	74
Spielplatz			78	80	82	82	85
Sporteinrichtung					37	41	53
Alteneinrichtung	Gemeindetyp	Kernstädte	49	53	52	54	59
		Ober-/Mittelzentren	40	41	44	45	49
		sonstige Gemeinden	40	45	43	46	53
Arzt		Kernstädte	78	80	84	80	83
		Ober-/Mittelzentren	68	72	74	75	76
		sonstige Gemeinden	67	78	77	73	76
Bürgertreff/Stadtteilbüro		Kernstädte					51
		Ober-/Mittelzentren					49
		sonstige Gemeinden					45
Einkaufsmöglichkeit		Kernstädte	93	88	91	90	86
		Ober-/Mittelzentren	87	85	85	84	79
		sonstige Gemeinden	93	85	87	86	81
Gaststätte		Kernstädte	92	90	91	92	89
		Ober-/Mittelzentren	88	88	86	89	86
		sonstige Gemeinden	88	90	86	87	83
Jugendeinrichtung		Kernstädte	60	51	48	54	56
		Ober-/Mittelzentren	46	47	45	44	50
		sonstige Gemeinden	43	49	46	45	49
Kindereinrichtung		Kernstädte	83	83	78	78	82
		Ober-/Mittelzentren	72	72	70	74	79
		sonstige Gemeinden	77	79	73	74	78
Kultureinrichtung		Kernstädte			45	48	52
		Ober-/Mittelzentren			39	43	49
		sonstige Gemeinden			43	38	45
ÖPNV-Haltestelle		Kernstädte	97	97	97	98	97
		Ober-/Mittelzentren	93	96	96	97	95
		sonstige Gemeinden	94	95	96	95	96
Parkanlage		Kernstädte	71	83	83	82	91
		Ober-/Mittelzentren	66	82	79	83	90
		sonstige Gemeinden	66	84	80	83	90
Post usw.		Kernstädte				68	
		Ober-/Mittelzentren				64	
		sonstige Gemeinden				61	
Schule		Kernstädte	76	80	77	78	78
		Ober-/Mittelzentren	70	61	65	65	70
		sonstige Gemeinden	70	76	69	70	73
Spielplatz		Kernstädte	83	86	83	83	88
		Ober-/Mittelzentren	75	74	82	81	85
		sonstige Gemeinden	76	79	81	81	83
Sporteinrichtung		Kernstädte			34	41	57
		Ober-/Mittelzentren			40	44	53
		sonstige Gemeinden			37	37	49

Umweltbelastungen im Wohngebiet – West
(Angaben in % der Befragten)

West		1994	1998	1999		
Eisenbahnlärm	dauernd	2	1	4		
	häufig	5	5	5		
	selten	13	16	16		
	nie	80	78	75		
<i>n</i>		2 094	1 470	2 374		
Straßenverkehrslärm	dauernd	13	10	14		
	häufig	21	20	15		
	selten	29	35	37		
	nie	37	35	35		
<i>n</i>		2 100	1 474	2 375		
Fluglärm	dauernd	2	2	3		
	häufig	6	9	8		
	selten	27	31	32		
	nie	65	58	57		
<i>n</i>		2 091	1 472	2 375		
Industrielärm	dauernd	1	0	1		
	häufig	5	5	3		
	selten	16	21	10		
	nie	78	74	86		
<i>n</i>		2 093	1 463	2 375		
Abgase, Staub	dauernd	6	5	5		
	häufig	15	12	8		
	selten	26	32	23		
	nie	53	52	64		
<i>n</i>		2 096	1 446	2 370		
Eisenbahnlärm	oft (dauernd, häufig)	Gemeindetyp	Kernstädte	10	7	10
			Ober-/Mittelzentren	5	6	6
			sonstige Gemeinden	5	6	10
Straßenverkehrslärm	oft		Kernstädte	44	37	39
			Ober-/Mittelzentren	32	29	25
			sonstige Gemeinden	23	18	25
Fluglärm	oft		Kernstädte	11	13	12
			Ober-/Mittelzentren	5	9	9
			sonstige Gemeinden	8	9	11
Industrielärm	oft		Kernstädte	8	8	4
			Ober-/Mittelzentren	7	2	3
			sonstige Gemeinden	3	2	4
Abgase, Staub	oft		Kernstädte	31	24	18
			Ober-/Mittelzentren	18	9	10
			sonstige Gemeinden	12	11	12

Umweltbelastungen im Wohngebiet – Ost
(Angaben in % der Befragten)

Ost				1994	1998	1999
Eisenbahnlärm	dauernd			3	3	3
	häufig			4	3	4
	selten			13	13	15
	nie			80	80	77
<i>n</i>				2 123	954	2 543
Straßenverkehrslärm	dauernd			25	17	17
	häufig			25	23	17
	selten			27	30	37
	nie			23	30	29
<i>n</i>				2 126	961	2 544
Fluglärm	dauernd			1	0	2
	häufig			5	2	4
	selten			26	24	25
	nie			67	74	69
<i>n</i>				2 117	954	2 542
Industrielärm	dauernd			2	1	1
	häufig			6	4	2
	selten			15	15	8
	nie			77	80	89
<i>n</i>				2 122	948	2 543
Abgase, Staub	dauernd			13	9	5
	häufig			20	17	9
	selten			30	32	24
	nie			37	42	62
<i>n</i>				2 120	952	2 537
Eisenbahnlärm	oft (dauernd, häufig)	Gemeindetyp	Kernstädte	6	8	10
			Ober-/Mittelzentren	9	13	7
			sonstige Gemeinden	6	0	6
Straßenverkehrs- lärm	oft		Kernstädte	57	47	43
			Ober-/Mittelzentren	54	50	34
			sonstige Gemeinden	43	26	30
Fluglärm	oft		Kernstädte	10	5	12
			Ober-/Mittelzentren	6	2	3
			sonstige Gemeinden	5	1	5
Industrielärm	oft		Kernstädte	12	6	5
			Ober-/Mittelzentren	7	4	5
			sonstige Gemeinden	4	3	3
Abgase, Staub	oft		Kernstädte	41	29	18
			Ober-/Mittelzentren	32	30	17
			sonstige Gemeinden	27	20	12

Umweltbelastungen im Wohngebiet – Deutschland
(Angaben in % der Befragten)

Deutschland				1994	1998	1999
Eisenbahnlärm	dauernd			2	2	4
	häufig			5	4	5
	selten			13	14	16
	nie			80	81	76
<i>n</i>				4217	2434	4917
Straßenverkehrslärm	dauernd			15	10	14
	häufig			21	20	15
	selten			29	35	37
	nie			35	35	34
<i>n</i>				4226	2435	4919
Fluglärm	dauernd			2	1	3
	häufig			6	6	7
	selten			27	28	31
	nie			66	64	59
<i>n</i>				4208	2426	4917
Industrielärm	dauernd			1	0	1
	häufig			5	3	3
	selten			16	17	10
	nie			78	79	86
<i>n</i>				4215	2411	4918
Abgase, Staub	dauernd			7	4	5
	häufig			16	11	9
	selten			27	32	23
	nie			50	52	64
<i>n</i>				4216	2398	4907
Eisenbahnlärm	oft (dauernd, häufig)	Gemeindetyp	Kernstädte	10	6	10
			Ober-/Mittelzentren	6	7	6
			Sonstige Gemeinden	5	3	9
Straßenverkehrslärm	oft		Kernstädte	46	34	40
			Ober-/Mittelzentren	35	33	26
			Sonstige Gemeinden	28	20	26
Fluglärm	oft		Kernstädte	10	8	12
			Ober-/Mittelzentren	5	8	9
			Sonstige Gemeinden	7	6	10
Industrielärm	oft		Kernstädte	8	5	5
			Ober-/Mittelzentren	7	3	3
			Sonstige Gemeinden	3	2	4
Abgase, Staub	oft		Kernstädte	32	18	18
			Ober-/Mittelzentren	20	13	10
			Sonstige Gemeinden	16	13	12

Umweltbelastungen im Wohngebiet – 2003
(Angaben in % der Befragten)

			2003		
			West	Ost	Deutschland
Eisenbahnlärm	ja, ständig		3	4	3
	ja, gelegentlich		8	9	8
	nein		89	87	89
<i>n</i>			1932	2076	4008
Straßenverkehrslärm	ja, ständig		14	16	15
	ja, gelegentlich		28	25	28
	nein		57	58	58
<i>n</i>			1932	2076	4008
Fluglärm	ja, ständig		4	2	3
	ja, gelegentlich		15	17	15
	nein		81	82	81
<i>n</i>			1932	2076	4008
Industrie- und Gewerbelärm	ja, ständig		1	1	1
	ja, gelegentlich		7	4	6
	nein		92	95	93
<i>n</i>			1928	2076	4004
Gerüche/Abgase/ Staubentwicklung	ja, ständig		6	6	6
	ja, gelegentlich		21	22	21
	nein		73	73	73
<i>n</i>			1931	2074	4005
Eisenbahnlärm	ja (ständig, gelegentlich)	Gemeindetyp			
		Kernstädte	15	16	15
		Ober-/Mittelzentren	11	14	11
Straßenverkehrslärm	ja	Sonstige Gemeinden	6	10	7
		Kernstädte	54	50	53
		Ober-/Mittelzentren	41	41	41
Fluglärm	ja	Sonstige Gemeinden	31	37	33
		Kernstädte	22	24	22
		Ober-/Mittelzentren	17	15	17
Industrie- und Gewerbelärm	ja	Sonstige Gemeinden	16	17	17
		Kernstädte	11	5	10
		Ober-/Mittelzentren	8	5	8
Gerüche/Abgase/ Staubentwicklung	ja	Sonstige Gemeinden	4	4	4
		Kernstädte	36	28	34
		Ober-/Mittelzentren	26	27	26
			18	27	20

Lokale Bindungen – West
(Angaben in % der Befragten)

West		1990	1991	1996	2003
Bekannte		65	63	51	43
Haus		52	50	39	35
Verwandte		35	33	31	26
Landschaft		33	29	23	24
Nachbarn		29	26	23	23
Familiengrab		15	14	11	6
Ortsteil/Umgebung		20	20	15	19
Verein		10	13	7	
Betrieb		12	11	8	4
Sport		9	11	5	
Kirche		9	8	6	5
Stammtisch		7	8	5	
Parteifreunde		2	2	0	
keine lokalen Bindungen		11	10	13	13
<i>n</i>		2 051	2 030	2 013	1918
Bekannte	Alter				
	bis 29 Jahre	64	64	51	49
	30–49 Jahre	63	66	52	46
	ab 50 Jahre	66	60	51	39
Haus	bis 29 Jahre	31	29	21	25
	30–49 Jahre	54	49	33	36
	ab 50 Jahre	64	60	51	37
Verwandte	bis 29 Jahre	30	30	30	27
	30–49 Jahre	35	30	30	27
	ab 50 Jahre	38	37	32	25
Landschaft	bis 29 Jahre	27	20	14	21
	30–49 Jahre	32	29	20	23
	ab 50 Jahre	39	34	30	27
Nachbarn	bis 29 Jahre	13	16	11	13
	30–49 Jahre	27	22	21	22
	ab 50 Jahre	41	35	31	27
Familiengrab	bis 29 Jahre	3	3	3	1
	30–49 Jahre	10	7	6	4
	ab 50 Jahre	26	25	19	9
Ortsteil/Umgebung	bis 29 Jahre	16	12	16	18
	30–49 Jahre	17	19	14	17
	ab 50 Jahre	26	26	17	21
Verein	bis 29 Jahre	9	12	6	
	30–49 Jahre	10	14	7	
	ab 50 Jahre	11	11	8	
Betrieb	bis 29 Jahre	13	10	7	4
	30–49 Jahre	17	15	13	7
	ab 50 Jahre	7	8	4	2
Sport	bis 29 Jahre	15	18	9	
	30–49 Jahre	10	14	7	
	ab 50 Jahre	5	5	3	
Kirche	bis 29 Jahre	4	2	3	1
	30–49 Jahre	5	5	4	4
	ab 50 Jahre	15	13	10	6
Stammtisch	bis 29 Jahre	3	6	2	
	30–49 Jahre	7	11	5	
	ab 50 Jahre	9	9	6	
Parteifreunde	bis 29 Jahre	1	1	0	
	30–49 Jahre	2	1	1	
	ab 50 Jahre	2	1	0	
Keine lokalen Bindungen	bis 29 Jahre	18	17	23	27
	30–49 Jahre	12	12	16	14
	ab 50 Jahre	7	5	6	9

West			1990	1991	1996	2003
Bekannte	Wohndauer in der Wohnung	bis 4 Jahre	54	59	45	42
		5–19 Jahre	67	67	54	48
		ab 20 Jahre	71	63	53	39
Haus		bis 4 Jahre	35	35	25	25
		5–19 Jahre	53	49	35	38
		ab 20 Jahre	68	63	52	40
Verwandte		bis 4 Jahre	27	25	27	27
		5–19 Jahre	33	33	31	23
		ab 20 Jahre	44	41	33	27
Landschaft		bis 4 Jahre	26	24	15	21
		5–19 Jahre	31	27	21	25
		ab 20 Jahre	45	36	31	27
Nachbarn		bis 4 Jahre	14	12	11	16
		5–19 Jahre	28	25	22	26
		ab 20 Jahre	45	40	34	27
Familiengrab		bis 4 Jahre	5	5	3	3
		5–19 Jahre	12	10	8	3
		ab 20 Jahre	28	27	20	11
Ortsteil/Umgebung		bis 4 Jahre	13	13	13	15
		5–19 Jahre	19	18	13	20
		ab 20 Jahre	29	30	20	21
Verein		bis 4 Jahre	8	9	5	
		5–19 Jahre	10	15	7	
		ab 20 Jahre	14	12	9	
Betrieb		bis 4 Jahre	14	10	11	5
		5–19 Jahre	12	13	8	4
		ab 20 Jahre	11	9	5	3
Sport		bis 4 Jahre	12	15	5	
		5–19 Jahre	9	12	6	
		ab 20 Jahre	8	6	5	
Kirche		bis 4 Jahre	4	2	3	3
		5–19 Jahre	7	5	5	4
		ab 20 Jahre	16	16	10	7
Stammtisch		bis 4 Jahre	4	8	4	
		5–19 Jahre	7	10	5	
		ab 20 Jahre	10	9	6	
Parteifreunde		bis 4 Jahre	1	0	0	
		5–19 Jahre	1	1	1	
		ab 20 Jahre	2	2	1	
Keine lokalen Bindungen		bis 4 Jahre	21	19	25	24
		5–19 Jahre	9	9	13	12
		ab 20 Jahre	5	3	5	6
Bekannte	Wohnstatus	Mieter	62	62	49	44
		Eigentümer	69	65	55	42
Haus		Mieter	37	35	22	22
		Eigentümer	76	74	63	48
Verwandte		Mieter	31	29	28	26
		Eigentümer	42	40	35	27
Landschaft		Mieter	24	21	15	20
		Eigentümer	48	43	35	29
Nachbarn		Mieter	24	21	17	20
		Eigentümer	37	36	33	26
Familiengrab		Mieter	11	10	8	4
		Eigentümer	21	21	16	8
Ortsteil/Umgebung		Mieter	18	17	12	20
		Eigentümer	23	25	20	19
Verein		Mieter	7	10	5	
		Eigentümer	15	16	10	
Betrieb		Mieter	12	11	8	4
		Eigentümer	12	11	7	4
Sport		Mieter	9	10	5	
		Eigentümer	10	12	6	
Kirche		Mieter	6	5	4	3
		Eigentümer	14	13	10	7
Stammtisch		Mieter	5	8	5	
		Eigentümer	9	9	6	
Parteifreunde		Mieter	1	1	0	
		Eigentümer	2	1	1	
Keine lokalen Bindungen		Mieter	16	15	19	22
		Eigentümer	4	2	4	5

Lokale Bindungen – Ost
(Angaben in % der Befragten)

Ost			1990	1991	1996	2003
Bekannte			67	65	57	54
Haus			45	36	37	45
Verwandte			51	40	37	37
Landschaft			38	28	35	47
Nachbarn			27	21	21	27
Familiengrab			21	15	15	21
Ortsteil/Umgebung			17	10	13	31
Verein			6	5	3	
Betrieb			21	13	9	16
Sport			10	7	4	
Kirche			5	5	4	8
Stammtisch			6	4	4	
Parteifreunde			2	2	0	
keine lokalen Bindungen			6	8	11	7
<i>n</i>			1 992	2 198	1 076	2072
Bekannte	Alter	bis 29 Jahre	72	69	69	73
		30–49 Jahre	70	67	58	56
		ab 50 Jahre	61	59	52	48
Haus		bis 29 Jahre	28	22	26	46
		30–49 Jahre	44	35	35	45
		ab 50 Jahre	57	46	43	45
Verwandte		bis 29 Jahre	54	36	40	44
		30–49 Jahre	48	41	36	37
		ab 50 Jahre	53	41	38	35
Landschaft		bis 29 Jahre	25	22	25	48
		30–49 Jahre	39	27	31	48
		ab 50 Jahre	47	32	41	46
Nachbarn		bis 29 Jahre	20	13	13	25
		30–49 Jahre	24	17	16	23
		ab 50 Jahre	35	31	28	31
Familiengrab		bis 29 Jahre	8	3	3	14
		30–49 Jahre	14	11	9	17
		ab 50 Jahre	39	26	24	25
Ortsteil/Umgebung		bis 29 Jahre	16	7	13	28
		30–49 Jahre	14	9	10	30
		ab 50 Jahre	22	13	16	33
Verein		bis 29 Jahre	6	8	2	
		30–49 Jahre	6	3	2	
		ab 50 Jahre	7	5	3	
Betrieb		bis 29 Jahre	18	11	8	14
		30–49 Jahre	27	19	17	24
		ab 50 Jahre	15	8	4	9
Sport		bis 29 Jahre	15	14	9	
		30–49 Jahre	11	6	4	
		ab 50 Jahre	6	4	2	
Kirche		bis 29 Jahre	3	3	2	5
		30–49 Jahre	4	3	2	6
		ab 50 Jahre	8	7	7	10
Stammtisch		bis 29 Jahre	7	4	3	
		30–49 Jahre	7	5	4	
		ab 50 Jahre	4	4	4	
Parteifreunde		bis 29 Jahre	1	1		
		30–49 Jahre	1	2		
		ab 50 Jahre	3	2	0	
Keine lokalen Bindungen		bis 29 Jahre	8	11	13	9
		30–49 Jahre	6	8	15	8
		ab 50 Jahre	5	5	6	5

Ost			1990	1991	1996	2003
Bekannte	Wohndauer in der Wohnung	bis 4 Jahre	62	59	48	54
		5–19 Jahre	70	69	63	55
		ab 20 Jahre	68	64	56	51
Haus		bis 4 Jahre	31	22	29	39
		5–19 Jahre	41	33	29	48
		ab 20 Jahre	61	50	48	48
Verwandte		bis 4 Jahre	46	33	28	36
		5–19 Jahre	51	41	41	37
		ab 20 Jahre	55	44	39	38
Landschaft		bis 4 Jahre	29	17	24	40
		5–19 Jahre	35	29	31	51
		ab 20 Jahre	50	34	44	49
Nachbarn		bis 4 Jahre	16	13	10	21
		5–19 Jahre	24	20	18	27
		ab 20 Jahre	39	29	29	31
Familiengrab		bis 4 Jahre	12	6	6	13
		5–19 Jahre	16	12	10	20
		ab 20 Jahre	36	24	25	28
Ortsteil/Umgebung		bis 4 Jahre	12	4	9	28
		5–19 Jahre	16	10	11	32
		ab 20 Jahre	24	14	17	33
Verein		bis 4 Jahre	4	4	2	
		5–19 Jahre	7	5	3	
		ab 20 Jahre	7	5	3	
Betrieb		bis 4 Jahre	21	12	11	15
		5–19 Jahre	23	14	12	20
		ab 20 Jahre	17	11	6	11
Sport		bis 4 Jahre	8	7	3	
		5–19 Jahre	11	9	6	
		ab 20 Jahre	10	6	3	
Kirche		bis 4 Jahre	3	3	1	6
		5–19 Jahre	3	4	3	9
		ab 20 Jahre	9	6	6	9
Stammtisch		bis 4 Jahre	3	3	1	
		5–19 Jahre	6	4	5	
		ab 20 Jahre	8	5	3	
Parteifreunde		bis 4 Jahre	1	2	0	
		5–19 Jahre	2	2		
		ab 20 Jahre	2	1	0	
Keine lokalen Bindungen		bis 4 Jahre	10	16	16	11
		5–19 Jahre	6	5	13	6
		ab 20 Jahre	3	5	6	11
Bekannte	Wohnstatus	Mieter	67	65	58	55
		Eigentümer	67	63	53	52
Haus		Mieter	33	27	21	32
		Eigentümer	86	73	75	62
Verwandte		Mieter	49	38	37	37
		Eigentümer	58	49	38	37
Landschaft		Mieter	34	25	28	43
		Eigentümer	55	39	51	53
Nachbarn		Mieter	24	20	17	25
		Eigentümer	37	24	29	30
Familiengrab		Mieter	18	13	11	17
		Eigentümer	32	22	25	25
Ortsteil/Umgebung		Mieter	16	9	11	31
		Eigentümer	20	13	18	32
Verein		Mieter	5	4	2	
		Eigentümer	10	6	4	
Betrieb		Mieter	21	12	11	14
		Eigentümer	21	14	7	18
Sport		Mieter	10	7	4	
		Eigentümer	11	6	3	
Kirche		Mieter	4	4	2	7
		Eigentümer	11	7	8	10
Stammtisch		Mieter	6	4	5	
		Eigentümer	6	4	1	
Parteifreunde		Mieter	2	2	0	
		Eigentümer	1	2	0	
Keine lokalen Bindungen		Mieter	8	9	15	9
		Eigentümer	1	1	1	4

Lokale Bindungen – Deutschland
(Angaben in % der Befragten)

Deutschland			1990	1991	1996	2003
Bekannte			65	63	52	45
Haus			51	47	39	37
Verwandte			38	35	32	28
Landschaft			35	29	24	29
Nachbarn			29	25	23	24
Familiengrab			16	14	12	8
Ortsteil/Umgebung			20	18	15	21
Verein			9	11	7	
Betrieb			14	12	8	6
Sport			9	10	5	
Kirche			9	7	6	5
Stammtisch			7	8	5	
Parteifreunde			2	1	0	
keine lokalen Bindungen			10	9	13	12
<i>n</i>			4043	4228	3089	3990
Bekannte	Alter	bis 29 Jahre	66	66	53	53
		30–49 Jahre	65	66	53	48
		ab 50 Jahre	65	60	51	40
Haus		bis 29 Jahre	31	28	22	28
		30–49 Jahre	52	46	33	38
		ab 50 Jahre	63	58	50	39
Verwandte		bis 29 Jahre	35	32	31	29
		30–49 Jahre	38	33	30	29
		ab 50 Jahre	41	38	33	27
Landschaft		bis 29 Jahre	26	21	15	25
		30–49 Jahre	34	28	21	28
		ab 50 Jahre	41	34	31	30
Nachbarn		bis 29 Jahre	14	16	11	15
		30–49 Jahre	27	21	20	22
		ab 50 Jahre	40	34	31	28
Familiengrab		bis 29 Jahre	4	3	3	3
		30–49 Jahre	11	8	6	6
		ab 50 Jahre	29	25	19	12
Ortsteil/Umgebung		bis 29 Jahre	16	11	15	19
		30–49 Jahre	16	17	13	19
		ab 50 Jahre	26	23	16	23
Verein		bis 29 Jahre	9	11	6	
		30–49 Jahre	9	12	7	
		ab 50 Jahre	10	10	7	
Betrieb		bis 29 Jahre	14	10	7	5
		30–49 Jahre	19	16	13	10
		ab 50 Jahre	8	8	4	3
Sport		bis 29 Jahre	15	17	9	
		30–49 Jahre	10	12	6	
		ab 50 Jahre	5	4	3	
Kirche		bis 29 Jahre	4	2	3	2
		30–49 Jahre	5	5	4	5
		ab 50 Jahre	14	12	10	7
Stammtisch		bis 29 Jahre	3	6	2	
		30–49 Jahre	7	10	5	
		ab 50 Jahre	9	8	6	
Parteifreunde		bis 29 Jahre	1	1	0	
		30–49 Jahre	2	1	0	
		ab 50 Jahre	2	1	0	
Keine lokalen Bindungen		bis 29 Jahre	15	15	22	24
		30–49 Jahre	11	11	16	13
		ab 50 Jahre	6	5	6	8

Deutschland			1990	1991	1996	2003
Bekannte	Wohndauer in der Wohnung	bis 4 Jahre	56	59	45	44
		5-19 Jahre	68	67	55	49
		ab 20 Jahre	71	63	54	41
Haus		bis 4 Jahre	34	32	26	27
		5-19 Jahre	51	47	34	40
		ab 20 Jahre	67	60	52	42
Verwandte		bis 4 Jahre	30	27	27	28
		5-19 Jahre	37	35	32	26
		ab 20 Jahre	47	42	34	29
Landschaft		bis 4 Jahre	27	23	16	24
		5-19 Jahre	32	28	22	30
		ab 20 Jahre	46	35	33	31
Nachbarn		bis 4 Jahre	15	13	10	17
		5-19 Jahre	27	24	22	26
		ab 20 Jahre	44	37	33	27
Familiengrab		bis 4 Jahre	6	5	3	4
		5-19 Jahre	13	10	8	7
		ab 20 Jahre	30	26	21	14
Ortsteil/Umgebung		bis 4 Jahre	13	11	12	17
		5-19 Jahre	19	17	12	22
		ab 20 Jahre	28	26	20	23
Verein		bis 4 Jahre	7	9	5	
		5-19 Jahre	9	13	7	
		ab 20 Jahre	12	11	8	
Betrieb		bis 4 Jahre	15	11	11	6
		5-19 Jahre	14	14	9	7
		ab 20 Jahre	12	10	5	4
Sport		bis 4 Jahre	11	14	4	
		5-19 Jahre	9	11	6	
		ab 20 Jahre	8	6	5	
Kirche		bis 4 Jahre	4	3	3	3
		5-19 Jahre	7	5	5	5
		ab 20 Jahre	15	13	10	8
Stammtisch		bis 4 Jahre	4	7	4	
		5-19 Jahre	7	9	5	
		ab 20 Jahre	10	8	6	
Parteifreunde		bis 4 Jahre	1	1	0	
		5-19 Jahre	1	1	0	
		ab 20 Jahre	2	2	1	
Keine lokalen Bindungen		bis 4 Jahre	19	18	24	22
		5-19 Jahre	8	8	13	11
		ab 20 Jahre	4	4	5	6
Bekannte	Wohnstatus	Mieter	63	63	50	46
		Eigentümer	69	65	55	43
Haus		Mieter	36	33	22	24
		Eigentümer	77	74	64	51
Verwandte		Mieter	35	31	29	28
		Eigentümer	44	41	35	28
Landschaft		Mieter	27	22	16	25
		Eigentümer	49	42	37	33
Nachbarn		Mieter	24	20	17	21
		Eigentümer	37	34	33	27
Familiengrab		Mieter	12	10	8	6
		Eigentümer	22	21	17	11
Ortsteil/Umgebung		Mieter	18	16	12	22
		Eigentümer	23	23	19	21
Verein		Mieter	7	9	5	
		Eigentümer	14	15	10	
Betrieb		Mieter	14	12	8	6
		Eigentümer	13	12	7	6
Sport		Mieter	9	9	5	
		Eigentümer	10	12	6	
Kirche		Mieter	5	5	4	4
		Eigentümer	14	12	10	7
Stammtisch		Mieter	6	8	5	
		Eigentümer	9	9	5	
Parteifreunde		Mieter	1	1	0	
		Eigentümer	2	1	1	
Keine lokalen Bindungen		Mieter	14	13	19	19
		Eigentümer	3	2	4	5

